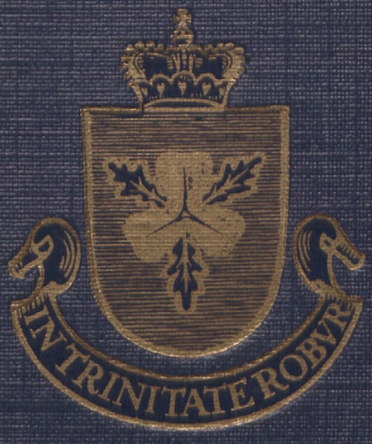

IN TRINITATE ROBVR

LB
140 q

Stadt
Bücherei
Elbing

Bismarck

BIBLIOTEKA ELBLĄSKA



Bismarck als Minister

Nach einer Lithographie von G. Engelbach.

G. 62. a

Elbinger Lehrerverein.

Bibliothek des Elbinger Lehrervereins

Bismarck

Ein Bild seines Lebens und Wirkens

von

Dietrich Schäfer

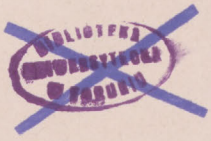
Mit Textzeichnungen
von Arthur Kampf

I. Band

Verlag von Reimar Hobbing in Berlin
1917


48

Alle Rechte vorbehalten
Nachdruck verboten



Einleitung.

Bibliothek des Lehrervereins Elbing

Unser Volk bewohnt die Mitte Europas. In weiten Strecken unseres ebenen Nordens sitzt es auf Boden, den die Vorfahren inne hatten, soweit geschichtliche Erinnerung zurückreicht. Als das keltische Nachbarland jenseits des Rheins sich in die zukunftsreichste Provinz des Römischen Reiches umwandelte, waren sie zersplittert in kleine und kleinste Völkerschaften, deren Besitz wir im einzelnen nur noch unklar erkennen. Doch haben sie auch so der römischen Weltmacht siegreich widerstanden.

Aufgestaut hinter deren Grenzen haben sich die Völkerschaften dann zu Stämmen zusammengeballt. Seit dem dritten und vierten Jahrhundert erscheinen sie als Alemannen, Franken und Sachsen; später treten die Bayern hinzu. Am Nordmeer entlang wohnen von der Schelde bis zur Weser Friesen.

An der Völkerwanderung haben diese Stämme kaum teilgenommen. Sachsen gelangten übers Meer nach Nordfrankreich und England; sonst fand nur ein Vorschieben, kein weites Wandern und völliges Räumen der bisherigen Sitze statt wie bei Ost- und Westgoten, Vandalen und Burgundern, Langobarden und Gepiden. Die Alemannen, die aus dem Nordosten herbeigekommen waren, breiteten sich von den Maingegenden her südwestlich über den Rhein gegen die Alpen und bis an die Vogesen aus, die Franken in gleicher Richtung vom Niederrhein her moselaufwärts bis gegen Metz, die Maas hinauf bis nahe an Lüttich. Die Sitze ihrer Väter nahmen zum Teil die Sachsen ein. Die Bayern schoben sich im 6. Jahrhundert ins Inntal und über den Brenner vor. Schon damals ward die deutsch-französische Sprachgrenze festgelegt, wie sie in der Hauptsache noch heute besteht. Über den deutschen Süden sind die Völkerstürme dahingebraust: Vandalen und Sueven, Burgunder und Alanen, dann Attilas Scharen. Der Norden ist von ihnen unberührt geblieben. Die östlich der Elbe wohnenden Germanenstämme haben auf weiten Umwegen die römischen

Grenzen erreicht. Die Deutschen vom Rhein bis zur Elbe und vom unteren Main bis zur Nordsee können sich rühmen, bis zu Napoleons Tagen nie eine Fremdherrschaft gesehen zu haben.

Die Führer des fränkischen Stammes wurden Herrscher eines gewaltigen Reiches, dessen Macht sich bis an den Ozean und an und über die Pyrenäen erstreckte. Es vermochte nach und nach alles, was auf dem Festlande germanische Art und Sprache bewahrt hatte, in seinen Bann zu zwingen. Indem Karl der Große 788 den letzten Bayernherzog, Tassilo, absetzte und die Sachsen nach dreißigjähriger Gegenwehr seinem Reiche einfügte, schuf er die Möglichkeit eines gesamtdeutschen Staatswesens. Es erstand durch die Teilung von Verdun und die folgende Auflösung des lotharingischen Mittelreiches. Bis auf die Franken Flanderns waren alle festländischen Germanen in ihm vereinigt; durch die Bekehrung der Sachsen waren sie auch vollzählig der abendländischen Kulturwelt eingefügt. Das neue Deutsche Reich ist durch die beiden ersten sächsischen Könige über seine Nachbarn im Westen und Süden emporgehoben worden. Durch sein Auftreten in Italien und die Erwerbung der römischen Kaiserkrone stellte Otto der Große es an die Spitze des Abendlandes. Es hat diesen Platz rund dreihundert Jahre behauptet. Die deutsche Königswahl gab auch Italien und Burgund ihre Herrscher. Böhmen ward ein Bestandteil des Reiches; Polen geriet auf längere Zeit unter deutsche Lehnshoheit, Ungarn und Dänemark vorübergehend.

Aber die Mittel, durch die solche Überlegenheit gewonnen worden war, bargen Gefahren. Wenn die deutsche Königsmacht sich rascher und stärker entwickelte als irgend eine andere im Abendlande, so verdankte sie das planmäßiger Förderung des kirchlichen Besitzes und fester Handhabung desselben im Dienste der Krone. Die engen Beziehungen zur Kirche förderten wieder die Verbindung mit dem Papsttum und die Erwerbung der römischen Kaiserkrone, die nur unter Mitwirkung des Papstes erlangt werden konnte. Damit aber war die Rivalität der höchsten geistlichen und weltlichen Macht gegeben, die notwendig zum Streit führen mußte, da die Zeit sich die Leitung dieser Welt nur theokratisch zu denken vermochte. Die Reform der Kirche im 11. Jahrhundert wurde rasch zum Streben nach alleiniger Herrschaft. In Gregor VII. verkörpert sich der Anspruch auf höchste Gewalt zugleich in Staat und Kirche.

Nichts stand ihm mehr im Wege als die Verfügung der deutschen Könige über die Bistümer, ihr Investiturrecht. Als es ihnen entwunden war, war auch die Struktur des deutschen Staates gewandelt. Ein starker Fürstenstand war als Parteigänger des Papsttums emporgekommen, des Königs Besitz im Reiche so geschmälert, daß seine italienischen Rechte ein übergroßes Gewicht erhielten. Sie nicht nur zu erhalten, sondern zu erweitern, auf sie gestützt auch in Deutschland wieder zu größerer Macht zu gelangen, sind besonders die Staufer bemüht gewesen. Ihre Kämpfe mit den Päpsten drehen sich kaum noch um kirchliche Fragen; sie sind so gut wie ausschließlich staatlicher Natur, Kämpfe um Besitz. Indem Friedrich II. seine Tätigkeit fast ganz nach Italien verlegte, verlor des Königs Stellung in Deutschland ihre zentrale Bedeutung. Die Fürsten wurden „Landesherren".

Es folgten Jahrhunderte staatlicher Auflösung. Im Westen nagte Frankreichs wachsende Macht an den Grenzen; sie vermochte das arelatisch-burgundische Nebenreich nahezu ganz unter ihren Einfluß zu bringen. Als sie die schweren Kämpfe mit den Engländern zu bestehen hatte, trat die Nebenlinie der Herzöge von Burgund (Bourgogne) in ihre Fußtapfen. Es gelang ihnen, das Mittelreich zwischen Deutschland und Frankreich zu begründen, das heute noch in der Form der Königreiche Niederlande und Belgien und des Großherzogtums Luxemburg besteht. Im Nordosten erlag der Deutsche Orden der vereinigten polnisch-litauischen Macht und mit ihr verbündeten eigenen Landesangehörigen. Länger als ein Jahrzehnt beugte sich Deutschland schimpflich genug unter die Hussitenstürme. Das 15. Jahrhundert bedeutet für das Mittelalter, für unsere Geschichte überhaupt, den Tiefstand deutscher Einheit und Macht.

Aber unser Volk hatte doch aus der Zeit seines Glanzes Schätze herübergerettet. Es war eine Vereinigung von Stämmen gewesen; durch Otto den Großen war es ein Volk geworden. In seinen Tagen hat es zuerst einen einheitlichen Namen erhalten, der dann seinen Weg gemacht hat bis an die äußersten Enden des Reiches. Als deutsch hat man sich von den Fremden geschieden, wo ihnen früher nur die Stammesbezeichnung gegenüber gestanden hatte. Die Beziehungen zu Rom und Italien waren Reichs- und Volkssache geworden. Und eine gewaltige Bewegung vorwärts nach

allen Richtungen ergab sich aus der Machtpolitik unserer Kaiser und Könige. Die Jahrhunderte, in denen sie Tausende und aber Tausende über die Alpen oder zum Kampfe ums heilige Grab ins Morgenland führten, sind auch diejenigen gewesen, in denen unser Volk sich ausbreitete über den benachbarten Osten, Sitze wieder gewann, welche germanische Stämme vor einem Jahrtausend geräumt hatten. Von der Bevölkerung des gegenwärtigen Deutschen Reiches wohnen zwei Fünftel auf Boden, der zu Beginn der sächsischen Kaiserzeit nur fremdes Volkstum barg, von den heutigen Deutschen Europas die volle Hälfte. Die beiden deutschen Großmächte, die beiden deutschen Millionenstädte erwuchsen auf ihm. Es ist die großartigste und folgenreichste Kolonisation, die Europa gesehen hat.

Und sie ist nicht, wie man es in der Regel aufzufassen pflegt, das Werk roher kriegerischer Kraft gewesen, sondern ganz überwiegend die Frucht friedlicher Arbeit, der ausgesprochenen Überlegenheit in weltlicher und geistlicher Leitung, in bürgerlicher und bäuerlicher Tüchtigkeit. Sie ist zum weitaus größeren Teile durchgeführt worden auf Wunsch und Antrieb der angestammten, fremden, vielfach dauernd „undeutschen" Landes- und Grundherren. Sie ist auch mit geringen Ausnahmen erfolgt auf Boden, der neu der Kultur gewonnen werden mußte. Wo heute unsere Landsleute im Osten eingesprengt sitzen in fremdes Volkstum, da haben sie genau dasselbe Recht auf ihre Heimstätten wie irgend einer ihrer anderssprachigen Nachbarn.

Wenn so im deutschen Volk als dem Träger kaiserlicher Machtideale eine folgenreiche Triebkraft wirtschaftlichen Lebens sich regte, so erhebt sich nicht weniger kühn und selbstsicher der Flug seines Geisteslebens im Anschluß an seine staatliche Glanzzeit. Den Tagen Barbarossas folgt unmittelbar die Blütezeit mittelalterlicher deutscher Dichtung. Breit und mächtig setzt auch in Deutschland im 13. Jahrhundert die Laienbildung mit ihrer völkischen Schriftsprache ein. Im gesamten literarischen Leben, in allen schriftlichen Niederschlägen der Regierung und Verwaltung brachte das Angestammte sich wieder zur Geltung, streifte die fremdsprachliche Hülle ab, unter der es so lange verborgen war. Es konnte nicht anders sein, als daß sich damit auch das Volksbewußtsein hob. Trotz der politischen Zersplitterung hatte der Deutsche des ausgehenden Mittelalters noch nicht verlernt, sich zu fühlen unter den Völkern, stolz zu sein auf seine Art.

Aus diesem Geiste hat die Reformation Kraft gesogen. Sie ist nicht aus ihm geboren. Sie entsprang religiösem Bedürfnis. Luther rang nach der Seele Seligkeit; das war die Grundstimmung, die seine Zeit bewegte, ohne welche die Wirkung seines Auftretens nicht denkbar ist. Daß der Humanismus, die Philologie der Renaissance, in Deutschland die Richtung auf das tiefere Verständnis der theologischen Fragen nahm, ist bezeichnend. Er verschärfte und vertiefte aber auch durch seine geschichtlichen Bemühungen die Abneigung gegen Rom, die auch nach den Niederlagen der mittelalterlichen Kaiser noch übergenug an neuer Nahrung erhalten hatte. Sollte das Volk, das sich einst in seinen Wäldern der römischen Herrscher erwehrt, das ihr Weltreich über den Haufen geworfen hatte, dauernd dem römischen Kirchenwesen in einem Umfange pflichtig und dienstbar bleiben, wie es seit den großen Reformkonzilien des 15. Jahrhunderts kein anderes mehr war?

Führende Vertreter des Widerstandes wurden die deutschen Stände, Fürsten und Städte. Ihr Emporkommen ist ohne die mittelalterlichen Erfolge der päpstlichen Macht über das deutsche Königtum nicht denkbar. Jetzt erntete Rom die Früchte, deren Saat es ausgestreut hatte. Das Vorhandensein der Sondergewalten machte es aber auch unvermeidlich, daß die geistige Flut, die Deutschland mächtiger als je zuvor durchwogte, sich in den kümmerlichen Rinnsalen landesherrlicher Ordnungen verlor, anstatt im weiten Becken eines Gesamtstaates zur Wirkung zu gelangen. Die Kirchenbildungen, die sich aus der Erneuerung des Glaubens ergaben, wurden in Deutschland rein einzelstaatlich. Zu der politischen Zersetzung trat die religiöse.

Wie unendlich oft hat die Nachwelt dieses Ergebnis von beiden Seiten her beklagt! Warum konnte Deutschland nach Maximilians Tode 1519 nicht einen Kaiser bekommen, der Verständnis gezeigt hätte für Luthers Tat? Wer so fragt, der vergißt, wie unzertrennlich damals Deutschland schon auf Gedeih und Verderb verbunden war mit Habsburgs Haus, mit dem „jungen, frischen Blut", das es in Karl V. an seine Spitze rief. Kein anderer hätte an dieser Stelle zu anerkannter Macht gelangen können. Jede andere Wahl hätte zum vollen Zerfall führen müssen. Denn erdrückend war Habsburgs Übergewicht, beherrschend allein schon seine Stellung im Reich als Territorialmacht. Dazu hatte die Verbindung des burgundischen mit dem öster-

reichischen Besitz diese Dynastie mit dem Bestande des Reiches so nahe verknüpft wie kaum je eine zuvor. Sie ist in den nächsten Jahrhunderten dessen Vorkämpferin geblieben gegen die gefährlichsten Widersacher, Türken und Franzosen.

Aber warum hat Karl V. unser Volk nicht festgehalten bei der alten Kirche, der er doch so glaubensfest ergeben war? So fragt wohl die gegnerische Geschichtsauffassung. Solcher Aufgabe war doch auch die Macht des Herrschers nicht gewachsen, in dessen Reich die Sonne nicht unterging. Nicht allein die Welthändel hinderten daran, in die sie nach allen Seiten verwickelt war; der Kaiser hatte nur zur Regierung kommen können unter Anerkennung der Reformen, die unter Maximilian mehr oder weniger feste Reichsordnung geworden waren!

Sie haben neuerdings die Stellung der Fürsten gefestigt, ihren Einfluß gemehrt; aber sie haben doch auch der Reichseinheit wieder einen sichtbaren Ausdruck gegeben, sie nach innen zusammengefaßt, nach außen abgegrenzt. Es hat doch etwas bedeutet, daß Deutschland eine Reichsverfassung hatte, ein staatliches Band, das dem in ähnlicher Entwicklung aufgelösten Italien fehlte. Wie man auch die Hergänge überblicken mag, es ist nicht anders, Deutschland konnte aus dem Mittelalter nur staatlich oder kirchlich gespalten hervorgehen. Und da können Zweifel nicht bestehen, daß es ein glückliches Geschick war, daß ihm, zugleich durch Kaiser und Fürsten, mit und gegen einander, wenigstens ein Rest staatlicher Einheit bewahrt blieb, so schwer auch der kirchliche Zerfall traf.

Aus ihm ergab sich der Dreißigjährige Krieg. Er war gewiß kein reiner Religionskrieg; aber er ist doch ohne den kirchlichen Zwiespalt nicht denkbar. Er lockte die Fremden von allen Seiten her ins Reich; sie fochten auf seinem Boden ihre Machtkämpfe aus. Was Italien durch das ganze Mittelalter gewesen war, wurde jetzt auch Deutschland, die Beute des Stärksten. Das war Frankreich. Nie zuvor hatte dieser Staat einen solchen Einfluß in deutschen Dingen gehabt wie in den Jahren nach dem Westfälischen Frieden. Fast kann man es als ein Glück für uns bezeichnen, daß Ludwig XIV. ihn brutal mißbrauchte. Seine frevlen Gewalttaten entfachten die Reste nationalen Empfindens, die noch geblieben waren, über seine Zeit hinaus zu neuer Flamme.

Wer die Hergänge richtig verstehen will, darf aber nicht übersehen, daß die deutsche Kaisermacht eine andere geworden war als vor dem großen Kriege. Erst er hat eine habsburgische Großmacht auf deutschem Boden geschaffen. Kaiser Leopold hatte seine weiten Lande anders in der Hand als Rudolf II. oder Matthias. Was Habsburg im Osten und Westen vermochte, rufen Namen und Taten des Prinzen Eugen ins Gedächtnis.

Es gehörte zu Habsburgs Erfolgen, wie sie sich aus der Steigerung seiner Macht ergaben, daß es in diesen Tagen auch deutsche Fürsten, auch von den vornehmsten, an sich zu ketten verstand. Gleichwohl war entschieden, daß es sie nie mehr beherrschen werde. Zum letzten Male war im Dreißigjährigen Kriege versucht worden, der „deutschen Freiheit", der libertas Germaniae, ein Ende zu machen zum Besten der Kaisermacht. Der Westfälische Frieden hatte das völlige Fehlschlagen besiegelt. Unerschütterlich standen die Landesherren neben der Reichsgewalt. Sollte je wieder eine festere staatliche Einigung zustande kommen, so konnte es nicht mehr durch Österreich geschehen. Es sind auch keinerlei ernstliche Versuche von dieser Seite mehr gemacht worden.

In die Lücke sind die Hohenzollern getreten. Der Werdegang ihrer Macht hat sie hineingeführt.

Indem Johann Sigismund am Niederrhein die klevischen Lande, im äußersten Osten das Herzogtum Preußen erwarb, gewann sein Besitz eine Gestalt, wie sie, abgesehen vom habsburgischen, keinem andern deutschen Staatswesen eigen war. Das Haus Hohenzollern ward unabweisbar hineingestellt in die großen Händel der Zeit, die polnisch-schwedischen Kämpfe im Osten, die französisch-spanisch-niederländischen Wirren im Westen. Die Vorsehung hat ihm zu rechter Zeit den Großen Kurfürsten geschenkt. Er löste seinen preußischen Besitz aus der polnischen Lehnshoheit; er deckte seine und des Reiches Grenzen gegen Ludwig XIV.; er übertrug Schwedens Waffenruhm auf seine Brandenburger.

Sein Sohn hat durch Erwerbung der Königswürde die erlangte europäische Stellung auch äußerlich gekennzeichnet, der Enkel in zielbewußter Tätigkeit das neue Königreich nach innen wie nach außen zu jeder Kraftanstrengung gewappnet. So konnte der große Friedrich Preußen in die

Reihe der Großmächte emporheben. Es ist unabsehbar, was aus Deutschland geworden wäre, hätte das nicht geschehen können zu einer Zeit, wo die Zarenmacht anfing, auf Europa und zumal auf ihre Nachbarn zu drücken.

Der Wandel hatte sich aber nicht vollziehen können, ohne zu einem Gegensatz zu führen zum älteren Österreich, zu einem Gegensatz, der den Jahrhunderten vor dem Großen Kurfürsten fremd gewesen, auch unter ihm und seinen beiden Nachfolgern nur zeitweise hervorgetreten war. Er hat Deutschlands Kraft nach außen gelähmt. Vor allem die Zeit der Revolution und Napoleons weiß davon zu berichten. Erst die äußerste Not hat beide Mächte wieder zusammengeführt. Aber auch durch die gemeinsam erkämpften Erfolge des Befreiungskrieges zieht sich wie ein roter Faden ihre Eifersucht. Sie hat auch nicht wenig dazu mitgewirkt, die Hoffnungen der Nation auf eine befriedigende staatliche Neugestaltung nach der Abwerfung des napoleonischen Joches zunichte zu machen.

Diesen Hoffnungen aber hatten die Ereignisse nicht nur verstärkte Kraft, sondern auch veränderten und erweiterten Inhalt gegeben. Sie waren in innige Fühlung getreten mit dem gesamten geistigen Leben der Nation, in innigere, als frühere Zeiten sie gekannt hatten.

Deutsches Geistesleben ist von Haus aus nicht einheitlich, wenn man nicht die gesamtabendländische kirchliche Lateinbildung des frühen Mittelalters als solche Einheit gelten lassen will. In den Jahrhunderten der aufkommenden Laienbildung bildeten Süden und Norden Deutschlands zwei getrennte Sprach- und Schriftgebiete. Das Latein des Humanismus hat nur engere Kreise zu einer geistigen Einheit zusammenfassen können. Weit folgenreicher war, daß gegen Ende des Mittelalters das Hoch- oder richtiger Mitteldeutsche seinen Weg auch in die Kanzleien niederdeutscher Fürsten fand, und daß dann Luthers Bibelübersetzung und sein Katechismus ihm auch den Weg in die breiten Massen öffneten. Zu Beginn des 17. Jahrhunderts war es die allgemeine Verwaltungs-, auch die durchaus vorherrschende Schul- und Kirchensprache geworden. Aber zugleich hatte der Zwiespalt, der in den verschiedenen Bekenntnissen lag, seine größte Schärfe erreicht. Was nützte die gleiche Sprache, wenn sie verschiedenen Gedankenwelten diente?

Das 18. Jahrhundert hat darin Wandel geschaffen. Die Flut fremdländischer, insbesondere französischer Bildung und Lebensformen hatte nach

dem Dreißigjährigen Kriege deutsche Eigenkultur fast zu ertränken gedroht. Sie schien zurückgedrängt auf die Äußerungen derber Kraft. Die Namen der Männer sind in aller Munde, die uns im 18. Jahrhundert wieder eine selbständige Literatur schufen, eine schöne Literatur und deren wissenschaftliche Grundlagen. Klopstock und Lessing, Kant und Herder, Goethe und Schiller, Winckelmann und Wieland stellten uns ebenbürtig neben die Fremden. Nach England und Frankreich erlebte nun auch Deutschland seine Glanzzeit, hatte Geisteshelden, die der Menschheit gehörten.

Aber die wichtigsten und wirksamsten Lebensäußerungen menschlichen Seins, die getrennt von einander nicht zu bestehen vermögen, Staatsgestaltung und Weltanschauung, standen in loser Berührung. Nur die Beziehungen, die Staat und Kirche herkömmlich an einander knüpften, bildeten eine Brücke. Die neue klassische Bildung hatte wohl eine wertvolle Stütze an einzelnen Höfen gefunden, Teilnahme am öffentlichen, am staatlichen Leben lag ihr fern, geschweige der Gedanke an einen deutschen Staat. Friedrichs Taten sind auch an ihr nicht spurlos vorübergegangen, aber sein persönliches Verhältnis zur deutschen Literatur zeigt deutlich die Kluft, die offen blieb zwischen den Führenden der Nation. Die Vertreter des Neuen hatten die echt deutsche Art bewahrt, die einst in Luther so stark gewesen war, den Drang, sich geistig auszuleben, nur bedacht zu sein auf die Entfaltung dessen, was im Innern lebte, unbekümmert um die Außenwelt. Auf den Staat konnte solcher Drang in dem staatlosen Volke nicht gerichtet sein. In welchem Sinne es für diese Denkart ein Vaterland gab, zeigen Schillers Worte aus den Tagen, da er sich gelöst fühlen durfte aus der Enge der Heimat: „Ich schreibe als Weltbürger. Ich habe zu rechter Zeit mein Vaterland verloren, es einzutauschen gegen die weite Welt. Deutsche, bemüht euch nicht, eine Nation zu sein; seid zufrieden, Menschen zu sein.“

So konnte deutsche Geistesbildung keinen Schutz gewähren gegen Frankreichs Kraft zur Zeit der Revolution und unter Napoleon. An der Spitze eines staatlich geschlossenen, national und kriegerisch begeisterungsfähigen und begeisterten Volkes konnte der Korse den Erdteil vor sich auf die Knie zwingen. In den Tagen eines Goethe und Schiller, eines Kant und

Beethoven wurde unser Volk in seinem Dienste über die Schlachtfelder Europas geschleift. Als der russische Winter dem Siegeslaufe des Eroberers ein Ziel gesetzt hatte, wurde die Festigkeit, die dem preußischen Staatswesen trotz seiner Jugend innewohnte, der Rettungsanker für Deutschland. Ohne Preußens Erhebung im Frühling 1813 kein selbständiges deutsches Volk!

Aber in dieser Erhebung wirkten doch auch wieder geistige Impulse mit, die ohne unsere Klassiker nicht denkbar sind. Ohne Kant kein Fichte, ohne Schiller kein Körner, ohne beide kein Arndt! Was von ihnen berührt worden war, hatte auch vaterländisch fühlen gelernt. Die Not der Zeit hatte gelehrt, was der Staat für ein Volk bedeutet. Die sich ihr zu entziehen suchten durch die Flucht aus der Gegenwart, hatten doch auch ihr Herz erwärmt an dem Glanze deutscher Vorzeit, an der mittelalterlichen Kaiserherrlichkeit, an den kirchlichen, ritterlichen, bürgerlichen Lebensäußerungen, an all dem bestrickenden Zauber einer reichen Geschichte. So führte auch die Romantik die Herzen zur Liebe und Freude am Vaterlande. Es wurde zum Glaubenssatz jedes denkenden und fühlenden Deutschen, daß man seinen Boden zu bewahren habe vor fremder Herrschaft, daß der Deutsche nur sein eigener Herr sein dürfe.

Aber die einzige sichere Bürgschaft der Freiheit, der fest geeinigte, handlungsfähige deutsche Staat, ward nicht gewonnen. Zu schwer lastete auf unserm Volke seine Geschichte. Zu lange hatte es sich entwöhnt, selbst mitzuwirken bei der Gestaltung seiner Geschicke. Auch öffentliche Meinung will Zeit haben, sich zu entwickeln, erst recht, zur Vertretung und gar zur Verwirklichung ihres Inhalts befähigt zu sein. Die überlieferten Gebilde standen ihrer Betätigung breit im Wege. So wurde die neue Einheit, die an die Stelle des verschwundenen Reiches trat, der Deutsche Bund, ein ausschließliches Werk der Kabinette. Sie sorgten dafür, daß sie von ihren Rechten nichts einbüßten. Rein staats- und völkerrechtlich gefaßt, erhielten sie größere Handlungsfreiheit als je zuvor.

Es war ein Ergebnis, das zu sehr im Widerstreit stand mit den Gedanken, welche die Zeit bewegten, als daß es hätte Bestand haben können. Des gewaltigen Mannes, der das französische Volk zum Schemel seiner Größe machte, hatten die Herrscher Europas sich nur erwehren können,

indem sie auch ihrerseits die Volkskraft entfesselten. Mit der Revolution hatte Frankreich die „Konstitution" als Losungswort in die europäische Welt geworfen. Es hatte aus ihren Stürmen trotz seiner endlichen, völligen Niederlage eine Verfassung hinübergerettet in die Friedenszeit, die beginnen sollte. Konnte den Siegern, die zugleich ihr Volkstum und ihre Dynastien verteidigt und bewahrt hatten, der gleiche Preis vorenthalten werden? Das 19. Jahrhundert ist das Jahrhundert des Nationalismus und des Konstitutionalismus geworden. Staatengestaltung auf Grund des Volkstums, Staatenregierung unter Beteiligung des Volkes, das wurden seine Ziele. Ihnen im deutschen Vaterlande lebensfähiges Dasein zu sichern, hat niemand so erfolgreich mitgewirkt wie Fürst Bismarck. Soweit Staatenbildung in Frage kommt — und sie steht in der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts breit im Vordergrunde —, ist dieses Jahrhundert *sein* Jahrhundert. Er ist sein Held.



Der Werdegang
(1815—1847).



I. Herkommen und Jugend (1815—1832).

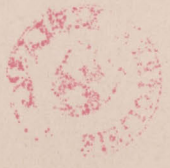
Am 1. April 1815 hat Otto von Bismarck auf Schloß Schönhausen an der Elbe das Licht der Welt erblickt. Die Bataillone seines Königs waren auf dem Marsche nach dem Rhein, als er geboren wurde. Einen Monat zuvor hatte Napoleon, von Elba entweichend, Frankreichs Boden wieder betreten.

Schönhausen liegt an der Bahnlinie Berlin–Stendal, unmittelbar vor deren Übergang über die Elbe. Der Reisende kann aus dem Zuge links hinüberblicken in den Gutsgarten; die Gebäude werden nicht völlig verdeckt von den mächtigen Linden. Der Turm der noch in der Zeit des romanischen Baustils begonnenen Kirche ragt herüber. Zwei Stunden südwärts lockt Deutschlands ältester großer Backsteinbau, die Kirche von Jerichow, den Geschichts- und Kunstverständigen zu genußreichem Schauen. Von der Elbbrücke aus trifft der Blick flußaufwärts die Türme von Tangermünde, Karls IV. bevorzugtem märkischen Sitz, am linken Elbufer halbwegs zwischen

Schönhausen und Jerichow gelegen, und die Reste seiner Burg. Es ist eine landschaftlich schlichte, aber erinnerungsreiche Gegend.

Bismarcks Geburtsort ist auf Kolonialboden entstanden. Als die sächsischen Könige an die Spitze unseres Volkes traten, bewohnten Slaven die Gegend. Die sächsischen Herrscher waren die ersten, die nachdrücklich deutsche Herrschaft rechts der Elbe aufzurichten begannen. Links vom Flusse begründeten sie die Nordmark, für die Jahrhunderte später im Gegensatz zu den neuen östlichen Erwerbungen ihrer Markgrafen der Name Altmark aufkam. Auch ihr Boden hat slavischer Bevölkerung streitig gemacht werden müssen. Daß in den unablässigen Grenzkämpfen der Zeit vom 10. bis zum 12. Jahrhundert auch Bismarcks Vorfahren sich tummelten, ist nicht nur möglich, sondern in hohem Grade wahrscheinlich.

Denn schon in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts ist ein erster Angehöriger des Geschlechts in der Gegend nachweisbar; 1270 wird Herbord von Bismarck als einer der drei Gewandschneider- (Tuchhändler-) Gildemeister in Stendal erwähnt (gestorben 1285). Die Gilde war damals in den beiden bedeutendsten Städten der Altmark, Stendal und Salzwedel, die vornehmste, ratsfähig natürlich; auf der Tucherei beruhte der Wohlstand dieser beiden und benachbarter Orte. Daß die Familie der Landschaft angehörte, belegt schon ihr Name; denn auch ein zuerst 1209 erwähntes Städtchen drei Meilen westnordwestlich von Stendal führt ihn. Die Frage, ob dieser erste nachweisbare Bismarck adligen oder bürgerlichen Standes war, läßt sich nicht beantworten, aus dem einfachen Grunde nicht, weil Adlige, Freie und Ministeriale in dieser Zeit noch bunt durch einander in den gleichen Stellungen vorkommen. Eine klare Sonderung der Stände hatte vielleicht juristisch, sicher nicht tatsächlich, Platz gegriffen. Es kann daher auch nicht auffallen, daß Herbords Sohn als ländlicher Besitzer erscheint. Wahrscheinlich, fast könnte man sagen gewiß, ist vielmehr, daß es neben und vor dem städtischen Herbord noch ländliche Bismarcks gegeben hat, daß auch Herbord selbst ländlichen Ursprungs war. Stendal ist 1151 von Albrecht dem Bären gegründet worden. Daß das „von" (de) für die damalige Zeit nicht adligen Stand erweisen kann, versteht sich für den Kundigen von selbst; es ist in der Folge von den Angehörigen des Geschlechts auch nicht immer gebraucht worden, genau so wie bei zahlreichen anderen noch heute blühenden



adligen Familien. Bismarck selbst hat sich bis 1848 stets ohne „von" geschrieben.

Daß das städtische Auftreten der Bismarck nur eine Episode darstellt, wie sie bei zahlreichen Familien der Zeit — mit dem Schwerpunkt bald in der Stadt, bald auf dem Lande — nachweisbar ist, wird noch besonders dadurch wahrscheinlich gemacht, daß sie vom 14. Jahrhundert an durchaus als landsässig erscheinen, begütert zunächst links, seit 1562 auch rechts der Elbe. Kurprinz Johann Georg hat in diesem Jahre einem Zweige der Familie das Gut Schönhausen mit dem südlich benachbarten Fischbeck aufgezwungen als Ersatz für das ansehnlichere und wertvollere Burgstall (halbwegs zwischen Wolmirstedt und Tangermünde), das er zur Vergrößerung seines wildreichen Letzlinger Jagdreviers zu besitzen wünschte. Doch ließ der Kurfürst auch die rechtselbischen Bismarck bei ihrer Zugehörigkeit zum altmärkischen Adel. August von Bismarck (1666—1732), Ottos Urgroßvater, hat von dort aus in der Prignitz und im preußischen Pommern Güter erworben, die aber nach ihm nicht in einer Hand geblieben sind. Im Jahre vor Bismarcks Geburt ist der pommersche Besitz wieder an die Schönhauser Linie gefallen.

Im Laufe der Jahrhunderte hat die Familie gelebt, wie es beim wohlhabenderen Landadel Brauch war. Mittelpunkt und Stütze des Lebens war der heimische Besitz; aber man versuchte sich draußen, wie die Gelegenheiten lockten oder Neigungen trieben, friedlich und kriegerisch, in einheimischem, in fremdem Dienst. Seit dem Großen Kurfürsten überwog der brandenburg-preußische. Die größeren Aufgaben, die dem Staate gestellt wurden, die starken Persönlichkeiten an seiner Spitze äußerten auch in dieser Richtung ihre Kraft. Was Bismarck später oft genug betont hat: „Das starke Staatswesen zieht Männer an", hat sich auch an seinen Vorfahren bewahrheitet.

Der Wandel hat sich doch nicht ohne ein gewisses Widerstreben vollzogen. Der altmärkische Adel galt nicht ohne Grund als besonders geneigt zur Opposition. Zu den Führenden und Vornehmsten in seinem Kreise gehörten neben den Alvensleben, Schulenburg und Knesebeck die Bismarck; Friedrich Wilhelm I. hat sie alle mit einander als ungehorsam bezeichnet. Mit preußischem Staats- und Heeresdienst sind ihre Namen aber unauf-



löslich verwachsen; in der Armee sind sie nie ausgestorben. Auch aus Bismarcks Familie ist die Zahl der Offiziere groß; ein geborener Krieger war Bismarcks Urgroßvater August Friedrich, der 1742 bei Czaslau in Böhmen fiel. Der Urenkel soll ihm in seiner äußeren Erscheinung außerordentlich ähnlich gewesen sein. So ziemlich an allen deutschen Kriegen, vom Dreißigjährigen bis zum Befreiungskriege, sind Angehörige der Familie beteiligt gewesen. Bismarcks Großvater Karl Alexander hat die ersten Feldzüge des Siebenjährigen Krieges mitgemacht, der Vater Ferdinand den Revolutionskrieg bis zum Basler Frieden.

Diese beiden nächsten Vorfahren sind aber schon in jungen Jahren aus der Armee geschieden, Karl Alexander als Invalide, Ferdinand, seine Güter zu bewirtschaften. Denn hier lag doch für die Familie der Schwerpunkt ihres Daseins; hier war sie verankert.

Nur ganz vereinzelt sind Angehörige des Geschlechts, weniger, als es sich in mancher anderen Familie nachweisen läßt, ganz aufgegangen im staatlichen Dienst. Der Besitz war ansehnlich genug, nicht nur, um Selbständigkeit zu ermöglichen, sondern auch um Unabhängigkeit und Hingebung an seine Pflege zu fordern. Darin mag es auch zum Teil seinen Grund haben, daß niemand aus der Familie sich einen Namen gemacht hat, in der Öffentlichkeit stark hervorgetreten ist. Sicher war unter ihnen manch tüchtiger Mann. Aber es gelangen nicht alle Kräfte, die in der Menschheit schlummern, zu voller Entfaltung und Geltung. Die Natur ist auch auf diesem Felde in ihrer Schaffenslust verschwenderisch. Sie überläßt den Verhältnissen die Auswahl. So müht sich vergebens, wer unter den Vorfahren Bismarcks nach Persönlichkeiten sucht, in denen der große Nachkomme gleichsam vorgebildet wäre. In der Gesamtheit ihrer Vertreter ragt die Familie nicht über andere gleichgestellte hervor.

Wohl aber sind grundlegende Züge vorhanden, die nicht dem Blute, sondern den Verhältnissen entstammen. Die Art des niedersächsischen Landedelmannes hat Bismarck überkommen und bis an sein Lebensende bewahrt. Sie hat ihn ausgezeichnet; er hat sie aber auch nicht verleugnen können, nicht verleugnen wollen, wo sie Mängel bedeutet. Selbstsichere Kraft des Leibes und der Seele, ein glückliches Gleichgewicht der geistigen und körperlichen Anlagen, ruhige Beharrlichkeit im Wollen und Ertragen

sind Eigenschaften, die diesem Stande teils als Stammesart, teils durch die Erfordernisse seines Daseins zugewachsen sind. Sie sind von Haus aus Gemeingut niedersächsischer Landbevölkerung, durch sie, bis zu einem gewissen Grade, allen Niedersachsen eigen geworden. Landleben, insbesondere ein großzügiges Landleben, sind am besten geeignet, sie zu erhalten und immer neu zu entwickeln. Sie äußern sich in der Lebensführung, insbesondere in der Fähigkeit und dem Bedürfnis, Kräfte und Ziele in Einklang zu bringen, das Mögliche mit richtigem Blick zu ermessen, über das Mögliche hinaus nicht leicht zu wollen. Ein starkes Kraftgefühl läßt dabei frischer Wageluſt genügenden Spielraum. Die Kehrseite zeigt sich in einer gewissen Zurückhaltung, die als Gleichgültigkeit und Schwerfälligkeit erscheinen kann. Auch liegt in der überschäumenden Kraft eine Versuchung zu derben Lebensäußerungen und starker Genußfreude, in der gelegentlich tüchtige Anlagen zugrunde gehen. Aber ein hochentwickeltes Familiengefühl und altüberliefertes, festbegründetes sittliches und religiöses Empfinden bilden starke Schutzwehren. Es ist eine Umgebung, die Durchschnittstüchtigkeit sichert wie nur eine, aus der aber auch das Ungewöhnliche sich zwanglos entwickeln kann. Bismarck ist seinem ganzen Wesen nach mit ihr verwachsen.

Über solche Allgemeinheiten kommt man nicht wesentlich hinaus, wenn man sich mit moderner Biographenkunst bemüht, Bismarck aus Herkunft und Verhältnissen zu entwickeln. Solche Versuche haben ihre Berechtigung; zu völlig befriedigenden Ergebnissen führen sie aber nicht, können überhaupt bei großen Männern zu solchen nicht führen. Hat doch schon jeder Kleinste der Kleinen sein Eigenes; wie sollte nicht bei den Größten der Großen das, was sie über den Durchschnitt hinaushebt, solcher Art sein? Daß das Knäblein, welches am 1. April 1815 Ferdinand von Bismarck und seiner Gemahlin Wilhelmine geb. Mencken geschenkt wurde, über alle Angehörigen seines Volkes emporwachsen sollte, konnte aus den Persönlichkeiten der Eltern niemand entnehmen, kann auch heute aus ihnen heraus niemand verstehen.

Ferdinand von Bismarck war 1771 geboren, zwölfjährig Soldat geworden, hatte aber 1795 den Abschied genommen und sich der Verwaltung seiner Güter gewidmet. Er ist mit Leib und Seele Landwirt gewesen, mit allen Pflichten und Aufgaben des Berufes vertraut. In seiner Gestalt

und seinem äußerlichen Gebaren war er ein Bismarck, hochgewachsen, starken Körperbaues, Reiter und Jäger, voll empfänglich für die Freuden, die Speise und Trank bereiten können. Seine geistigen Interessen gingen über die Angelegenheiten seines Berufes nicht wesentlich hinaus; er erreichte in dieser Beziehung wohl kaum das Durchschnittsmaß der Angehörigen seines Geschlechtes. Doch hatte er Sinn für Humor, wenn die Äußerungen dieses echt niedersächsischen Zuges sich auch in schlichten und



anspruchslosen Gedankengängen bewegten. Von der überreichen Geistesfülle und der schlagfertigen Überlegenheit des Sohnes auch auf diesem Gebiete ist beim Vater keine Spur zu entdecken.

1806 hatte Ferdinand von Bismarck die Ehe mit Wilhelmine Mencken, der Tochter des 1801 verstorbenen Kabinettschefs Friedrich Wilhelms III. Anastasius Ludwig Mencken, geschlossen. Das junge Ehepaar ist nicht lange nach der Verheiratung von durchziehenden Franzosen, die Dorf und Schloß Schönhausen plünderten, gezwungen worden, sich mit der gesamten sonstigen Bewohnerschaft im Walde zu bergen; die junge Frau wurde selbst gefährdet. Ihre Familie, deren Name friesischen Ursprung verrät, läßt sich nach Olden-

burg und bis ins 17. Jahrhundert zurückverfolgen. Unter ihren Angehörigen sind namhafte Akademiker, Juristen und Historiker; Anastasius Ludwig war der Sohn eines Helmstedter Professors. Er war in den preußischen auswärtigen Dienst gelangt, 1782 Kabinettssekretär Friedrich Wilhelms II. geworden. Seine Stellung sicherte seiner Tochter dauernde Beziehungen zu den Hofkreisen. Friedrich Wilhelm IV. ist sie aus seinen Kinderjahren als ältere Gespielin „Mienchen" in Erinnerung geblieben.



Am Hofe lernte Ferdinand von Bismarck sie kennen, der nach dem Brauche des vornehmen Provinzadels im Winter zu kürzerem oder längerem Aufenthalt nach Berlin zu kommen pflegte. Sie war 17 Jahre alt, als sie den 35jährigen Schloßherrn von Schönhausen heiratete. Sie war in vollem Besitz der Berliner Bildung und Erziehung der Zeit, der ja die Aufklärung ihr Gepräge gab. Dem entsprachen ihre geistigen und gesellschaftlichen Ansprüche und Neigungen; sie gingen im Landleben nicht auf. Auch ihre äußere Erscheinung unterschied sich von der ihres Gatten; sie war mittelgroß, zart gebaut, „eine schöne Frau", doch nicht von allzu fester Gesundheit. Gingen auch Wünsche und Bedürfnisse nicht immer zusammen, so ist da-

durch das Band doch nicht gelockert worden. Die Frau suchte sich in die ungewohnten Verhältnisse hineinzufinden, auch, allerdings nicht immer glücklich, mittätig einzugreifen; ihr Gatte hat ihren Lebensgewohnheiten Spielraum gewährt, soweit es die Vermögenslage gestattete, vielleicht darüber hinaus.

Aus der Ehe sind sechs Kinder hervorgegangen, drei vor, zwei nach Otto. Von den älteren ist nur der Bruder Bernhard, von den jüngeren die Schwester Malvine über das Kindesalter hinausgekommen. Beide haben, wie Bismarck selbst, ein Alter von über 80 Jahren erreicht. Als Otto geboren wurde, war von den älteren Geschwistern nur noch Bernhard am Leben. Die Mutter ist nachhaltig bemüht gewesen, ihre Art in der Erziehung der Kinder zur Geltung und zur Nachfolge zu bringen. Die Ziele, die ihr vorschwebten, lagen auf der Bahn, die ihr Vater so erfolgreich gegangen war; sie wünschte ihre Söhne ausgerüstet zu sehen mit dem, was Emporkommen im Staatsdienst sichern konnte, sie tunlichst mit Kenntnissen und Weltbildung ausgestattet zu sehen. „Sie wollte, daß ich viel lernen und viel werden sollte." Es ist kaum zu bezweifeln, daß Otto der Mutter mancherlei zu danken hat, vor allem die frühe Gewöhnung ans Französische, die mitgewirkt hat zu der außergewöhnlichen Fertigkeit und Sicherheit in der Beherrschung dieser Sprache, die ihm später zu Gebote stand, ohne, bei den reichen Anlagen seines Geistes, der Festigkeit und Einheitlichkeit seiner Bildung abträglich zu werden. Auch sind Sinn und Empfänglichkeit für allerlei Wissen, wie es geweckten Kindern am Wege liegt, wohl als ein Erbteil von der Mutter anzusehen. Doch scheint sie ihre Art den Kindern nicht ohne eine gewisse Schärfe nahe gebracht zu haben, wie denn bei ihr die Bildung des Gemüts hinter der des Verstandes zurücktrat. Otto hat zu ihr nicht das innere Verhältnis gewinnen können, das sich zu dem gutmütigen, jovial gerichteten Vater wie von selbst ergab; erst der herangereifte junge Mann hat nähere, zuletzt herzlichste Fühlung mit der Mutter gewonnen.

Bismarcks Jugend hat sich zu einer Art Wanderleben gestaltet. Als er ein Jahr alt war, zogen die Eltern auf ihre pommerschen Güter hinüber, nach Kniephof bei Naugard, im westlichen Hinterpommern, etwa 6 Meilen nordöstlich von Stettin. Schönhausen wurde im Auftrag verwaltet. Der Aufenthalt in Kniephof ist dann oft unterbrochen worden durch Besuche in

Stettin und insbesondere durch häufigen Aufenthalt in Berlin, wo die Eltern nicht nur im Winter, sondern gelegentlich auch im Sommer längere Zeit zubrachten. Die frühesten Erinnerungen, die sich beim Fürsten lebendig erhalten haben, beziehen sich auf Berliner Vorkommnisse, unter denen wohl der Brand des Königlichen Schauspielhauses 1817 das früheste ist. Im 7. Lebensjahre, Januar 1822, wurde der Knabe der Plamannschen Erziehungsanstalt in Berlin übergeben. Auf mehr als anderthalb Jahrzehnte wurde er damit ganz überwiegend Städter. Der Einfluß der Mutter war es, der diese Verpflanzung bewirkte. Der Bruder war schon dort.

Doch haben die auf dem Lande empfangenen Jugendeindrücke dauernd ihren Platz behauptet, ja die Daseinsneigungen wesentlich bestimmt. Felder und Wiesen, Busch und Wald der niederdeutschen Ebene, ihre grünen Fluren, ihr wechselnd flaches und welliges Gelände sind stets Bismarcks Lieblingslandschaft geblieben. Der Betrieb des großen Gutshofes mit seiner bunten Mannigfaltigkeit von Tier und Mensch, mit seiner vielgestaltigen Tätigkeit von der Morgenfrühe bis zum Abenddunkel in langen Sommer- und kurzen Wintertagen hat nie die Anziehungskraft für ihn verloren. Die Wochen, die er von der Erziehungsanstalt und vom Gymnasium her auf dem Lande zubringen konnte, waren hellste Lichtblicke seines Jugendlebens. Wenn er „nach den Schulferien die Türme von Berlin aus dem Postwagen erblickte", wurde ihm „weinerlich" zumute.

Und das, obwohl der scharfe Gegensatz, der heute zwischen Stadt und Land, zumal der größeren Stadt, besteht, damals noch nicht herausgebildet war. Berlin schloß innerhalb seiner Tore noch weite Gärten in sich. Das Plamannsche Institut, Wilhelmstraße 139, ihrem Südende, dem Belle-Alliance-Platz, nahe gelegen, verfügte selbst über geräumigen Hof und Garten, gestattete Blicke hinaus ins Freie. Jedem Schüler — ihre Gesamtzahl überstieg kaum 30 — war ein Stück Garten zu eigener Verwaltung zugewiesen. Die Erziehungsgrundsätze atmeten Pestalozzis Geist. Der berühmte Pädagoge ist in dem Jahre gestorben, in dem Bismarck aus der Anstalt schied. Als Bismarck das Gymnasium verließ, wurde Diesterweg nach Berlin berufen, Preußens Schulwesen in Pestalozzis Geist zu reformieren. Jahns turnerisches Deutschtum war daneben bei Plamann lebendig. Die Ausbildung des Körpers ward über der des Geistes nicht vernachlässigt; Be-

wegung im Freien gab es genug. An Ausflügen in die damals noch unmittelbar vor den Stadttoren völlig ländliche Umgebung fehlte es nicht; auch mehrtägige Fußreisen wurden unter der Leitung von Lehrern ausgeführt. Entwicklung der Eigenart, Selbständigkeit der Charakterbildung galten als Leitsätze. Die Nachrichten über das Verhältnis des jungen Bismarck zur Anstalt, zu ihrem Leiter und ihren Lehrern, lauten nicht übereinstimmend. Es mag sein, daß er sich an diesem und jenem stieß; Neigung zur Unge-



bundenheit steckte in ihm, und Kniephofs Freiheit ließ sich in der gemessenen Zucht, in der strengen Zeiteinteilung der Anstalt nicht leicht vergessen. Man kann doch nicht glauben, daß die fünf Jahre 1822—1827, die er bei Plamann zubrachte, irgendwie nachteilig auf seine Entwicklung gewirkt hätten. Manches hat sich in dieser Zeit wohl in die Seele des Knaben gesenkt, was sie dauernd festigte, und die Nation darf des Anstaltsleiters mit berechtigter Anerkennung gedenken.

Im Herbst 1827 ist Bismarck in das Friedrich-Wilhelms-Gymnasium in der Friedrichstraße, im Frühling 1830 von dort in das Gymnasium zum Grauen Kloster übergetreten. Er hat dort die beiden Tertien und die Untersekunda, hier Obersekunda und Prima besucht. Anlaß des Wechsels war,

daß die Eltern die feste Stadtwohnung, die sie für längere Zeit in der Behrenstraße 39 (später 53) erworben hatten, nur bis 1830 innegehabt haben. Während der Schülerschaft im Grauen Kloster wurde Bismarck in Pension gegeben, zunächst zum Professor Prevost in der Königstraße, neben der Post, im zweiten Jahre zum Professor Eduard Bonnell, dem späteren Direktor des Friedrich-Werderschen Gymnasiums, der Königsgraben 4 (jetzt Dircksenstraße 31) wohnte.

Wir können uns von dem Gang des Unterrichts, den Bismarck in den verschiedenen Anstalten genossen hat, ziemlich klare Vorstellungen machen. In die elementaren Künste des Lesens, Schreibens, Rechnens war er schon auf Kniephof eingeführt worden. Im Plamannschen Institut kamen besonders die Sprachen und Naturwissenschaften hinzu. Deutsch wurde gut gelehrt; angemessen scheint auch die Unterweisung in den fremden Sprachen gewesen zu sein. Es entsprach dem Geiste der Anstalt, daß der sachliche Inhalt neben der Form genügend zur Geltung kam. So hat sich die Phantasie der Knaben mit antiken Vorstellungen erfüllt, die zunächst in ihren Spielen zum sichtbaren Ausdruck kamen. In beiden Gymnasien, besonders im Grauen Kloster, trug der gesamte Unterricht einen ausgeprägt humanistischen Charakter, wie er sich gerade um diese Zeit in Preußens höheren Schulen durchsetzte und sie nicht zum Nachteil deutscher Bildung durch fast zwei Menschenalter beherrscht hat. Die Klassiker wurden in beträchtlichem Umfange und mit eindringendem Verständnis gelesen. Bismarck hat diesen Studien keine lebhafteren Neigungen entgegengebracht; sie sind ihm aber auch nicht lästig geworden. Er hat sich in ihnen nicht ausgezeichnet, brauchte aber auch nicht mitgeschleppt zu werden. Wenn ihm die Vorstellungswelt der Alten durch sein Leben vertraut blieb und er einen reichen Schatz von Gedanken ihrer Klassiker dauernd bewahrte, so ist dazu hier der Grund gelegt worden. Ihre Gestalten wurden nicht seine Ideale, ihre Namen nicht der volltönende Schmuck von Wort und Schrift wie bei Napoleon und den Männern der Revolution; sie blieben ihm aber vertraut. Sie haben sein Denken begleitet, nicht geleitet.

Näher lag ihm die Geisteswelt der Neueren. Der ausgereifte Bismarck hat über einen ungewöhnlichen Schatz literarischer Belesenheit verfügt. Der Grund dazu ist schon in der Schulzeit gelegt worden. Von den deutschen

Dichtern, die der Zeit geläufig waren, ist ihm wohl nicht allzuviel unbekannt geblieben. Französisches und Englisches hat er gelesen. Die Schule ist aber wohl nicht allzu stark beteiligt gewesen, wenn schon dem Studenten ungewöhnliche Sprachkenntnisse nachgerühmt werden; in diesem und in anderem hat, wie erwähnt, die Mutter angeregt und gefördert, mehr aber noch angeborene geistige Frische, eine ungewöhnliche Neigung und Fähigkeit, zwanglos zu lernen, und ein natürliches Bedürfnis, erlangtes Wissen klar zu ordnen und völlig zu beherrschen. Diesen Gaben verdankte er auch in erster Linie die besondere Fertigkeit im schriftlichen Gebrauch des Deutschen, die schon in der Schulzeit gerühmt wird, und die sich später so glänzend entwickeln sollte. Zu seinem so überaus reichen geschichtlichen Wissen ist der Grund auch schon in dieser Zeit gelegt worden, wenn es dem betreffenden Unterricht auch nur zum Teil entsprungen ist. Welchen Wert der reife Mann gerade auf solches Wissen legte, hat er selbst ausgesprochen: „Wesentliche Grundlage für einen zukünftigen Staatslenker ist ein richtig geleitetes Studium der Geschichte." Im Ganzen erhält man den Eindruck, daß der junge Bismarck der Schule ein Zögling war, der ihr nicht widerstrebte, nicht durch Zwang von ihr herangezogen zu werden brauchte, der aber auch nicht in ihr aufging, in dem selbständige geistige Bedürfnisse lebten und sich betätigten, der gelegentlich auch, bis an die Grenzen der Zulässigkeit, seine Selbständigkeit gegenüber der Schule zu wahren suchte und zu wahren wußte. Sein Schulgenosse Moritz von Blanckenburg erzählt, „daß Bismarck oft spazieren ging, man ihn nicht arbeiten sah, er doch immer alles wußte, alle Arbeiten immer fertig hatte". Ein später noch deutlich erkennbares Gepräge hat ihm die Schule nicht aufzudrücken vermocht, auch keiner seiner Lehrer. Daß er aber dem Gymnasium und dessen Lehrerschaft nicht nur ein freundliches, sondern darüber hinaus auch ein dankbares Andenken bewahrte, dafür ist seine Gymnasiallehrer-Stiftung anläßlich des 70. Geburtstages ein vollgültiges Zeugnis. Zum Professor Bonnell blieb er in dauernden Beziehungen, vertraute in Erinnerung an die eigene Jugend beide Söhne dem von ihm geleiteten Gymnasium an.

Als Siebzehnjähriger hat Bismarck im April 1832 das Gymnasium verlassen. Am 10. Mai wurde er in Göttingen immatrikuliert, dem Rechtsstudium obzuliegen.



2. Der Student (1832—1835).

Die dumpfe Stille der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre war vorüber. Die Julirevolution hatte die Trennung Belgiens vom Königreich der Niederlande, seine Ausstattung mit einer vielgerühmten Musterkonstitution, den Aufstand der Polen nach sich gezogen. In Braunschweig und Kassel hatte man sich gegen die Landesfürsten erhoben; auch sonst hatte es in Deutschland an allerlei Unruhen nicht gefehlt. In Preußen selbst hatte das noch lebendige Vertrauen auf die erprobte militärische Kraft des Staates zwar Festigkeit nach innen und außen gegeben; aber die Geister waren doch wieder in lebhaftere Bewegung geraten, als da sie sich auf die Teilnahme an italienischen, iberischen, amerikanischen oder griechischen Erhebungen zu beschränken hatten. Es kann das alles an dem hellen Auge und empfänglichen Geiste des jungen Bismarck, dessen ganzes Denken und Empfinden ja nicht auf das Gelehrte, sondern das Lebendige gerichtet war, nicht wirkungslos vorübergegangen sein.

Bismarck beginnt die „Gedanken und Erinnerungen" mit dem Bekenntnis, daß er die Schule verlassen habe „wenn nicht als Republikaner, doch mit der Überzeugung, daß die Republik die vernünftigste Staatsform sei, und mit Nachdenken über die Ursachen, welche Millionen von Menschen

bestimmen könnten, Einem dauernd zu gehorchen, während ich von Erwachsenen manche bittere oder geringschätzige Kritik über die Herrscher hören konnte". Diese Stimmung ist wohl bei der reiferen Jugend, ja bei den Gebildeten der Zeit, weit verbreitet gewesen. Bei Bismarck ging sie doch über eine ganz äußerliche Aneignung nicht hinaus. In der Deutschtümelei der Plamannschen Schule lag etwas, was ihn den Burschenschaften näherte. In Göttingen mißfiel ihm aber bald „die Extravaganz ihrer politischen Auffassungen", ihr „Mangel an Kenntnis der vorhandenen, historisch gewordenen Lebensverhältnisse, von denen ich bei meinen 17 Jahren mehr zu beobachten Gelegenheit gehabt hatte als die meisten jener durchschnittlich älteren Studenten". Sein Herz blieb bei der Autorität.

Eine der wenigen späteren Aufzeichnungen von Freunden, die klar und zweifelsfrei diese Zeit beleuchten, spricht von Bismarcks Preußenstolz. Das Preußenlied, eben entstanden, hat er sich alsbald zu eigen gemacht. Wie konnte es auch anders sein? Die Erinnerung an die Franzosenzeit und die Befreiungskriege war ja lebendig in allem, was ihn bis dahin umgeben hatte, insbesondere im ganzen Familienkreise, der Not und Erhebung so ziemlich in allen seinen Gliedern mit durchlebt hatte. 1806, 1809 unter Schill, 1813—1815 hatten Angehörige mitgekämpft. 1809 hatten seine Eltern den Major von Lützow, der im Schillschen Korps diente, mit eigener Lebensgefahr vor den verfolgenden Franzosen gerettet. Im Befreiungskriege waren sieben Bismarcks ausgerückt, drei gefallen, vier mit dem Eisernen Kreuze heimgekehrt.

Unmöglich kann das in der Familie auch nur verblaßt gewesen sein. Des Vaters Bruder, der Generalleutnant Friedrich Adolf Ludwig von Bismarck auf Templin (an der Havel zwischen Potsdam und Caputh), war ein treuer Freund der Eltern, stand während der Schülerzeit des Neffen in regster Verbindung mit ihnen. Besuche auf dem Gut zählten zu den Sonntagsfreuden des Knaben. Der Heranwachsende müßte ja von Stumpfsinn umgeben, selbst Stumpfsinn gewesen sein, wenn andere Erinnerungen und Gesinnungen als die hier gepflegten und vorherrschenden den Grund seiner Seele hätten füllen sollen. Soweit Beziehungen zu Staat und Volk in Frage kamen — sie sollten allzeit die stärksten sein, die den einzelnen mit der Gesamtheit verbinden, und sind das bei Bismarck von vornherein gewesen und stets geblieben —, trugen sie bei diesem Jüngling

eine preußische Färbung. Daneben hatte die Plamannsche Erziehung einen deutschen Stempel gedrückt. Daß dieser beim Studenten noch nicht verlöscht war, beweist die Wette, die Bismarck nach seiner eigenen Erzählung in Göttingen mit dem Amerikaner Coffin einging, daß Deutschland in 20 Jahren geeinigt sein werde. Ein Gegensatz zwischen preußisch und deutsch konnte damals von einem Altpreußen schlechterdings nicht empfunden werden. Altpreußisch bedeutete aber auch königlich, monarchisch. Bismarck war eben Student geworden, als die Kunde vom Hambacher Fest, von „der Deutschen Mai" (27. Mai 1832), der Völkerverbrüderung an den lieblichen Berghängen der Pfalz neben den Ruinen der alten Stauferburg, die deutschen Gaue durchflog. Sein reger Gegenwartssinn hat das Lied aufgegriffen und festgehalten, mit dem die Menge zum Burgberg hinaufzog: „Hinauf, Patrioten, zum Schloß, zum Schloß". In seinen Anschauungen konnte er durch solche Hergänge nur befestigt werden.

Acht Wochen nach seiner Immatrikulation, am 5. Juli, ist der Studio bei der Landsmannschaft Hannovera eingesprungen. Tags zuvor hatte er mit amerikanischen Freunden deren Unabhängigkeitsfest gefeiert. Er hat in seinen Erinnerungen selbst gesagt, daß bei persönlicher Bekanntschaft mit Mitgliedern der Burschenschaft ihn auch deren Mangel an äußerer Erziehung und an Formen der guten Gesellschaft abgestoßen habe, dazu ihre Weigerung, Satisfaktion zu geben. Er war im Besitz überlegener Lebensführung und fühlte den Drang, die innewohnende Kraft auch studentisch zum Ausdruck zu bringen. In mehr als auffallendem Anzuge, der auch Anlaß geworden sein soll, daß er vor den Universitätsrichter geladen wurde, in hellem, schlafrockartigem, bis auf die Füße herabreichendem Gewande, „mit seltsam konstruierter Mütze, ein gedrehtes Eisenstöckchen in der Hand, von einem mächtigen weißgelben Hunde gefolgt", bummelte er die Weenderstraße entlang. Er wurde von Mitgliedern der Hannovera ausgelacht, forderte, ließ sich beruhigen und in die Verbindung aufnehmen, was sein Wunsch, vielleicht Zweck gewesen war. Sie öffnete sich dem forschen Fuchs gern. Die Renommisterei, die vom rechten deutschen Studenten kaum ganz wegzudenken ist, hat auch im jungen Otto von Bismarck ihre Triumphe gefeiert.

Wir können uns ein Bild seiner Erscheinung machen. Er war ein gesunder, kräftiger Knabe gewesen, zu allen körperlichen Spielen und Übungen geschickt und lustig. Er war jetzt voll ausgewachsen, lang aufgeschossen, 5 Fuß 10 Zoll (183 Zentimeter) groß, aber gewandt und sehnig, mit voller Herrschaft über seinen Körper. Seine äußere Erscheinung vergegenwärtigte den Typus, der uns seit Tacitus der germanische ist. Die Haare waren gelbblond, dicht und durch Kamm und Bürste nicht leicht zu bändigen, die Augen blau, die Gesichtsfarbe hell mit gesundem Schimmer der Wangen, nicht ganz frei von Sommersprossen. Die offenen, sprechenden Züge ließen scharfen Verstand und festen Willen erkennen, doch auch menschliche Zugänglichkeit und Geselligkeitsbedürfnis. Die ganze Persönlichkeit des Fuchses bürgte dafür, daß er für seine Verbindung einen Gewinn darstellte.

Er hat denn auch in ihr eine Rolle gespielt. Von den Einzelheiten, die darüber berichtet werden, sind nicht alle gleich glaubwürdig. Aber der Gesamteindruck steht fest; er war einer der Führenden in allem, was an solcher Stelle zur Führerschaft berechtigen kann. Er hat in Jahresfrist 25 mal auf Mensur gestanden, meist erfolgreich. Er war schon im Wintersemester Fuchsmajor, im nächsten Sommer Senior. Zusammenstöße mit der Universitätsgerichtsbarkeit sind nicht ausgeblieben; wegen Mitwirkung bei einem Pistolenduell wurde er zu zehn Tagen Karzer verurteilt. Der Amerikaner (Neuengländer) John Lothrop Motley, ein Jahr älter als Bismarck, später bekannt durch seine History of the Rise of the Dutch Republic, der weitere geistvolle Werke zur niederländischen Geschichte folgten, verkehrte damals mit der Hannovera, der ein anderer Amerikaner als Mitglied angehörte; er hat 1839 einen Roman Mortons Hope veröffentlicht, in dem ein Otto von Rabensmark als deutscher Student eine Hauptfigur darstellt. Mag da einzelnes erfunden oder übertrieben sein, die Hauptzüge sind als der Wirklichkeit entsprechend festzuhalten, wenn auch das völlige Verkommen des Helden irre machen kann, da es so ganz aus der Bahn des Wirklichen hinausschlägt. Es trifft auch auf Bismarck zu, was einst Luther von seiner Studentenzeit sagte: „Von Natur war ich ein hurtiger, fröhlicher, junger Geselle", nur daß die Hurtigkeit und Fröhlichkeit bei dem zukünftigen Staatengründer gelegentlich tolle, übertolle, fast berserkerhafte Formen annahm, die dem Reformator fremd geblieben sind.

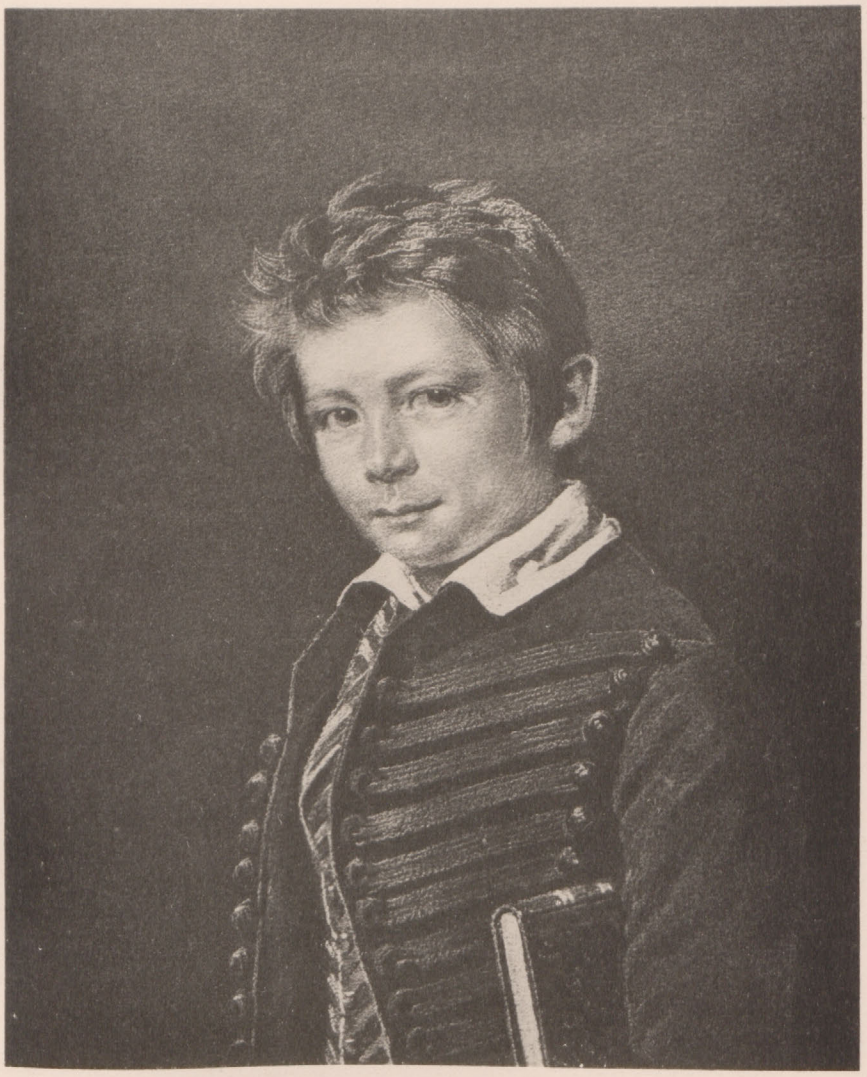
Demſelben Zeugen Motley verdanken wir aber auch Belege, daß Bismarck in dieſem Treiben nicht aufging. Der forſche, überforſche Student war auch damals nicht der ganze Bismarck. Könnten die Wände des kleinen Zimmers, das er in der zweiten Hälfte ſeines Göttinger Aufenthaltes in der Leinemühle, da wo der Fluß durch den Wall in die Stadt eintritt, bewohnte, reden, ſie würden von ernſten und langen Geſprächen zu berichten wiſſen, die beſonders gern den Kneipabenden folgten. Die farbentragenden und ſchlagenden Verbindungen nahmen damals ihre Mitglieder noch nicht ſo ausſchließlich in Anſpruch wie heute. Bismarck hat außerhalb der Landsmannſchaft mancherlei Beziehungen angeknüpft, nicht zuletzt mit Ausländern, mit keinem wohl herzlicher als mit Motley. Daß Frau von Bismarck ein Vierteljahrhundert ſpäter in Frankfurt den durchreiſenden Amerikaner vom Bahnhof in die Wohnung entführte, um im Gatten den Studenten wieder aufleben zu laſſen, wirft ein helles Licht auf das gemeinſame Jugendtreiben. Bismarcks Sprachkenntniſſe haben in ſolchem Umgang zugleich Verwendung und Erweiterung erfahren. Er redete ſechs Sprachen, ohne daß man wußte, woher er ſie hatte. Die Beziehungen, die er ſo anknüpfte, waren aber durchweg ariſtokratiſche. Die Hannovera ſetzte ſich ganz überwiegend aus Bürgerlichen, Söhnen des ſtandesbewußten hannoverſchen Beamtentums, zuſammen, die ſpäter auch in dieſes eingetreten ſind. Außerhalb der Verbindung blieb Bismarck in dem Kreiſe, dem er durch Geburt und Erziehung angehörte. Die damals noch beſtehende herkömmlich vornehme Zuſammenſetzung der Göttinger Studentenſchaft erleichterte das.

Die geiſtige Förderung, die Bismarck in Göttingen erfuhr, verdankte er wohl zum großen, wenn nicht zum größeren Teile ſolchem Verkehr. Die Göttinger Profeſſoren haben dazu, ſoweit ſich erkennen läßt, nicht allzuviel beigetragen. Unwillkürlich denkt man an Dahlmann, den Hiſtoriker und Staatsrechtslehrer, der ſo wirkungsvoll in die Entwicklung des deutſchen Staatsgedankens eingegriffen hat. Er war während der beiden erſten Semeſter Bismarcks in ſtändiſchen Angelegenheiten in Hannover tätig; wir wiſſen nicht, ob dieſer ihn je gehört oder auch nur geſehen hat. Eine gewiſſe Anziehungskraft hat Dahlmanns Fachgenoſſe Heeren ausgeübt; Bismarck hat durch zwei Semeſter bei ihm belegt. Heeren verfügte nicht nur über ein reiches hiſtoriſch-geographiſch-ſtatiſtiſches Wiſſen, das ſich über alle

Erdteile und über alte und neuere Geschichte erstreckte, er verstand auch, es in seinen Vorträgen lebendig zu verbinden und zur Geltung zu bringen. Solche Kenntnisse einzusammeln und durch Lesen und Nachschlagen zu vermehren, entsprach Bismarcks Neigung weit mehr, als sich allgemeine Grund- und Leitsätze übermitteln zu lassen oder sich systematisch in ein Berufsfach einzuarbeiten. Er ist auch von Göttingen geschieden, ohne daß irgend eine Persönlichkeit sein Wesen bestimmend hätte beeinflussen können. Er war an Wissen und an Lebenserfahrungen und Menschenkenntnis reicher geworden; seine studentischen Erfolge hatten das Selbstvertrauen, die Sicherheit seines Auftretens noch gesteigert. Die „Gabe der Geringschätzung für die Dornen des Lebensweges" hat ihm, wie er sich später erinnerte, das Dasein leicht gemacht.

Im September 1833 verließ Bismarck Göttingen. Nach einem längeren Aufenthalt in der Kniephofer Heimat ward er Berliner Student, wenn auch erst im nächsten Semester immatrikuliert, weil Göttingen wegen allerlei Unregelmäßigkeiten und Verfehlungen die Exmatrikel verweigerte. Sein Studienfleiß ist hier nicht größer gewesen als in der Leinestadt, vielleicht noch geringer. Er ist zweimal bei Savigny in einer Vorlesung gewesen, hat aber nicht bei ihm belegt. Motley war nach Berlin übergesiedelt, Savigny zu hören. Mit Motley hat Bismarck in dem Hause Friedrichstraße 161 zusammen gewohnt. Auch sonst suchte er Umgang, wie er ihn in Göttingen gepflegt hatte, nicht im Zusammenhange mit seiner Fachbildung. Unter den neuen Bekannten tritt besonders der gleichaltrige Kurländer Alexander Keyserling hervor, dessen Bruder Hermann schon in Göttingen Beziehungen zu Bismarck gehabt hatte; in ihm stand, wie auch in Motley, dem Freunde die gleiche geistige Unabhängigkeit gegenüber, die er selbst vertrat. Auch Keyserling wollte nur er selbst sein. Er hat sich den Naturwissenschaften zugewandt und auf diesem Felde Anerkanntes geleistet, ist 1862 Kurator der Universität Dorpat geworden. Auch zu ihm hat noch nach einem Menschenalter bei gelegentlichem Zusammentreffen das gegenseitige Verhältnis die einstige Jugendfrische gezeigt.

Studentisches Leben nach Göttinger Art fehlte in Berlin fast ganz; aber die Geselligkeit nahm einen anderen Platz ein und machte Ansprüche. Bismarck hatte den Pflichten seines Standes und seinen Familienbeziehungen



Der elfjährige Bismarck
Nach einem Gemälde von Franz Krueger

zu genügen und hat das, zwar witzelnd und scherzend, aber doch nicht widerstrebend getan. Er ist auch hier der völlig sichere, nicht zu verblüffende junge Mann. Die Butterbrote, die er und seine Freunde auf einem Ballabend beim russischen Gesandten aus der Tasche ziehen, weil der Gastgeber sie nicht speist, sind nicht der einzige Beleg dafür. Auf seine äußere Erscheinung legte er übrigens kein geringes Gewicht, kleidete sich nicht nur sorgfältig, sondern fast auffällig. Schon früh haben wir von Bismarck Proben überlegenen Spottes. Er schlug gern einen scherzhaften, von Gesuchtheit nicht immer ganz freien Ton an, machte sich lustig über sich selbst wie über andere, über die Dinge, auch über ernste. In Wirklichkeit hat er wohl nicht immer so hoch über ihnen gestanden, daß die scheinbare Gleichgültigkeit durchweg volle Wahrheit gewesen wäre. In diesen und den folgenden Jahren tritt diese Eigenheit stärker hervor. Der Bismarcksche Briefstil fängt an sich zu entwickeln, zunächst allerdings mehr in seinen grotesken Zügen.

Ziemlich genau drei Jahre nach der Göttinger Immatrikulation, am 22. Mai 1835, hat Bismarck die erste juristische Prüfung, damals „Auskultatoreramen", bestanden, mit keinerlei Auszeichnung, doch auch nicht unrühmlich. Keine Frage, daß dabei der Einpauker mindestens eben so sehr Pate gestanden hat wie der Professor, aber mehr noch als beide seine ganz außergewöhnliche Fassungsgabe. Übersetzung und Erklärung des Corpus Juris wurden recht gut befunden.





3. Auskultator und Referendar (1835—1839).

Bismarck ist nach bestandenem Examen dem Königlichen Stadtgericht in Berlin überwiesen und dort zunächst in der Kriminal-, später in verschiedenen Zweigen der Zivilabteilung beschäftigt worden. Er hat sich diesem Dienst pflichtmäßig gewidmet; seine Neigung zur Kritik fand Nahrung genug, aber er nahm Teil an den Dingen. Befriedigen konnten sie ihn nicht. Immer deutlicher tritt hervor, daß seine Sehnsucht nach Höherem stand, nach einem Felde selbständiger, weit ausgreifender Tätigkeit.

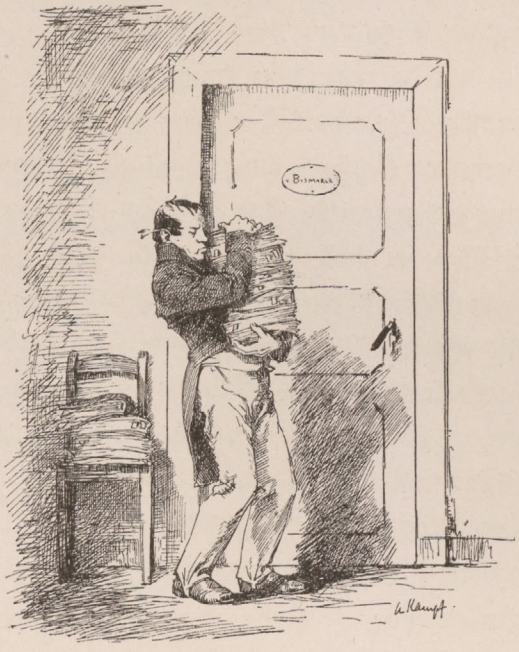
Ein solches konnte nur der Staat bieten. Die Seinigen hatten zeitweise zum Militär geraten, ja gedrängt, besonders die Mutter; es schien der gangbarste Weg für rasches Vorwärtskommen. Der Bruder Bernhard hatte sein juristisches Studium mit der Waffe vertauscht. Bismarck hat später erklärt, er habe „den Hohenzollern lieber auf dem Schlachtfelde und mit dem Degen als am Schreibtische mit der Feder dienen wollen", aber er konnte sich jetzt doch nicht entschließen, „das Vaterland am Halleschen Tore zu verteidigen" und dann etwa, wie es Bernhard getan hatte, auf seine Güter zu gehen. Im Winter 1833/34 scherzte er: „Ich werde wohl das Portefeuille des Auswärtigen ausschlagen, mich einige Jahre mit der rekrutendressierenden Fuchtelklinge amüsieren, dann ein Weib nehmen, Kinder zeugen, das Land bauen und die Sitten meiner Bauern durch unmäßige Branntweinfabrikation untergraben."

Im „Portefeuille des Auswärtigen" steckt eine Andeutung, die eines realen Hintergrundes nicht entbehrte. In seinen Gedanken und Erinnerungen sagt Bismarck selbst: „Ich hatte, so lange ich in dem damaligen Alter an eine Beamtenlaufbahn ernstlich dachte, die diplomatische im Auge; auch nachdem ich von seiten des Ministers Ancillon bei meiner Meldung dazu wenig Ermutigung gefunden hatte." Es wurden ihm „im Familienkreise mustergültige Vordermänner auf diesem Wege" genannt und „als einzuschlagende Richtung die Arbeit an und in dem Zollvereine empfohlen". Ancillon hat ihm doch geraten, „zunächst das Examen als Regierungsassessor zu machen und dann auf dem Umwege durch die Zollvereinsgeschäfte Eintritt in die deutsche Diplomatie Preußens zu suchen". Wenn zwei Jahrzehnte später Alexander Keyserling die inzwischen „besternte Exzellenz" an eine ihrer Äußerungen aus dieser Zeit erinnerte: „Konstitution unvermeidlich; auf diesem Wege zu äußeren Ehren", so belegt das doch wohl, daß im Kopf des jungen Mannes, dem hohe staatliche Stellung und entsprechende Tätigkeit als Ziel feurigen Ehrgeizes vorschwebten, auch noch stolzere Gedankengänge Raum fanden. Die spätere Anrede eines Jugendfreundes: „Bismarck, wenn das deine Mutter erlebt hätte", belegt wohl, daß besonders sie Erfolge und Ehrungen für den Sohn herbeiwünschte.

Er hat Ancillons Rat befolgt. Im März 1836 ließ er sich Urlaub geben zur Vorbereitung für das Examen, das für den Übergang von der Justiz zur Verwaltung nötig war.

Den Urlaub verbrachte er einsam in Schönhausen. Es war der erste längere Aufenthalt dort seit den frühen Kindheitstagen. Bis Mitte Mai hat er zwei Prüfungsarbeiten fertiggestellt, eine philosophische über die Natur und die Zulässigkeit des Eides und eine staatswissenschaftliche über Sparsamkeit im Staatshaushalt. Sie enthalten Eigenes, lehnen aber stark an die Quellen an, insbesondere an die betreffenden Hauptwerke. Wo es sich um Selbständiges handelt, kommen besonders die eigene Erfahrung und gewonnene Lebensanschauungen zu Worte, nicht weiter ausgreifendes Studium. Daß das rationalistische Denken der Zeit auch auf den Verfasser Einfluß gewonnen hatte, ist unverkennbar. Ein inneres Verhältnis zu den aufgeworfenen Fragen tritt kaum zutage; die Beantwortung genügte den Examensforderungen. Im Juni ward Bismarck als Referendar zu der Regierung nach Aachen versetzt.

Er hatte selbst gewünscht, dorthin zu kommen, „um den Umweg zur Diplomatie abzukürzen", da der Kursus sich dort „in zwei Jahren abmachen ließ, während bei den altländischen Regierungen wenigstens drei erforderlich waren". Mitgewirkt hat doch auch wohl die Persönlichkeit des Aachener Regierungspräsidenten Adolf Heinrich Graf von Arnim-Boitzenburg, der selbst erst 33 Jahre alt war, doch schon seine zweite Präsidentenstelle bekleidete. Friedrich Wilhelm IV. hat ihn alsbald nach seinem Regierungs-



antritt zum Oberpräsidenten von Posen gemacht; 1842—1845 hat er das Ministerium des Innern geleitet, 1848 das Märzministerium, ein Mann von vornehmem Adelsstolz, doch von reicher Bildung, weitem Blick und verständnisvollem Eingehen auf Verhältnisse und Persönlichkeiten.

Er ist auch dem jungen Bismarck gerecht geworden, seiner vielseitigen Begabung und seinem Selbständigkeitstrieb. Er hat ihm Gelegenheit gegeben, sich rascher als üblich mit den verschiedenen Zweigen der Verwaltung bekannt zu machen, ihn auch persönlich unterwiesen. Für den jungen Referendar war es eine neue Umgebung. Ihre kennzeichnenden Züge erhielt sie einerseits durch ein selbstbewußtes, aufstrebendes Bürgertum und dessen gewerbliche und industrielle Rührigkeit, anderseits durch die Vorherrschaft des katholischen

Bekenntnisses. Auch war es das Land des Code Napoléon und französischer Erinnerungen. Das alles ist an Bismarck nicht spurlos vorübergegangen. Der übertragenen Arbeiten hat er sich ernstlich angenommen, besonders seitdem sein anfangs noch schwankender Entschluß, durch das Assessorexamen den Eintritt in die Zollvereinsgeschäfte und dann weiter durch die deutsche Diplomatie den Zutritt zur ausländischen, zur großen Welt zu gewinnen, mit dem Beginn des Winters 1836/37 sich gefestigt hatte. „Da Herr von Bismarck rasch arbeitet, soll man ihn reichlich beschäftigen." Es ist dann freilich anders gekommen.

Der altberühmte Badeort, dem dieser Vorzug den Namen gegeben hat, war damals weit mehr als heute ein Treffpunkt der eleganten, insbesondere auch der internationalen Welt. Der Einundzwanzigjährige, von Lebenslust und Lebenskraft Überschäumende fand Gefallen an dem Treiben. Wiederum hat ihn der Verkehr mit Engländern, diesmal auch mit Engländerinnen, besonders angezogen. Gewiß hat sich hier seine Vertrautheit mit fremdländischer Bildung in gutem Sinne des Wortes weiter gemehrt und vertieft. Shakespeare, Byron, die englischen Humoristen des 18. Jahrhunderts sind ihm in gesteigertem Umfange geistiges Eigentum geworden; es hat sich aus dieser Zeit ein englischer Brief von ihm erhalten, der zwar einfach, aber bis auf einen kleinen Verstoß korrekt geschrieben ist. Aber es kam doch auch zu Lebensäußerungen, die den Beobachtenden als leichtsinnig, ja leichtfertig erschienen. Bismarck tröstete sich der Meinung, daß „der Ruf eines ehemaligen Bonvivants dem künftigen Diplomaten nicht schaden werde", fand aber auch, daß „der Verlust an Zeit und Geld schädlich sei". Er pflegte Verkehr nur in vornehmster Gesellschaft, was natürlich einen entsprechenden Aufwand nach sich zog. Zum erstenmal erscheint Bismarck in nahen, ja nächsten Beziehungen zu Damen. Im Spätherbst 1836 ist er nur mit Mühe seiner Leidenschaft für eine junge Engländerin Herr geworden. Er schreibt am 3. Dezember an seinen Bruder Bernhard, daß er „sich entschlossen habe, sie nicht zu heiraten". Er findet: „Eine Leidenschaft vergißt sich, wenn auch spät. Ich arbeite anhaltend, und dies gibt mir Ruhe, oft auch Heiterkeit."

Aber gerade eine neu aufflammende Liebe sollte seinem Aachener Aufenthalt ein plötzliches Ende bereiten. Im Juli 1837 ließ er sich einen 14tägigen Urlaub nach Wiesbaden und Frankfurt geben. Es war wieder eine Engländerin, die es ihm angetan hatte, möglicherweise sogar die Angebetete des letzten Herbstes. Im Briefe an seine Gattin vom 3. Juli 1857 spricht Bismarck von dem „Champagner 22jähriger Jugend, der damals nutzlos verbrauste und schale Neigen zurückließ". Er ist von dieser Reise nicht nach Aachen zurückgekehrt; sie hat ihn bis nach Bern geführt. Erst im September hat er Arnim wieder von sich Nachricht gegeben, um weitere Beurlaubung gebeten und ein Entlassungsgesuch angekündigt, das er einreichen werde, wenn er sich in Potsdam oder Magdeburg gemeldet habe. Er hoffte „auf Verzeihung für die Leichtigkeit, mit der ich mich von Umständen habe fortreißen lassen, welche ich nicht ganz vorhersah, und die für mich persönlich von Wichtigkeit waren". Erst am 1. November ist er nach mehreren Zwischenstationen bei den Seinigen in Kniephof eingetroffen.

Noch im Dezember ist er bei der Regierung in Potsdam eingetreten. Er kam dort unter die Leitung des Oberpräsidenten Magnus Friedrich von Bassewitz, eines geborenen Mecklenburgers, der früh in preußische Dienste gekommen war und dann sein Leben in den Marken verbracht hatte. Der Referendar wollte zugleich seiner Militärpflicht genügen; im März 1838 wurde er Gardejäger.

Bassewitz gehört zu den Männern, die Preußens Verwaltung nach den Befreiungskriegen zu Ansehen und Erfolgen gebracht haben. Er stand damals im 66. Lebensjahre. Der Altreichskanzler hat ihn als „väterlichwürdig" in Erinnerung. Dem neuen Untergebenen hat er nichts mehr werden können. Ein inneres Verhältnis zur Beamtentätigkeit oder gar zur Beamtenlaufbahn hatte Bismarck nicht gewonnen. Als Greis fand er, daß er eine „zu geringe Meinung von dem Werte unserer Bureaukratie, eine vielleicht zu große Neigung zur Kritik mitgebracht habe". Sein Selbständigkeitsdrang ertrug die formalen Anforderungen, seine Begabung die unvermeidliche Kleinarbeit schwer. Im Januar 1838 scherzte er: „Wenn ich mich ins Sofa zurücklege, kann ich beide Arme bis zur Schulterhöhe auf Akten ruhen lassen." Es sollte diese ganze Tätigkeit ja nur ein Durchgang für ihn sein; es konnte aber ein langer, ein erstickender werden.

Im Herbst des Jahres hat Bismarck in einer Art Rechtfertigungsschreiben an die Frau seines Vetters, Gräfin Bismarck-Bohlen auf Karlsburg bei Greifswald, auseinandergesetzt, daß die „ihm gegen sein Vaterland obliegenden Pflichten doch nicht gerade forderten, daß er Administrativbeamter werde." Er müsse die Wahl seines Berufes nach seinen Neigungen und Verhältnissen treffen können. „Daß mir von Hause aus die Natur der Geschäfte und der dienstlichen Stellung unserer Staatsdiener nicht zusagt, daß ich es nicht unbedingt für ein Glück halte, Beamter oder selbst Minister zu sein, daß es mir eben so respektabel und unter Umständen nützlicher zu sein scheint, Korn zu bauen als administrative Verfügungen zu schreiben, daß mein Ehrgeiz mehr danach strebt, nicht zu gehorchen, als zu befehlen, das sind Fakta, für die ich außer meinem Geschmack keine Ursache anzuführen weiß; indessen, dem ist so." Auch wenn er edel genug denke, seine Kräfte für das Wohl anderer, nicht für das eigene einzusetzen, und seine Befähigung noch so hoch einschätze, vermöge er doch nicht einzusehen, daß es für das Wohlergehen der Einwohner Preußens notwendig sei, daß gerade er der Regierung einer Provinz angehöre oder vorstehe. Er legt dar, wie der einzelne Beamte sich einzufügen habe in das Ganze, den eigenen Willen, auch die eigene bessere Einsicht aufzugeben habe. „Ich will aber Musik machen, wie ich sie für gut erkenne oder gar keine." Er gesteht, daß er von Ehrgeiz nicht frei sei, von dem „Wunsche, zu befehlen, bewundert und berühmt zu werden, daß manche Auszeichnungen, wie die eines Soldaten im Kriege, eines Staatsmannes bei freier Verfassung, wie Peel, O'Connell, Mirabeau usw., eines Mitspielers bei energischen politischen Bewegungen auf ihn eine jede Überlegung ausschließende Anziehungskraft üben wie das Licht auf die Mücke". Aber die übliche Beamtenlaufbahn reizt ihn nicht, die Aussicht, bestenfalls „im 40. Jahre, etwa als Präsident u. dgl., ein Gehalt zu haben, mit dem ich bei meinen Bedürfnissen heiraten und in der Stadt einen Hausstand bilden könnte, wenn ich trocken vom Aktenstaub, Hypochonder, brust- und unterleibskrank vom Sitzen geworden sein werde und eine Frau zur Krankenpflege bedarf." In der Landwirtschaft glaubt er seine Tätigkeit vorteilhafter verwerten zu können, und „um eine große Landwirtschaft heut zu Tage richtig zu leiten, ist vielleicht mehr Verstand erforderlich, als um Geheimer Rat zu werden".

Man kann Für und Wider, die im Referendar und Gardejäger mit einander rangen, kaum klarer und treffender darlegen, als es in diesem Schreiben geschieht.

Es spielte aber wohl noch etwas mit, was hier kaum anklingt. Bismarck tut in eben diesem Schreiben die Äußerung: „Ich habe von jeher einen gefährlichen Hang gehabt, mehr auszugeben, als ich einnehme." Er fügt hinzu: „Ich bekämpfe diesen Hang mit Erfolg durch die Einsamkeit, indem ich beim Zusammensein mit meinesgleichen es schwer ertrage, in irgend einer Beziehung hinter jemand zurückzustehen." In solchem Zusammensein hatte er seit dem Beginn seiner Studentenzeit gestanden. So hat er Schulden von Göttingen nach Berlin, von da nach Aachen und, hier wohl besonders vermehrt, weiter nach Potsdam herübergebracht. Um erdrückende Summen hat es sich dabei schwerlich gehandelt. Aber die Aachener Regierung hat sich gemüßigt gesehen, in Potsdam Anzeige zu machen. Der Verfolgte hat aufbäumend bei Bassewitz Erlaubnis nachgesucht, sich höheren Orts beschweren zu dürfen „über einen so wenig rücksichtsvollen und meinem unvorgreiflichen Dafürhalten nach außerhalb der Kompetenz jener hohen Behörde liegenden Eingriff in meine Privatverhältnisse"; er „beabsichtige nicht, der Königlichen Regierung in Aachen Rede zu stehen". Mit Recht hat der Greis jugendliche Befangenheit in Adelsvorurteilen abgeleugnet; hier war es doch der Edelmann, der ihn streitbar und schlagfertig in die Schranken treten ließ gegen solche Formen des Dienstzwanges, gegen „Zopf und Perücke", in welchem Schmuck ihm der Beamtenstand erschien.

Im Sommer 1838 ist der Entschluß gereift, den eingeschlagenen Weg nicht weiter zu verfolgen, sondern, wenn möglich, in die Verwaltung des väterlichen Besitzes einzutreten.

Eine gewisse Zwangslage, die sich für die Familie entwickelt hatte, förderte die Erfüllung des Wunsches. Bismarck hat später von der „festgefahrenen Bewirtschaftung unserer pommerschen Güter" gesprochen. In den dreißiger Jahren ist das zweite Schönhauser Gut verkauft worden und in den Besitz des Herrn Gärtner, eines Magdeburger Stadtrats, übergegangen. Der Mutter hat die Lage besonders Sorge gemacht; sie hat an neue Betriebe, an „Zucker- und Rumfabrikation", gedacht. Sie erkrankte, als Otto in

Potsdam war. Die Eltern mußten nach Berlin übersiedeln. Der Sohn hat die Mutter fleißig besucht; beide sind sich da näher getreten als zuvor im Leben. Im Austausch mit ihr hat Bismarck wohl zuerst dem Gedanken, zur Landwirtschaft überzugehen, entschiedenen Ausdruck gegeben. Aus einem Briefe, den der Vater am 19. Juli 1838 an den älteren Sohn Bernhard geschrieben hat, erfahren wir, daß er der Mutter von „Ekel für die ganze Beschäftigung bei der Regierung" gesprochen hat, daß er „dadurch sein Leben ganz überdrüssig wäre, und wenn er sich fast sein ganzes Leben gequält hätte, dann würde er vielleicht zuletzt Präsident mit 2000 Taler Einkommen, von Lebensglück wäre aber nie etwas zu hoffen". Er hat die Mutter umgestimmt. Sie war es besonders gewesen, die ihn der Beamtenlaufbahn zugeführt und in ihr für den Sohn Großes erhofft hatte.

In dem Briefe heißt es weiter: „Mit inniger Freude habe ich bei meiner Anwesenheit in Kniephof gesehen, welch großes Interesse die Landwirtschaft für Dich hat und welch gute und richtige Ideen Du zur Verbesserung der dortigen Güter hast, und da ich einsehe, wenn ich hier in Berlin bleiben muß, daß wir sämtlich zugrunde gehen müssen, so habe ich mich entschlossen, euch beiden die dortigen Güter als Eigentum zu übergeben und meine Subsistenz nur allein auf Schönhausen zu beschränken." So ist es geschehen. Dem Vater erleichterte es den Entschluß, daß „die beiden Brüder sich ja stets gut vertragen haben".

Es war bei diesem Schritt doch nicht die Meinung, die Brücken nach rückwärts völlig abzubrechen. Der Vater bezeichnete es als „wünschenswert, daß beide Brüder ihr Examen machen, um sich zu decken". Der Gardejäger hat zunächst um Versetzung in das 2. Pommersche Jägerbataillon in Greifswald nachgesucht. Als die verfügt worden war, ist er bei der Regierung um Urlaub dorthin eingekommen und hat ihn am 3. September erhalten. Nach Beendigung des Dienstjahres im März 1839 hat er sich um Versetzung zur Regierung in Stettin bemüht, „damit er zu Zeiten, wo seine Anwesenheit auf dem Lande weniger notwendig sei, bei einer Königlichen Regierung beschäftigt werden könnte". Erst als das ohne Erfolg blieb, ist er am 22. Oktober 1839 um seine Entlassung aus dem Staatsdienste eingekommen.

Die Versetzung nach Greifswald war nachgesucht worden mit Rücksicht auf die Nachbarschaft der landwirtschaftlichen Schule in Eldena. Da das

Jägerbataillon zum Manöver ausgerückt war und der Kompagniechef weitgehende Nachsicht übte, hat Bismarck durch den ganzen September keinen Dienst zu tun brauchen. Er hat sich damals mit Eldenas Einrichtungen bekannt gemacht. Ob es aber zu einem Studium auf der Akademie gekommen ist, läßt sich nicht erkennen; es waren auch dort Ferien, und Bismarck „glaubte kaum, daß er in den Hörsälen mehr lernen werde als aus guten Büchern". Die Neigung zum Alleinlernen, die seine Stärke ausmachte, tritt auch in dieser Bemerkung wieder deutlich hervor. In Chemie arbeitete er im September „täglich einige Stunden" mit einem Mediziner. Anderseits hat es auch in Greifswald an einem Duell und einem Zusammenstoß mit der Polizei nicht gefehlt; er war aus seinem Hause heraus Studenten, die von der Nachtwache verhaftet werden sollten, zu Hilfe gekommen.

Ostern 1839 trat Bismarck in die Gutsverwaltung ein. Die Mutter war am Neujahrstage im 50. Lebensjahre ihrer Krankheit, Krebs, erlegen.



4. Landwirt auf Kniephof (1839—1845).

Die drei Güter Külz, Jarchlin und Kniephof liegen östlich bzw. nordöstlich von Naugard, Kniephof am weitesten nach Norden. Sie umfassen zusammen ein Areal von nahezu 2000 Hektar, von denen am meisten auf Külz fällt, das auch den ergiebigsten Boden hat. Es gibt zur Zeit im Regierungsbezirk Stettin nur einen einzigen Betrieb, der mehr als 2000 Hektar landwirtschaftlich benützter Fläche hat. Die drei Güter wurden von Kniephof aus verwaltet. Dort haben beide Brüder zusammen gewohnt, bis Bernhard 1841 Landrat in Naugard wurde und dahin übersiedelte. Dann hat Otto Kniephof und Külz allein bewirtschaftet. Kniephof war das kleinste der Güter, umfaßte 580 Hektar; sein Herrenhaus war bescheiden, in Ausmaß und Ausstattung dürftiger als das von Schönhausen. Die Stätte der Kindheit sollte fast 7 Jahre wieder Bismarcks Heim sein.

Der Rittergutsbesitzer hat sich seiner Aufgabe mit Fleiß und Erfolg gewidmet. Seine Gattin hat später einmal zu einer begrüßenden Abordnung gesagt: „Glauben Sie mir, eine Wruke (Rübe) ist ihm lieber als Ihre ganze Politik.“ Man wird an Gregor VII. erinnert, der als Leiter der Christenheit sehnlich gewünscht haben soll, Mönch in Cluny geblieben zu sein, oder an Cromwell, der sich als Lord-Protektor hinter die Kühe zurücksehnte. Aber ein Stück Wahrheit steckt gewiß in der Bemerkung. Bis-

marck hatte zur Landwirtschaft ein inneres Verhältnis, anders als zur Beamtentätigkeit. Er hat sich auch die nötigen Kenntnisse in vollem Umfang zu eigen, mit der Fachliteratur sich in den folgenden Jahren wohl vertraut gemacht. In der Nachbarschaft gab es Landwirte genug, für die Thaer nicht umsonst gelebt hatte. In Regenwalde bestand ein landwirtschaftlicher Verein, dem auch Bismarck angehörte, und in dem er gelegentlich auch geredet hat. Er hat in diesen Jahren Kenntnisse und Erfahrungen gesammelt, die ihm lebenslang geblieben sind, die er auch als Staatslenker nutzbar zu machen verstanden hat.

So sind denn die Güter unter seiner und seines Bruders Leitung auch gediehen. Ihr Boden galt als mittelklassig. Nach acht Jahren konnte Bismarck schreiben: „Ich bot meinem Bruder damals die pommerschen Güter für 150 000 Taler an, er wollte sie aber dafür nicht haben. Jetzt in der Teilung haben wir sie zu 200 000 gerechnet, und das ist noch wohlfeil, denn Kniephof allein, welches mit 60 000 bei dieser Annahme interessiert, ist 80 bis 90 wert." Der Erfolg ist in einer Zeit, die der Landwirtschaft eher abträglich als förderlich war, um so bemerkenswerter, als die zur Verfügung stehenden Mittel nur beschränkt waren.

Kniephof hatte keine selbständigen Bauern. Die Gutstagelöhner wohnten in Häusern, die der Herrschaft gehörten. Sie wurden entlohnt, wie es im gesamten Nordosten und auch in den großen bäuerlichen Wirtschaften des Nordwestens üblich ist, mit bescheidenen Barzahlungen, aber reichlichen Naturalbezügen. Ihre materielle Lage war und ist besser, vor allem gesicherter, als eine weit verbreitete Auffassung es darzustellen liebt. Mit dem Los des ländlichen kleinen Mannes im deutschen Südwesten hatten und haben sie keinen Anlaß einen Tausch zu wünschen.

Bismarck ist seinen Gutsleuten ein gerechter, milder und freundlicher Herr gewesen. Im Januar 1844 redet ihn Moritz von Blankenburg brieflich so an: „Bist Du nicht Otto, der liebenswürdige Mensch? Bist Du nicht der Herr, der ein warmes Herz für seine Leute hat, der jedem seine Schuldigkeit tut und gerecht wird? Wir haben beide einen Beruf auf Erden, und ich bin ganz zufrieden, wenn ich erst anerkannt mit den mir anvertrauten Leuten so gut umgehe, wie dies allgemein von Dir gesagt wird."

Man darf nicht etwa glauben, daß es sich bei diesen Äußerungen um schönfärbende Liebenswürdigkeiten eines Freundes handele. Der angehende Schönhauser Gutsherr schreibt 1847 an seine Braut: „Ich entschließe mich sehr schwer, Leute zu entlassen, die ich einmal habe, und ich hoffe, Du wirst in bezug auf den weiblichen Teil des Regiments dieselben Grundsätze handhaben. Die Luft hier konserviert das Gesinde. Bellin" (der Verwalter) „ist ein Bauersohn hier aus dem Dorfe, fing als Reitknecht an bei meinem Vater und ist nun 40 Jahre in Dienst, davon 32 als Inspektor; seine Frau ist in unserem Dienst geboren, Tochter des vorigen, Schwester des jetzigen Schäfers. Letzterer und der Ziegelmeister, der auch bald 60 Jahr ist, dienen schon als zweite Generation hier, und haben ihre Väter bei meinem Großvater und Vater schon dieselben Stellen bekleidet. Die Gärtnerfamilie ist leider im vorigen Jahre mit einem kinderlosen Fünfundsiebziger, der den Posten von seinem Vater geerbt hatte, ausgestorben. Der Kuhhirte hat meinen Vater noch als Fähnrich gekannt; der Vorwerksmeier und der Jäger legten beim Tode meines Vaters wegen Altersschwäche, beide nach fast 50jähriger Dienstzeit, ihr Amt nieder, der Sohn Nimrods, nachdem ich ihm hatte zusichern müssen, daß er die Hasen doch noch schießen solle, die ich für die Küche brauchte. Der arme Stümper sieht nur nicht mehr genug dazu. Selbst unter dem Zugvögelgeschlecht der Mägde befinden sich einige, die ich seit zehn Jahren und vielleicht länger kenne. Ich kann nicht leugnen, daß ich einigermaßen stolz bin auf dieses langjährige Walten des konservativen Prinzips hier im Hause."

Als Bismarck sich gezwungen sah, Kniephof zu verpachten, hat er sich nur schwer von dem Gute getrennt, nicht nur, weil es „das erstemal war, solange Kniephof im Besitz unserer Familie ist, daß dort Fremde wohnen", sondern, weil „ich meine sämtlichen Tagelöhner versammelt vor meiner Türe fand, um mir ihr Leid zu klagen über die jetzige Not" (es war das Hungerjahr 1847) „und ihre Besorgnisse vor der Zukunft unter dem Pächter. Der wird sich viel darum kümmern, wenn wir in Krankheit und Elend geraten. Dabei hielten sie mir vor, wie lange sie meinem Vater schon gedient hätten, und die alten Grauköpfe weinten ihre hellen Tränen, und ich war auch nicht weit davon. Jeder Baum, den ich gepflanzt, jede Eiche, unter deren rauschender Krone ich im Grase gelegen, schien mir vorzuwerfen, daß ich sie

in fremde Hände gab." Er klagt sich an, mit dem Seinigen nicht haushalten, „alle reichen Gaben der Jugend, des Geistes, des Vermögens, der Gesundheit zweck- und erfolglos verschleudert" zu haben; „wäre ich so vernünftig gewesen, wie ich verschwenderisch war, so wäre mir die Verpachtung jetzt nicht ein pekuniäres Bedürfnis geworden".



Es ist der rechte, echte Landedelmann guten alten Schlages, der hier zu Worte kommt. Als Gutsbesitzer ist er sein Lebenlang ein solcher geblieben.

Dazu gehört auch der Landwehrleutnant, der er seit 1841 war. „Soweit mir auf dem Lande Ehrgeiz verblieb, war es der eines Landwehrleutnants." Bismarck hat nach dem Einjährigendienst eine ganze Reihe Übungen gemacht, zunächst bei der Infanterie, dann bei den pommerschen Ulanen. Als Ulanenoffizier hat er am 24. Juni 1842 mit eigener Lebensgefahr seinen Reitknecht Hildebrand aus dem Wendelsee bei Lippehne in der

Neumark gerettet. „Sein Soldatenherz kam bei jedem Anlaß zum Vorschein", sagt Keudell, dessen Erinnerungen in diese Zeit zurückreichen.

Aus der Greifswalder Zeit erfahren wir, daß das Plattdeutsche Bismarck damals noch unverständlich war. Seiner geistigen Erziehung nach war er doch Stadtmensch geworden. Als pommerscher Gutsbesitzer hat er sich die Mundart angeeignet, die ihm in ihrer Schlichtheit und Kraft vertraut und lieb bleiben sollte. Er verstand es, zwanglos „mit jedem seiner Dienstleute zu sprechen, wie mit einem Mitgliede des eigenen Gesellschaftskreises".

Zu den Gütern gehörten auch Patrimonialrechte. In Jarchlin hatte man Kirche und Pfarrer. Die Gerichtsbarkeit wurde im Auftrage des Besitzers von einem königlichen Richter in Naugard geübt, der auch anderen Gutsherren der Gegend in gleicher Weise diente; Polizeiherr war der Eigentümer selbst. Kniephof besaß Kreisstandschaft. Sein Besitzer konnte zum Landrat wählen, auch gewählt werden. Bernhard ist 1841 Landrat des Naugarder Kreises geworden, der Bruder dann Kreisdeputierter, der als solcher auch zur Vertretung des Landrats herangezogen werden konnte.

So war es eine kleine Welt für sich, in die der Werdende hineingestellt war. Welch andere Freiheit der Bewegung, welche Selbständigkeit der Entschließung, welches Gefühl der Verantwortlichkeit für jedes Handeln und welche Möglichkeit, die Folgen des eigenen Tuns alsbald zu erkennen, gegenüber der aufgegebenen Beamtentätigkeit! Es ist keine Frage, daß diese Jahre für Bismarcks volle Entwickelung mehr bedeutet haben als alle seit der Schulzeit verflossenen. Hier wurde der Mann fertig. Der angeborene Unabhängigkeitssinn gelangte zur vollen Entfaltung, fand aber auch seine Schranken im Zwang der Natur, die den Landwirt täglich und stündlich an seine Pflicht zu Geduld und fügsamer Ergebung erinnert. Niemand lernt wie er, den Augenblick zu nutzen, aber auch, die Frucht seines Handelns abzuwarten. Niemand ist wie er darauf angewiesen, ungewisse Kräfte in Rechnung zu stellen, auf alle Möglichkeiten gefaßt zu sein.

Wenn so die Handlungsfähigkeit gesteigert, die Einsicht gemehrt, der Charakter gefestigt wurde, so hat die Umgebung, an der sein Herz lange gehangen hatte, die aber jetzt erst sein täglich Eigen geworden war, auch

auf die Form seiner Denk- und Empfindungsäußerungen einen dauernden Einfluß geübt, ihr ein unauslöschliches Gepräge gegeben. Bismarcks bilderreiche Sprache hat aus keiner Quelle so reichlich und so glücklich geschöpft wie aus dem Landleben, vom Pferdehandel und dem Früchtereifen mit Hilfe der Lampe bis zur Ente, die vor Vergnügen mit dem Steiß wackelt.

Und doch war es gegeben, daß er in Pflicht und Lebensführung, wie sie der Stand mit sich brachte, nicht völlig aufgehen konnte. Nicht als ob es an geistigem Austausch gefehlt hätte. In erreichbarer Nähe wohnte eine ganze Reihe von Standesgenossen, die mit ihren Familien keineswegs außerhalb der geistigen Strömungen der Zeit standen. Gehörte doch zu ihnen ein Mann von der Vielseitigkeit und geistigen Frische eines Bülow-Cummerow. Das literarische Deutschland war auch in diesen Kreisen lebendig, und den nötigen Verkehr bot die ländliche Geselligkeit, die zwangloser, inniger und mannigfaltiger vereint als die städtische. Dazu gaben die Kreistage und die Versammlungen des landwirtschaftlichen Vereins unausgesetzt Anlaß, sich mit Fragen der Allgemeinheit und des Berufs zu beschäftigen und in ihnen zu betätigen. Gelesen hat Bismarck in dieser Zeit „gewaltig viel". Sein Stoffhunger genoß sogar Büschings bände- und inhaltreiche Erdbeschreibung.

Aber nicht nur geistige Bedürfnisse, auch jugendstarke Lebenslust und Lebenskraft wollten ihr Recht. Er unterhielt Verkehr weit umher im Land, mit den Offizieren der benachbarten Regimenter beste Kameradschaft. Sein Kaleb hat ihn „über manche Meile Weg, froh und traurig, wild und träge, an Heiden und Feldern, Seen und Häusern und Menschen vorbei" getragen. Ohne Unfälle, auch schwerere, ist es dabei nicht abgegangen. Es dauerte nicht lange, so war er weit und breit bekannt. Den „tollen Bismarck" hat man ihn genannt. Als er in dem Bauern Hermann Schnuchel einem ihm gewachsenen pommerschen Hartschädel in einem Hohlwege mit seinem Gespann begegnete und keiner zurück wollte, hat er es auf den Zusammenstoß ankommen lassen, allerdings mit seinem Wagen, der in Stücke ging, den Kürzeren gezogen. Die Pistole, die ihm längst vertraut geworden war, ist ihm auch damals eine Art Spielzeug geblieben; er hat sie gelegentlich benutzt, um durch ein Fenster an die Decke des dahinter liegenden Schlafzimmers zu schießen und so dort ruhende Gäste zu wecken. An den Statuen des Gartens

von Schönhausen finden sich Kugelmale, die man Bismarcks Übungen im Pistolenschießen zuschreibt, mögen sie nun aus dem Aufenthalt von 1836 oder aus einer späteren Zeit herrühren. Wie ein wilder Reiter, so war er auch ein „gewaltiger Jäger". Seinen ersten Zeitungsartikel — er ist allerdings in dieser Form nicht zum Abdruck gelangt — hat er Anfang 1843 zur Verteidigung der in Pommern neu eingeführten Parforcejagden geschrieben, scharf, findig, aus der Abwehr alsbald zum Angriff übergehend, echt bismärckisch. Daß seine Trinkfestigkeit in den ländlichen Kreisen reichlich Gelegenheit fand, Proben zu bestehen, bedarf kaum der Erwähnung; wo „der starke Zecher" sie nicht fand, hat er sie wohl auch gesucht.

Es wäre wunderbar, wären nicht auch Beziehungen zum schönen Geschlecht in Frage gekommen. Der Kavalier dieser Jahre war doch eine blendende Persönlichkeit. Mehr als ein Mädchenherz hat für ihn geschlagen; in manchem hat der wilde Lebemann, der zucht- und zügellos schien, aufkeimende Neigungen erstickt. Das Landleben und seine Geselligkeit bieten den Geschlechtern mannigfaltige und ausgiebige Gelegenheit, sich zu sehen und kennen zu lernen.

Der junge Bismarck müßte ein anderer gewesen sein, als er wirklich war, sollte nicht auch sein Herz Feuer gefangen haben. Wenn allerdings von Neueren der Verdacht ausgesprochen worden ist, daß es sich bei seinem „wilden" Treiben auch um die Befriedigung gemeiner Sinnlichkeit gehandelt habe, so muß das einfach zurückgewiesen werden. Bei der Durchsichtigkeit ländlicher Verhältnisse hätte ein unsauberer Lebenswandel es ihm völlig unmöglich gemacht, sich die Achtung der zahlreichen sittenreinen und sittenstrengen Familien und Persönlichkeiten, mit denen er in nahe und nächste Verbindung getreten und dauernd geblieben ist, zu erringen und zu bewahren. Moritz von Blanckenburg hat ihm im Januar 1844 das Zeugnis gegeben, er „lebe so anständig wie keiner in der Gegend".

Eine tiefere Neigung hat ihn aber in dieser Zeit allerdings erfaßt. Im Sommer 1841 hat er Ottilien von Puttkamer auf Pansin bei Stargard einen förmlichen Antrag gemacht. Er ist auf Widerstand der Mutter gestoßen, und auch die Tochter ist bei ihrer anfänglichen Erwiderung der Liebe nicht geblieben. Nach der endgültigen Absage im Frühling 1842 hat er

sich zunächst „sehr unglücklich gefühlt". Er hat aber zwei Jahre später geurteilt: „Was ich seitdem gehört und erlebt habe, hat mich dergestalt abgekühlt, daß ich als mein größtes Glück betrachten muß, was mich vor Zeiten mit meinem Geschick zürnen ließ." — „Die Freiersfüße sind mir zur Zeit gänzlich erfroren, und meine Erlebnisse haben mich nachdenklich gestimmt."

Das Erlebnis ist Anlaß gewesen zu einer größeren Reise in den Monaten Juli bis Oktober 1842, um, wie Bismarck im eben angezogenen Briefe schreibt, „wenn möglich in fremden Klimaten auszudunsten". Sie hat ihn nach England, Frankreich und zuletzt in die Schweiz geführt. Es war der erste längere Aufenthalt in fremdsprachigen Ländern, und er hat sicher den Weltmann und den Beobachter bilden helfen. Er hat sich im nächsten Jahre mit Weltenbummlerplänen getragen, an Reisen nach Ägypten und Indien, an englischen Kriegsdienst gedacht. Er meinte „das einsame Landjunkerleben nicht mehr aushalten zu können". „Indessen, was haben mir die Indier zuleide getan?"

1844 hat er es noch einmal „versucht, einen neuen Anlauf auf eine Ministerstelle zu nehmen", wie es in einem seiner ersten Briefe an die Braut heißt. Sein Gesuch an den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg, Herrn von Meding, um „Beschäftigung bei der Kgl. Regierung zum Behuf der Ausbildung für das Staatsexamen" hat zu seiner Einberufung nach Potsdam auf den 3. Mai geführt. Am 15. hat er sich wegen Erkrankung des Bruders und der Schwägerin Urlaub geben lassen, aus dem er nicht zurückgekehrt ist. Die Schwägerin ist am 22. gestorben; aber die Nachrichten, die melden, daß Bismarck sich mit dem Oberpräsidenten, der „kein altpreußisches Kollegialhaupt, sondern ein Präfekt war", nicht habe stellen können, lassen keinen Zweifel über den Grund seines raschen Ausscheidens. Er mochte keine oberpräsidiale Verfügung entgegennehmen, die begann: „Mir ist im Leben schon manches vorgekommen, aber noch kein Referendarius mit 63 Resten."

Inzwischen war eine neue Gedankenwelt ihm nahegetreten, mit der er sich abzufinden haben sollte.

5. Innere Festigung.
Verbindung mit Johanna von Puttkamer (1843—1847).



Wir können über Bismarcks religiöses Leben nur unter Vorbehalten urteilen. Im Elternhause werden rationalistische Anschauungen vorgewaltet haben. Die Mutter, für die Zschokkes Stunden der Andacht als das beliebteste Erbauungsbuch bezeichnet werden, hat sich doch auch mit Swedenborg, mit Justinus Kerner und der Seherin von Prevorst beschäftigt. Vorbereitungsunterricht und Einsegnung der Söhne hat Schleiermacher selbst erteilt. Es kann trotz Bismarcks eigener gegenteiliger Aussage kaum bezweifelt werden, daß der 16jährige Otto vollauf befähigt war, diesem Unterricht zu folgen. Trotzdem hat er tieferen Eindruck bei ihm nicht hinterlassen. Die Durchdringung und Verschmelzung freierer Anschauungen mit innigster Religiosität, die den Lehrer auszeichneten, sind auf den Schüler nicht übergegangen. Seine religiöse Empfänglichkeit war wenig entwickelt.

„Es war ungefähr um diese Zeit, daß ich, nicht aus Gleichgültigkeit, sondern infolge reiflicher Überlegung, aufhörte, jeden Abend, wie ich von Kindheit her gewohnt gewesen war, zu beten, weil mir das Gebet mit meiner Ansicht von dem Wesen Gottes in Widerspruch zu stehen schien, indem ich mir sagte, daß entweder Gott selbst nach seiner Allgegenwart alles, also auch jeden meiner Gedanken und Willen, hervorbringe und so gewissermaßen durch mich zu sich selbst bete, oder daß, wenn mein Wille ein von dem Gottes unabhängiger sei, es eine Vermessenheit enthalte und einen Zweifel an der Unwandelbarkeit, also auch an der Vollkommenheit des göttlichen Ratschlusses, wenn man glaube, durch menschliches Bitten darauf Einfluß zu üben.“ So hat Bismarck in seinem Werbebrief an den Vater seiner

Braut geschrieben. Seine Auffassung vom Gebet stimmt auffallend überein mit Schleiermachers Lehre, nur daß der Schüler sich die positive Mahnung des großen Predigers und Seelsorgers, zu beten zu eigener Stärkung und Läuterung, um zur freudigen Ergebung in Gottes Willen zu gelangen, nicht zu eigen gemacht hatte. Er hat dann Hegel und Spinoza, später David Strauß, Feuerbach, Bruno Bauer kennen gelernt. Ein tieferes Interesse hat Bismarck offenbar auch diesen Verfassern nicht entgegengebracht, wie denn philosophisches Denken seinem auf das Gegenständliche gerichteten Geiste fern lag und niemals irgend welchen tieferen Einfluß auf ihn gewonnen hat. So weit es der Fall war, hat er in dem „nackten Deismus" seiner Einsegnungszeit, „der nicht lange ohne pantheistische Beimischungen blieb", durch diese Lektüre nur bestärkt, nicht gestört werden können. Erst der zum vollen Mann Herangereifte sollte sich genötigt sehen, Fühlung mit Gott zu suchen.

Einer der nächsten Gutsnachbarn war Adolf von Thadden auf Trieglaff, das nur wenige Meilen nördlich von Kniephof auf dem Wege nach Greifenberg liegt. Er war als Kadett erzogen, war 1813 siebzehnjährig mit Neuem Testament, Faust und Wallenstein im Tornister ausgerückt und hatte beide Feldzüge mit Auszeichnung mitgemacht. Er war dann ein Schüler Thaers geworden und jetzt einer der tüchtigsten Landwirte der Provinz. Seine Art war durchaus dem Leben zugewandt, nicht kopfhängerisch; aber sein Innerstes war durchdrungen von der Sehnsucht nach Heiligung durch völliges Aufgehen in Gott. Die religiöse Erweckung der Zeit der Franzosennot und der Befreiungskriege hatte sich nicht allein gegen den Rationalismus, sondern in manchem darüber hinaus auch gegen die Schleiermachersche Vertiefung des Verstandesmäßigen durch Läuterung des Empfindens gewandt. Der Glaube sollte wieder in sein altlutherisches Recht eingesetzt werden.

Thadden ist durch seinen frommen Sondergeist mit kirchlichen und staatlichen Behörden in Zwiespalt geraten und 1848 aus der Landeskirche ausgetreten. Er hat aber Gleichgesinnte gefunden, seiner Sache in eifriger Tätigkeit Freunde gewinnen können, sowohl unter der bäuerlichen Bevölkerung wie im Kreise der Standesgenossen. Die Richtung hat in Pommern weithin Verbreitung gewonnen und ihren Hauptvertreter, der erst 1882 gestorben ist, noch überdauert.

Auch Bismarck ist zu Thadden in Beziehung getreten. Die Persönlichkeit des Mannes hat das fast unvermeidlich mit sich gebracht, seine berufliche Tüchtigkeit, dann vielfache Übereinstimmung in Fragen ständischer und staatlicher Pflichten. Herr von Thadden hatte eine Tochter Marie, eine Jungfrau von reich entwickeltem Geistes- und Seelenleben und großer Schönheit. Sie war mit Bismarcks Schulfreund Moritz von Blanckenburg verlobt, dessen väterliches Erbe Zimmerhausen-Kardemin unmittelbar südlich von Trieglaff auf dem Wege von Kniephof dorthin liegt; er hatte es, aus dem Staatsdienst ausscheidend, 1843 übernommen. Am 12. Oktober 1844 haben beide die Ehe geschlossen und zunächst auf Kardemin gewohnt. Am 30. desselben Monats hat sich Bismarcks 12 Jahre jüngere „schöne und geistvolle" Schwester Malwine mit einem anderen Schulfreunde, Oskar von Arnim auf Kröchlendorf, verheiratet. Er hing an ihr mit einer Liebe, von der seine Briefe an sie herzerfrischendes Zeugnis ablegen. So stand er einsam. Noch mehr als 20 Jahre später äußerte er: „Ich fühlte mich tief unglücklich, als meine heißgeliebte Schwester mir entrissen wurde, obgleich Arnim doch mein bester Freund war, und obgleich ich diese Heirat als ein großes Glück für beide Teile anerkennen mußte. Die Unvollkommenheit der menschlichen Dinge, die engen Schranken alles menschlichen Glücks kamen mir da zum erstenmal recht lebhaft ins Bewußtsein."

Moritz von Blanckenburg war ganz für die Thaddenschen Anschauungen gewonnen; ohne das wäre ja auch eine Verbindung mit der Tochter nicht möglich gewesen. Unmöglich konnte sein Freund davon unberührt bleiben. Die Fragen, über die Moritz und Marie zu friedenbringender Klarheit gelangt waren, waren doch auch seinem Innern nicht ganz fremd. Volle Befriedigung hatten ihm die Jahre der ungebundenen Freiheit nicht gebracht. Er fühlte, daß ihm etwas fehlte, und war sich doch nicht klar darüber, was. „Im Trieglaffer Hause und dessen weiterem Kreise fand ich Leute, vor denen ich mich schämte, daß ich mit der dürftigen Leuchte meines Verstandes Dinge hatte untersuchen wollen, welche so überlegene Geister mit kindlichem Glauben für wahr und heilig annahmen."

So ist es zu langen Religionsgesprächen gekommen, die in Briefen fortgesetzt wurden. Auch für Marie war es eine Herzenssache, den Freund für den Glauben zu gewinnen. Er lehnte ab; aber er konnte sich auch nicht losreißen.

„Ich sah, daß die Angehörigen dieses Kreises in ihren äußeren Werken fast durchgehends Vorbilder dessen waren, was ich zu sein wünschte." So zog es ihn immer wieder hin zu diesem Gedankenaustausch. Er suchte ihn, ohne selbst zu wissen, ob mit dem Wunsche, überzeugt zu werden, doch mit dem Gefühl der Befriedigung einer Sehnsucht, die in ihm lebte. Wie weit dabei das rein Menschliche des Verhältnisses zu den Freunden, wie weit ein religiöses Bedürfnis in Frage kam, wird niemand zu entscheiden wagen dürfen. „Ich fühlte mich bald heimisch in jenem Kreise und empfand ein Wohlsein, wie es mir bisher fremd gewesen war, ein Familienleben, das mich einschloß, fast eine Heimat."

Jedenfalls waren es aber allgemein menschliche Empfindungen, die auf dem betretenen Wege weiter und zu einem Ziele führten.

Auf Reinfeld in „Hinter-Hinterpommern" (im Kreise Rummelsburg, doch näher bei Bütow als bei dieser Stadt gelegen), „dicht bei Polen, wo man die Wölfe und die Kassuben nächtlich heulen hört", wohnte Heinrich von Puttkamer mit seiner Gemahlin Luitgarde, einer geborenen von Glasenapp, deren Erbe Reinfeld war. Sie waren beide streng religiös und übertrugen diese Gesinnung auf ihre 1824 noch auf Viartlum, wo die Eltern bis 1829 gewohnt hatten, geborene einzige Tochter Johanna. Die Familie hatte Beziehungen zu den Thadden. An Mariens Hochzeit hatte Johanna teilgenommen, und Herr von Bismarck war ihr Tischherr gewesen. Im Mai des nächsten Jahres hat sie sich bei einem zehntägigen Aufenthalt in Kardemin mit Marie in engster Freundschaft zusammengefunden. Damals war zwischendurch auch Bismarck in Kardemin. Es ist zu längeren Gesprächen mit Johanna gekommen, in denen der verschiedene religiöse Standpunkt klar zutage trat. Johanna hat aber, wie sie zwei Jahre später als Braut dem Verlobten schrieb, aus ihnen die entschiedene Überzeugung davongetragen, „daß sich Deine Ansichten noch einmal ganz ändern würden". Jedenfalls haben die beiden seit den Pfingsttagen 1845 einander in lebendiger Erinnerung behalten.

Johanna hatte nicht die überströmende Überschwenglichkeit ihrer neuen Herzensfreundin, von der Albrecht von Roon, der spätere Kriegsminister, ein Vetter Blanckenburgs, einmal sagte „sie klettere auf Superlativen um-

her"; aber sie war voll warmer Empfindung, von reicher Verstandes- und Gemütsbildung, klaren und entschlußfähigen Geistes. Zur Musik hatte sie eine lebhafte Neigung und mehr als gewöhnliche Begabung. Sie war nicht, was man eine Schönheit nennt, aber wenn ihr Herz beteiligt war, von gewinnendem Liebreiz im Verkehr, voll Anmut in Haltung und Bewegung, mittleren Wuchses, ihr Haar tiefschwarz, die helleuchtenden Augen „grau-blauschwarz mit der großen Pupille". Ihr selbstsicheres Wesen behauptete sich auch neben einem Bismarck. Er war ihr an Kenntnissen und Lebenserfahrung weit überlegen; mit ihrer geistigen Art mußte er doch rechnen, sie nicht nur bestehen lassen, sondern sich ihr in einer Lebens- und Daseinsfrage beugen.

Im Juli 1846 haben Moritz und Marie mit Johanna von Puttkamer und einigen anderen gleichgesinnten Freunden und Freundinnen eine Harzreise unternommen. Bismarck hat sich von Schönhausen aus, wo damals schon sein Wohnsitz war, der Gesellschaft in Magdeburg angeschlossen, und man hat gemeinsam heiterste Tage verlebt, voll Naturschwärmerei, aber auch voll lustigster Ausgelassenheit. Einen muckerischen Zug trug der Thaddensche Pietismus nicht. Bismarck und Johanna sind einander in diesen Tagen wohl innerlich zu eigen geworden.

Fast unmittelbar danach haben den kleinen Freundeskreis harte Prüfungen getroffen. Auf Trieglaff ist am 19. August Mariens jüngster Bruder gestorben, am 4. Oktober ihre Mutter. Eine Typhusepidemie suchte Pommern heim. Inzwischen hatte Bismarck sich den Blanckenburgs offenbart. Es waren im Harz doch auch ernste Gespräche geführt worden; Bismarck hatte begonnen, „in der Schrift zu lesen". Man durfte auf eine religiöse Annäherung hoffen. Moritz arbeitete weiter am „Nikodemus"; Marie verständigte Johanna. Eine Zusammenkunft wurde vorbereitet. Da trat die Erkrankung der Mutter dazwischen. An ihrem Todestage ist Bismarck von Schönhausen her in Trieglaff eingetroffen. Sie hat sich noch im Sterben mit seinem Seelenheil beschäftigt. Von einem Zusammentreffen mit Johanna konnte zur Zeit nicht mehr die Rede sein.

Als der Liebende eben nach Schönhausen zurückgekehrt war, erreichte ihn die Nachricht, daß auch Marie schwer erkrankt sei. Sie war von einer Gehirnentzündung befallen. Er eilte nach Pommern zurück. Auf der Reise

kam ihm die Kunde, daß es schlimm um die Freundin stehe. Da „riß sich von meinem Herzen das erste inbrünstige Gebet los, ohne Grübeln über die Vernünftigkeit desselben". Der so schreibt, fügt hinzu: „Gott hat mein damaliges Gebet nicht erhört; aber er hat es auch nicht verworfen, denn ich habe die Fähigkeit, ihn zu bitten, nicht wieder verloren und fühle, wenn nicht Frieden, doch Vertrauen und Lebensmut in mir, wie ich sie sonst nicht mehr kannte." Die Stunde war entscheidend für Bismarcks Leben. Er wurde kein Bekenner im Sinne Thaddens; aber er hatte den Boden gewonnen, auf dem sein weiteres Denken und Handeln fest und sicher ruhen konnten. Er hat später mehr als einmal ausgesprochen, daß er ohne Glauben an Gott nicht habe leisten können, was er geleistet.

Marie von Blanckenburg ist in der Nacht vom 9. zum 10. November 1846 verschieden, nicht ohne die getroste Zuversicht, daß die Seele des Freundes gerettet werde. Auf Bismarck machte die ruhige Ergebung des Gatten wie des Vaters einen tiefen Eindruck; sie waren wunderbar gefaßt. „Beneidenswert ist nur die Zuversicht der Verwandten, mit der sie diesen Tod als kaum etwas anderes als eine Vorausreise betrachten, der ein fröhliches Wiedersehen über kurz oder lang folgen muß." Bismarck aber war tief erschüttert. „Gott hatte ihn geschüttelt und auf den Rücken geworfen." Am 18. November schrieb er der Schwester: „Es ist eigentlich das erste Mal, daß ich jemand durch den Tod verliere, der mir nahe stand, und dessen Scheiden eine große unerwartete Lücke in meinen Lebenskreis reißt. Der Verlust der Eltern steht in einer anderen Kategorie; er ist nach dem Laufe der Natur vorauszusehen, und der Verkehr zwischen Kind und Eltern pflegt nicht so innig und das Bedürfnis desselben auf Seite der Kinder wenigstens nicht so lebhaft zu sein, daß wir bei ihrem Tode nicht eher Mitleid und Wehmut als heftigen Schmerz über den eigenen Verlust empfänden. Mir wenigstens war dieses Gefühl der Leere, dieser Gedanke, eine mir teuere und notwendig gewordene Person, deren ich sehr wenige habe, nie wieder zu sehen und zu hören, dies war mir so neu, daß ich mich noch nicht damit vertraut machen kann."

Kaum weniger aber als Bismarck war Johanna von Puttkamer getroffen. Und die Todesnachricht begleitete die Kunde vom tiefen Schmerz des Mannes, dem ihr Herz schon gehörte. „Mein treuer Freund Otto kam

und weinte sich sehr satt", schrieb ihr Moritz am 15. November. „Er sagte, das ist das erste Herz, das ich verliere, von dem ich wirklich weiß, daß es warm für mich schlug. Und ferner sagte er, jetzt glaube ich an eine Ewigkeit." Bald konnte er die Nachricht von Ottos voller Bekehrung folgen lassen. „Der Herr hat ihn durch unsere schwachen Briefe etc. und ganzen Wandel überwunden." Die Bahn war frei zwischen den beiden. Als sich Herr von Puttkamer mit seiner Tochter auf den 11. Dezember nach Zimmerhausen ansagte, wohin Blanckenburg übergesiedelt war, verständigte Moritz auch seinen Freund. Er eilte von Schönhausen herbei. Am 14. Dezember 1846 hat er sich mit Johanna ausgesprochen; sie sind einig geworden.

Auf der Rückreise schrieb Bismarck im Stettiner Preußischen Hof den bekannten Werbebrief, eins der herrlichsten Zeugnisse deutscher Wahrheitsliebe und Herzenstiefe aus allen Zeiten. Jedermann hat ihn gelesen oder sollte ihn lesen. Er berührt nicht alle Seiten des Helden; aber er erschließt sein innerstes Wesen, erschließt es schlicht, verständlich für jedermann. An seinen Worten zu deuteln oder zwischen den Zeilen zu lesen, ist ein Frevel.

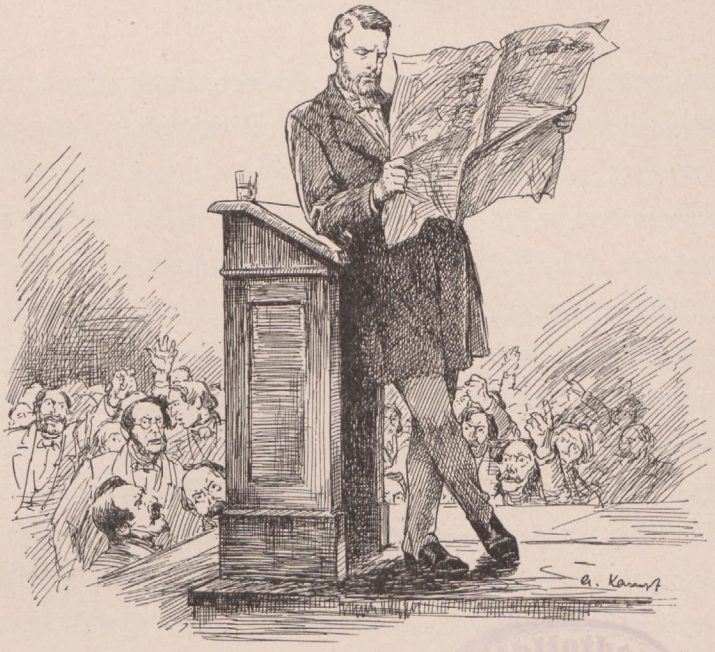
Bismarck hat nach Reinfeld kommen dürfen. Am 12. Januar 1847 erfolgte die förmliche Verlobung. Sie hat Aufsehen erregt, und es haben sich Zweifler gefunden. Auf der Rückreise meinte ein alter Freund in bezug auf Bibellesen: „Daß du glaubst, Deinen ältesten Bekannten etwas aufbinden zu können, das ist lächerlich." Aber über ihn war ein freudiger Friede gekommen, den er seit Jahren nicht mehr gekannt hatte. Er hatte „wieder Mut und Lust zu leben. Selbst Deich- und Polizeigeschäfte betreibe ich mit Heiterkeit und Teilnahme". Er hatte gefunden, was ihm fehlte, Glauben und Liebe. Am 28. Juli 1847 hat Pastor Sauer unter dem Holzdach der Kirche von Alt-Kolziglow, zu der Reinfeld gehört, das Paar getraut. Die Briefe aus der Brautzeit zeigen, wie die zwei sich ineinander einlebten und doch beide blieben, was sie waren, und nicht nur das, sondern wie jedes an der Selbständigkeit des anderen seine Freude hatte. Bismarck war es zufrieden, daß „eine schwarze Katze mit seinem Herzen spielte", und Johanna fand ein volles Glück in der Hingabe an den so überlegenen und doch auch wieder so lenksamen und so ergänzungsbedürftigen Mann. Wollte sie sich all zu wenig dünken, so tröstete sie Bismarck: „Sei nicht so beleidigend bescheiden, als wenn ich, nachdem ich zehn Jahre unter den Rosengärten des nördlichen

Deutschlands umhergewandelt, zuletzt mit beiden Händen nach einer Butterblume gegriffen hätte." Als sie 1859 zum ersten Male ihres Mannes Geburtstag ohne ihn verleben mußte, schrieb sie an ihren musikalischen Freund und Wegweiser Keudell: „Zwölf Jahre haben wir in unaussprechlichem Glück zusammen verlebt; die kleinen Wolken, die sich mal hin und wieder erhoben, sind gar nicht zu rechnen, wenn ich all' die Freude, all' den Segen, all' die Liebe darüber lege, mit der der Herr uns so überreich erquickt; wirklicher Schmerz ist nur gewesen, wenn wir getrennt waren."



Bibliothek
des Elbinger
Lehrervereins

Der Parlamentarier
(1847—1851).



Bibliothek des Tübinger Lehrervereins

I. Deutschland und Preußen 1815—1847.

Der „Deutsche Bund", wie er durch die Bundesakte vom 8. Juni 1815 ins Leben gerufen war, konnte das Bedürfnis unseres Volkes nach festerer staatlicher Einheit nicht befriedigen. Man mag ihn als Staatenbund bezeichnen, ein Bundesstaat war er nicht. Wohl schloß er von den Deutschen Mitteleuropas so ziemlich alle in sich, die in den letzten Jahrhunderten noch im Reiche vereinigt gewesen waren; aber von einer Gesamtverfassung konnte jetzt so wenig wie früher die Rede sein. Wie einst am Reichstage zu Regensburg, so waren jetzt am Bundestage zu Frankfurt allein die Regierungen vertreten. Die Regierten konnten auf gesamtdeutsche Angelegenheiten keinerlei direkten Einfluß üben.

Auch gegenüber dem Auslande bedeutete die neue Form deutscher Einheit kaum einen grundsätzlichen Fortschritt. Nur die Einzelstaaten unterhielten Beziehungen zu auswärtigen Mächten, der Bund als solcher nicht. Die außerdeutschen Großmächte haben wohl Gesandte in Frankfurt am Bundestage beglaubigt, der Bund bei ihnen nicht; es gab dort nur Vertretungen einzelner Bundesglieder. Soweit in der Zeit von 1815 bis 1866 deutscherseits Verträge mit Auslandsstaaten zustande gekommen sind, haben deutsche

Einzelregierungen sie geschlossen, jede für sich oder durch Sonderabkommen zu Gruppen vereinigt. Deutschland war völkerrechtlich ausgeschaltet; es existierte im Bunde nur staatsrechtlich.

Diese Neuordnung der Dinge mußte naturgemäß in Lebensfragen der Nation versagen. Alle Versuche, in wirtschaftlichen und Verkehrsangelegenheiten von Bundes wegen zu einheitlicher Regelung zu gelangen, sind erfolglos geblieben. Mit Mühe ist es im Laufe der Jahrzehnte zu einigen Vereinbarungen gekommen, die bestimmt waren, den deutschen Boden gegen fremde, besonders französische Angriffe besser zu sichern. Die militärischen Verbesserungen, die so erreicht wurden, hielten aber nicht Schritt mit dem, was auf gegnerischer Seite geschah. Auch auf diesem Gebiete hing alles an den Einzelstaaten. So wurde der Bundestag der „Indifferenzpunkt der deutschen Politik". Nur, wenn es sich darum handelte, freiheitliche Regungen zu ersticken, hat er in wirksame Tätigkeit gesetzt werden können, doch auch so wieder nur als Handhabe für Sonderverabredungen, die Österreich unter Metternichs Leitung anzuregen pflegte. Beschwerden deutscher Untertanen über ihre Landesherren, wie sie aus Kurhessen und Holstein an den Bund gelangten, fanden in Frankfurt kein Gehör.

In den ersten Jahren der neuen Ordnung ist wiederholt versucht worden, sie für die allgemeine Wohlfahrt nutzbar zu machen. In der Form von Petitionen oder in Anträgen einzelner Regierungen ist es geschehen. Der Erfolg hat ohne Erregung weiterer Kreise ausbleiben können, weil die öffentliche Meinung noch eine schwache Macht war. Wäre sie zur Zeit des Wiener Kongresses stärker gewesen als sie war und nach solcher Vergangenheit sein konnte, sie hätte die über ihre staatliche Zukunft gefällte Entscheidung wohl nicht so ruhig hingenommen. Ihre Kraft wuchs aber und das nicht zuletzt, weil doch auch die Väter der Bundesakte sich den Zeitmeinungen nicht völlig hatten verschließen können.

Artikel 13 ihres Werkes lautete: „In allen Bundesstaaten wird eine landesständische Verfassung stattfinden". Es hatte ursprünglich „soll" heißen sollen, aber die Fassung war abgeschwächt worden. Eine Reihe von Staaten, besonders die süddeutschen, sind nach und nach der Bestimmung gerecht geworden, nicht immer, weil sie freiheitlicher geleitet gewesen wären,

sondern mehrfach aus Anlässen besonderer Art, die einen solchen Schritt empfahlen. In den neuen Volksvertretungen hat sich ein gewisses staatliches öffentliches Leben entwickelt. In den zwanziger Jahren blieb es noch dürftig genug; aber die Julirevolution regte es an. Sie gab auch zusammen mit der neuen belgischen Selbständigkeit den Anstoß zur Einführung repräsentativer Verfassungen in fast allen mittel- und norddeutschen Staaten. Die kurhessische von 1831 wurde die liberalste, die in Deutschland je rechtskräftig geworden ist.

Die Einzellandtage hatten sich nur mit Landesangelegenheiten zu beschäftigen. Aber es konnte nicht ausbleiben, daß auch gesamtdeutsche Fragen besprochen wurden. Hingen doch Wohl und Wehe jedes Einzelstaates mit dem des Ganzen unzertrennlich zusammen. Besonders lebhaft wurde das empfunden, wenn Deutschlands Grenzen bedroht schienen, wie zu Beginn der vierziger Jahre bei Frankreichs Kriegsgeschrei anläßlich seiner Isolierung in der orientalischen Frage. So hielt mit dem Streben nach größerer politischer Bewegungsfreiheit das nach festerer Einigung und größerer Machtentfaltung Gesamtdeutschlands Schritt, ja es übernahm naturgemäß die Führung. Die Überzeugung, daß Freiheit ohne Macht nicht aufrecht zu erhalten sei, drängte sich ja wie von selber auf. „Trachtet am ersten nach der Einheit, so wird euch alles andere zufallen", mahnte David Friedrich Strauß und traf damit die Meinung der Mehrzahl aller politisch Urteilsfähigen.

Aber wie war diese Einheit herzustellen? Wer sollte Führer sein? Ohne eine klare Beantwortung dieser Fragen war eine Tätigkeit in bestimmter Richtung nicht denkbar. Der Wiener Kongreß war ja nicht zuletzt an dieser Aufgabe gescheitert, weil er festgeprägten Meinungen nicht gegenüberstand. An keinem Geringeren als am Freiherrn vom Stein läßt sich ihr damaliges Schwanken beobachten.

Zur Zeit des Kongresses hatte es noch Patrioten gegeben, die Österreichs Führung wieder aufzurichten bereit waren. Der Kaiserstaat hat sich ihnen entzogen, indem er seinen alten angestammten vorderdeutschen Besitz nicht wieder übernahm. Er legte sich als Donaustaat und in Italien fest. So wurde Preußen an die Westfront geschoben. Indem sein kleiner klevisch-geldernscher Besitz sich zur „Rheinprovinz" erweiterte, wurde es, was es zuvor

nie gewesen war, Frankreichs unmittelbarer Nachbar. Soweit Deutschland an Rußland grenzte, war Preußen der allein beteiligte Staat, denn Österreichs galizischer Besitz kann als deutsches Land nicht gerechnet werden. Jeder Versuch dieser beiden mächtigsten festländischen Reiche Europas, ihr Gebiet auf Deutschlands Kosten zu erweitern, mußte Preußen treffen. So wurde sein Bestand mit dem Gesamtdeutschlands in einer Weise verknüpft, wie das bei keinem andern Gliede des Bundes der Fall war. Preußen war in seine „deutsche Aufgabe" geradezu hineingedrängt. Die Sorge um den eigenen Bestand zwang es, die Rolle des deutschen Vorkämpfers, die ihm in den Befreiungskriegen zugefallen war, und die es so glänzend durchgeführt hatte, auch im Frieden zu übernehmen.

Nie zuvor hatten Preußens Herrscher die Stellung ihres Staates so aufgefaßt, so auffassen können. Es kann bei ruhiger Erwägung nicht überraschen, daß man sich nicht sogleich hineinfand in die neue Lage. Zunächst ist man ihr nur gerecht geworden, indem man, preußischen Traditionen entsprechend, die Wehrkraft des Bundes zu stärken suchte. Errichtung und Ausbau von Bundesfestungen sind auf Preußens Antrieb geschehen, so auch so ziemlich alles, was für bessere Organisation des Bundesheeres getan worden ist. Auf eigenem Gebiete hat es den rheinischen Festungsschutz geschaffen.

„Die Neugestaltung Preußens macht den Ehrgeiz zur Lebensluft dieses Staates", urteilte ein niederländischer Staatsmann deutscher Herkunft. Preußen hat durch ein halbes Jahrhundert nicht versucht, seine Grenzen zu erweitern. Bei der Gründung des Zollvereins stellte es sich auf völlig gleichen Fuß mit den beitretenden Staaten. Es genügte mit dieser Gründung einem allgemein deutschen Bedürfnis, das es allerdings, wegen der Ausdehnung und der Streulage seines Besitzes, selbst besonders lebhaft empfand. 1815 war der Gedanke an preußische Führung in der Umgebung Karl Augusts von Weimar aufgetaucht, dort aber auch verborgen geblieben. Als ihn 1831 der Württemberger Paul Pfizer in seinem „Briefwechsel zweier Deutschen" nachdrücklicher vertrat, fand er weiteren Boden. Das Verhalten der preußischen Regierung in den Verhandlungen, die zur wirtschaftlichen Einigung Deutschlands führten, hat Staatsleitungen und Volksvertretungen klargemacht, daß Vergewaltigungen nicht beabsichtigt waren. So hat der Gedanke der „preußischen Spitze" immer neue Anhänger gefunden.

Aber ein schweres Hindernis stand ihm im Wege. Das Jahrhundert war nicht nur das nationale, es war auch das konstitutionelle. So gut wie ausschließlich nach diesem Maßstabe wurde die Freiheit, ja die Wohlfahrt überhaupt, deren der Staatsbürger sich erfreute, von der herrschenden öffentlichen Meinung bemessen. Preußen aber war unter den größeren deutschen Staaten der einzige, der keine Gesamtstaatsverfassung besaß. Dafür vermochte die Tüchtigkeit der preußischen Verwaltung, so glänzend sie sich in der Aufrichtung des Zollvereins bewährte, in den Augen der Welt nicht zu entschädigen. Als der Züricher Bluntschli 1827 nach Berlin kam, war er erstaunt, daß man sich dort viel freier und unbefangener äußere als in seiner Heimat; aber derer, die Preußen und den preußischen Staat aus eigener Anschauung näher kennen lernten, waren damals aus dem übrigen Deutschland nicht allzu viele. Die herrschende Vorstellung war die vom absolutistischen Bureaukratenstaat, in dem der Bürger stolz zu sein habe, Steuern zu zahlen und Soldat zu werden.

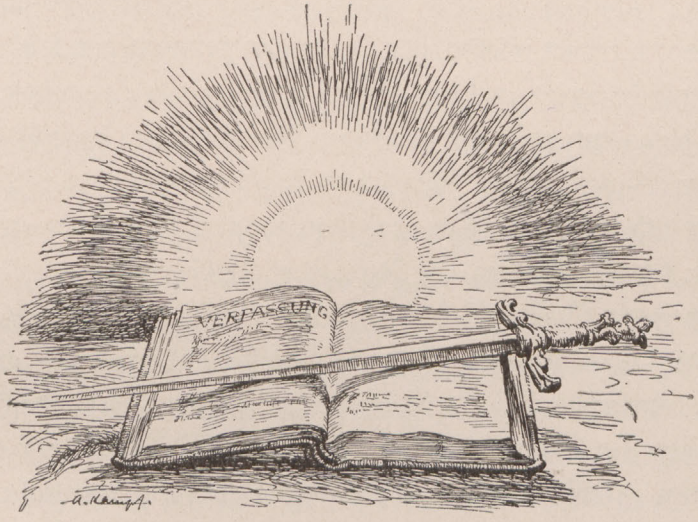
Es ist oft erörtert worden, ob Preußens Rückständigkeit auf dem Gebiete des Verfassungslebens so ziemlich während eines Menschenalters einen Vorteil oder Nachteil für Preußens und Deutschlands Entwicklung bedeutet habe. Die Frage hat stark abweichende Beantwortungen gefunden und wird wohl niemals einheitlich entschieden werden, auch wenn sie dem Streit der Parteien mehr entrückt sein sollte, als das heute noch der Fall ist. Es ist nicht mit Sicherheit zu sagen, ob die Bevölkerung des preußischen Staates, die sich zur vollen Hälfte aus neuangeschlossenen oder fremdsprachigen Untertanen zusammensetzte, schon gleich nach 1815 durch eine Gesamtstaatsverfassung zu einer selbstgewollten, lebensfähigen Einheit hätte verschmolzen werden können. Wer die Hergänge im einzelnen verfolgt, muß auch zu starken Zweifeln kommen, ob ein verfassungsmäßig regiertes Preußen sich zu einer festen Wirtschafts- und Zolleinheit durchringen und den Zollverein hätte gründen können. Andererseits ist sicher, daß Preußen ohne Verfassung „moralische Eroberungen" nur schwer machen konnte über diejenigen Kreise hinaus, die politisch vorgeschritten genug waren, um einzusehen, daß nicht nur für die Freiheit, sondern auch für die Einheit Macht unerläßliche Vorbedingung ist, und daß Preußen auch ohne Verfassung nach der Meinung seiner Besten die Losung vertrat: „Schwert, Licht und Recht".

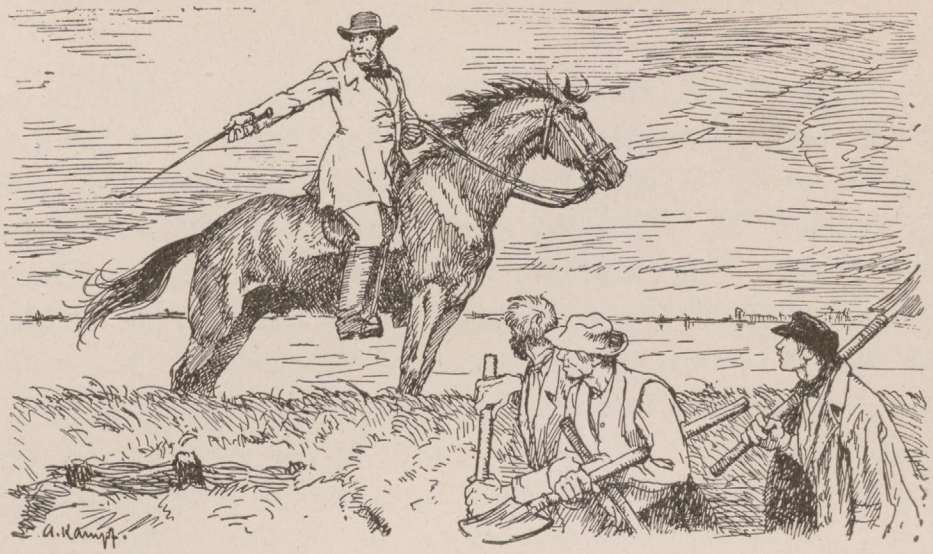
Das preußische Reformwerk in den Jahren der Not war gedacht mit dem krönenden Abschluß einer Verfassung. Es lag durchaus in der Richtung des Begonnenen und Vollzogenen, wenn Friedrich Wilhelm III. seinem Volke, als es sich zum zweiten Male zur Bekämpfung des korsischen Gegners erhob, am 22. Mai 1815, „die Berufung einer aus den Provinzialständen gewählten Vertretung des Volkes" versprach. Die Spaltung der leitenden Kreise in Reformfreunde und Reformgegner hat die Ausführung der gegebenen Zusage verhindert. Die Anhänger des Alten haben es über den König davongetragen, gefördert durch leichtere und ernstere Ausschreitungen politischer Unreife, die geschickt verwertet wurden. Zu Anfang der zwanziger Jahre war entschieden, daß Preußen unter Friedrich Wilhelm III. keine Verfassung haben werde. Doch ist 1823 ein allgemeines Gesetz über „Anordnung der Provinzialstände" erlassen worden, auf Grund dessen seit 1826 Landtage in allen Provinzen der Monarchie in Tätigkeit waren.

Die Hoffnungen der Liberalen wurden neu belebt durch den Regierungswechsel. Friedrich Wilhelm IV. galt als „Lichtfreund". Und nicht ohne Grund! Seine ungewöhnlich reiche Bildung, seine seltene geistige Beweglichkeit, seine Fähigkeit zu reden, seine unbefangene Wertschätzung und Anerkennung von Männern, die ihrer politischen Betätigung oder Gesinnung wegen unter der verflossenen Regierung geringgeschätzt oder zurückgesetzt worden waren, weckten mit Recht ein günstiges Vorurteil. Es ist bald geschwunden. Der König ließ keinen Zweifel darüber, daß er nicht gewillt sei, in den Weg der Neuerer einzulenken, sich „Zeit- und Schulmeinungen" zu beugen. Er war nicht grundsätzlich gegen eine Teilnahme des Volkes an der Regierung. Aber er hielt es für sein unveräußerliches, gottgewolltes Recht, Art und Umfang der Teilnahme allein zu bestimmen, auch den Zeitpunkt, an dem sie zu beginnen hätte.

Er hat dann doch einem Zwange weichen müssen, zwar keinem persönlichen, aber einem gesetzlichen. Als führender Vertreter des Verfassungsgedankens hatte Hardenberg es erreichen können, daß am 17. Januar 1820 ein königliches Edikt die Aufnahme einer Anleihe von der Zuziehung und Mitbürgschaft künftiger Reichsstände abhängig machte. Die Verkehrsbedürfnisse, wie sie sich mit dem Aufkommen der Eisenbahnen entwickelten, machten eine Anleihe unvermeidlich. Privatkapital fand sich wohl für

Schienenwege der stärker bevölkerten und gewerblich höher stehenden Teile der Monarchie, nicht aber für solche des weiten, rein landwirtschaftlichen Nordostens, der ihrer doch nicht weniger bedurfte. 1842 waren „Vereinigte Ausschüsse", Deputationen der einzelnen Landtage, zu Gesamtberatungen nach Berlin berufen worden; sie konnten doch nicht als Reichsstände im Sinne des Erlasses von 1820 angesehen werden. So sah sich Friedrich Wilhelm IV. genötigt, die Einrichtung von Gesamtständen in Erwägung zu ziehen. Am 11. März 1846 entschied der Staatsrat, daß ein Landtag zusammentreten müsse. Durch Erlaß vom 3. Februar 1847 wurde die Gesamtheit der Provinzialstände auf den 11. April nach Berlin berufen, der „Vereinigte Landtag". Er öffnete dem jungen Bismarck die Bahn, die ihn hinausführen sollte in die große Öffentlichkeit.





2. Öffentliche Tätigkeit vor dem Landtage.

Immer und immer wieder hatte sich in dem pommerschen Landjunker die Sehnsucht geregt, aus dem engen Berufskreis in eine weiter greifende Tätigkeit hinauszutreten. Im staatlichen Beamtendienst hatte sie Erfüllung nicht finden können. Den öffentlichen Angelegenheiten der nächsten Umgebung hat sich der Gutsbesitzer aber nicht versagt. Er hat längere Zeit den Bruder in der Verwaltung des Naugarder Kreises vertreten, 1845 sich in den pommerschen Provinzial-Landtag wählen lassen. Auch auf diese Weise wurde er den Standesgenossen eine vertraute Persönlichkeit, nicht allein durch auffällige Lebensführung. Er hat nicht nur Aufsehen erregt, sondern auch Ansehen genossen, auch bei den Älteren und Würdigen. Mit einem der fruchtbarsten politischen und staatswissenschaftlichen Schriftsteller der Zeit, dem überaus vielseitigen Ernst von Bülow auf Cummerow, ist er in regen Verkehr getreten. Was dem jungen Manne fehlte, ist dem nimmer Ruhenden bald klar geworden: „Sie wollen Beschäftigung!“. Neben Thadden war dessen Schwager Ernst von Senfft-Pilsach ein Führer der pietistischen Richtung in Pommern, zugleich aber, stärker noch als Thadden, politisch interessiert und tätig. Er war auch ein Schwager Ludwigs von Gerlach, der religiös auf dem gleichen Boden fußte. Beide Männer standen schon von der kronprinzlichen Zeit her in Gunst beim Könige. Der Jurist Ludwig

von Gerlach wurde 1844 Präsident des Oberlandesgerichts in Magdeburg, Senfft-Pilsach im nächsten Jahre in die nach Bismarcks eigener Äußerung zugleich sehr vorteilhafte und ehrenvolle Stellung eines Geheimen Oberfinanzrats im Hausministerium berufen.

Bismarck ist bald darauf von Kniephof nach Schönhausen übergesiedelt. Seit 1839 hatte der Vater der Verwaltung dieses Besitzes allein vorgestanden. Der Alternde hat ihr nicht mehr in vollem Umfange gerecht werden können; wiederholt hat sich der Sohn nach der Wirtschaft umsehen müssen. Als der Vater am 22. November 1845 starb, übernahm er sie ganz; vom Februar nächsten Jahres an wohnte er dort. Kniephof verpachtete er. Der Schritt war eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Der doppelte Besitzer hat in den schwierigen nächsten zwei Jahren, wohl den schlimmsten des Jahrhunderts für deutsche Bodenbewirtschaftung, wieder schwer ringen müssen. Wiederholt klagt er über Geldknappheit; es wurde ihm nicht immer leicht, „Geld zu beschaffen".

Für seine öffentliche Tätigkeit sind es aber Jahre des Fortschritts, beginnender Geltung gewesen. Er war schon von Kniephof her, gegen Ende 1844, als Kandidat für das Landratsamt des 2. Jerichower Kreises aufgetreten, dem Schönhausen angehört. Er hat aber nur eine kleine Minderheit von Wählern für sich gewinnen können. „Ja, wenn wir es Alvensleben nicht schuldig wären", oder „wenn wir Sie früher gekannt hätten", hatten ihm die Umworbenen gesagt. Er ist dann zurückgetreten und hat seine Anhänger veranlaßt, für Alvensleben gegen dessen stärksten Gegner Arnim zu stimmen.

Seitdem er im Kreise wohnte, wurde er bald in dessen Angelegenheiten hineingezogen, stürzte sich vielmehr mit vollem Bewußtsein hinein. Eine der wichtigsten war der Deichschutz gegen das Hochwasser der Elbe. Der derzeitige Deichhauptmann war seiner Aufgabe nicht gewachsen; schwere Schäden hatten nicht ohne seine Schuld die Anwohner des Stromes getroffen. Er ist auf Bismarcks Betreiben aus seiner Stellung entfernt, Bismarck selbst im Herbst 1846 sein Nachfolger geworden für die Strecke von Jerichow bis gegen Sandau, drei Meilen abwärts von Schönhausen. Die bescheidenen Einkünfte, die mit dem Amte verknüpft waren, hat Bismarck gern dem Vorgänger überlassen; ihm lag daran, etwas für die Gegend zu leisten, zugleich auch das eigene Besitztum wirksamer zu sichern. Schönhausen und das

dazugehörige Fischbeck hatten als Anhängsel der Altmark eine gesonderte Deichverwaltung; es galt, ihre Aufnahme in den großen Magdeburger Deichverband durchzusetzen. Was der neue Deichhauptmann als „Flußgott" geleistet hat, belegen Briefe an die Braut mit den packendsten Schilderungen des großartigen Naturschauspiels, das der Eisgang eines mächtigen Stromes bietet. Im Kampf gegen die Elemente, als Gebietender über Männer, die durch Beispiel angefeuert werden konnten und mußten, war Bismarck an seinem Platz.

In der Zeit der Übersiedelung von Kniephof nach Schönhausen war noch einmal eine Staatsstellung verlockend an ihn herangetreten. Senfft-Pilsach hat ihm die Leitung von Meliorationsarbeiten angeboten, die in Ostpreußen vorgenommen werden sollten. Die Aufforderung zeigt, welches Vertrauen ein zweifellos urteilsfähiger und gewissenhafter Mann in die Leistungsfähigkeit des Dreißigjährigen setzte; als Glied des pietistischen Kreises konnte Bismarck damals noch nicht angesehen werden. Die Möglichkeit, in so ansprechender und aussichtsreicher Tätigkeit nun doch noch in den inneren Staatsdienst einzutreten, hat ihn einige Zeit beschäftigt. Er ist ihr aber nicht ernstlich nachgegangen. Er hatte den ererbten Besitz wieder emporzubringen, und die freiwillige Tätigkeit, die er in Kreis und Provinz üben konnte, lockte ihn mehr als ein Staatsdienst, der doch wieder ins Beamtentum führte.

Welche Art Tätigkeit ihm nach dem Herzen war, zeigt ein Brief an die Braut vom 11. März 1847, in dem er auf Deichverhandlungen kommt: „Heut vormittag hatte ich eine sonderliche Freude, indem ich zwischen 41 übermütigen Bauern, von denen jeder einzelne erbitterten Haß gegen die andern 40 hegt und gern 30 Taler ausgab, wenn er den andern um 10 dadurch bringen konnte, einen Vergleich zustande gebracht habe. Mein Vorgänger hatte diese Sache über vier Jahre lang hingeschleppt und wahrscheinlich als melkende Kuh benutzt, um bald vom einen, bald vom andern Geschenke zu nehmen; unzählige Termine waren gehalten, zum Teil so tumultuarische, daß es nicht ohne Tätlichkeiten abging, und die Leute verklagten und verbissen sich bei allen möglichen Behörden. Nach vierstündiger Arbeit, bei der ich mit schmeichelnder Liebenswürdigkeit und klotziger Grobheit wechselte und selbst einigemal in effektiven Zorn geriet, hatte ich sie zusammen, und

der Augenblick, wo ich mit den Unterschriften in der Tasche wieder in den Wagen stieg, war einer der wenigen freudigen, die ich bisher meiner amtlichen Stellung zu verdanken habe. Es ist an und für sich kein Gegenstand, ob einige Bauern sich zanken oder Friede halten; aber der Vorfall hat mir in bezug auf mich wieder gezeigt, daß wahre Freude an einem öffentlichen Amte nur da zu erwarten ist, wo man in einem Kreise wirkt, den man übersieht und mit den regierten Leuten selbst in Berührung kommt und bleibt."

Noch eine andere Frage trat an den neuen Schönhauser Gutsherrn heran. Im Justizministerium beschäftigte man sich mit einer Reform der Patrimonialgerichtsbarkeit. Ihre derzeitigen Inhaber wurden davon in Kenntnis gesetzt und zu Änderungsvorschlägen angeregt. Bismarck hatte die Frage oft mit Bülow-Cummerow durchgesprochen; jetzt (Anfang 1847) setzte er sofort die Kreisgenossen in Bewegung. Mit Ludwig von Gerlach hat er weiterhin lange Verhandlungen gehabt. Der Justizminister Uhden erstrebte neben Verbesserung der Rechtspflege zugleich Erweiterung der staatlichen Befugnisse. Bismarck wollte die ritterschaftlichen Rechte in vollem Umfange aufrecht erhalten wissen. Die ständischen „Flicken auf dem Mantel eines Königlichen Richters" sollten nach seiner Meinung beseitigt werden durch Zusammenschluß der Gerichtsbarkeitsinhaber zu gemeinsamem Richtervorschlag. Einzelrichter sollten nicht verdrängt werden durch Zusammenfassung in richterliche Kollegien, weil dadurch die unentbehrliche Vertrautheit mit den lokalen Verhältnissen verloren gehe. Den nötigen Mehraufwand sollte der Staat decken, die ständischen Gerichtsbarkeitsinhaber möglichst entlastet werden. In diesem und in anderen Punkten ging Bismarck in der Verteidigung des überlieferten Rechtes noch über Gerlach hinaus. Er ist in dieser Frage, aus seinem Eigensten heraus, der Wortführer seines Standes geworden.

Wir haben aus dieser Zeit eine Reihe von Zeugnissen, die belegen, welches Ansehen Bismarck in seinem Kreise als Politiker genoß. Schon in der pommerschen Zeit war über ihn als den „zukünftigen Minister" gescherzt worden. Am 7. Februar 1847, als die Einberufung des Landtags bekannt geworden war, schrieb ihm sein Jugendfreund Ulrich von Dewitz auf Milzow in Mecklenburg-Strelitz: „Mir scheint für einen Menschen

von Deiner Tüchtigkeit und Deinem Ehrgeiz ein glänzendes Feld parlamentarischer Tätigkeit sich zu öffnen." Ein Wartensleben aus der Kniephofer Nachbarschaft neckte ihn als den „angehenden Staatsmann". Daß er „auf dem nächsten Landtage für das heilige Recht, die Wahrheit und das Heil des Vaterlandes kräftig streiten werde und zwar als ein Wortführer des gefährdeten Adels", erwartete von ihm ein Arnim. Bei seiner Hochzeit feierte ihn Hans von Kleist-Retzow, sein Alters- und Gesinnungsgenosse, der jugendliche Onkel der Braut, als „Otto den Sachsen, Otto den Großen".

Zweifellos war es Bismarcks „eifrigster Wunsch", dem zusammentretenden Landtage anzugehören. Er hatte sich im Sommer 1846 um die Wahl in den sächsischen Provinzial-Landtag bemüht, doch nur erreicht, daß er, allerdings mit Übergehung von fünf anderen schon vorhandenen Stellvertretern, von denen der älteste in die vorderste Stelle hätte aufrücken sollen, zum ersten Stellvertreter erwählt worden war. „Sie wählten mich, der ich ganz neu in der Provinz und noch gar nicht einmal Stellvertreter war, sofort zum ersten von den sechsen. Sie wurden hierzu teils dadurch bestimmt, daß sie zu mir ein ganz besonderes Vertrauen hatten, teils dadurch, daß der zweite, der zum ersten hätte aufrücken müssen, für unfähig gehalten wurde", schreibt er an seine Braut. Er dachte nicht anders, als daß der Oberpräsident der Provinz, von Bonin, in den zu versammelnden Landtag nicht eintreten, die Stellvertretung also Platz greifen werde. Er schied demnach aus dem pommerschen Provinzial-Landtag aus. Als Bonin dann doch teilnehmen wollte, scherzte er im Briefe vom 17. Februar 1847 an seine Braut: „Das Land und der König verlieren ohne Zweifel dabei einen der ausgezeichnetsten Vertreter und eine Stütze des Thrones im Reichstage; unsere Liebe" (im Hinblick auf das ermöglichte Zusammensein) „aber gewinnt. Die Stände haben alles mögliche versucht, um mich anstatt des Oberpräsidenten in den Landtag zu bringen." Es war eine Täuschung, der ein Ende gemacht wurde, als im April der Abgeordnete von Brauchitsch erkrankte. „Er entsagte, obgleich er sich schon in der Genesung befand, mit besonderer Rücksicht darauf, daß ich sein Stellvertreter würde; auch die anderen Abgeordneten haben ihm deshalb zugeredet und meine Einberufung ausdrücklich gewünscht." So berichtet Bismarck seiner Braut aus Berlin

am 8. Mai. Am 12. hat er der ersten Sitzung des Landtags beigewohnt, der seit dem 11. April versammelt war.

Von Anfang an haben Prinzipienfragen den Vereinigten Landtag beschäftigt. Der König wollte ihn nicht berufen haben gemäß einer Verpflichtung, sondern ausschließlich auf Grund seines souveränen, seines göttlichen Rechts. Die erdrückende Mehrzahl der Abgeordneten betrachtete ihr Zusammensein als die unvermeidliche Konsequenz der Erlasse von 1815 und 1820; man erwartete eine regelmäßige, fest geordnete Teilnahme an der Regierung. Auch die Rheinländer, die mit den Ostpreußen, wenn auch in abweichender Denkart und in verschiedener Form, am entschiedensten liberale Anschauungen vertraten, stellten sich vorbehaltlos auf den Boden des Staates, wollten Preußen sein. Aber die von diesen Grenzern des Königreichs geführte Richtung, der während der ganzen Tagung die Mehrheit folgte, sah in dem erlangten Zugeständnis nur den Anfang einer weiteren Entwickelung in dem konstitutionellen Sinne, wie er so ziemlich das ganze übrige deutsche Verfassungsleben beherrschte. Die Frage, ob der Landtag in seiner gegenwärtigen Form überhaupt irgend etwas beschließen dürfe, wurde hin und her erörtert. Der Westfale Georg Freiherr von Vincke, ein Altpreuße aus der Grafschaft Mark, vertrat leidenschaftlich und wirkungsvoll die Auffassung, daß man seine Rechte am besten zur Geltung bringe, indem man von ihnen keinen Gebrauch mache. Regierung und Landtag sind gegen Ende Juni in Zwiespalt von einander geschieden. Außer der Genehmigung von Anleihen und neuen direkten Steuern gestand der König nur Petitionsrecht und beratende Mitwirkung zu; die Zusage regelmäßiger Wiederberufung gab er nicht. Hätte er sich zu weiterem Entgegenkommen entschließen mögen, das Jahr 1848 hätte Preußen weniger erschüttert. Der Vereinigte Landtag hat mehr gereizt als beruhigt. Man war über den bestehenden Gegensatz zu voller Klarheit gekommen; das ganze Land nahm jetzt Anteil an ihm.

Bismarck erscheint im Vereinigten Landtag als politisch fertige Persönlichkeit. Was er leistete, haben seine Wähler von ihm erwartet. Es stimmt aber nicht völlig zu seiner früheren Art. Es waren Wandlungen in ihm vorgegangen.

Von den Zeitgedanken erfaßt, hat der Werdende gelegentlich der Erwägung Raum gegeben, ob konstitutionelles Leben ihm die Bahn zu großer Tätigkeit öffnen könne. Daß das nur mit einem Anschluß an die liberalen Bestrebungen möglich sein werde, war ihm nicht entgangen. Er hat 1838 geschrieben: „In einem freien Staate mit freier Verfassung kann ein jeder, der sich den Staatsangelegenheiten widmet, offen seine ganze Kraft an die Verteidigung und Durchführung derjenigen Maßregeln und Systeme setzen, von deren Gerechtigkeit und Nutzen er die Überzeugung hat, und er braucht diese letztere einzig und allein als Richtschnur seiner Handlungen anzuerkennen, indem er in das öffentliche die Unabhängigkeit des Privatlebens hinübernimmt. Dort kann man in der Tat das Bewußtsein erwerben, für das Wohl seines Landes getan zu haben, was in den Kräften stand. Man mag reüssieren oder nicht, unsere Meinung mag durchdringen oder nicht, das Streben bleibt gleich verdienstlich". Nachdem er sich dann des längeren über die Gebundenheit des Beamtenstandes, über den Zwang, die eigenen Meinungen aufzugeben, ausgesprochen hat, fügt er noch hinzu: „Konflikte der Art würden aber bei mir im Dienst ziemlich häufig sein, zumal mein politischer Glaube dem von unserem Gouvernement anerkannten wesentlich zuwiderläuft".

Mag in dem Schreiben, das bestimmt ist, den Übergang vom Staatsdienst zur Landwirtschaft zu rechtfertigen, auch ein Stück Stimmung stecken, so bleibt der wesentliche Inhalt doch, daß ein freies Feld für unabhängige Betätigung nur bei verfassungsmäßigem Staatsleben zu erhoffen sei.

Bismarcks Haltung auf dem Vereinigten Landtag ist damit schwer in Einklang zu bringen. Er hat dessen Berufung, soweit bekannt, nicht gemißbilligt; aber er war weit entfernt, ihn als Ausgangspunkt weiterer verfassungsmäßiger Einrichtungen anzusehen. Er hat sich den dahingehenden Bestrebungen entschieden widersetzt.

Der Wandel hat sich in den pommerschen Jahren vollzogen. Es ist aber in dieser Zeit noch eine andere Änderung mit ihm vorgegangen.

In den „Gedanken und Erinnerungen" heißt es: „Die in meiner Kindheit empfangenen Eindrücke waren wenig dazu angetan, mich zu verjunkern. In der nach Pestalozzischen und Jahnschen Grundsätzen eingerichteten Plamannschen Erziehungsanstalt war das ‚von' vor meinem

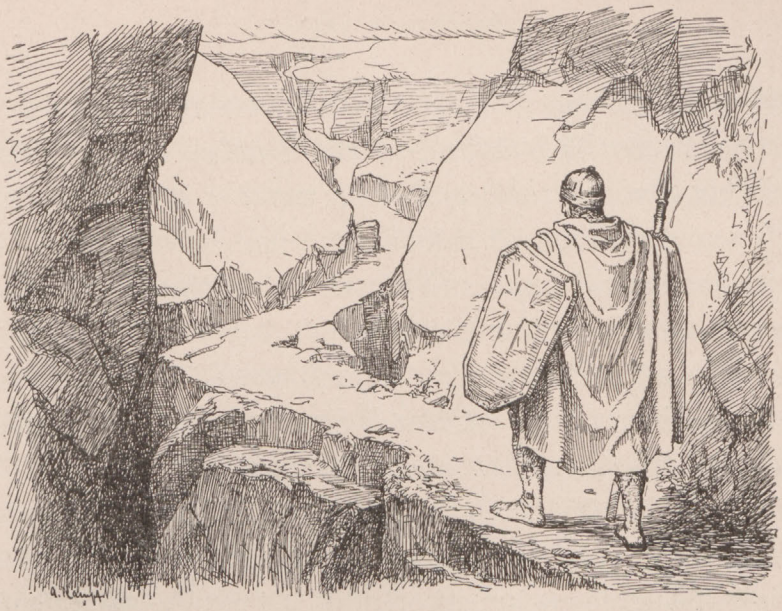
Namen ein Nachteil für mein kindliches Behagen im Verkehr mit Mitschülern und Lehrern. Auch auf dem Gymnasium zum Grauen Kloster habe ich einzelnen Lehrern gegenüber unter dem Adelshasse zu leiden gehabt, der sich in einem großen Teil des gebildeten Bürgertums als Reminiszenz aus den Zeiten vor 1806 erhalten hatte. Aber selbst die aggressive Tendenz, die in bürgerlichen Kreisen unter Umständen zum Vorschein kam, hat mich niemals zu einem Vorstoße in entgegengesetzter Richtung veranlaßt." Er beruft sich darauf, daß sein Vater „vom aristokratischen Vorurteile frei", seine Mutter die Tochter eines bürgerlichen, „stark liberalen Beamten" gewesen sei, und fügt hinzu: „Unter diesen Umständen waren die Auffassungen, die ich mit der Muttermilch einsog, eher liberal als reaktionär, und meine Mutter würde, wenn sie meine ministerielle Tätigkeit erlebt hätte, mit der Richtung derselben kaum einverstanden gewesen sein, wenn sie auch an den äußeren Erfolgen meiner amtlichen Laufbahn große Freude empfunden haben würde."

Zweifellos hat der Greis hier richtig geschildert. Auch die Göttinger Zeit belegt es noch, daß wohl aristokratische Neigungen in ihm lebendig waren, nicht aber ein eigentlicher Standesstolz. Die Folgezeit hat ihn dann aber so gut wie ausschließlich in eine Umgebung gebracht, die vorzugsweise diese Seite seines Wesens zu stärkerer Entfaltung bringen mußte. In sein Aufbäumen gegen die Beamtenabhängigkeit mischte sich doch ein gut Teil Adelsbewußtsein. In dem pommerschen Verkehrskreise hat sich das gleichsam naturnotwendig, ihm selbst kaum merklich, gesteigert. Seine Neigung zur Opposition blieb, aber sie wandelte sich aus einer liberal beeinflußten in eine ständische, die ihre Antriebe aus der Abneigung gegen die Bureaukratie empfing. Der Verkehr mit Bülow-Cummerow hat die Wandlung wohl befördert, auch der mit Thadden konnte ihr nur günstig sein. In Bismarcks Haltung gegenüber der Reform der Patrimonialgerichte tritt sie deutlich zutage.

Unter den Provinzial-Landtagen, die zu einer preußischen Gesamtstaatsverfassung Stellung zu nehmen hatten, stand der pommersche neben dem brandenburgischen am weitesten rechts; beide vertraten die Politik des Beharrens. Wenn auch Bismarck auf seine Weise in diese Bahn einlenkte, wenn er sich als Glied seines Standes fühlte und betätigte, anders als

seine Jugend das erwarten ließ, so kann das doch nur dadurch erklärt werden, daß der Geist, der ihn auf Kniephof umwehte, auf ihn, den Selbstgeprägten, nicht ohne Wirkung blieb. Sicher hat er es in den Gedanken und Erinnerungen mit vollem Recht als eine Verleumdung bezeichnet, daß er je ein Adelsregiment erstrebt habe, aber seine politischen Gesinnungen waren doch in den pommerschen Jahren die des dortigen Adels geworden. Mit ihm hat sie Kleist-Retzow am entschiedensten und eindrucksvollsten vertreten.

Doch auch noch auf einem anderen Gebiete muß dieser Zeit ein Einfluß, allerdings mehr steigernder als wandelnder Art, zuerkannt werden. Bismarck war stets Preuße gewesen und stets voll kriegerischen Ehrgefühls. Aus der Zeit nach der Reise des Jahres 1842 wird eine Äußerung von ihm überliefert, die diesen Empfindungen einen geradezu leidenschaftlichen Ausdruck gibt. Er hat sich über die „landesverräterische Feigheit der preußischen Generale von 1806" entrüstet, die „ihre Festungen dem Feinde ohne Schwertstreich übergaben". Er hat nicht begreifen können, „daß sich nicht ein Leutnant gefunden hat, der den Mut hatte, einem so frevelhaft handelnden General eine Kugel durch den Kopf zu jagen". Die ihm aus der nächstälteren Generation nahe traten, waren Kämpfer der Befreiungskriege. Der schon 1775 geborene Bülow-Cummerow gehörte allerdings nicht dazu; er war ein Mecklenburger, der in Kurhannover als Leutnant gedient hatte. Aber er war durchaus Preuße geworden und vertrat Anschauungen, die in der preußischen Politik nur unter dem Großen Kurfürsten und unter Friedrich dem Großen lebendig geworden sind. Er erkannte die entscheidende, die überragende Bedeutung äußerer Macht des Staates; Preußen hätte die seine zu mehren, sein Landesgebiet zu erweitern, Deutschland zu einem großen Preußen umzugestalten. Es waren Gedanken, die dem preußischen Volksbewußtsein fast noch vollständig fremd waren. Und doch hing von ihrem Verständnis Deutschlands Zukunft ab. Im Bismarck des Vereinigten Landtags sollte preußischer Nationalstolz zu glänzendem Ausdruck kommen.



3. Im Vereinigten Landtag.

Es ist erstaunlich, wie rasch des Landtags jüngstes Mitglied unter den Gleichgesinnten zu Ansehen gelangte und die Augen der Versammlung auf sich lenkte. Schon am 15. Mai, drei Tage nach seinem Eintritt, gab er in seinem „und vieler anderer" Namen eine Erklärung ab, die sich gegen die von der Regierung zum Besten des bäuerlichen Grundbesitzes geplanten Rentenbanken wandte, nicht, wie die liberale Mehrheit einwandte, weil der Landtag der ihm zugestandenen Kompetenz nach nicht berechtigt sei, staatliche Bürgschaft zu beschließen, sondern weil in dem Gesetz „eine Verletzung der Berechtigten", der Gutsherren, zu erblicken sei. Am 17. Mai hatte er dann seinen großen Tag, der ihn auf ewig denkwürdige Weise nicht nur in den deutschen Parlamentarismus, sondern in die allgemeine deutsche Geschichte einführte, den Kern seines Wesens, den Inhalt der Größe, zu der er emporsteigen sollte, jedem Sehenden klarlegt.

Das Drängen der Zeit ging auf eine Verfassung. Vor allem mit der königlichen Zusage von 1815 begründete man diese Forderung. Es war verständlich, daß die Befreiungskriege mit ihr in unmittelbaren Zusammenhang gebracht wurden, daß sich die Verfassung als das Ziel darstellte, das durch sie hatte errungen werden sollen, für das man sich erhoben habe. Ist

doch diese ungeschichtliche Auffassung noch heute nicht ausgestorben. Am 17. Mai gab ihr der Abgeordnete Ernst von Saucken, einer der Führer der ostpreußischen Liberalen, selbst ein Kämpfer von 1807 und 1813/14, Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. und 1. Klasse, noch im Zusammenhang mit der Rentenbankverhandlung in der Versammlung in längeren Auseinandersetzungen Ausdruck. Er bestritt ausdrücklich, daß nur der Haß gegen die Bedrücker sich entladen habe: „Ein edles, gebildetes Volk wie das preußische kennt keinen Nationalhaß." Seine Äußerungen sind ein unverfälschter Ausfluß der herrschenden Meinung und Gesinnung.

Bismarck erhob sich sofort, sie zurückzuweisen: „Ich fühle mich gedrungen, dem zu widersprechen, was auf der Tribüne sowohl als außerhalb dieses Saales so oft laut geworden ist, als von Ansprüchen auf Verfassung die Rede war, als ob die Bewegung des Volkes von 1813 anderen Gründen zugeschrieben werden müßte und es eines anderen Motivs bedurft hätte als der Schmach, daß Fremde in unserem Lande geboten. Es heißt meines Erachtens der Nationalehre einen schlechten Dienst erweisen, wenn man annimmt, daß die Mißhandlung und Erniedrigung, die die Preußen durch einen fremden Gewalthaber erlitten, nicht hinreichend gewesen seien, ihr Blut in Wallung zu bringen und durch den Haß gegen die Fremdlinge alle anderen Gefühle übertäubt werden zu lassen."

So sagt der Landtagsbericht. In Wirklichkeit aber hat Bismarck noch schärfer, herausfordernder gesprochen. Ganz am Schlusse eines Briefes, den er am nächsten Tage der Braut sandte, berichtet er: „Gestern erregte ich einen ungeheuren Sturm des Mißfallens, indem ich durch eine nicht deutlich genug gefaßte Äußerung über die Natur der Volksbewegung von 1813 die mißverstandene Eitelkeit vieler von der eigenen Partei verletzte und natürlich das ganze Hallo der Opposition gegen mich hatte. Die Erbitterung war groß, vielleicht gerade weil ich die Wahrheit sagte, indem ich auf 1813 den Satz anwandte, daß jemand (das preußische Volk), der von einem anderen (den Franzosen) so lange geprügelt wird, bis er sich wehrt, sich daraus kein Verdienst gegen einen Dritten (unsern König) machen kann." Daß Bismarck hier recht berichtet, belegen die „Gedanken und Erinnerungen", belegt vor allem aber auch ein erhaltener Entwurf, den er vor der Sitzung aufgesetzt hat, um ihn als Einspruch zu verwerten gegen die Behauptung, daß das

preußische Volk auf Grund seiner Haltung 1813 gegen den König Anspruch auf eine Verfassung erheben könne. Er fügte sich einem Wunsch seiner Gesinnungsgenossen, wenn er dem Protokoll der Sitzungsberichte eine mildere Fassung gab. „Ich muß jetzt vor der heutigen Sitzung hin, um beim Druck nachzusehen, ob sie meine Worte nicht in Unsinn verkehrt haben", schreibt er in dem Briefe an seine Braut. Der erregte Unwille ist auch protokollarisch festgelegt: „Lautes Murren, wiederholtes Murren, großer Lärm".

Es ist ihm von zwei Rednern widersprochen worden, mit einem Hinweis auf seine Jugend. „Als ich wieder die Tribüne bestieg, wurde ich von Pfuirufen begrüßt. Ich kehrte der Versammlung den Rücken, zog die Spenersche Zeitung aus der Rocktasche und las ruhig, bis der Lärm aufhörte", erzählte er 17 Jahre später Herrn von Keudell. Man glaubt, den Göttinger Studenten wieder vor sich zu sehen, der im buntesten Schlafrock auf der Weender Straße spaziert und mit seiner Dogge vor dem Universitätsrichter erscheint. Er hat dann geantwortet: „Ich kann allerdings nicht in Abrede stellen, daß ich zu jener Zeit nicht gelebt habe, und es tut mir stets aufrichtig leid, daß es mir nicht vergönnt gewesen, an dieser Bewegung teilzunehmen, ein Bedauern, das vermindert wird durch die Aufklärung, die ich soeben empfangen habe. Ich habe immer geglaubt, daß die Knechtschaft, gegen die damals gekämpft wurde, im Auslande gelegen habe; soeben bin ich aber belehrt, daß sie im Inlande gelegen hat, und ich bin nicht sehr dankbar für diese Aufklärung."

So ist der parlamentarische Bismarck fertig in den ersten Tagen seines Auftretens: Der herausfordernde Mut, die unerschütterliche Ruhe, die schlagfertige Geistesgegenwart, denen nur noch vermehrte Formgewandtheit zuwachsen sollte. Aber mehr als das! Der vaterländische Staatsmann großen Stils offenbart sich in ihm. Freiheit von Fremdherrschaft ist ihm die erste und wichtigste Voraussetzung alles staatlichen Lebens, „fremde Unterjochung die tiefste Schmach", wie eine süddeutsche Zeitung ihren Beifall ausdrückte. Es hat auch sonst an Zustimmung nicht gefehlt. Die Parteigenossen sammelten sich um ihn; „die mißverstandene Eitelkeit" (sagen wollte Bismarck offenbar „das falsch verstandene Ehrgefühl") hat sich bald beruhigt. Er konnte einen gewissen Einfluß auf sie gewinnen, der sich nicht nur anspornend, sondern auch zügelnd äußerte. „Meinen Einfluß auf die sogenannte

Hofpartei und sonstige Ultrakonservative benutze ich, sie soviel wie möglich vom Durchgehen und ungeschickten Seitensprüngen abzuhalten." Er war doch auch von vornherein nicht allein der Draufgänger, sondern auch der politische Taktiker.

Bismarck hat noch wiederholt das Wort ergriffen zunächst wieder am 1. Juni in der allgemeinen Debatte über die Rechtsfrage. Er vertrat in längerer Rede den königlichen Standpunkt. Er war grundsätzlich für eine regelmäßige Einberufung des Landtags; aber er erklärte es für unrichtig, zu drängen, zumal der König eine zweite Berufung nach vier Jahren schon zugesagt habe. Auch Vincke verwarf das Drängen, allerdings aus ganz anderen Gründen. Bismarck hat das geschickt benutzt und sich dadurch und durch sonstige Polemik gegen den redegewaltigen, aber unverbesserlich doktrinären Führer der „Rechtspartei" bei seinen politischen Freunden den Scherznamen des „Vinckenfängers, Vinckenbeißers" verdient. Er erklärte es als „im Rechtsbewußtsein unseres Volkes liegend", daß „nur der König eine rechtsverbindliche Deklaration" der Zusage von 1815 geben könne, und die liege im Erlaß vom 3. Februar 1847 vor. Er fand das preußische Volk nicht repräsentiert in Volksversammlungen oder „in den Federkielen der Zeitungskorrespondenten"; es sei „schwer, die Volksmeinung zu erkennen"; er „glaube, sie an einigen Orten der mittleren Provinzen erkannt zu haben", und da sei sie „noch die alte preußische, der ein Königswort mehr gilt als alles Deuteln und Drehen an dem Buchstaben der Gesetze".

Auch die Klarheit und Sicherheit seiner Geschichtsauffassung trat wieder glänzend zutage: „Es ist gestern eine Parallele gezogen worden zwischen der Art, wie das englische Volk im Jahre 1688, nach der Vertreibung Jakobs II., seine Rechte zu wahren gewußt, und der Art, wie das preußische Volk jetzt seine Rechte zur Anerkennung bringen könne. Das englische Volk befand sich in einer anderen Lage als heutzutage das preußische; es war durch ein Jahrhundert von Revolution und Bürgerkrieg in die Lage gekommen, eine Krone vergeben zu können und Bedingungen daran zu knüpfen, die Wilhelm von Oranien annahm. Dagegen waren die preußischen Monarchen nicht von des Volkes, sondern von Gottes Gnaden im Besitze einer faktisch unbeschränkten Krone, von deren Rechten sie freiwillig einen Teil dem Volke

verliehen haben, ein Beispiel, welches in der Geschichte selten ist". Er schenkte den Gegnern nicht eine Bitte um Nachsicht, daß er wieder über ein Faktum spreche, das er nicht selbst erlebt habe.

Eine scharfe Kritik übte Bismarck am 7. Juni an der Ablehnung der von der Regierung geforderten Anleihe für den Bau der Ostbahn. Er wies darauf hin, daß sie erfolgt sei nicht aus Gründen, die in der Sache lägen, sondern weil die Regierung in bezug auf die Rechtslage dem Landtage nicht nachgeben wolle. Er fragte: „Welchen Sturm würde es erregen, wenn das Gouvernement seinerseits sagen wollte, daß es gewisse administrative Wohltaten, die es einer Provinz zuwenden oder entziehen kann, davon abhängig mache, wie die Vertreter dieser Provinz bei politischen Fragen votieren würden?" Als das Eingreifen des Leiters der Verhandlungen, des vom König bestellten Landtagsmarschalls von Rochow, die Aufregung, die diese Bemerkung hervorrief, beschwichtigt hatte, schloß der Redner mit den Worten: „Die Mißbilligung, die von jener Seite sich kundgibt, beweist mir, daß ich die Wahrheit gesagt habe, wenn ich behaupte, daß von einer Partei eine Taktik geübt wird, die man der Regierung gewiß nicht verzeihen, und die man nicht anstehen würde, mit dem Namen der Erpressung zu brandmarken, wenn sie sich dieselbe gestattete". Bezeichnend ist, daß er erklärte, an die „Nützlichkeit der Bahn zu glauben nicht von dem materiellen und provinziellen Standpunkte aus, so doch aus dem der Konsolidierung unserer politischen und militärischen Verhältnisse". Er hat es stets verworfen, sich aus Gründen der Parteitaktik dem sachlich Notwendigen zu widersetzen, und stets den Gedanken an das Staatsganze, an seine Festigung und Stärkung hoch über alle Teilbestrebungen und Sondervorteile gestellt. Der ihn erfüllende preußische Machtgedanke kommt auch in dieser Bemerkung zu klarem Ausdruck.

Noch hat der Entwurf einer Verordnung über die Verhältnisse der Juden, der dem Landtage vorgelegt wurde, Bismarck zu längeren Darlegungen herausgefordert. Die Regierung wollte den Israeliten unter Ausschluß jener der Provinz Posen, deren Lage besonders geregelt werden sollte, die bürgerliche Rechtsgleichheit mit den christlichen Untertanen zugestehen mit der Einschränkung, daß sie keine Staatsämter mit obrigkeitlicher Autorität sollten bekleiden und ständische und mit Erwerbung von Grundbesitz verbundene

Rechte nicht sollten ausüben können. Ein großer Teil der Versammlung wollte ihre volle politische Emanzipation. Die Frage hat Bismarck zu seiner geschicktesten und geistvollsten Rede auf dem Vereinigten Landtag Anlaß gegeben.

Er sprach am 15. Juni für die Regierungsvorlage, aber gegen die Emanzipation. Er bekannte, „daß er einer Richtung angehöre, die der geehrte Abgeordnete für Krefeld" (Beckerath) „gestern als finster und mittelalterlich bezeichnet habe", und „jenem großen Haufen", der nach der Bemerkung des Oberbürgermeisters von Posen (Naumann) „an Vorurteilen klebe, die er mit der Muttermilch eingesogen habe". Er meinte, „in der Schußlinie so scharfer Vorwürfe" berechtigt zu sein, zu sagen, daß ihm unklar geworden sei, „ob er sich in einer Versammlung befinde, für deren Mitglieder das Gesetz hinsichtlich der Wählbarkeit die Bedingung der Gemeinschaft mit einer der christlichen Kirchen aufstelle". Er erklärte, kein Feind der Juden zu sein; „wenn sie meine Feinde sein sollten, so vergebe ich ihnen". Vincke hatte ihre Fehler aufgezählt, aber die Bemerkung daran geknüpft, daß, wenn sie ihm auch noch so unangenehm wären, das doch nicht genüge, ihnen die politischen Rechte abzusprechen. Bismarck lehnte es ab, ihre Mängel zu untersuchen, war sich aber nicht klar darüber, „wie der geehrte Redner diejenigen Leute, die er als zu schlecht für seinen Umgang bezeichnete, zu vorgesetzten Beamten, selbst zu Ministern, haben möchte, wenn er es nicht brauche". Er betonte scharf, daß man in einem christlichen Staate lebe, und hatte geschichtlich durchaus recht, wenn er Camphausens Bemerkung, daß der christliche Staat „eine Entdeckung unserer neuen Staatsphilosophie" sei, ablehnte. Er bekannte sich zu dem „Glauben, daß die Realisierung der christlichen Lehre der Zweck des Staates sei", und konnte nicht anerkennen, daß man „mit Hilfe der Juden diesem Zwecke näherkommen sollte. Entziehe man diese Grundlage dem Staate, so bleibe nichts als ein zufälliges Aggregat von Rechten, eine Art Bollwerk gegen den Krieg aller gegen alle. Man möge dem Volke sein Christentum nicht schmälern, indem man ihm zeige, daß es für seine Gesetzgeber nicht erforderlich sei".

Mit besonderer Schärfe wandte er sich dagegen, daß, „wie in fast allen Fragen", mehrere Redner „auf das nachahmenswerte Beispiel von England und Frankreich verwiesen" hatten. Er hatte schon in der Rede über den

Rechtsboden „Parallelen mit dem Auslande" als „etwas Mißliches" zurückgewiesen. Jetzt mahnte er: „Ich möchte den Herren, die so gern ihre Ideale jenseits der Vogesen suchen, eins zur Richtschnur empfehlen, was den Engländer und Franzosen auszeichnet, das ist das stolze Gefühl der Nationalehre, welches sich nicht so leicht und so häufig dazu hergibt, nachahmungswerte und bewunderte Vorbilder im Auslande zu suchen, wie es hier bei uns geschieht."

Der Antrag auf volle Emanzipation ward mit 220 gegen 219 Stimmen verworfen, ein Ergebnis, das die Stärke der judenfreundlichen Strömung beweist. Bismarck hat harte Urteile über sich ergehen lassen müssen, obgleich er nichts direkt Verletzendes gesagt hatte. Am Abend des Tages schrieb er seiner Braut: „Gehe nicht mehr durch die Königsstraße des Abends, weil mich die Juden totschlagen." Andererseits hat ihn sein Bekenntnis zum christlichen Staat dem Kreise, dem er im Laufe des letzten Jahres so nahe getreten war, völlig zu eigen gemacht. Er galt jetzt als einer der Ihrigen bei Freund und Feind.

Am 26. Juni ist der Vereinigte Landtag geschlossen worden. Es sind drangvolle Wochen für Bismarck gewesen. Im Mai erkrankte die Braut; ihre Briefe verrieten tiefste Niedergeschlagenheit. Auch die Übergabe von Kniephof, zu der Bismarck hinüberreisen mußte, fällt in diese Zeit. Die Verhandlungen außerhalb der Sitzungen nahmen ihn in steigendem Maße in Anspruch. „Die Sache ergreift mich viel mehr, als ich dachte." Er befand sich am 18. Mai „in einer ununterbrochenen Aufgeregtheit, die mich kaum essen und schlafen läßt". Später sah er die Dinge ruhiger an. Er vermochte die Geliebte auch aus der Ferne mit starker, bisweilen aufrüttelnder Hand aufrecht zu erhalten. Die Eindrücke vom Landtag kommen in den Briefen zu kräftigem Ausdruck. Schon drei Tage nach seinem Eintritt berichtet er von „unendlichem Schwatzen, Wiederholen, Breittreten, Zeittotschlagen. Es ist merkwürdig, wieviel Dreistigkeit im Auftreten die Redner im Verhältnis zu ihren Fähigkeiten zeigen, und mit welcher schamlosen Selbstgefälligkeit sie ihre nichtssagenden Redensarten einer so großen Versammlung aufzudrängen wagen". Und am 18. Mai wieder: „Die Landtagsverhandlungen nehmen eine für jeden Wohlgesinnten betrübende

Richtung. Die besten Absichten, die gesetzlichen Handlungen werden aus reinem Parteigeist verkannt und entstellt, und die Regierung befindet sich, bei vollständigem Recht, stets in der Minderheit." Am 24. klagt er: „Man wird um so ungeduldiger, da man fast nie dazu kommt, seine Meinung sagen zu können, nachdem man sechs Stunden lang alle Schamlosigkeiten angehört hat, und kommt man endlich dazu, so haben nach der Sache, gegen die man sprechen will, schon 20 andere Redner geredet, und sie ist vergessen. Es geht der Tribüne wie einer Ballschönheit en vogue; sie ist stets zu allem vorher engagiert." Ähnliche Schmerzen zwei Tage später und der Zornesausbruch: „Ich bin vom Morgen bis zum Abend gallsüchtig über die lügnerische, verleumderische Unredlichkeit der Opposition und über die eigensinnige, böswillige Absichtlichkeit, mit der sie sich jeden Gründen verschließt, und über die gedankenlose Oberflächlichkeit der Menge, bei der die gediegensten Argumente nichts wiegen gegen die banalen, aufgeputzten Phrasen der rheinischen Weinreisendenpolitik"; dann nach Schluß, am 1. Juli, in Beziehung auf die geplante Alpenreise: „Der ganze Alpenkamm mit seinen Seen wird mir keinen Blick entlocken, wenn die ‚Preußische Allgemeine' daneben liegt; so staubig, tintig und papieren sieht es in meinem Kopfe aus." Auch im Greise war der Unmut noch lebendig: „Die Reden der Ostpreußen Saucken-Tarputschen, Alfred Auerswald" (eines Hauptgegners in der Judendebatte), „die Sentimentalität von Beckerath, der rheinisch-französische Liberalismus von Heydt und Meviſſen und die polternde Heftigkeit der Vinckeschen Reden waren mir widerlich, und auch wenn ich die Verhandlungen heute lese, machen sie mir den Eindruck von importierter Phrasenschablone."

Diese Urteile Bismarcks enthalten gewiß Berechtigtes, werden aber dem Vereinigten Landtag geschichtlich nicht gerecht. Dessen Verhandlungen waren, wie die des Frankfurter Parlaments im nächsten Jahre, in ihrem äußeren Verlaufe stark beeinflußt von dem Umstande, daß die meisten Teilnehmer Neulinge im parlamentarischen Leben waren. Die Tatsache, daß der „Vereinigte Landtag" für den größten und wichtigsten deutschen Staat die ersehnte und notwendige Brücke wurde für den Übergang zu einem Verfassungsleben, bleibt auch gegenüber der Bismarckschen Kritik in vollem Umfange bestehen. Die politische Richtung, welche die Versammlung be-

herrschte, war nicht die Bismarcks, und das hat sein Urteil erheblich mitbestimmt. Sie war mächtiger als er, und er sollte sich mit ihr abfinden, ja in sie eintreten müssen. Daß er dazu imstande sein werde, hat sein Auftreten in dieser Körperschaft aber erwiesen. Er hat sich in ihr die politischen Sporen verdient. Er war in die vordersten Reihen derer getreten, mit deren Widerstand die liberalen Bestrebungen von jetzt ab zu rechnen hatten. Seine politischen Freunde sahen auf ihn; er wurde wieder ein „Ajax", wie einst seinen Mitschülern in der Plamannschen Erziehungsanstalt.

Am 13. Juni hatte er, zurückgekehrt von der Übergabe Kniephofs, seiner Braut berichtet: „Meine Freunde versicherten mich, daß sie bei manchen Unverschämtheiten der anderen Seite erwartungsvoll umgeblickt hätten, ob nicht von meinem Platze ein Kämpfer der Wahrheit erstehen würde." In dieser Stellung aber fühlte er sich nicht allein aus dem Ehrgeiz heraus, den Kraftgefühl gibt, sondern weil er hier Befriedigung seines Tatendranges fand, hier den Pfad sah, der ihn hinanführen konnte zu der Höhe, die zu besteigen er sich stark fühlte, zu der Höhe eines weiten und erfolgreichen Wirkens und Waltens für seinen Staat und sein Volk.

Die Stunde war nahe, die solche Männer auf den Plan rief.

4. 1848.

Die französische Revolution von 1848 hat rascher gewirkt als die von 1789, umfassender als die von 1830. Dem Pariser 24. Februar folgten alsbald Zuckungen durch den ganzen „außerrussischen Kontinent". Die konstitutionellen und nationalen Begehren durchbrachen die Schranken, in die man sie seit der Heiligen Allianz einzuschließen versucht hatte; sie waren durch die gewaltsame Einengung mächtig erstarkt. Deutschland wurde zugleich in den Einzelstaaten und in seiner Gesamtheit von der Bewegung ergriffen. Dort verlangte man weitere Freiheiten und Rechte, Reformen aller Art, Volksvertretungen, wo sie noch nicht vorhanden waren, hier eine leistungsfähige Einheit, die wiederum nur durch Teilnahme des Volkes an der Leitung erreichbar war. Was damals erstrebt wurde, ist im wesentlichen im neuen Deutschen Reiche Recht geworden. Die Geschichte hat ihr Urteil gefällt.

Der Widerstand, der entgegengesetzt wurde, war zunächst matt und schwach. Keine der Regierungen wagte entschlossene Ablehnung. Friedrich Wilhelm IV. war deutsch gesinnt; auch er wünschte Deutschland stark. Aber er war beeinflußt durch wunderliche Vorstellungen von Staat, Kirche und Gesellschaft des Mittelalters, wollte das Ziel erreichen unter Anschluß an Österreich, durch dessen Mitwirkung, und machte damit einheitliche Leitung unmöglich. In den ersten Wochen der Bewegung hat sich Gelegenheit geboten, Preußen zu leitender Stellung zu erheben. Die süddeutschen Kabinette, sonst die eifrigsten Gegner preußischer Führung, waren bereit, von den Machtbefugnissen ihrer Staaten zu opfern. Sie sahen in Preußen, das noch fest stand im Sturme, den allein möglichen Schutz einerseits gegen den Radikalismus der Untertanen, andererseits gegen französische Eroberungsgelüste. Die Berliner Märztage haben der Lage eine völlig veränderte Gestalt gegeben.

Friedrich Wilhelm war nicht grundsätzlich gegen regelmäßige Landtagsperioden; er wollte sie sich nur nicht abtrotzen lassen. Er hatte zugesagt, den Landtag in vier Jahren wieder zu berufen; im Januar 1848 hat er

Ausschüsse der Provinzial-Landtage in Berlin zusammentreten lassen, die bis zum 6. März versammelt gewesen sind. An eben diesem Tage hat er die Periodizität genehmigt; als ein ganz freiwilliges Zugeständnis konnte es nicht mehr erscheinen. Am 14. März ward dann auf den 27. April der Vereinigte Landtag wieder einberufen und zwar, um sich mit der deutschen Frage zu beschäftigen; das Patent meldete, daß die königliche Regierung im Verein mit der kaiserlich österreichischen die deutschen Bundesgenossen eingeladen habe, zu beraten über eine Neuordnung des Bundes, die Deutschland zu einem freien und mächtigen Staatswesen umgestalten könne.

An ebendiesem 14. März ist aber in Wien die Regierung der Revolution gewichen, Metternich entlassen worden. So hat Friedrich Wilhelm sich zu weiterem Entgegenkommen entschlossen. Dem Edikt vom 14. folgte die Proklamation vom 18., die den Landtag schon auf den 2. April einberief. Sie setzte auseinander, daß es gelte, Deutschland aus einem Staatenbunde in einen Bundesstaat umzuwandeln, daß dazu eine Bundesvertretung aus den Ständen der deutschen Länder nötig sei, die eine konstitutionelle Verfassung aller deutschen Staaten voraussetze, daß eine deutsche Verfassung zustande kommen müsse, am besten nach dem Muster der glorreichen preußischen, auch eine deutsche Flotte notwendig sei. Sie machte sich das Programm der Neuerer für die Umgestaltung Deutschlands so ziemlich in allen Punkten zu eigen: Bundesgericht, gleiches Heimatsrecht und volle Freizügigkeit, allgemeinen Zollverein mit gleichem Handelsrecht, Maß, Gewicht und Münze, Preßfreiheit mit gleicher Ordnung der gegen Mißbrauch zu errichtenden Sicherheiten.

Die Proklamation ist mit Jubel aufgenommen worden. Der Ausbruch des Straßenkampfes noch an demselben Tage bereitete ihm ein jähes Ende. Mit seinem Ausgange hatte Friedrich Wilhelm IV. seine Rolle als Neuschöpfer Deutschlands ausgespielt. In den Gedanken und Erinnerungen hat Bismarck sich darüber geäußert, was wohl geschehen sein möchte, wenn der König den Befehl zur Räumung Berlins durch die Truppen nicht gegeben, den schon erfochtenen Sieg behauptet hätte. Er hält dafür, daß eine Neuordnung Deutschlands unter Preußens Führung dann erreichbar gewesen wäre, läßt es aber dahingestellt, „welche Einwirkung das Bewußtsein des errungenen Sieges auf die Haltung des Königs, die Romantik mittelalter-

licher Reichseinrichtungen Österreich und den Fürsten gegenüber und auf das vorher und später so starke fürstliche Selbstgefühl im Inlande geübt haben würde. Eine auf dem Straßenpflaster erkämpfte Errungenschaft wäre von anderer Art und von minderer Tragweite gewesen als die später auf dem Schlachtfeld gewonnene. Es ist vielleicht für unsere Zukunft besser gewesen, daß wir die Irrwege in der Wüste innerer Kämpfe 1848 bis 1866, wie die Juden, bevor sie das gelobte Land erreichten, noch haben durchmachen müssen."

Während der verhängnisvollen Märztage war Bismarck in Schönhausen. Seit dem Vereinigten Landtage hatte er Beziehungen zum Hofe. Er verdankte sie dem entschlossenen Verfechten seiner Meinung, aber auch persönlichen Verbindungen. Nach der Harzreise hatte er im August 1846 in Berlin auch Leopold von Gerlach, Ludwigs Bruder, Generaladjutanten des Königs, kennen gelernt. Für seine Rede über die Rechtslage am 1. Juni 1847 hatte ihm eine Art Instruktion dieses Vertrauten Seiner Majestät vorgelegen, die ihm nicht Anlaß, auch nicht einmal Richtschnur seines Auftretens gewesen ist, mit der er sich aber im Einklang wußte und hielt. Ludwig von Gerlach schrieb an Thadden: „Für Otto von Bismarck begeistere ich mich mit Dir" und an Moritz von Blanckenburg: „Hier ist nur eine Stimme, daß er auf das entschiedenste dem König und Christo gedient."

Am 20. Juni 1847 wurden konservative Abgeordnete in Potsdam empfangen. Bismarck scherzte darüber am 22. an die Braut: „Vorgestern waren wir bei unserm Freunde, dem Könige, und wurde ich von den hohen Herrschaften sehr verzogen und bin nun so stolz, daß ich immer über Deinen Kopf wegsehen werde und nur in seltenen Augenblicken der Herablassung mein Auge zu Deinem schwarzgraublauen niederschlagen." Sie neckte ihn dafür als „verzogenen Prinzenliebling". Der Thronfolger, der Mitglied der Herrenkurie war, redete ihn in den vereinigten Sitzungen „wiederholt in einer Weise an, die sein Wohlgefallen an der damals von mir angenommenen politischen Haltung bezeugte", sagt Bismarck in den Gedanken und Erinnerungen. Ebendort erzählt er auch, daß der König ihn auf den Hoffestlichkeiten auffällig gemieden, sich nicht getraut habe, ihm Freundlichkeit zu zeigen. Auf der Hochzeitsreise am 6. September in Venedig vom Könige

im Theater erkannt, wurde er alsbald zur Tafel befohlen; aus der Unterhaltung konnte er „eine aufmunternde Billigung seiner Haltung im Landtage entnehmen". Der König forderte ihn zu einem Besuch in Berlin im Winter auf; am 11. Januar 1848 war er dort Gast des Königs.

Die Nachricht von den Berliner Vorgängen des 18. und 19. März machte Bismarcks Zorn hell auflodern. „Für die politische Tragweite war ich im ersten Augenblick nicht so empfänglich wie für die Erbitterung über die Ermordung unserer Soldaten in den Straßen." Tangermünder, die gekommen waren, auf dem Schönhauser Turme eine schwarzrotgoldene Fahne anzubringen, wurden auf seine Aufforderung zum Dorfe hinausgejagt. Er setzte alles in Bereitschaft, einen angedrohten Angriff der Städter abzuwehren; es wurden etwa 50 bäuerliche, einige 20 eigene Gewehre aufgebracht. Dann ging es in Johannas Begleitung auf die Dörfer, überall aufzurufen zur Hilfsbereitschaft für den gefangenen König. „Nur mein nächster Nachbar" (Stadtrat Gärtner) „sympathisierte mit der Berliner Bewegung, warf mir vor, eine Brandfackel in das Land zu schleudern, und erklärte, wenn die Bauern sich wirklich zum Abmarsch anschicken sollten, so werde er auftreten und abwiegeln." Ich erwiderte: „Sie kennen mich als einen ruhigen Mann, aber wenn Sie das tun, so schieße ich Sie nieder." — „Das werden Sie nicht", meinte er. — „Ich gebe mein Ehrenwort darauf", versetzte ich, „und Sie wissen, daß ich das halte; also lassen Sie das."

Schon am 21. war Bismarck in Berlin, von dem Gedanken beseelt, mit den Bauern gegen die Hauptstadt zu ziehen. Es war der Tag der Erklärung „an die deutsche Nation" und des schwarzrotgoldenen Umritts durch die Straßen. Der Herbeieilende war zunächst nach Potsdam gefahren, hatte mit Prittwitz, dem Oberstkommandierenden der Truppen, und mit dem „von den Mißhandlungen der Aufständischen noch steifen" General von Möllendorf verhandelt, vergebens den Aufenthalt des Prinzen von Preußen zu erkunden, den jungen Friedrich Karl zum Handeln zu bewegen versucht, hatte endlich vom Prinzen Karl einen schriftlichen Auftrag an den königlichen Bruder in Berlin erlangt. Hier gelang es ihm aber nicht, zum Könige durchzudringen, nur, ihm einen Brief zukommen zu lassen, in dem er seine Absichten darlegte. Noch an demselben Tage nach Potsdam zurückgekehrt, bemühte er sich weiter, Prittwitz zu selbständigem Vorgehen zu be-

wegen, fand ihn auch bereit, wenn die Korpskommandanten von Stettin und Magdeburg wollten. Dafür war dann wohl Wrangel in Stettin, nicht aber Hedemann in Magdeburg zu haben. Auf seinen Brief an den König erhielt Bismarck keine Antwort. Friedrich Wilhelm hat ihm später gesagt, daß er den auf schlechtem Papier schlecht geschriebenen Brief als das erste Zeichen von Sympathie, das er damals erhalten, sorgfältig aufbewahrt habe.

Am 25. führte der Schönhauser Gegenrevolutionär eine Bauerndeputation nach Potsdam. Er konnte im Marmorsaale des Schlosses des Königs Ansprache an die Gardeoffiziere hören: „Ich bin niemals freier und sicherer gewesen als unter dem Schutze meiner Bürger." Nach Bismarcks späteren Erinnerungen erhob sich bei diesen Worten „ein Murren und Aufstoßen von Säbelscheiden, wie es ein König von Preußen inmitten seiner Offiziere nie gehört haben wird und hoffentlich nie wieder hören wird".

Am 19. März war das Ministerium Bodelschwingh zurückgetreten. Es ward ersetzt durch ein Ministerium, das Bismarcks Aachener Chef, Arnim-Boitzenburg, leitete, zu dem aber auch Herr von Auerswald und der Vertreter Anklams im Vereinigten Landtage, von Schwerin, gehörten, mit welchem letzteren Bismarck dort mehrfach zusammengestoßen war. Beide traten auch in das Ministerium Camphausen über, das am 29. März das Arnim-Boitzenburgs ersetzte. Zu ihm gehörte auch Hansemann. Es war vollständig liberal.

Bismarck hat, als der Landtag sich am 2. April versammelte, auch hier den Kampf alsbald aufgenommen. Die Versammlung sollte sich nur mit dem für die konstituierende Körperschaft zu erlassenden Wahlgesetz und allenfalls mit den Grundzügen der zukünftigen preußischen Verfassung beschäftigen. Ein Antrag Lichnowsky forderte gleich am ersten Tage eine Dankadresse an den König, die sofort entworfen und zur Abstimmung gebracht werden sollte. Bismarck protestierte. Die „Vergangenheit sei begraben und keine menschliche Macht imstande, sie wieder zu erwecken, nachdem die Krone selbst die Erde auf ihren Sarg geworfen habe". Aber er könne doch nicht „aus dem Vereinigten Landtage mit der Lüge scheiden, daß er für das danken und sich über das freuen solle, was er mindestens für einen irrtümlichen Weg halten müsse". Bismarck konnte nicht zu Ende reden. Er er-

zählt selbst: „Ich wollte mehr sagen, war aber durch innere Bewegung in die Unmöglichkeit versetzt, weiter zu sprechen, und verfiel in einen Weinkrampf, der mich zwang, die Tribüne zu verlassen.“ Berechnet oder gar geheuchelt waren seine konservativen Anschauungen nicht.

Am 4. April wurde eine Interpellation über die innere Politik der Regierung eingebracht. Bismarck stellte ihr bezeichnenderweise eine solche über die äußere zur Seite. An eben dem Tage waren die ersten preußischen Truppen in Holstein eingerückt. Er wünschte die Besorgnis zerstreut zu sehen, mit der man, wie so eben in der deutschen Frage, „dem phaetonischen Fluge der preußischen Politik nachsehe“. Am nächsten Tage fragte er nach den Absichten der Regierung in bezug auf die „polnisch-nationale Entwickelung des Großherzogtums Posen, welche die Regierung sich zur Aufgabe gestellt hat“. General von Willisen war als Spezialkommissar in die Provinz entsandt worden, ihre „Reorganisation“ auf Grundlage einer Verwaltung durch „Eingeborene“ ins Werk zu setzen, ein Beginnen, dessen völlige Verkehrtheit schon die nächsten Wochen sonnenklar erwiesen. Als am Schluß der Sitzungen (10. April) auch um Zustimmung des Landtags zur Beschaffung von Geldmitteln für laufende Bedürfnisse im Betrage von 40 Millionen Talern nachgesucht wurde, protestierte Bismarck dagegen, daß man einen „Landtag in demselben Augenblicke, wo er in das Meer der Vergessenheit gestürzt werden solle, noch mit dem Mühlstein einer Bewilligung von 40 Millionen belaste“. Er wünschte vor der Bewilligung die Bedürfnis-, die Aufbringungs- und die Verwendungsfrage geregelt zu sehen. Er erblickte in dem Erlaß eines Drittels der Mahlsteuer eine „captatio benevolentiae für den die größeren Städte beherrschenden Zeitgeist“.

In die Zeit der Eröffnung dieses Landtags fällt auch der Versuch des Freiherrn von Vincke, den König durch den Landtag zur Abdankung zu bewegen, um so durch eine Regentschaft der Prinzessin von Preußen für den in England abwesenden Thronfolger unter allen Umständen deren Sohn die Nachfolge zu sichern. Vincke trat auch an Bismarck als einen der einflußreichsten Konservativen heran. „Ich lehnte sofort ab und erklärte, daß ich einen Antrag des Inhalts mit dem Antrage auf gerichtliches Verfahren wegen Hochverrats beantworten würde.“

Bismarck war Gegner der Neuerungen. Aber er stellte seine Handlungen sofort auf ihren Boden. Er war ja auch von ihrer Unumgänglichkeit überzeugt, wollte nur der Krone ihr Recht der Initiative gewahrt wissen. Vor allen Dingen aber war er viel zu sehr Mann des Lebens und der Tat, um nicht sofort zu erkennen, daß keine andere Haltung möglich sei, vor allem kein untätiges, schmollendes Abwarten. Er wurde Agitator; sein Recht, „politische Ansichten durch Volksaufregung zu unterstützen, lasse sich nach den neuesten Vorgängen nicht bestreiten". Er hat es in vollem Umfange ausgeübt. Da er der konstituierenden Nationalversammlung nicht angehörte, ist das Jahr 1848 für den Politiker Bismarck von dieser Tätigkeit und der Bearbeitung maßgebender Persönlichkeiten erfüllt. Er gehörte einem Dreierausschuß an, der nach dem ersten Vereinigten Landtag zusammengetreten war, um gegenüber dem Konstitutionalismus die ständische Auffassung auch durch eine Zeitschrift zu vertreten. Die Bemühungen, an denen Bismarck regen Anteil nahm, haben zur Begründung der Neuen Preußischen (Kreuz-) Zeitung geführt, die vom 16. Juni 1848 an erschien und deren Leitung einem Altersgenossen Bismarcks, Hermann Wagener, einem Schützling und Gesinnungsfreunde Senfft-Pilsachs und Ludwig von Gerlachs, übertragen wurde.

Bismarck hat das mühevolle Zustandekommen des Blattes nicht abgewartet, Wege in die Öffentlichkeit zu suchen. Eine der bezeichnendsten und die weitaus wichtigste seiner Äußerungen aus dieser Zeit ist seine Auslassung über die Polenfrage vom 20. April 1848 in einer Zuschrift an die Magdeburger Zeitung, die diese allerdings erst am 5. Januar 1886, als das Ansiedlungswerk auf der Tagesordnung stand, veröffentlichte. Sie waren zu dieser Zeit noch so wahr wie 38 Jahre früher und sind das heute noch. Veranlaßt waren sie durch die Befreiung der 1846 wegen Landesverrats verurteilten Polen. Man kann das, worauf es in der Polenfrage ankommt, auch heute nicht klarer und treffender ausdrücken, als es der Junker von Schönhausen vor zwei Menschenaltern getan hat. Es gibt auch kein zweites Dokument, das so wie dieses den Kern Bismarckschen Denkens und Empfindens in hellstes Licht treten läßt.

„Die Berliner haben die Polen mit ihrem Blute befreit" (durch die Märzkämpfe) „und sie dann eigenhändig im Triumph durch die Stadt ge-

zogen. Zum Dank dafür standen die Befreiten bald darauf an der Spitze von Banden, welche die deutschen Einwohner einer preußischen Provinz mit Plünderung und Mord, mit Niedermetzelung und barbarischer Verstümmelung von Weibern und Kindern heimsuchten. So hat deutscher Enthusiasmus wieder einmal zum eigenen Schaden fremde Kastanien aus dem Feuer geholt. Ich hätte es erklärlich gefunden, wenn der erste Aufschwung deutscher Kraft und Einheit sich damit Luft gemacht hätte, Frankreich das Elsaß abzufordern und die deutsche Fahne auf den Dom von Straßburg zu pflanzen. Aber es ist mehr als deutsche Gutmütigkeit, wenn wir uns mit der Ritterlichkeit von Romanhelden vor allem dafür begeistern wollen, daß deutschen Staaten das letzte von dem entzogen wurde, was deutsche Waffen im Laufe der Jahrhunderte in Polen und Italien gewonnen hatten. Das will man jubelnd verschenken einer schwärmerischen Theorie zuliebe, einer Theorie, die uns eben so gut dahin führen muß, aus unseren südöstlichen Grenzbezirken in Steiermark und Illyrien ein neues Slavenreich zu bilden, das italienische Tirol den Venezianern zurückzugeben und aus Mähren und Böhmen bis in die Mitte Deutschlands ein unabhängiges Tschechenreich zu machen."

„Eine nationale Entwickelung des polnischen Elements in Posen kann kein anderes vernünftiges Ziel haben als das, der Herstellung eines unabhängigen polnischen Reiches zur Vorbereitung zu dienen. Man kann Polen in seinen Grenzen von 1772 herstellen wollen (wie die Polen selbst es hoffen, wenn sie es auch noch verschweigen), ihm ganz Polen, Westpreußen und Ermeland wieder geben; dann würden Preußens beste Sehnen durchschnitten und Millionen Deutscher der polnischen Willkür überantwortet sein, um einen unsicheren Verbündeten zu gewinnen, der lüstern auf jede Verlegenheit Deutschlands wartet, um Ostpreußen, Polnisch-Schlesien, die polnischen Bezirke von Pommern für sich zu gewinnen. Andererseits kann eine Wiederherstellung Polens in einem geringeren Umfange beabsichtigt werden, etwa so, daß Preußen zu diesem neuen Reich nur den entschieden polnischen Teil des Großherzogtums Posen hergäbe. In diesem Falle kann nur der, welcher die Polen gar nicht kennt, daran zweifeln, daß sie unsere geschworenen Feinde bleiben würden."

„Wie kann aber ein Deutscher weinerlichem Mitgefühl und unpraktischen Theorien zuliebe dafür schwärmen, dem Vaterlande in nächster Nähe

einen rastlosen Feind zu schaffen, der stets bemüht sein wird, die fieberhafte Unruhe seines Innern durch Kriege abzuleiten und uns bei jeder westlichen Verwickelung in den Rücken zu fallen, der viel gieriger nach Eroberung auf unsere Kosten sein wird und muß als der russische Kaiser."

Auch nur den kleinsten Anteil des polnisch redenden Preußens dem übrigen Staate durch Sondereinrichtungen zu entfremden, erklärt Bismarck für „die bedauerlichste Donquichoterie, die je ein Staat zu seiner und seiner Angehörigen Verderben begangen hat". Den schärfsten Tadel spricht er über den allerdings bis zur Verruchtheit törichten Willisen aus. „Die letzte pomphafte Erklärung dieses Kommissars, in der er sich rühmt, durch seine Bemühungen diese Frage friedlich gelöst zu haben, erscheint in den Blättern gleichzeitig mit dem klagenden Hilferuf von Behörden und Privatleuten, die fortdauernd von Totschlag und Plünderung der Deutschen und von bewaffneten Konflikten mit dem Militär zeugen."

Hier spricht nicht nur der Preuße, sondern auch der Deutsche, und jeder Strich dieser Zeichnung ist richtig. Ganz überraschend ist die klare Vorstellung von der Verteilung der Nationalitäten, die damals wohl wenige Tagespolitiker besaßen, die leider auch heute noch spärlich genug verbreitet ist. Sie belegt wie kaum eine andere Äußerung die historisch-geographische Belesenheit des Landjunkers, denn sie war derzeit durch irgend welche Sonderübersicht noch nicht zu erlangen.

In anderen Presseäußerungen dieser Zeit vertritt Bismarck mit Nachdruck den ländlichen Besitz. Er sieht ihn geschädigt durch die Politik der 1848 einander folgenden Ministerien (Camphausen, Hansemann, Pfuel), deren Tendenz auf Begünstigung der Industrie und der größeren Städte gerichtet sei. Er kämpft gegen die geplante Neuordnung der Grundsteuer und die staatlich beschleunigte Ablösung der Reallasten; er verficht Petitionen gegen die „rechtlichen Gewalttaten der Minister gegenüber einer wehrlosen, aber seit Jahrhunderten treuen Klasse der Untertanen." Er belehrt über die Gleichheit der Interessen des bäuerlichen Landmanns und des Rittergutsbesitzers. Vor allem aber wird er nicht müde, an höchster Stelle unmittelbare Wirkung zu erstreben.

Er vertritt dabei mit dem Feuer der Leidenschaft die Meinung, daß der König seine Macht unterschätze, daß er nicht nur das Heer völlig in der

Hand habe, sondern daß er auch auf die Landbevölkerung durchaus zählen könne. Durch Deputationen aus den seinem Einfluß erreichbaren Kreisen, besonders der westlichen und südlichen Nachbarschaft von Berlin, suchte er in diesem Sinne zu wirken. Als der Prinz von Preußen bei seiner Rückkehr aus England am 7. Juni 1848 den Bahnhof von Genthin (es war damals der nächste bei Schönhausen) passierte und ihn dort Vertreter der Gegend begrüßten, erkannte er Bismarck, obgleich dieser sich im Hintergrunde hielt, bahnte sich den Weg durch die vor ihm Stehenden, reichte ihm die Hand und sagte: „Ich weiß, daß Sie für mich tätig gewesen sind, und werde Ihnen das nie vergessen." Bald nachher lud ihn der Prinz nach Babelsberg ein. Bismarck erzählte ihm von der Stimmung der Truppen bei ihrem Abzuge von Berlin und „war hart genug, ihm das Gedicht vorzulesen, das dafür historisch bezeichnend ist", das beklagt, wie schwarzweiß nun dem schwarzrotgold hat weichen müssen und das mit den Versen schließt:

Was Du hier tatest, Fürst, wird Dich gereun;
So treu wird keiner wie die Preußen sein.

Der Prinz „brach darüber in so heftiges Weinen aus, wie ich es nur noch einmal erlebt habe, als ich ihm in Nikolsburg wegen Fortsetzung des Krieges Widerstand leistete".

Die „Konstituierende Nationalversammlung" ist zur Ausführung ihres Auftrags nicht gekommen. Begabte Führer sind in ihr nicht hervorgetreten; die Besten tagten in Frankfurt. Sie geriet unter die Herrschaft der Galerien, der Straße. Sie verlor damit auch den Boden in einem guten Teil der Berliner Bevölkerung selbst. Bismarck berichtet am 18. Oktober an seine Gemahlin: „Hier ist auch nicht die kleinste Emeute mehr, aber doch eine bittere Spannung zwischen Arbeitern und Bürgerwehr, die ihre guten Früchte tragen kann. Die Arbeiter lassen König und Militär leben und wollen, „daß der König wieder allein zu befehlen hätte". Bismarck war überzeugt, daß man der Herrlichkeit dieser Macht leicht ein Ende machen könne.

Es ist geschehen durch das Ministerium Brandenburg, nachdem am 31. Oktober Wien wieder von den kaiserlichen Truppen besetzt worden war.

Bismarck hat nach seiner Darstellung dem Grafen, der als General sich den politischen Aufgaben der Stellung nicht gewachsen fühlte, den Direktor im Ministerium des Innern, Otto von Manteuffel, den er selbst

erst am 8. November nach dreistündiger Bearbeitung gewonnen hatte, zugeführt und ihn dadurch zur Übernahme der Stellung willig gemacht. Dem Könige hat eine Liste vorgelegen, auf der auch Bismarck als Glied des neuen Ministeriums genannt war. Nach Leopold von Gerlachs Erzählung hat der König an den Rand geschrieben: „Nur zu gebrauchen, wenn das Bajonett schrankenlos waltet." Nach anderer Nachricht lautete die Randnotiz: „Roter Reaktionär; riecht nach Blut, später zu gebrauchen." Bismarck erzählt, daß er bei seiner Ankunft auf dem Bahnhof in Potsdam am 21. März 1848 Herrn von Bodelschwingh, den eben zurückgetretenen Minister, getroffen habe, und dieser, ängstlich, im Gespräch mit dem „Reaktionär" gesehen zu werden, seine Begrüßung mit den Worten: Ne me parlez pas abgelehnt habe; auf Bismarcks Erwiderung: Les paysans se lèvent chez nous, habe Bodelschwingh ausgerufen: „Dieser Seiltänzer". Es ist klar, in welchem Geruche der Herr von Schönhausen stand. Seine Haltung war in dieser gefährlichen Zeit, in der mancher aus Furcht vor Schaden an Leib und Leben nicht zu handeln und nicht einmal offen zu bekennen wagte, so waghalsig, so herausfordernd, daß es gelegentlich erschien, als sei er nicht mehr ernst zu nehmen, sei nur eine Art Don Quixote der Legitimität und des Absolutismus. Rücksichtslose Entschlossenheit ist auch in dieser Prüfungszeit der Herzen und Nieren das ausgeprägteste Merkmal für Bismarcks Auftreten und zwar rücksichtslos nicht allein gegen andere, sondern auch vor allem gegen die eigene Person, ihr Behagen, ihr Ansehen, ihr Wohlergehen, rücksichtslos aus Vaterlandsliebe und Königstreue.

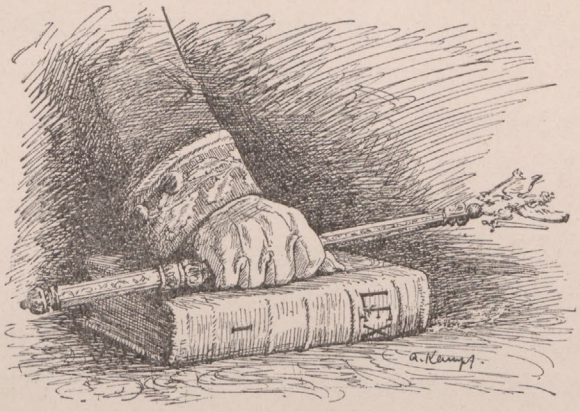
Am 1. November hat Graf Brandenburg die Leitung des Ministeriums übernommen. Auf die protestierende Adresse der Nationalversammlung antwortete der König am 9. mit deren Vertagung nach Brandenburg auf den 27. Am 10. rückte Wrangel an der Spitze der bereitstehenden Truppen in Berlin ein und räumte das Schauspielhaus, wo die Versammlung trotz der königlichen Anordnung wieder zusammengetreten war. An den Maßregeln zur vorläufigen Sicherung des Gebäudes gegen eine Besetzung durch die Bürgerwehr hatte Bismarck regen Anteil genommen. Über den Fortgang der Entwaffnung der Bürgerwehr berichtet er in den Briefen an die Frau fortlaufend mit sichtbarer Befriedigung. Er war mit vollem Herzen bei der Sache.



König Friedrich Wilhelm IV.
Nach einem Gemälde von Franz Krueger.

Bibliothek des Elbinger Lehrervereins

Es kann auch nicht bezweifelt werden, daß Bismarck nicht als einer der letzten mitgewirkt hat, den König zum endlichen Entschluß zu bringen. „In zahlreichen Gesprächen" hatte er seit den ersten Junitagen dem Herrscher seine Auffassung darlegen können. Ihm erschien die Lage im Lichte „von Krieg und Notwehr"; der König bestand darauf, nicht „vom Rechtsboden abzuweichen". Bismarck hat später die Meinung ausgesprochen, daß dabei unter Radowitz' Einfluß der „latente deutsche Gedanke" eine Wirkung geübt, der König sich in seiner Haltung gegen die preußische Nationalversammlung durch Rücksicht auf Benutzung derselben in der deutschen Frage habe bestimmen lassen. Das würde auch das Zurückschrecken des Königs vor einer Ministerkandidatur Bismarck erklären.



5. In den Landtagen von 1849.

Als die konstituierende Nationalversammlung am 27. November in Brandenburg wieder zusammentrat, war sie nicht beschlußfähig. So hat der König sie am 5. Dezember aufgelöst, zugleich aber auch eine Verfassung erlassen, die in allem Wesentlichen mit dem Entwurfe der aufgelösten Versammlung übereinstimmte; sie enthielt sogar die Vereidigung des Militärs auf die Verfassung. Am folgenden Tage wurde ein Wahlgesetz verkündet, das zwar ein indirektes, doch aber ein allgemeines, gleiches und geheimes Wahlrecht verlieh. Danach ist am 5. Februar 1849 gewählt worden. Das Haus der Abgeordneten sollte aus 350 Mitgliedern bestehen. Bismarck schrieb am 9. Dezember 1848 dem Bruder: „Mit dem Wahlgesetz habe ich heftige, leider erfolglose Kämpfe gefochten; weder das für die zweite, noch weniger das für die erste Kammer ist haltbar."

Wir finden Bismarck auch auf diesem neuen Boden sofort in Tätigkeit. Er gehörte dem „Zentral-Wahlkomitee" an, das unter seiner Mitwirkung zusammengetreten ist. Er verfaßte noch im Dezember dessen Wahlaufruf. „Die Zeit, da die Macht des Königs die Ordnung schirmte, sei vorüber"; man müsse jetzt selber Hand anlegen. Er spornte die Gutsbesitzer an, er mahnte die Geistlichen. Ihnen seien „die Gemeinden zu jedweder Pflege anvertraut, daher auch zur Orientierung über die staatlichen Verhältnisse". Er trat dem Gegner auf dessen eigenstem Felde gegenüber, in der unermüdlichen und mehr oder weniger skrupellosen Verbreitung der eigenen Meinungen in die breitesten Volksschichten. Er hatte Erfolg. Er wurde in dem Wahlkreise, den Westhavelland und ein Teil der Zauche bildeten, gewählt, allerdings nur mit schwacher Mehrheit, 152 gegen 144 Wahlmänner. Der Oberbürgermeister von Brandenburg, Ziegler, war sein Gegenkandidat; doch hatte Bismarck auch in dieser Stadt eine kleine Mehrheit.

In der zusammentretenden zweiten Kammer, der ersten, die in Preußen getagt hat, und die vom 26. Februar bis zum 27. April in Berlin in Tätigkeit gewesen ist, waren die Liberalen und Radikalen wieder entschieden im

Übergewicht. Sie verfügten über zwei Drittel der Versammlung. Bismarck hat wiederholt das Wort genommen: Zur Regelung der Geschäftsordnung, zu den Wahlprüfungen, in der Frage der Fortdauer des Belagerungszustandes, zur Judenfrage und insbesondere in der Adreßdebatte sowie zur deutschen Frage. Man fühlt aus seinen Reden heraus, daß es ihm nicht nur Bedürfnis, daß es ihm eine Lust ist, der Mehrheit zu trotzen. In den Sitzungen entsteht die Mehrzahl der Briefe an die Gattin; er muß nur bisweilen hinhorchen, um keinen Ausfall gegen sich zu überhören und unerwidert zu lassen.

Indem er eine von mehreren tausend Berlinern unterzeichnete Petition vorlegte, bestritt er, daß „das Volk von Berlin die Aufhebung des Belagerungszustandes wolle". Er stellte in Abrede, daß „das ganze Staatsrecht auf der Barrikade beruhe". Es klingt wie Voraussage, wenn er erklärt: „Der Gott, der die Schlachten lenkt, muß die eisernen Würfel der Entscheidung darüber werfen, ob Barrikadenrecht oder gottgewollte Obrigkeit". Dem in Worte — oder auch nicht in Worte — gekleideten Widerspruch der Versammlung begegnet er mit der Bemerkung: „Es war nicht meine Absicht, Ihre Meinung auszusprechen, sondern die meinige; ich bin nicht hierher geschickt, Ihre Meinung auszusprechen."

Am 3. April 1849 hat Friedrich Wilhelm IV. der Frankfurter Deputation auf das Angebot der deutschen Kaiserkrone eine ablehnende Antwort gegeben. Er erklärte sich bereit, die Führung zu übernehmen, aber nur mit Zustimmung der deutschen Regierungen, nach deren Anerkennung sowohl seiner Wahl zum Kaiser wie der in Frankfurt beschlossenen Reichsverfassung. Verhandlungen mit diesem Ziel sollten begonnen werden.

Es war eine Entschließung, die im Landtage bis tief in die Reihen der Konservativen hinein verstimmte oder enttäuschte. Bismarck hat sie entschlossen verteidigt. Einem Antrage Rodbertus, die Reichsverfassung als für Preußen gültig anzuerkennen, setzte er einen Antrag auf Übergang zur Tagesordnung entgegen und begründete ihn (21. April) mit einer seiner wirkungsvollsten Reden. Er könne die „rechtlichen Beschlüsse, mit welchen die Nationalversammlung in Frankfurt ihren Oktroyierungsgelüsten Nachdruck zu geben versuche, für Preußen nicht anerkennen"; es handele sich um dessen

Zukunft. Er wies darauf hin, daß die 28 Regierungen, die sich für die Reichsverfassung erklärt hatten (keins der Königreiche war dabei), nicht $6^1/_2$, wie man sage, sondern nur 4—5 Millionen Deutsche verträten, da Baden und Holstein-Lauenburg noch ganz unsicher seien. Zugunsten dieser 4—5 Millionen sollten die 16 Millionen Preußen sich mediatisieren lassen; im Frankfurter Staatenhause würden 400000 Preußen, 200000 Bayern, 120000 Weimaraner und so herab bis auf Lichtenstein durch je einen Abgeordneten vertreten sein. Er bestritt, daß es notwendig oder auch nur möglich sei, sich auf den sogenannten Volkswillen, wie er durch ein allgemeines Wahlrecht zum Ausdruck komme, zu stützen. Wenn nun Österreich oder ein Staat wie Bayern sich den „Kaiserlich Deutschen Kommissaren" nicht fügen wolle? „Dann würde der Kaiser genötigt sein, die deutschen Fürsten als Rebellen zu behandeln und etwa an die ‚Tatkraft' der Bayern gegen das Haus Wittelsbach oder an die ‚Tatkraft' der Hannoveraner gegen das Haus der Welfen zu appellieren. Das ist es wohl, wohin die Herren von der Umsturzpartei uns haben wollen, wenn sie erklären: Der neue Kaiser muß uns ganz Deutschland schaffen".

Die Schwäche der Frankfurter Politik läßt sich kaum treffender kennzeichnen. Es war das Verhängnis des ersten deutschen Parlaments, daß es die überlieferte Macht zu gering einschätzte. Die deutschen Regierungen waren doch fester gewurzelt als die aus der Fremde aufgepflanzten Italiens. Seitdem die Regierungen in Wien und Berlin die Zügel wieder fest in der Hand hielten, fühlten sich auch die Mittel- und Kleinstaaten mit vereinzelten Ausnahmen wieder im Sattel. Als es galt, in Baden und der Pfalz, in Dresden und Altenburg die Ordnung wieder herzustellen, zeigte es sich, daß nicht nur Preußen, daß auch kleinere Staaten ihre bewaffnete Macht zu voller Verfügung hatten. Der Abgeordnete Bismarck war der weiterblickende Staatsmann, wenn er für Preußen die Rolle Piemonts in Italien ablehnte.

Seine Rede fand Beifall weit über den Kreis der Parteigenossen hinaus:

Hui, Bismarck, wie klingt Deine Rede so gut!
Hui, Bismarck, wie flammst Du in Löwenmut!
Das Schwert Deiner Rede, es blitzet so frei,
Und der Sinn Deiner Rede ist ewige Treu.

Daß der Antrag Rodbertus nur mit einer Mehrheit von 16 Stimmen (175 zu 159) angenommen wurde, beweist, daß doch bis tief in die Reihen der Liberalen hinein Verständnis für die Daseinsbedingungen des preußischen Staates nicht völlig fehlte. Als dann die Versammlung am 26. April die Aufhebung des Belagerungszustandes beschloß, wurde sie aufgelöst.

Bismarck hatte in der Rede vom 21. April über die preußische Verfassung geäußert, daß „auch sie das Prinzip anerkenne, daß der Einfluß einer jeden Volksklasse in demselben Maße steigen müsse, in welchem ihre politische Bildung und Urteilsfähigkeit abnehme, und daß sie damit ein sicheres Bollwerk gegen die Aristokratie der Intelligenz gebe". Das neue Wahlgesetz vom 30. Mai 1849 suchte dem durch Einführung des Dreiklassenwahlrechts abzuhelfen. Dazu führte es die öffentliche Stimmabgabe ein. Es blieb also nur noch ein allgemeines, nicht mehr ein geheimes und gleiches Wahlrecht. Das so gewählte Abgeordnetenhaus hatte eine Mehrheit von Konservativen und Gemäßigt-Liberalen. Aus seinen Beratungen ging die dauernde preußische Verfassung vom 31. Januar 1850 hervor.

Bismarck hat auch dieser Versammlung angehört. Er war in seinem Wahlkreise wiedergewählt worden. Es hatte aber einen ziemlichen Wahlkampf gegeben. Am 23. Juli erschien Bismarck seine Wahl noch „sehr zweifelhaft. Es ist unglaublich, welche Räubergeschichten die Demokraten den Bauern von mir beibringen, so daß mir einer aus dem Schönhauser Kreise, drei Meilen von uns, gestern vertraute, wenn mein Name bei ihnen genannt werde, so gehe einem ordentlich ein ‚Gruſel' von oben runter, als wenn man gleich ein paar ‚altpreußische Fuchtelhiebe übergezogen erhalten sollte', wie neulich ein Gegner in einer Versammlung gesagt hat: Bismarck-Schönhausen wollt ihr wählen, ihn,

Der in des Landmanns Nachtgebet
Hart nebenan dem Teufel steht?

Und ich bin doch der sanfteste Mensch in der Welt gegen die gemeinen Leute."

Die Losung auch der Rechtsstehenden charakterisiert Bismarck am 20. Juli: „Wir sind konservativ, sehr, aber nicht bismarckisch."

Die Session der neuen Kammer hat länger gedauert als die der aufgelösten, vom 7. August 1849 bis zum 26. Februar 1850. Bismarck hat

diese ganze Zeit in Berlin zugebracht, anfangs mit seinem Landsmann und jetzt nahen Verwandten Hans von Kleist-Retzow in einer gemeinsamen Wohnung Friedrichstraße Ecke Taubenstraße, dann vom 10. Oktober ab mit der Familie in einer Parterrewohnung in der Behrenstraße. Im Sommer hatte er auch Schönhausen verpachtet. Er war frei, „sich zu jagen in dem intriganten und geschäftigen Müßiggang" in Konferenzen, Sitzungen, Kommissionen, Abteilungen, mit Besuchen und Einladungen.

Bismarck hat auch in dieser Kammer seine rednerische Kraft eingesetzt. Er gehörte zu einer Gruppe, die man als „Reaktionäre" bezeichnete, die noch rechts von den Konservativen des Zentrums stand. Er war neben Kleist-Retzow ihr wirksamstes Mitglied. Er hat zum Besten des Handwerkerstandes für Einschränkung der Gewerbefreiheit und für Zwangsinnungen geredet. Den Industriellen des Westens rückte er als freihändlerischer Landwirt ihre Schutzzollpolitik vor; sie wünschten Deckung gegen den Mitbewerb des Auslandes und gäben die Gewerbetreibenden der Übermacht des Kapitals preis. Er sprach gegen die allgemeine Einführung der in gewissen Teilen des Rheinlandes gesetzmäßigen Zivilehe. In Anspielung auf eine Berliner Gedächtnisfeier für den am 9. November 1848 in Wien erschossenen Robert Blum meinte er, „wenn der Artikel 11 der Verfassung, die Gewährleistung eines jeglichen Kultus, so weit zur Wahrheit gemacht werde, daß man auch den Kultus derjenigen demokratischen Schwärmer, die diesen ihren Märtyrer auf gleiche Linie mit dem Heiland der Welt stellen, durch Gendarmen gegen Störung schützen lasse, so hoffe er es noch zu erleben, daß das Narrenschiff der Zeit an dem Felsen der christlichen Kirche scheitere, denn noch stehe der Glaube an das geoffenbarte Wort Gottes im Volke fester als der Glaube an die seligmachende Kraft irgend eines Artikels der Verfassung". Er vertrat eine Erhöhung des Militäretats, besonders die unbedingt notwendige Besserstellung der Offiziere und Unteroffiziere und bessere Verpflegung der Mannschaften, und verfocht eben so geschickt wie nachdrücklich Rechte und Ansprüche des Adels in der Debatte über die Zusammensetzung des Herrenhauses und über das Gesetz betr. die Ablösung der Reallasten, die Regulierung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse und die Errichtung von Rentenbanken. Er sah in diesen eine Nichtachtung des Artikels 8 der Verfassung: „Das Eigentum ist unverletzlich."

Einen harten Kampf kämpfte er gegen die von der Kammer angestrebte Erweiterung des Budgetrechts. Die Mehrheit ihrer Verfassungskommission, zu deren Mitgliedern auch Bismarck gehörte, beantragte die Streichung des ersten Satzes in Artikel 108: „Die bestehenden Steuern und Abgaben werden forterhoben, bis sie durch ein Gesetz abgeändert werden." In seiner Rede vom 24. September erklärte Bismarck es als „natürlichen Grundsatz, daß jedes Gesetz so lange besteht, bis es durch ein neues aufgehoben wird". Gegenüber der Berufung auf Sinn und Art einer Konstitution meinte er: „Das Wort konstitutionell ist eins der Stichwörter, die in neuester Zeit das Vorrecht haben, an Stelle jedes Grundes sich einzustellen." Schlagend, kenntnisreich und einsichtsvoll wies er wieder den Hinweis auf die fremden konstitutionellen Staaten mit der Erinnerung an den anderen Ursprung der preußischen Volksrechte zurück. „Die Berufungen auf England sind unser Unglück. Geben Sie uns alles Englische, was wir nicht haben, geben Sie uns englische Gottesfurcht und englische Achtung vor dem Gesetze, die gesamte englische Verfassung oder auch die gesamten Verhältnisse des englischen Grundbesitzes, englischen Reichtum und englischen Gemeinsinn, besonders aber ein englisches Unterhaus, kurz und gut alles, was wir nicht haben, dann will ich auch sagen, Sie können uns nach englischer Weise regieren." Beherzigenswerte Worte noch heute!

Aus dieser „Möglichkeit" wollte er aber immer noch „keine Verpflichtung für die preußische Krone entnehmen, sich in die machtlose Stellung drängen zu lassen, welche die englische Krone einnimmt, die mehr als ein zierlicher Kuppelschmuck des Staatsgebäudes erscheint, während ich in der unsrigen den tragenden Mittelpfeiler desselben erkenne". Er protestierte gegen die Anwendung des Sprichwortes: „Wenn wir schwimmen lernen wollen, müssen wir ins Wasser gehen" auf unseren politischen Bildungsprozeß. „Das mag wahr sein; aber ich sehe nicht ein, warum jemand, der schwimmen lernen will, gerade da hineinspringen soll, wo das Wasser am tiefsten ist, weil sich dort etwa ein bewährter Schwimmer mit Sicherheit bewegt." Auf den Einwand, daß die Kammer, wenn sie mit ihren Rechten Mißbrauch treiben wolle, das so gut bei der Bewilligung der Ausgaben wie der Einnahmen tun könne, „erlaubte er sich zu erwidern, daß die Möglichkeit eines Mißbrauchs nicht dazu berechtigt, einen zweiten zu erleichtern". Die

Streichung des Satzes wurde mit 212 gegen 93 Stimmen beschlossen; aber es hatten doch noch andere als die „Reaktionäre" dagegen gestimmt.

Das Hauptgewicht seines Auftretens fiel aber auch in diesem Landtage auf die deutsche Frage.

Friedrich Wilhelm IV. hatte am 26. Mai das sogenannte Dreikönigsbündnis abgeschlossen. Es war das überaus fragwürdige Ergebnis der am 3. April angekündigten „Verhandlungen über die Regelung der deutschen Zukunft". Es hatten außer den schon früher in Frage kommenden 28 Regierungen sich nur noch Sachsen und Hannover bereit erklärt zu weiteren Beratungen über eine deutsche Einigung, das aber auch nur mit dem Vorbehalt, daß alle deutschen Staaten außer Österreich zustimmen würden. Die niedergesetzte Kommission schlug der Kammer vor, daß der Regierung Unterstützung zugesagt und anerkannt werde, daß Artikel 111 der Verfassung vom 5. Dezember 1848 Anwendung finde, nach welchem dem etwaigen Zustandekommen einer deutschen Verfassung die nötigen Änderungen der preußischen folgen sollten. Einige 40 Mitglieder der Kammer, unter denen Bismarck, billigten den ersten, verwarfen aber den zweiten Teil des Antrags.

In seiner Rede vom 6. September setzte Bismarck auseinander, daß es sich um eine Entmündigung Preußens handele. „Der König verliert seine Initiative, sein Veto in der Gesetzgebung; er kann wider seinen Willen genötigt werden, Gesetzen beizustimmen, die er mißbilligt. Preußen verzichtet auf die freie Disposition über sein Heer und seine Finanzen und verpflichtet sich, seine sämtlichen Aktiva aller Art einzuwerfen in den Konkurs der übrigen deutschen Staaten ohne Gewärtigung eines Äquivalents. Das preußische Ministerium würde herabsinken zu einer Provinzialbehörde unter der Leitung eines Reichsministeriums, welches wiederum abhängig ist von einem Parlamente, in dessen Oberhause von Rechts wegen und im Unterhause mit Hilfe der einheimischen Demokratie die preußischen Interessen in der Minorität sein würden; die ehrenvollsten und wichtigsten Rechte der preußischen Kammern würden auf das Reichsparlament übergehen." Und das alles um eine, gegenüber der Haltung Sachsens und Hannovers noch nicht einmal sichere, sogenannte Reichsvorstandschaft!

Der Redner ging ein auf den Hinweis auf Friedrich den Großen und dessen wahrscheinliches Verhalten. Der große Friedrich würde sich „an die hervorragendste Eigentümlichkeit preußischer Nationalität, an das kriegerische Element in ihr, gewandt haben und nicht ohne Erfolg. Er würde gewußt haben, daß noch heute, wie zu den Zeiten unserer Väter, der Ton der Trompete, die zu den Fahnen des Landesherrn ruft, seinen Reiz für ein preußisches Ohr nicht verloren hat, mag es sich um die Verteidigung unserer Grenzen, mag es sich um Preußens Ruhm und Größe handeln". In Erinnerung an die Niederwerfung des badisch-pfälzischen und des Dresdener Aufstandes konnte er „den Wunsch nicht unterdrücken, daß es das letzte Mal sein möge, daß die Errungenschaften des preußischen Schwertes mit freigebiger Hand weggegeben werden, um die nimmersatten Anforderungen eines Phantoms zu befriedigen, welches unter dem fingierten Namen von Zeitgeist und öffentlicher Meinung die Vernunft der Fürsten und Völker mit seinem Geschrei betäubt, bis jeder sich vor dem Schatten des andern fürchtet und alle vergessen, daß unter der Löwenhaut des Gespenstes ein Wesen steckt von zwar lärmender, aber wenig furchtbarer Natur".

Er bekannte sich kraftvoll zu seinem Staate: „Der vorliegende Verfassungsentwurf vernichtet das spezifische Preußentum und damit den besten Pfeiler deutscher Macht. Was uns gehalten hat, war gerade das spezifische Preußentum. Es war der Rest des verketzerten Stockpreußentums, der die Revolution überdauert hatte, die preußische Armee, der preußische Schatz, die Früchte langjähriger intelligenter preußischer Verwaltung und die lebendige Wechselwirkung, die in Preußen zwischen König und Volk besteht. Es waren die alten preußischen Tugenden Ehre, Treue, Gehorsam und die Tapferkeit, welche die Armee, von deren Knochenbau, dem Offizierkorps ausgehend, bis zu den jüngsten Rekruten durchziehen." Er berief sich darauf, daß das preußische Volksgefühl ihnen allen gemeinsam sei: „Dieses Volk, meine Herren, was es will, das wollen wir auch mit ihm. Alle Redner, welche ich gehört habe, wollen es nur auf verschiedenem Wege. Wir alle wollen, daß der preußische Adler seine Fittiche von der Memel bis zum Donnersberge schützend und herrschend ausbreite, aber frei wollen wir ihn sehen, nicht gefesselt durch einen neuen Regensburger Reichstag und nicht gestutzt an den Flügeln von jener gleich-

machenden Heckenschere aus Frankfurt, von der wir sehr wohl uns erinnern, daß sie erst in Gotha" (auf einer im Juni dort abgehaltenen Versammlung ausgetretener Frankfurter Parlamentsmitglieder, die sich auf den Boden des Dreikönigsbündnisses stellten) „zu einem friedlichen Instrumente umgeschmiedet wurde, während sie wenige Wochen vorher in Frankfurt als drohende Waffe gegen das Preußentum und gegen die Verordnungen unseres Königs geschwungen worden ist. Preußen sind wir, und Preußen wollen wir bleiben. Ich weiß, daß ich mit diesen Worten das Bekenntnis der preußischen Armee, das Bekenntnis der Mehrzahl meiner Landsleute ausspreche, und ich hoffe zu Gott, daß wir auch noch lange Preußen bleiben werden, wenn dieses Stück Papier vergessen sein wird wie ein dürres Herbstblatt."

Die Rede enthielt unnötige Schärfen, die vielleicht der Augenblick brachte, die vielleicht aber auch überlegt waren. Sie erntete bei den Gleichgesinnten den entsprechenden Beifall; die Achtung konnten diesem Manne trotz seiner Schärfe doch auch die Gegner nicht versagen. Im Hinblick auf die Abstimmung Bismarcks für den ersten Teil des Antrags, die Unterstützung der Dreikönigspolitik, schrieb die Vossische Zeitung zwei Tage nach der Rede: „Der Abgeordnete von Bismarck hat in der Abstimmung seine preußische Überzeugung der preußischen Regierung zum Opfer in deren Schritten für den Bundesstaat gebracht. Es liegt ein Edelmut, eine Hochherzigkeit hierin, die uns als Muster der Resignation des Sohnes seines Vaterlandes dasteht, wenn wir auch der politischen Ansicht des Herrn von Bismarck schnurstracks entgegen sind. Mögen die edlen Männer, die fürs isolierte Preußen aus patriotischen Überzeugungen sind, dieses hochherzigen Vormannes vortreffliches Beispiel befolgen, uns deutsch gesinnten Preußen helfen."

Daß Bismarck die deutsche Frage richtig beurteilte, daß er gegen Regierung und Kammermehrheit im Rechte war, kann heute kein ruhiger Beurteiler mehr bezweifeln. Ein starkes, allein dem eigenen Willen unterworfenes Preußen war für Deutschlands Zukunft unentbehrlich. Den Strömungen folgend, die es schon damals zur gewaltsamen Lösung der deutschen Frage treiben wollten, hätte es die eigene Macht vergeudet, ohne eine deutsche an ihre Stelle setzen zu können. Bismarck sah völlig richtig, wenn

er der Einigkeit von Revolutions Gnaden die Fähigkeit absprach, die vorhandenen Hindernisse hinwegzuräumen.

Seinem Widerwillen gegen diese Bestrebungen gab die Abneigung gegen das Heldentum der Barrikaden, gegen die „fanatischen Rebellen, gedungenen Barrikadenkämpfer", eine besondere Schärfe. Bismarck sagt selbst, daß er „im ersten Augenblick", im März 1848, „für die politische Tragweite der Vorgänge nicht so empfänglich gewesen sei wie für die Erbitterung über die Ermordung unserer Soldaten in den Straßen". — „Im Friedrichshain", schrieb er im September 1849, „konnte ich nicht einmal den Toten vergeben; mein Herz war voll Bitterkeit über den Götzendienst mit den Gräbern dieser Verbrecher, wo jede Inschrift auf den Kreuzen von ‚Freiheit und Recht' prahlt, ein Hohn für Gott und Menschen. Wohl sage ich mir, wir stecken alle in Sünden, und Gott allein weiß, wie er uns versuchen darf, und Christus unser Herr ist auch für jene Meuterer gestorben; aber mein Herz schwillt von Gift, wenn ich sehe, was sie aus meinem Vaterlande gemacht haben, diese Mörder, mit deren Gräbern der Berliner noch heute Götzendienst treibt." Der Leidenschaft des Hasses kommt die Glut der Liebe gleich, die ihm im Herzen brannte für das, was er verteidigte. Wie sehr dieser Schatz durch die deutsche Bewegung gefährdet war, wie auch deren Führer erkannten, daß eine deutsche Einheit in ihrem Sinne kaum möglich sein werde ohne Schwächung, ja Zerstückelung des preußischen Staates, das sehen wir heute klar genug. Indem der Schönhauser Deichhauptmann sich unter Einsetzung seiner ganzen Persönlichkeit dem Zeitstrom entgegenwarf, erwarb er sich das erste große Verdienst um die Begründung der deutschen Einheit. Daß ihm „eine nationale Neubildung Deutschlands immer vorgeschwebt hat", wie er 33 Jahre später unter Berufung auf „viele Zeugnisse aus seinem früheren Leben" im Reichstag betonte, ist völlig mit dieser Haltung vereinbar.



6. Unionsparlament. Olmütz. Landtag 1850/51.

Es hat fast ein ganzes Jahr gedauert, bis die Verhandlungen unter den deutschen Regierungen so weit gediehen waren, daß eine Volksvertretung sich mit der Frage der neuen Verfassung beschäftigen konnte. Sie ist aus besonderen Wahlen hervorgegangen und hat vom 20. März bis zum 29. April 1850 in Erfurt getagt. Bismarck war Mitglied für Zauche-Belzig-Westhavelland. Neben dem Volkshaus war ein Staatenhaus versammelt.

Das „Unionsparlament" war von seinem Beginn an zur Erfolglosigkeit verurteilt. Im September 1849 hatte Friedrich Wilhelm IV. mit Kaiser Franz Josef in Teplitz eine Begegnung gehabt. Es war zu einer Verständigung über die vorläufige Haltung beider Mächte gekommen. An eine Durchführung der Unionspläne im Gegensatz zu Österreich hat der König kaum noch ernstlich gedacht. Sie hingen an der Persönlichkeit des Generals von Radowitz, dem Ende April 1849 die Behandlung der deutschen Frage von Friedrich Wilhelm IV. übertragen worden war. Bismarck hat in seine Briefe scharfe Bemerkungen über ihn einfließen lassen: Le mauvais genie de la Prusse; noch der Greis gedenkt dieses Mannes als des „Garderobiers der mittelalterlichen Phantasien des Königs". Der Gegensatz der Anschauungen war fundamental; er hat die nächste Folgezeit beherrscht. Auch Radowitz meinte es ehrlich deutsch; aber eine unklare Schwärmerei

für eine falsch verstandene Vorzeit trübte ihm das Bild der Wirklichkeit und war um so gefährlicher, als sie sich mit Neigungen und Meinungen des Königs begegnete.

Lange vor Beginn der Erfurter Tagung hatten Sachsen und Hannover sich vom Dreikönigsbündnis abgewandt; Sachsen hatte am 27. Februar 1850 mit Bayern und Württemberg das „Vierkönigsbündnis" geschlossen, das man so bezeichnete, weil auch auf Hannovers Beitritt sicher gerechnet wurde. Die Erfurter Versammlung erwies sich aber in ihrer Mehrheit willig; sie hat den vorgelegten Verfassungsentwurf am 13. April mit 125 gegen 89 Stimmen angenommen, erst nachträglich Revisionsvorschläge gemacht. Am 29. April schloß Radowitz die Verhandlungen mit hochtönenden Dankesworten.

Bismarck hat auch hier dafür gekämpft, „den preußischen Staat nicht zu schwächen oder aufzulösen, um Deutschland groß zu machen". Der Verfassungsentwurf sprach vom Deutschen Reich, obgleich nicht die Hälfte Deutschlands beteiligt war. Bismarck beantragte „Union". Er wies auf die Möglichkeit weiteren Abfalls hin, „wenn beispielsweise in den beiden Hessen es der konstitutionellen Staatsmaschine trotz der höchsten Anspannung der etwa noch nicht erkalteten Frankfurter Dämpfe nicht gelänge, das Ventil fürstlichen Widerspruchs in die Luft zu sprengen". Die Mehrheit der Verfassungsfreunde waren Nichtpreußen; so „werde der König von Preußen in seinem eigenen Lande mediatisiert, ein Exekutor fremden Willens". Er glaubte nicht an die Verwirklichung einer Verfassung, „die dem preußischen, dem altpreußischen Geiste — nennen Sie ihn stockpreußisch — nicht mehr Konzessionen mache. Wenn Sie sich bemühen, diese Verfassung diesem preußischen Geiste aufzuzwingen, so werden Sie an ihm einen Bucephalus finden, der den gewohnten Reiter und Herrn mit mutiger Freude trägt, den unberufenen Sonntagsreiter aber mitsamt seiner schwarzrotgoldenen Zäumung auf den Sand setzt". Als der Mannheimer Bassermann in dieser Bemerkung einen drohenden Hinweis auf gewalttätigen Widerstand sah, erinnerte er ihn an die „Gestalten", die man nach seinem Namen zu benennen pflegte, und erklärte: „Vor dem preußischen Geiste müssen biegen oder brechen die Geister derer, welche glaubten, in dem ersten Schaumspritzen der Märzwellen ein Element zu sehen, in dem sie zu schwimmen vor-

zugsweise befähigt wären, indem sie sagen zu können glaubten: ‚Sei ruhig, freundlich Element!‘ und die, als sie sich daran verbrannt hatten, Schutz suchten unter den Flügeln desselben Adlers, den der Herr Abgeordnete für Baden hier einen toten Vogel genannt hat.“ Seine Neigung, in alten Schmökern herumzustöbern, kam ihm zugute gegenüber dem Präsidenten Simson, der an einen vor tausend Jahren in Erfurt abgehaltenen Reichstag Ludwigs des Deutschen erinnerte. Aus Spangenbergs Chronica zitierte ihm Bismarck, daß „König Ludwig den Reichstag abhielt, um der Schinderei der Fürsprecher und Zungendrescher, deren Unwesen damals in Deutschland unerträglich gewesen sei, ein Ende zu machen“[1]. Es war ihm auch nicht unbekannt, daß „die Farben, mit denen er die Abgeordnetensitze geschmückt sah, nie die Farben des Deutschen Reiches gewesen seien.“ Er sah in ihnen seit zwei Jahren die Farben des Aufruhrs und der Barrikaden.

Noch während das Unionsparlament tagte, hat Österreich die Regierungen zu Konferenzen in Frankfurt zwecks Erneuerung des Bundes eingeladen. Preußen setzte ihnen Unionskonferenzen in Berlin entgegen. Sie blieben erfolglos; ein ernster Wille stand nicht hinter ihnen. Unter dem Vortritt Kurhessens fingen die Unionsstaaten an abzubröckeln, sich dem österreichischen System anzuschließen. Die preußische Regierung versagte auch in den Fragen, die unmittelbare Entscheidung forderten. Sie schloß am 2. Juli 1850 Frieden mit Dänemark und überließ die Herzogtümer sich selbst, rief ihre Offiziere aus deren Dienst ab. In dem kurhessischen Konflikt zwischen Fürst und Landtag schien sie anfangs die verfassungsmäßigen Rechte decken zu wollen. Als sich aber der Kurfürst Österreich und seinen Bundesgenossen in die Arme warf und es klar wurde, daß ohne Krieg nichts durchzusetzen war, wich sie auch hier zurück. Radowitz' Einfluß schwand dahin. Er wurde zwar am 26. September von dem schwankenden König auch formell mit der Leitung des Auswärtigen betraut, konnte sich aber gegenüber dem geschlossenen Widerstand des Grafen Brandenburg, Manteuffels und des Kriegsministers von Stockhausen, sowie gegenüber der Tätigkeit Leopold von Gerlachs nicht zur Geltung bringen und trat am 2. November zurück.

[1] Bismarck hat richtig zitiert. In Spangenbergs Mansfeldischer Chronik heißt es Kap. 100 Fol. 93: „König Ludwig ... nam darnach seinen weg gen Erffurd in Thüringen, hielt da wider einen Landtag, schaffete die Schinderey der Fürsprecher und Zungendrescher ab, darüber in gantz Deutschland dazumal eine große Klage war.“

Manteuffel wurde sein Nachfolger. Er hatte Ausgezeichnetes im Verwaltungsdienst geleistet, auch rücksichtslosen Mut im Kampfe gegen die Achtundvierziger und für die Krone gezeigt, war aber im auswärtigen Dienst nie tätig gewesen. Er hat da wohl guten Willen, aber weder Einsicht noch Geschick bewiesen.

Fünf Tage zuvor hatte Graf Brandenburg in Warschau mit dem österreichischen Ministerpräsidenten Schwarzenberg in Anwesenheit des Zaren, des Kaisers Franz Josef und des Prinzen Karl von Preußen vereinbart, daß man den Unionsgedanken aufgeben und auf eine Exekution in Hessen verzichten wolle. Noch setzte man der österreichischen Forderung, Kurhessen zu räumen und des Kaisers Truppen zur Entwaffnung der Schleswig-Holsteiner nach den Herzogtümern marschieren zu lassen, Widerstand entgegen. Aber von der Unionsverfassung sagte sich Preußen los, und am 29. November gab Manteuffel in Olmütz den Forderungen Schwarzenbergs vollständig nach. Preußen erkannte die in Frankfurt tagenden Vertreter deutscher Regierungen als Bundestag an, räumte Kurhessen abgesehen vom Zurückbleiben eines Bataillons in Kassel und fügte den österreichischen Kommissaren für Schleswig-Holstein preußische hinzu. Bundesexekution (Straf-Bayern) setzte den Kurfürsten wieder in seine Stellung ein, und österreichische Truppen machten der selbständigen schleswig-holsteinischen Regierung ein Ende.

Olmütz gilt als Preußens diplomatisches Jena und sicher mit Recht. Die Demütigung ist im ganzen Volke empfunden worden. Kein Geringerer als der Prinz von Preußen gehört zu denen, die das Mögliche versucht haben, sie zu hindern. Bismarck hat das Seine getan, sie herbeizuführen, wenn sein Preußenstolz es ihm auch schwer gemacht hat. Seine Briefe aus der Zeit sind voll davon: Bereitschaft, seine Soldatenpflicht zu erfüllen, aber unermüdliche Tätigkeit, den Radowitzschen Wünschen und Plänen zu begegnen, die führenden Minister und den König zu festigen. Er blieb in seinen Überzeugungen: Preußen darf sich nur schlagen für sich selber, nicht für ein Rumpfdeutschland, für das es alles opfern soll, von dem es aber nichts gewinnen, nichts erwarten kann als Schwächung und Zerfall. Ihm ist die Revolution der Feind, nicht Österreich, nicht Fürstenmacht und der neuerstehende Bundestag.

Auf den 21. November 1850 war der preußische Landtag wieder einberufen. Ein Adreßentwurf kam zur Beratung, der zu einer deutschen Verfassung aufforderte, die Wiederherstellung des Bundestags damit für unvereinbar erklärte. Bismarck hatte die Politik der Regierung zu rechtfertigen. Er tat es auf seine Weise, indem er zunächst hinter der patriotischen Erregung die Hoffnung auf liberale Erfolge witterte. Er kennzeichnete dann die Lage. Es handle sich um „keine militärische Promenade durch unruhige Provinzen, sondern um einen Krieg im großen Maßstabe gegen zwei unter den drei großen Kontinentalmächten, während die dritte beutelustig an unserer Grenze rüste und sehr wohl wisse, daß im Dome zu Köln das Kleinod zu finden sei, welches geeignet wäre, die französische Revolution zu schließen und die dortigen Machthaber zu befestigen, nämlich die französische Kaiserkrone". Naturnotwendig falle bei einem deutschen Kriege „der Schwerpunkt nach dem Auslande". Und wozu ein solcher Krieg? Um die Union zu retten, „dieses zwitterhafte Produkt furchtsamer Herrschaft und zahmer Revolutionäre"! Es sei „eines großen Staates nicht würdig, für eine Sache zu streiten, die nicht seinem eigenen Interesse angehöre. Die einzig gesunde Grundlage eines großen Staates, und dadurch unterscheide er sich wesentlich von einem kleinen, sei der staatliche Egoismus und nicht die Romantik. Ganz zu Unrecht entflamme man jetzt die Leidenschaft der Armee, daß sie mit der preußischen Staatsweisheit durchgehe". Er trat für Österreich als deutschen Staat ein, denn es „beherrscht fremde Volksstämme, die in alter Zeit durch deutsche Waffen unterworfen wurden". Die Deutschen dort seien, „weil Slowaken und Ruthenen unter ihrer Herrschaft stehen, keine bloße beiläufige Zugabe des slawischen Österreichs". Ein Krieg für die Union könne „ihn nur lebhaft an jenen Engländer erinnern, der ein siegreiches Gefecht mit einer Schildwache bestand, um sich in dem Schilderhause hängen zu können, ein Recht, welches er sich und jedem freien Briten vindizierte".

Wie in der deutschen Frage, so ist Bismarck auch in dem, was sonst die Zeit bewegte, sich selber treu geblieben. Aus den Beratungen dieses Landtags ist durch Verständigung mit der Regierung die Verfassung hervorgegangen, die am 31. Januar 1851 Gesetz wurde. Sie gewährte in Bismarcks Sinne nur ein begrenztes Bewilligungsrecht; die alljährliche

Budgetbewilligung hinderte nicht an der Leistung der fortlaufenden Ausgaben. Er vertrat ihre volle Geltung, bekämpfte aber jeden Versuch, die Macht des Landtags zu mehren, vor allem den Anspruch, Minister stürzen zu können. Er hatte schon am 21. April 1849 gegen den Antrag Rodbertus auseinandergesetzt, „wenn das Ministerium vor einem anhaltenden Feuer von Adressen und Mißtrauensvoten die Flagge streichen wollte, so würde es anerkennen, daß die Minister nicht Beamte des Königs, sondern der Zweiten Kammer seien". Ein sogenanntes parlamentarisches Regiment, erklärte er jetzt, sei nur möglich, wo zwei große Parteien sich in der Führung der Geschäfte ablösen könnten. In diesem Sinne war er auch ein Gegner von Tagegeldern. Seine spätere Haltung als Leiter von Staat und Reich ist hier klar vorgezeichnet.

Er vertrat auch seinen Stand. Er sprach gegen Minderung oder Erlaß der Schlacht- und Mahlsteuer, die in den Städten an Stelle der nur auf dem Lande gezahlten Klassensteuer entrichtet wurde, und gegen die Aufhebung der Privatgerichtsbarkeit und des eximierten Gerichtsstandes. Ein heftiger Ausfall gegen „die Idee geheimrätlicher Allgewalt und dünkelhafter Professorenweisheit hinter dem grünen Tisch", mit der nach seiner Auffassung der preußische Absolutismus zusammenfalle, hinderte ihn nicht, sich Hansemanns Zeugnis anzueignen, daß der preußischen Regierung bis 1848 „erhebliche Verschwendung nicht vorzuwerfen, erhebliche Ersparnis nicht möglich" gewesen sei. Er verwarf das Sparen im auswärtigen Dienst und am Militär. Eine richtige Dauerarbeit legte man ihm mit dem Bericht über die Königliche Seehandlung auf; er hat sie gewissenhaft geleistet, wenn seine Briefe auch genug über sie klagen.

Der Landtag wurde am 9. Mai 1851 geschlossen, am 19. Oktober auf Grund der jetzt geltenden Verfassung ein neuer gewählt. Am 8. Mai hatte der König Bismarck zum Rat bei der Bundestags-Gesandtschaft ernannt. Trotzdem hat Bismarck auch diesem Landtage angehört. Sein Wahlkreis ist ihm treu geblieben; er hat diesmal 191 von 250 Stimmen erhalten. Er hat auf diesem Landtage nur einmal geredet, bei einem gelegentlichen Berliner Aufenthalt am 20. März 1852 gegen Minderung des Heeresetats. Er hat dabei geäußert, daß es nicht unmöglich sei, daß man in sechs Monaten einen Krieg haben werde. Darauf hat Freiherr von Vincke zwei Tage

später, als er die Streichung von 100000 Talern für die Herstellung der Burg Hohenzollern beantragte, zurückgegriffen und gemeint, wenn ein „namhafter Diplomat das bei der notwendigen diskreten Zurückhaltung von dieser Tribüne und in diesem Hause sage, so sei eine solche Ausgabe nicht zu rechtfertigen". Bismarck erklärte, daß er daran gewöhnt sei, daß dem Abgeordneten für Aachen seine Worte „anders ins Ohr fallen, als sie aus seinem Munde hervorgegangen" seien, und bestritt, „durch diese Äußerung die Diskretion, welche mein Amt mir auferlegt, verletzt zu haben, so wenig als dadurch, daß ich hinzufüge, daß meiner festen Überzeugung nach wir in sechs Monaten entweder Krieg haben oder Frieden". Als Vincke erklärte, „nur annehmen zu können, daß der persönlich gereizte Ton aus verletzter Bescheidenheit herrühre, weil er Bismarck einen namhaften Diplomaten geheißen habe", und hinzufügte: „Ich will, um ihn zu befriedigen, diese Äußerung hiermit förmlich zurücknehmen, da allerdings alles, was ich von seinen diplomatischen Leistungen weiß, sich nur auf die bekannte brennende Zigarre beschränkt", stellte Bismarck den gereizten Ton in Abrede, bemerkte aber dem Gegner, „seine letzte Äußerung überschreite die Grenze nicht nur der diplomatischen, sondern derjenigen privaten Diskretion, deren Beobachtung er von einem Manne von guter Erziehung erwarten zu dürfen glaube". Vincke „freute sich, mit dem Herrn Abgeordneten in dem Tone zu sprechen, den er so eben bezeichnet hat".

Das vielbesprochene Pistolenduell, das diesem Zusammenstoß folgte und unblutig verlief, hat am 25. März am Seeufer bei Tegel stattgefunden.

Eine Wiederwahl in den Landtag hat Bismarck weiterhin nicht angenommen. Am 21. November 1854 ist er auf Vorschlag des alten und befestigten Grundbesitzes im Herzogtum Stettin in das Herrenhaus berufen worden.

Überaus rasch ist der Junker von Kniephof und Schönhausen zu parlamentarischer Bedeutung emporgestiegen. Was er bisher in allen Lebenskreisen, denen er angehörte, gewesen war, der geborene Führer, ward er binnen kurzem auch hier. Freund und Feind erkannten, umwarben, bekämpften ihn als solchen. Auch Liberalen erschien er als „ein höllischer Kerl", seinen Gesinnungsgenossen als

Ein zweiter Bayard ohne Furcht und Tadel,
Ein wahrer Mensch, so durch und durch von Adel.

Auch die Form seines Auftretens machte Eindruck. Vinckes „störrige, plumpe" wird zu Bismarcks „prächtiger, muskulöser, echt ritterlicher Gestalt" in Gegensatz gestellt. „Man sieht ihm in jedem Zuge die Bravour und doch auch wieder die Feinheit des auf dem Lande erzogenen Aristokraten an. Die rücksichtslose Nonchalance, die bei Vincke so ostentierend herauskommt, bei Bismarck ist sie nichts als die reinste, ungezwungenste Natürlichkeit."

Begabung und der Zauber der Persönlichkeit trugen ihn zu solchen Erfolgen; aber an Fleiß und Selbstzucht hat er es auch nicht fehlen lassen. Er hat es Zeit seines Lebens als eines seiner wertvollsten Menschenrechte angesehen, in der Frühe so lange zu schlafen, wie ihm behagte; „die Ehe mit Hans" in der gemeinsamen Junggesellenwohnung in der Friedrichstraße hat darunter gelitten. Aber er konnte auch anders, wenn er wollte oder mußte, und abends hat er nicht nur gelebt, sondern mehr noch gearbeitet bis tief in die Nacht. Sein Seehandlungsbericht und manche Äußerungen in der Kammer belegen, daß er sich auch finanziell und steuerpolitisch gut eingearbeitet hatte. Seine Reden sind sorgfältig vorbereitet, besonders in der früheren Zeit, nicht aus dem Ärmel geschüttelt. Seiner Gattin schreibt er von „der großen Unruhe einer Redevorbereitung". In rascher Abwehr von Angriffen war er aber auch geschickt und glücklich. Seine Geistesgegenwart war unerschütterlich. Dazu ward er außerordentlich schnell heimisch in den parlamentarischen Formen und verriet eine überraschende Kenntnis des parlamentarischen Brauches und der Regierungsweise fremder Länder. Ein vortreffliches Gedächtnis gestattete ihm, seine umfassende Belesenheit, die er unausgesetzt erweiterte, jederzeit zu verwerten. An Umfang und Sicherheit des Wissens war ihm doch kaum einer gewachsen und vor allem nicht in der Fähigkeit und dem Drange, alles unter große Gesichtspunkte zu bringen.

Das ist es besonders, was seine Reden, von den frühesten an, zu kostbaren Schatzstücken unserer schulenden, bildenden Staatsliteratur gemacht hat. Sie sind scharf, fast so scharf und schärfer, als sie klar sind. Er hat seine Gegner nicht geschont. Die Leidenschaftlichkeit des Empfindens und Wollens riß ihn fort, nicht nur gegen die Sache, sondern auch gegen die Personen. Es liegt das zwar nicht in der Wahl der Worte; er hat sich selten, fast nie zu beleidigenden Ausdrücken hinreißen lassen; aber die Wucht seiner Beweisführung wirkte vernichtend. Dazu sparte er nicht mit mißtrauischen,

verdächtigenden Vorwürfen; sie vorzubringen, lag ihm sogar recht nahe. Naturgemäß legte er sich in Briefen und sonstigen schriftlichen Äußerungen kaum irgend einen Zwang an. Seine Gestaltungskraft persifliert da oft mit unheimlicher Realität. Der Frankfurter Parlaments- und Ministerpräsident Heinrich von Gagern redet in Erfurt im Zwiegespräch zu ihm, „als ob ich eine Volksversammlung wäre"; er verfällt nach einer „langen und deklamatorischen Darlegung in ein geringschätziges Schweigen", was einen Eindruck macht, „den man mit Roma locuta est übersetzen kann"; er hat sich „in das Bewußtsein eines Jupiter tonans hineingelebt". Einer Kommissionssitzung wohnt Bismarck bei „mit dem ledernen Gesicht von Alfred Auerswald als Vorsitzenden und Prokurator des Teufels der Langweiligkeit". Auerswald ist der „größte und fadeste Schwätzer der Neuzeit". In Anspielung auf die Redeverzierungen schreibt der Spötter von „Beckerathschem Blumenkohl". Radowitz ist ihm „ein edler Mensch, aber borniert". Das Ministerium Pfuel erscheint ihm als eine „Kastratenregierung; jedes einzelne Mitglied halte ich für den lügenhaftesten Schurken zwischen Tilsit und Trier" usw. usw. Nicht besser kommt natürlich die Kammer weg. „Mich ekelt das ganze Treiben an, zumal wenn Frühlingsluft; hol' sie der Teufel! Was wir hier über die deutsche Frage beschließen, hat nicht mehr Wert als die Mondscheinbetrachtungen eines sentimentalen Jünglings, der Luftschlösser baut und denkt, daß irgend ein unverhofftes Ereignis ihn zum großen Mann machen werde." In immer neuen Wendungen kommen Unmut und Überdruß über Wortemachen, hohle Phrasen, inhaltleeres Geschwätz in der Kammer zum Ausdruck. Er hat es trotzdem nicht verschmäht, aus all dem zu lernen. Man möchte aus solchen Ausfällen entnehmen, daß er sich verärgert abgekehrt hätte. Das ist aber nicht der Fall gewesen. Herr von Unruh erzählt, Bismarck habe es geliebt, im Landtage mit Angehörigen anderer Parteien zu verkehren, habe seinen Platz in der Regel bei der Opposition genommen. Als Unruh ihn fragte, er wolle doch nicht horchen, es gebe ja nichts zu horchen, habe Bismarck geantwortet: „Oh, das ist ganz einfach; drüben bei meinen Freunden ist es sehr langweilig; hier amüsiere ich mich besser." Auch als Parlamentarier ist doch Bismarck ganz er selber; er geht so wenig in einer Partei wie in irgend einer anderen Gruppierung restlos auf.

Entfernt nicht so klar wie seine Haltung als Parlamentarier läßt sich für diese Zeit seine Tätigkeit außerhalb des Landtags erkennen. Und doch ist diese die wichtigere, jedenfalls ihr unmittelbarer Erfolg weitaus größer. Er unterhält nach allen Seiten hin Verbindungen, besonders mit den entscheidenden Kreisen bis zu den höchsten hinauf. Seine unvergleichliche Begabung für jede Art Geselligkeit vom Bierlokal bis zum Abendtee kam ihm dabei ungemein zustatten, seine Begabung und seine Neigung. Alleinsein, wenn es nicht der Arbeit diente, war ihm lästig, ja peinlich. Seine Natur drängte nach Mitteilung, nach Austausch. Er war kein Gourmand, aber ein tüchtiger Esser und Trinker, der einer guten Tafel nicht aus dem Wege ging und bei jedem Gelage seinen Mann stand. Der Reiter und Jäger liebte und bedurfte starker Bewegung. Als von ihm gesagt worden war, er tanze jeden Tanz wie ein Fähnrich, erwiderte er kühl, das sei zuträglich für seine Gesundheit, da er nicht genug Bewegung habe. Bei allen solchen Weltfreuden war er aber ganz dabei. Es war übrigens auch nicht wesentlich anders mit der Mehrzahl der „Pietisten", in deren Kreis er jetzt hinein gehörte. Aber er ging in diesen Dingen nie auf, geschweige denn unter. Er blieb in all solchem Tun der geistig Lebendige, Gebende und Empfangende. Das Niedrige, Rohe, Gemeine ist ihm fremd geblieben. Es ist Lebensfreude, nicht Sinnenlust, die in ihm wohnt. Sein starker Körper war völlig gebändigt durch den überlegenen Geist, der Maß und Gesetz des Handelns in sich selber fand. Daß er auch in dieser Lebewelt reichlich Stoff für Äußerungen seines Humors fand, ergibt sich von selbst.

Es ist verständlich, daß ein Mann seines Standes, ausgestattet mit solcher Fähigkeit, mit Menschen zu leben und Menschen zu lenken, sich einer weitreichenden Beliebtheit und eines entsprechenden Einflusses erfreute, sich auch Menschenkenntnis zu eigen machte, die so sicher wie ausgebreitet war. Er agitierte und intrigierte, um seine eigenen Scherzworte zu gebrauchen, wo immer die Gelegenheit sich bot, und das war bei seinem umfassenden und vielseitigen Verkehr, in Berlin wenigstens, fast ununterbrochen der Fall. Er hatte dem Ministerium Brandenburg den „kleinen Mann", Otto von Manteuffel, zugeführt; er ist beiden unablässig, nicht nur in den Landtagen, ein wertvoller Mitkämpfer gewesen. In den Herbstmonaten des Jahres 48 „perpendikelt er zwischen Schönhausen, Berlin, Potsdam und Branden-

burg hin und her" und ist befriedigt, „die Schwanzklemmer mitunter gepfeffert zu haben"; er „betreibt Wühlereien". Er ist am 17. November „Gott recht dankbar, daß er mich gewürdigt hat, der guten Sache wieder mehrmals und heut noch erhebliche Dienste zu leisten". In dem Gegensatz Radowitz-Manteuffel, der die beiden Pole in der deutschen Politik verkörperte, war er einer der wirksamsten Mitstreiter seines Gesinnungsfreundes. Als er am 5. November 1850 in Reinfeld die Nachricht von Radowitz' zwei Tage zuvor erfolgtem Rücktritt erhielt, ist er „vor Freude auf seinem Stuhl rund um den Tisch geritten. Manche Flasche Sekt ist diesseit des Gollenberges auf die Gesundheit des Herrn von Radowitz getrunken worden; zum ersten Male fühlt man Dank gegen ihn und wünscht ihm ohne Groll glückliche Reise". — „Behalten wir Frieden", schreibt er am 24. November 1850, „so hat mich Gott gewürdigt, nicht ohne Mitwirkung dabei zu sein, indem wieder, wie 48, Diplomaten und Minister in mir einen bequemen und unoffiziellen Vermittler finden, durch den es sich leichter unterhandelt als durch amtliche Noten". Er klagt: „Ich kann keinen Augenblick ungestört sein. Es gibt unglaubliche Leute, die mich wie ein Neuigkeitsbureau betrachten, stundenlang sitzen und rauchen, bis ich sie offen bitte, mich zu verlassen". Er hat Lust, jeden zu prügeln, der ihn beim Arm faßt und fragt: Sagen Sie mal, wie steht denn die Sache nun? „Ehe ich nicht einen erdolche, wird es auch nicht besser; die Leute mißbrauchen meine Höflichkeit auf eine unverschämte Weise und meine Zeit noch mehr." Als der Erfolg aber in seinem Sinne errungen war, schrieb er am 7. Dezember der Gattin: „Danke dem Herrn mit mir, der uns Frieden schenkt und auch meine geringe Arbeit nicht ohne seinen Segen gelassen hat."

Mit dem Könige und seinem Hause ist Bismarck in diesen Jahren in fast ununterbrochener Berührung geblieben. Man könnte fast sagen, daß er bei Hofe und bei den Prinzen ein und aus ging. Auch auf des Königs Schwager und Schwester in Rußland, Kaiser Nikolaus und Charlotte Alexandra, dehnte sich das gute Verhältnis aus; sie ließen ihm Anfang Oktober 1849 durch den preußischen Botschafter von Rochow „viel Schmeichelhaftes sagen". Nur während der Krise im Herbst 1850 geriet er mit dem Prinzen von Preußen in einen scharfen Widerstreit der Meinungen. Den Prinzen drängte sein empfindliches militärisches Ehrgefühl zum Kriege. Bismarck spricht,

während Manteuffel auf der Reise zu Schwarzenberg war, von der „Kriegshitze des Prinzen von Preußen, die schnell die Friedensaussicht nehmen könne". Der König hat ihn wiederholt bei wichtigen Wendungen zu Rate gezogen, stundenlang ihn bei sich gehabt. August 1849 hat Senfft-Pilsach ihn noch einmal dem Könige zum Minister empfohlen. Im Oktober 1849 und wieder 1850 war er vom Könige zur Jagd nach Letzlingen geladen, nicht, wie sonst die Jagdgäste, auf einen Tag, sondern für die ganze Dauer des königlichen Aufenthalts. Zu seinem landtäglichen Auftreten hatte der König unbedingtes Vertrauen; besondere Gunst erwies ihm wiederholt „englisch liebenswürdig" Königin Elisabeth.

Es wird gelegentlich die Frage aufgeworfen, ob Bismarcks Haltung in diesen Jahren nicht aus dem Streben nach Fortkommen zu erklären sei. Wer sich nur irgendwie näher mit der Persönlichkeit des Mannes beschäftigt, muß eine solche Vermutung als völlig grundlos zurückweisen. Die Belege, daß es ihm nicht darauf ankam, sich an Fürstengunst zu sonnen, sind erdrückend. Er hat seine Meinung vertreten wie gegen Minister, so auch gegen den König. Im Juni 1848 erschien er vor ihm als der „Frondeur". Nicht nur der Prinz von Preußen, auch Friedrich Wilhelm selber war zeitweise für den Krieg. Bismarcks unentwegte Haltung in der deutschen Frage war keineswegs immer hoffähig, so wenig sie ein geschlossenes Ministerium hinter sich hatte. In der Umgebung des Königs teilte sie eigentlich nur Leopold von Gerlach; Brandenburg und Radowitz saßen ihm Auge in Auge gegenüber, als er ihre deutsche Politik im Landtage verurteilte. Was die Gedanken und Erinnerungen über Friedrich Wilhelm IV. sagen, daß es „seine Schwäche war, halbe Arbeit zu tun", war dem Könige als Bismarcks Meinung aus dessen Einwänden und Vorstellungen dem Sinne nach völlig vertraut. Was der werdende Staatsmann redete, was er tat, floß aus keiner anderen Quelle als aus innerster Überzeugung. Zu ihr gehörte auch, daß er sich als Untertan nicht verpflichtet fühlte, die Meinung des Herrschers zu teilen, wohl aber, die eigene, abweichende, wenn sie gewünscht wurde, vorzutragen in der geziemenden Form, die sich für ihn vor dem Herrscher von selbst verstand. Er hat sie gegenüber Vertrautesten wohl einmal außer acht gesetzt. Am 19. September 1849 schreibt er der Gattin: „Sprich nicht geringschätzig von dem Könige; wir" — nämlich ‚Hans' (Kleist-Retzow) und ich — „fehlen

beide darin und sollten nicht anders von ihm reden wie von unsern Eltern, auch wenn er irrt und fehlt, denn wir haben seinem Fleisch und Blut Treue und Huldigung geschworen.“ Anders aber hat es Friedrich Wilhelm IV. so wenig aufgefaßt wie später sein Bruder. Bei Bismarck braucht man nach keinen andern Beweggründen zu suchen, als sie in seiner Gesinnung, seiner Denkart, in Königstreue und Vaterlandsliebe beschlossen liegen und in dem natürlichen und berechtigten Drange des Starken, sein Licht nicht unter den Scheffel zu stellen.

Bismarcks parlamentarische Jahre sind auch die ersten seiner Ehe gewesen. Er hat nach der Hochzeitsreise mit der jungen Frau einen ruhigen Winter in Schönhausen verleben können. Auch das Jahr 1848 trennte ihn, abgesehen von der kurzen Tagung des Vereinigten Landtags und der Tätigkeit in der Herbstkrise, nicht allzu viel von Haus und Familie. Am 21. August dieses Jahres ist in Schönhausen die Tochter Marie Elisabeth Johanna geboren worden. Aber die späteren Landtage und das Unionsparlament lösten seine Häuslichkeit nahezu auf. Als Schönhausen im Sommer 1849 verpachtet wurde, siedelte Johanna nach Reinfeld über. Im nächsten Winter führte man dann in Berlin in der Behrenstraße einen gemeinsamen Haushalt. Hier hat am 28. Dezember Nikolaus (nach dem russischen Kaiser) Heinrich Ferdinand Herbert das Licht der Welt erblickt; der Name des ältesten nachweisbaren Bismarck lebte in ihm wieder auf. März 1850 bis Mai 1851 lebten die Eheleute überwiegend von einander getrennt. Im Oktober war Bismarck in Schönhausen, den Haushalt ganz aufzulösen; sonst hinderten ihn seine Vertreterpflichten. Johanna war mit den Kindern den größten Teil der Zeit in Reinfeld bei den Eltern.

Wir verdanken dieser langen Abwesenheit von Haus reichste, ergreifende Zeugnisse über Bismarcks Seelenleben. Er hat manchmal täglich, gelegentlich auch mehrmals an einem Tage über sein Ergehen, seine Stimmung berichtet, von seiner Tätigkeit erzählt, Haus- und Familienangelegenheiten besprochen. Wie ein roter Faden zieht es sich durch alle diese Briefe: Johanna, ich liebe Dich; ich kann nicht ohne Dich sein; was sollte aus mir werden, wenn Du mir genommen würdest; aber Gott kann das nicht wollen; er

hat Dich mir geschenkt und mich für sich gewonnen; er kann mich nicht wieder verstoßen. Sie ist sein Anker: „Reißt der, so sei Gott mir gnädig". Die Gesundheit der Gattin war nicht die festeste; die Kinder verursachten Sorgen und Mühen. Johanna neigte nicht zu leichter Lebensauffassung; die Mutter hing auch gern trüben Gedanken nach. Da galt es, aufzumuntern, zuzusprechen; der Bekehrte wurde gelegentlich der Lehrer in rechtem, im tätigen Gottvertrauen, besonders im Kampf mit Krankheiten. Die Sorge steigerte sich bei dem Abwesenden zu quälender Angst, als die Kinder im Winter 1850/51 vom Scharlach befallen wurden. „Ich bete in der Kammer und auf der Straße zu Gott, daß Er uns nicht nehmen wolle, was Er uns so gnädig geschenkt hat." Es offenbart sich ein Herz voll überströmender Liebe und zartester Innigkeit. In die Art der Schwiegereltern hatte er sich anfangs finden müssen, besonders in die der ewig sorgenden Mutter. Er ist doch in verhältnismäßig kurzer Zeit mit ihnen verwachsen, sieht in ihnen die eigenen Eltern, freut sich jedes Zusammenseins mit ihnen. Er bittet der Mutter Schroffheiten ab, die er sich habe zuschulden kommen lassen; sie wird ihm die liebe Mutter seiner lieben Johanna.

In den Briefen sind diese Ergüsse bunt gemischt mit Äußerungen seines Humors, seiner Scherz- und Spottlust, mit burlesk-komischen Gedanken und Redewendungen. Er war gerade heraus, wog die Worte im zwanglosen Verkehr nicht auf der Wagschale, wußte aber wieder gutzumachen, was er so etwa verdarb. Ein köstliches Beispiel seiner Art ist die Klage gegen die Schwester über die Seebadereise, die er im Sommer 1850 von Schönhausen aus der Kinder wegen unternehmen sollte, und zu der er so gar keine Lust hatte: „Eigentlich gibt mir die Reise, das sehe ich je näher desto mehr ein, eine Anwartschaft auf das neue Irrenhaus oder wenigstens auf zeitlebens Zweite Kammer. Ich sehe mich schon mit den Kindern auf dem Genthiner Perron, dann beide im Wagen ihre Bedürfnisse rücksichtslos und übelriechend befriedigen; naserümpfende Gesellschaft; Johanna geniert sich, dem Jungen die Brust zu geben, und er brüllt sich blau; dann Legitimationsgedränge, Wirtshaus, mit beiden Brüllaffen auf dem Stettiner Bahnhof und in Angermünde eine Stunde auf die Pferde warten, einpacken. Und wie kommen wir von Kröchlendorf nach Külz? Wenn wir in Stettin die Nacht bleiben müßten, das wäre schauderhaft. Ich habe

das im vorigen Jahr mit Marie und ihrem Schreien durchgemacht. Ich war gestern so verzweifelt über alle diese Aussichten, daß ich positiv entschlossen war, die Reise aufzugeben, und ich ging noch mit dem Entschluß zu Bett, wenigstens grade durchzufahren, ohne irgendwo anzuhalten. Aber was tut man nicht um den lieben Hausfrieden? Die jungen Vettern und Cousinen müssen sich kennen lernen, und wer weiß, wann Johanna Dich einmal wieder sieht? Sie hat mich in der Nacht mit dem Jungen auf dem Arm überfallen und mit allen Künsten, die uns um das Paradies brachten, natürlich erreicht, daß alles beim alten bleibt. Aber ich komme mir vor wie einer, dem furchtbar unrecht geschieht. Im nächsten Jahre muß ich sicher mit drei Wagen, Ammen, Windeln, Bettstücken reisen; ich wache schon um 6 Uhr in gelinder Wut auf und kann abends nicht schlafen vor allen Reisebildern, die meine Phantasie mir in den schwärzesten Farben ausmalt, bis zu den ‚Landpartien' in den Dünen von Stolpmünde. Und wenn man dafür noch Diäten bekäme; aber die Trümmer eines ehemals glänzenden Vermögens mit Säuglingen zu verreisen — ich bin sehr unglücklich."

Besser läßt sich wohl der gutmütige Polterer nicht verkörpern als hier vom Humoristen Bismarck. Wir besitzen in Bismarcks Briefen, ihrer Frische, ihrem Bilderreichtum, ihrem Tiefsinn einen Schatz, so überaus reich an edelstem Golde, wie ihn wenige Literaturen aufzuweisen haben.

Die Briefe lassen auch deutlich erkennen, wie es um den religiösen Bismarck steht. Das tägliche Gebet hat wieder in seinem Leben Raum gewonnen; er sucht und findet Kraft und Vertrauen auf Gott. Er erbaut sich an guten Predigten, besonders an denen Büchsels. Er hat mit „Hans" bei Knak das Abendmahl genommen. „Er hat mir in die Tiefen des Herzens gegriffen; ich war fast hoffnungs- und hilflos, als es so weit kam, und wollte die Kirche verlassen, weil ich mich der Feier nicht wert fand; aber im letzten Gebet vorm Altar gab mir Gott doch Erlaubnis und Beruf dazu, und ich war recht froh danach." Er hörte doch Büchsel lieber als Knak. „Er ist mir zu aufgeregt. Wenn ich ihn gehört oder gesprochen habe, so macht er mich so mutlos, daß mein ganzes Christentum in Gefahr kommt zu wanken. Ich kann ihn nicht vertragen, was ohne Zweifel ein schlechtes Zeugnis für die Kraft meines Glaubens ist, und ich bitte Gott um Kräfti-

gung durch Seinen Geist, denn ich bin wie eine lahme Ente am Rande Seiner Wasser; das sehe ich klar und kann mich doch nicht ermannen, daß es anders werde." Er kam doch zu der Meinung, daß Knak „die Saiten überspanne" mit seiner Verneinung aller Vergnügungen. „Er geht mir zu weit, Zelotismus!" Bismarcks Lebensauffassung lag seitab von kopfhängerischer Frömmelei; daß er aber ein wahrer, gottgläubiger Christ geworden war, und daß ihm der Gottesglaube für das Leben etwas bedeutete, darüber können Zweifel nicht bestehen.

Überaus ansprechend durchzieht Bismarcks Briefe die Liebe zur Natur. Er freut sich immer wieder über den sprießenden Frühling, die Blumenpracht des Vorsommers, die herbstliche Färbung des Laubes. Er liebt die Natur, weil er sie kennt. Seine Schilderungen gehen ins Einzelne; man hört den Garten- und Feldbesitzer heraus, dessen Auge alles Werdende teilnehmend verfolgt. Sein tatenfrohes, tatenforderndes Herz ist doch auch unzertrennlich verknüpft mit der ländlichen Stille und Einsamkeit. Nach ihr sehnt er sich immer wieder. „Ich habe so eine fixe Idee, die mich in allem Getriebe verfolgt", schreibt er im Februar 1851 der Gattin, „in einem ganz einsamen tiefen Gebirgstal im warmen Sommer, dicht am Bach mit dem Kopf in Deinem Schoß zu liegen und über mir durch den Dampf der Zigarre und die grünen Buchenwipfel den blauen Himmel anzusehen und von Dir angesehen und geeit zu werden und so sehr lange gar nichts zu tun! Wann wird das einmal werden, im Selketal oder wo?" Wie weich und zugleich klar dieses Gemüt empfand, belegt ein Besuch im Plamannschen Garten einige zwanzig Jahre, nachdem er täglicher Spielplatz gewesen war: „Wie klein ist doch der Garten, der meine ganze Welt war, und ich begreife nicht, wo der Raum geblieben ist, den ich so oft atemlos durchlaufen habe, und mein Gärtchen mit Kresse und türkischem Weizen und alle die Geburtsstätten verfallener Luftschlösser und der blaue Dunst der Berge, die damals jenseits des Bretterzaunes lagen. Die Bäume waren alte Bekannte; ich weiß noch die Obstsorten davon, und die Hühner waren noch da, die mir immer so viel Heimweh nach Kniephof machten, wenn ich sie ansah und die Stunden und Viertelstunden anstrich, die noch verfliegen sollten, bis die Ferien da waren und der Stettiner Postwagen. Wie sehnte ich mich damals in das Leben und die Welt! Die ganze bunte Erde, wie sie

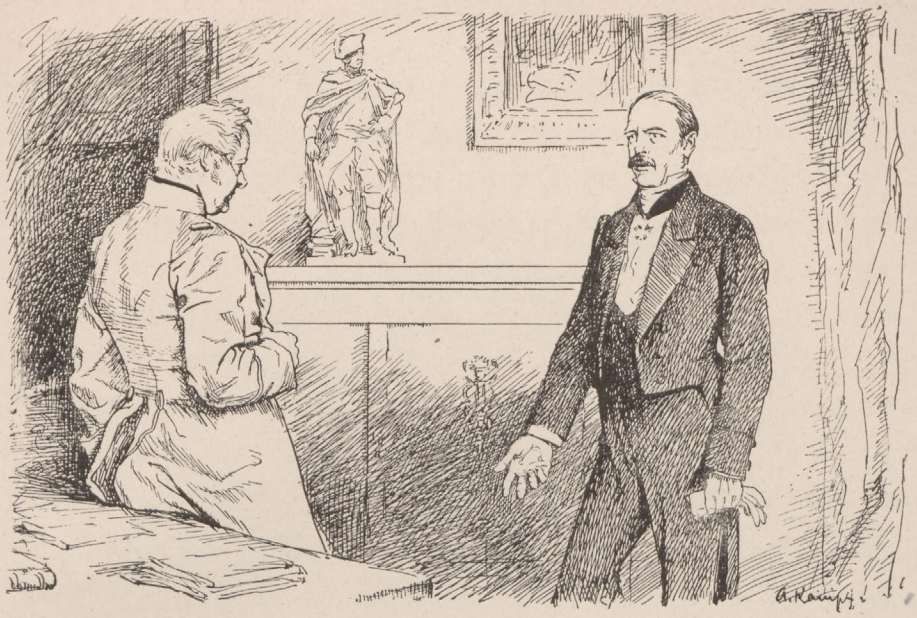
mir damals existierte, mit ihren Wäldern und Burgen und allen den Erlebnissen, die meiner darin warteten, tauchte vor mir auf, als ich in dem Garten stand, und ich hätte weinen können, wenn der prosaische Hans mich nicht rief und trieb und ich mich erinnerte, daß ich jetzt ganz genau weiß, wie der Garten ein kleiner Fleck in der Wilhelmstraße ist und nicht viel Besonderes rings umher hinter den Zäunen und die Hasenheide, wo wir Sonntags spielten, ein kleiner dünner Kiefernwald."

Wie unermeßlich reich und tief das Seelenleben dieses Mannes, der unseres Volkes größter Staatsmann werden sollte! Nichts Menschliches war ihm fremd. Das Widersprechendste lag dicht neben einander; alles aber ruhte auf dem festen Grunde des Glaubens und der Liebe, innerster Lauterkeit und Wahrhaftigkeit.

Das Selketal war nicht allein eine Erinnerung an die Harzreise. 14 Tage, bevor er es im Briefe erwähnte, hatte der Parlamentarier Minister in Anhalt-Bernburg werden sollen mit der Aussicht, in Ballenstedt zu wohnen: „Der König wollte zwar, die Minister aber nicht, weil sie mich in der Kammer nicht missen können, wie sie sagen, und gegen sie ist es nicht durchzusetzen". Im April ward er zum Bundestagsgesandten ausersehen. „Wer weiß, wann das Rad, welches uns jetzt ergreift, uns wieder loslassen mag, und wir wieder einen stillen Sommer auf dem Lande verleben?" Die Gattin war in die Berliner Geselligkeit nicht eingetreten. „Im Gedränge unbekannter Leute würde sie sich nicht wohl fühlen; um aber bekannt zu werden und sich nicht zu langweilen, müsse sie alles mitmachen und fast jeden Abend ausgehen". Dazu würden ungefähr 15 verschiedene Ballkleider gehören, wenn es nicht mitunter heißen solle: „Ach, die trägt heute wieder ihr blaues". Sie war der Meinung: „Die Leute sind bloß neugierig, die Frau des berühmten Mannes zu sehen. Aber wer mich kennen lernen will, kann ja zu mir kommen". Aber nun „mußt Du mit in den Winter der großen Welt; woran soll ich mich sonst wärmen? Lichte die Anker Deiner Seele und bereite Dich, den heimischen Hafen zu verlassen. Ich bin Gottes Soldat, und wo er mich hinschickt, da muß ich gehen, und ich glaube, daß er mich schickt und mein Leben zuschnitzt, wie Er es braucht".

Bibliothek
des Elbinger
Lehrervereins

Gesandter
(1851—1862).



I. Die Verhältnisse am Bundestage.

In Olmütz waren Konferenzen verabredet worden, zu denen Österreich und Preußen gemeinsam einladen sollten. Die Regelung der vollen Wiederherstellung des Bundestages war ihnen vorbehalten. Sie haben vom 23. Dezember 1850 an bis in den März 1851 in Dresden unter Beteiligung aller Bundesstaaten stattgefunden.

Österreich fühlte sich durchaus und mit guten Gründen als Sieger. Es forderte Eintritt in den Bund mit seinem gesamten Staatsgebiet. Nur der entschiedene Einspruch Englands und Frankreichs hat die Errichtung des „70-Millionen-Reiches" gehindert. Es verlangte Änderung der alten Bundesverfassung in der Weise, daß die kleineren Staaten so gut wie ausgeschaltet wurden. Statt der bisherigen 17 sollte der Ausschuß nur 9 Stimmen erhalten, außer Österreich und den Königreichen nur die beiden Hessen zusammen durch eine Stimme, die neunte, vertreten sein. Auch dieser Plan scheiterte mehr an dem entschlossenen Widerstande der Kleinen als an dem Preußens. Friedrich Wilhelm IV. fügte sich in die selbstgeschaffene Zwangslage, die seine deutschen Träume in der reinen Wiederherstellung des alten Bundes enden ließ. Von allen seinen Idealen verwirklichte sich nur das Zusammengehen mit Österreich, aber mehr in der Form eines Vasallen- und

Trabantentums als in gleichberechtigtem Mitwirken. Auch Bismarck hatte gegenüber den Unionsplänen die gemeinsame Neuordnung der deutschen Dinge durch Österreich und Preußen vertreten. Nun war gerade er berufen, sich von der völligen Ungangbarkeit dieses Weges zu überzeugen und in einen anderen hinüberzulenken.

Am 11. Mai ist er in Frankfurt angekommen. Rochow, von seinem Petersburger Posten beurlaubt und provisorisch mit der Gesandtschaft am Bundestage beauftragt, hätte wohl selbst gern die Newa mit dem Main vertauscht, Bismarck als Ministerresidenten für Frankfurt selbst und die benachbarten kleinen Höfe neben oder vielmehr unter sich gesehen. Dieser beklagte sich, daß sein Chef in Bundestagsangelegenheiten nicht mitteilsam sei, wobei „der diplomatische Säugling des Herrn von Rochow" — so hatte ihn die Kölnische Zeitung genannt — „um seine Nahrung komme". Er hat doch noch ziemlich zwei Monate auf die endgültige Entscheidung warten müssen. In seinen Briefen an die Gattin (sie blieb in Reinfeld) erklärte er wiederholt, daß er ins Landleben zurückkehren werde, wenn sie nicht in seinem Sinne ausfalle. Am 15. Juli wurde er doch an Stelle des Generalleutnants von Rochow zum Bundestagsgesandten ernannt. Sein bisheriger Chef verließ Frankfurt, ohne seinem Geheimen Legationsrat Anzeige von seiner Abreise zu machen. „Von anderer Seite benachrichtigt, kam ich zur rechten Zeit nach dem Bahnhofe, um ihm meinen Dank für das mir bewiesene Wohlwollen auszudrücken."

Bismarck erzählt in den Gedanken und Erinnerungen, daß nach seiner bejahenden Antwort auf Manteuffels Frage, ob er bereit sei, die Frankfurter Gesandtschaft anzunehmen, der König ihn zu sich beschieden und gesagt habe: „Sie haben viel Mut, daß Sie so ohne weiteres ein Ihnen fremdes Amt übernehmen", und daß er darauf erwidert habe: „Der Mut ist ganz auf seiten Euerer Majestät, wenn Sie mir eine solche Stellung anvertrauen; ich habe den Mut, zu gehorchen, wenn Euere Majestät den haben, zu befehlen." Sein Selbstbewußtsein wie des Königs Vertrauen sollten sich als berechtigt erweisen.

Bismarck hatte sich um den Gesandtschaftsposten nicht bemüht. „Ich habe mir die Sache nicht gemacht; ich habe keinen Wunsch, kein Wort dazu getan. Es muß doch des Herrn Wille sein, denn ich habe es nicht



Bismarck als Bundestagsgesandter
Nach einem Gemälde von Professor Jakob Becker
im Schlosse zu Friedrichsruh

gesucht, und es ist mir ein Trost, wenn ich traurig bin, daß ich auch nicht eine Silbe geredet habe, um hierher zu kommen." Er sah voraus, „daß es ein unfruchtbares und dornenvolles Amt sein werde"; aber er erkannte auch, daß ihn diese „plötzliche Anstellung" auf den „augenblicklich wichtigsten Posten unserer Diplomatie" rufe. Es galt, Preußens Ansehen in Deutschland wieder herzustellen. Wir haben keinerlei Äußerung Bismarcks, die auf irgend eine Empfindung bei ihm schließen ließe, daß er selbst das Seine zur Untergrabung dieses Ansehens in der damals vorherrschenden öffentlichen Meinung beigetragen hatte. Die Lage war aber so, daß die Tätigkeit eines Mannes von seiner felsenfesten Preußenart in dieser Stellung keinem anderen Ziele dienstbar werden konnte.

Bismarck hat in zahllosen amtlichen und nichtamtlichen Berichten und Mitteilungen das Treiben am Bundestage und sein eigenes Frankfurter Dasein geschildert. Die von Bismarckschen Äußerungen fast unzertrennliche subjektive Färbung, die noch verstärkt wird durch das Packende der Darstellung, ist geeignet, bei der Behandlung politischer, gelegentlich auch persönlicher Fragen Zweifel zu wecken. Vergleichung mit gegnerischen Aussagen führt doch zu der Überzeugung, daß ihr Urheber in allem Wesentlichen sachlich im Rechte ist, die zu lösenden Aufgaben und ihre Schwierigkeiten mit bewunderungswürdiger Sicherheit und Klarheit erkannt und ihre Erledigung und Überwindung so folgerichtig wie entschlossen in die Hand genommen hat.

Die Lage war völlig beherrscht von den Hergängen der letzten Jahre. Hatten die deutschen Mittelstaaten vor den Berliner Märztagen an Preußen einen Halt gesucht, so hatten sie im weiteren Verlauf der Ereignisse gelernt, diesen Staat zu fürchten. Mit geringer Mehrheit waren Reichsverfassung und Kaiserwahl im Parlament zustande gekommen; richtet man den Blick von der Volksvertretung auf die Regierungen, so erkennt man, daß die Mehrheit in Wirklichkeit eine Minderheit war. Die vier Königreiche standen den Frankfurter Beschlüssen ablehnend gegenüber; von den 28 Staaten, die sich zur Reichsverfassung bekannt hatten, waren mehrere der größeren unsicher. Rechnet man Bundesösterreich hinzu, so ergibt sich für die verneinenden Teile Deutschlands ein starkes Übergewicht an Bevölkerungszahl. Preußens Unionspolitik hat die Stimmung bei den Regierenden nicht bessern

können. Als klar wurde, daß Preußen seine Macht nicht einsetzen werde, atmete man auch an bisher unionsfreundlichen Höfen erleichtert auf, wie ein Menschenalter früher die ehemaligen Rheinbundsfürsten, als auf dem Wiener Kongreß das deutsche Einheitswerk in die Brüche ging. Man sah überwiegend in Preußen nur noch den Staat, von dem die Mediatisierung zugunsten einer festeren deutschen Einheit drohte.

Damit hatte Österreich gewonnenes Spiel. Es konnte versuchen, den Olmützer Erfolg auszunutzen. Früher hatte der Bund sich mit der Frage einer preußischen Hegemonie nie zu befassen gehabt. In der inneren Politik und in der Beurteilung der entsprechenden Verhältnisse in den kleineren Staaten hatten die beiden Großmächte nicht allzu verschiedenartige Anschauungen vertreten. So war es am Bundestage selten zu Konflikten zwischen ihnen gekommen. Nun hatten die Jahre 1848—1850 das Gespenst einer preußischen Führung drohend aufsteigen sehen; es galt, es dauernd zu bannen, und da war vor allem nötig, Preußens Einfluß auf die übrigen Staaten nach Möglichkeit zurückzudrängen. Nächster Schauplatz dieser Tätigkeit war naturgemäß der Bundestag.

Der Handhaben, an dieser Aufgabe zu arbeiten, gab es übergenug. Sie boten sich zunächst in Österreichs Präsidialstellung, die ihm vertragsmäßig am Bunde zustand; nach einander haben sie während Bismarcks Tätigkeit in Frankfurt Friedrich Graf von Thun (bis November 1852), Anton von Prokesch-Osten (bis Dezember 1855) und Johann Bernhard Graf Rechberg (bis Mai 1859) inne gehabt. Sie gab der österreichischen Kanzlei Stellung und Bedeutung eines Bundesarchivs. Nur hier stand das Aktenmaterial jederzeit zur Verfügung; nur hier konnte man sich authentische Kenntnis früherer Hergänge verschaffen oder auch, was noch wichtiger sein konnte, anderen solche vorenthalten, ein Verfahren, das, wie Bismarck sagt, nach Bedarf rücksichtslos geübt wurde. Österreichs Kanzlei war „Bundeskanzlei", was auch die Möglichkeit bot, Beamte anzustellen, über die man ausschließlich in österreichischem Sinne verfügte.

Der Bundestagspräsident war naturgemäß auch Herr der Geschäftsleitung. Er konnte Sitzungen ansagen oder auch abbestellen, ihre Tagesordnung festsetzen. Erst nach mehrjährigem Drängen Bismarcks ist es erreicht worden, daß den übrigen Gesandten 24 Stunden vor einer anberaumten

Sitzung die Tagesordnung mitgeteilt wurde. So war es leicht, zu überraschen und zu überrumpeln. Allein das Präsidium hatte Kenntnis von den einschlägigen Schriftstücken und verfuhr in der Abfassung nicht immer ehrlich, was in den Sitzungen nicht so rasch zu erkennen war. Anträge auf Verweisung an Kommissionen konnten dagegen schützen, hatten aber Verschleppung im ohnehin sehr langsamen Geschäftsgang zur Folge. Waren Ausschüsse gebildet, so wurden sie gelegentlich durch jahrelange Nichteinberufung außer Wirksamkeit gesetzt, dann plötzlich zusammengeladen. Dazu kamen Unregelmäßigkeiten, Zumutungen, Übergriffe, Anmaßungen aller Art. Zu einem Bericht an den Ministerpräsidenten von Manteuffel vom 14. November 1853 stellte Bismarck in einer Anlage nicht weniger als 14 derartige Fälle zusammen. Im Mai dieses Jahres hatte Prokesch-Osten als Präsidialgesandter von sich aus eine Anleihe von 37000 Gulden verfügt, nachdem er vergeblich den Versuch gemacht hatte, den nichtbewilligten Betrag aus den deponierten Marinebeständen zu entnehmen.. Die Kassenverwaltung war fast völlig unkontrolliert; Zahl und Namen der Bundesbeamten blieb den übrigen Gesandten lange Zeit ganz unbekannt. „Die tätigsten Werkzeuge des Präsidiums bezeichnen selbst die ganze Bundeseinrichtung als ein österreichisches Bureau.“ In der Frage der Unterstützung der schleswig-holsteinischen Offiziere hat Rechberg Anfang 1858 gegenüber dem hannoverschen Gesandten von Heimbruch die Geschäftsordnung mit skrupelloser Silbenstecherei und Hinterhaltigkeit als nicht bestehend behandelt.

Dem österreichischen Einfluß öffnete sich aber noch ein weiter Spielraum außerhalb der Bundesverfassung und der auf ihr beruhenden Geschäftsführung. Der Kaiserstaat hatte den Vorsprung altbegründeter geschichtlicher Macht; er war im überlieferten Besitz weitverzweigter Beziehungen zum hohen und höchsten deutschen Adel, dessen Angehörige seit Jahrhunderten beim Hause Habsburg Dienst genommen und Fortkommen gesucht hatten. An der Wien gab man sich fortgesetzt Mühe, diese Verbindungen aufrecht zu erhalten; sie erstreckten sich bis in die Kreise der mittel- und kleinstaatlichen Bundestagsgesandten selbst, von denen nach Bismarcks Meinung mehrere direkt von der Hofburg abhängig waren. „Ich habe Grund zu vermuten, daß Einschüchterung unter den zur Anwendung kommenden Mitteln der Beeinflussung noch nicht das bedenklichste ist.“ Miß-

liebige Bundestagsgesandte oder auch Minister der betreffenden Einzelstaaten suchte man zu stürzen und verschmähte dabei kein Mittel.

Einen weiteren Vorsprung hatte Österreich in der Benutzung der Presse. Seitdem Friedrich Gentz und Adam Müller im Dienste Metternichs auf diesem Gebiete gearbeitet hatten, war es der Leitung der österreichischen Politik vertraut geblieben. Eine Anzahl Organe standen ihr vollständig zur Verfügung, so besonders die Augsburger Allgemeine Zeitung, das Journal de Frankfort, das ultramontane „Deutschland"; mit zahlreichen anderen stand sie in regelmäßiger und sicherer Verbindung. Angestellte ihrer Bundeskanzlei, von denen Bismarck selbst zwei als „recht tüchtige Publizisten" lobt, besorgten den Dienst. So war sie jederzeit in der Lage, auf die öffentliche Meinung in antipreußischem Sinne zu wirken, was bei der vorherrschenden Stimmung Deutschlands an sich nicht schwierig war. An persönlichen Angriffen auf den preußischen Bundestagsgesandten hat es nicht gefehlt. Die Postamtszeitung meinte Anfang Januar 1853, als Prokesch-Osten an Thuns Stelle die Vertretung Österreichs übernehmen sollte, geringschätzig, Bismarck sei ja nie mehr als Auskultator und Rittergutsbesitzer gewesen, was Bismarck nach Berlin berichtete mit der Bemerkung, daß er „darin, abgesehen von dem gänzlichen Ignorieren der schönen Zeit seines Referendariats, keine Schande zu erblicken vermöge". Wie bei der Begründung der Kreuzzeitung, so hat Bismarck in Frankfurt volles Verständnis für die Wichtigkeit der Presse bewiesen und systematisch die Herstellung sicherer und regelmäßiger Beziehungen zu ihr angestrebt.

Ein Vorteil, der schamlos ausgenutzt wurde, lag für die Bundesleitung in ihrem Einflusse auf die Post, das überlieferte Besitztum der Thurn und Taxis. Bismarck klagt eins über das andere über die „Taxisschen Gauner", die „Taxisschen Briefdiebe". Besonders im Anfange seiner Tätigkeit hat ihn die Verletzung des Briefgeheimnisses aufgeregt. Völlig gewöhnt hat er sich an das Übel nie. Maßregeln, mit denen er es bekämpfte, erreichten ihren Zweck nur teilweise. Bei Briefen, die er mit Kurier schickte, war er übrigens auch „vor Indiskretionen in Berlin nicht sicher".

Rege Aufmerksamkeit hat Bismarck in seiner Frankfurter Stellung dem Geld- und Kreditwesen zugewandt. Österreichische Staatspapiere, erheblich zahlreicher an sich, waren weithin über Deutschland verbreitet, preußische kaum

jenseits der eigenen Grenzen. Der höhere Zinsfuß, vorsichtiger Vermögensverwaltung zwar keine Empfehlung, zog doch an und dann die überall mögliche abzugsfreie Einlösung der Kupons. Bismarck hat sich Mühe gegeben, die eigene Regierung zu Maßnahmen zu veranlassen, die Preußen den gleichen Vorteil, auch seinem Gelde einen festen und sicheren Kurs sicherten. Amsel Rothschild, der Bismarck persönlich mit zuvorkommendster Liebenswürdigkeit fast suchte, und von dem dieser sagt: „Er gefällt mir, weil er eben ganz Schacherjude ist und nichts anderes vorstellen will, dabei ein streng orthodoxer Jude, der bei seinen Diners nichts anrührt und nur Gekauschertes ißt", war zu kostenloser Vermittelung bereit. Die Vorschläge haben in Berlin doch kein Gehör gefunden. So blieb es dabei: „Wie der Arzt an einem Kranken, der gut bezahlt, so hängen die Kapitalisten an Österreich."

Gleich in den ersten Monaten seines Frankfurter Aufenthalts hat Bismarck sich wiederholt und des längeren, amtlich und nichtamtlich, über seine Kollegen geäußert, insbesondere über den Grafen Thun. Seine Bemerkungen sind scharf, entbehren auch nicht des Sarkasmus, den das Gefühl der Überlegenheit unwillkürlich mit sich brachte; sie sind aber nicht voreingenommen und trotz der Kürze der Beobachtung kaum in irgend einem wesentlichen Punkte irreführend, dabei klar, fest umrissen, wie alles, was Bismarck schreibt. Thun gab sich als Welt- und Lebemann, war das auch trotz streng katholischer Kirchlichkeit, barg aber unter dieser Decke „einen ungewöhnlichen Grad von Klugheit und Berechnung, die mit größter Geistesgegenwart aus der Maske harmloser Bonhomie hervortritt, sobald die Politik ins Spiel kommt". Er erschien Bismarck als ein Gegner, „der jedem gefährlich ist, der ihm ehrlich vertraut, anstatt ihm mit gleicher Münze zu zahlen". Es war nach seiner Meinung „von den österreichischen Staatsmännern aus der Schwarzenbergischen Schule niemals zu erwarten, daß sie das Recht aus dem alleinigen Grunde, weil es das Recht ist, zur Grundlage ihrer Politik nehmen oder behalten werden". Ihre Auffassung schien ihm mehr „die eines Spielers, der die Chancen wahrnimmt, in ihrer Ausbeutung zugleich Nahrung für Eitelkeit sucht und zu letzterem Behuf die Drapierung der kecken und verachtenden Sorglosigkeit eines eleganten Kavaliers aus leichtfertiger Schule zu Hilfe nimmt. Vorsichtige Unaufrichtigkeit

ist der bemerkenswerteste Charakterzug in ihrem Verkehr mit uns". Thun befleißigte sich dabei großer Formlosigkeit. Er „präsidiert einer Bundesversammlung in einer kurzen Jacke von hellem Sommerzeug, die zugeknöpft den Mangel einer Weste verdeckt; er hält den Vortrag im Konversationston, lernt die eingehenden Schriftstücke erst kennen, während er sie vorliest, und liest deshalb sehr langsam, während Herr von Schele (hannoverscher Gesandter) einschläft, Herr von Nostitz (Vertreter Sachsens) unter dem Tisch ein Buch liest und General Xylander (Bayerns Bevollmächtigter) neben mir neue und phantastische Lafettenkonstruktionen auf sein Löschblatt zeichnet". Auf Bismarcks ersten Besuch hat Thun ihm nur eine Karte geschickt, hat auch seine späteren zahlreichen Besuche, selbst die offiziellen, nicht erwidert. Er läßt Bismarck, wenn er zu ihm kommt, im Vorzimmer warten, um ihm dann zu sagen, er habe eben einen sehr interessanten Besuch eines englischen Zeitungskorrespondenten gehabt. „Er steht nie von seinem Stuhl auf, um jemand zu empfangen, bietet auch keinen Stuhl an, während er selbst sitzen bleibt und stark raucht." In einer solchen Situation hat Bismarck dann auch einmal eine Zigarre hervorgezogen, das Präsidium um Feuer ersucht und unaufgefordert einen Stuhl genommen, so „einiges beitragend zu einer gesellschaftlichen Glättung wenigstens ihm gegenüber".

Bismarck hat seine Stellung angetreten mit der aufrichtigen Absicht, zu einer Verständigung der beiden Großmächte zu gelangen. Er war „gut österreichisch" hingekommen, erfüllt vom „Jugendtraum einer gegenseitigen Anlehnung von Österreich und Preußen, entstanden durch Nachwirkung der Freiheitskriege und der Schule". Er hatte es sich „zur Regel gemacht, etwaige Keime einer Uneinigkeit zwischen Preußen und Österreich stets mit dem Grafen Thun unter vier Augen zu verhandeln, ehe er mit einer derartigen Sache vor den Bundestag trete". Der gute Vorsatz erwies sich als unausführbar nicht nur gegenüber dem ersten, sondern auch gegenüber den beiden folgenden Vertretern des Kaisers. „Der Einblick in die Schwarzenbergische Politik avilir, puis démolir", den er in Frankfurt „aktenmäßig gewann, enttäuschte seine jugendlichen Illusionen." Er schreibt im Februar 1852: „Schwarzenberg scheint sich sein Verhältnis zu uns etwa so zu denken wie das eines leicht angetrunkenen Junkers vom Regiment Garde du Corps zu einem Nachtwächter, dessen äußersten Zorn man schließlich mit einiger

Bonhomie und zwei Talern bar besänftigt." Drei Jahre später schrieb er an Manteuffel: „Ich war gewiß kein prinzipieller Gegner Österreichs, als ich herkam; aber ich hätte jeden Tropfen preußischen Blutes verleugnen müssen, wenn ich mir auch nur eine mäßige Vorliebe für das Österreich, wie seine gegenwärtigen Machthaber es verstehen, hätte bewahren sollen."

Unverkennbar suchte Österreich den wieder aufgerichteten Bund zu benutzen, um Preußens Einfluß in Deutschland zurückzudrängen, den eigenen zu erweitern. Erfolgreicher als es wohl je in der Union hätte geschehen können, wurde Preußen im Bunde unter Österreichs Leitung majorisiert. Organische Einrichtungen betreffende Beschlüsse sollten nach Bundesrecht mit Stimmeneinhelligkeit gefaßt werden; aber die Mehrheit bestimmte, was unter organischen Einrichtungen zu verstehen sei. Preußen wurde darauf hingewiesen, daß es ja das gleiche Stimmrecht genieße wie Österreich; aber Österreich kam nicht in die Lage, majorisiert zu werden. Sicher hätte es solchen Beschlüssen nicht Folge geleistet. Es handelte sich um nichts Geringeres als um den planmäßigen Versuch, mit Hilfe des Bundes Preußens innere und äußere Politik in österreichischem Sinne zu leiten.

Deutlich ist das schon im November 1851 in einem Gespräch zwischen Bismarck und Thun zum Ausdruck gekommen. Es offenbarte die Auffassung Thuns, daß die Existenz Preußens in seiner jetzigen Ausdehnung eigentlich eine bedauerliche Tatsache sei; Preußen müsse, nach Thuns Ausdruck „der Erbschaft Friedrichs des Großen entsagen, um sich seiner wahren, providentiellen Bestimmung als Reichs-Erzkämmerer hingeben zu können". Die geschichtlichen Spielereien Friedrich Wilhelms IV. wurden hier in bedenklichster Weise gegen seinen Staat benutzt. Preußen war nach Thuns Meinung einem Manne zu vergleichen, der einmal das große Los gewonnen hat und nun seinen Haushalt auf die jährliche Wiederkehr dieses Ereignisses einrichtet. Bismarck fand die rechte Erwiderung. Er meinte, die geschichtlichen Tatsachen möchten bedauerlich sein, ließen sich aber nicht ändern; ehe er aber seinem Könige raten könne, auf die Erbschaft Friedrichs des Großen zu verzichten, wolle er ihm lieber zureden, noch einmal in die bewußte Lotterie zu setzen; ob er gewinnen werde, stehe bei Gott.

Das Ziel seiner Tätigkeit stand klar vor Bismarcks Augen. Preußens Stellung in Deutschland und Europa mußte ungeschmälert erhalten bleiben;

in voller Selbständigkeit sollte es neben Österreich stehen, nicht unter ihm. Er war kein Gegner eines Zusammengehens mit Österreich; aber dieses sollte den Wert eines preußischen Bündnisses schätzen lernen, „es verdienen". Preußen konnte, schon seiner geographischen Gestaltung wegen, eines gewissen Einflusses in Deutschland nicht entraten. Österreich sollte den zugestehen, Preußens Gleichberechtigung in Deutschland, das Ergebnis einer hundertjährigen Geschichte anerkennen. Nicht immer hat der Gesandte bei der heimischen Regierung die erwünschte, die unentbehrliche Unterstützung gefunden. Man hat sich zu entschiedener Abwehr, zu einem tätigen Widerstande nicht entschließen können. Bismarck ist aber nicht müde geworden, die Notwendigkeit eines solchen auseinanderzusetzen: „Die Fälle, wo Österreich unser in der europäischen Politik bedarf oder uns fürchtet, sind die einzigen, wo wir in der deutschen Politik Fortschritte machen können. Wenn ich doch Sr. Majestät dieses wie ein ‚Herr gedenke der Athener' alle Tage vorhalten dürfte", schrieb er im Juli 1853. Natürlich hat er auch mit österreichischen Verdächtigungen und Verleumdungen bei seinen Auftraggebern zu kämpfen gehabt.



2. Einzelfragen.

Der erste ernste Kampf, in dem er allerdings von seiner Regierung völlig gedeckt wurde, war in der Zollvereinsfrage auszufechten. Die auf zwölf Jahre geschlossenen Verträge liefen Ende 1853 ab. Österreich erstrebte Aufnahme in den Verein, nachdrücklicher und ernster, als das früher je geschehen war, und mit seinem ganzen Staatsgebiet. Das Ziel war offenkundig die Sprengung des Vereins. Die Gefahr war größer als je zuvor bei ähnlichen Versuchen wegen der verstärkten Hinneigung der Mittel- und Kleinstaaten zu Österreich. Auch kreuzten sich die Verhandlungen mit dem geplanten Anschluß Hannovers an den Verein; an der Leine war man österreichisch gesinnt. Für Preußen war es eine Lebensfrage. Es handelte sich um dasjenige Gebiet deutscher Politik, auf dem allein es wertvolle und zukunftsreiche Erfolge errungen hatte; sie einbüßen, die Entscheidung über Zoll- und Handelsangelegenheiten auf den Bund übertragen zu sehen, wie Österreich das forderte, hieß zurückgeworfen werden auf den Stand der zwanziger Jahre.

In dieser Frage ist der junge Bundestagsgesandte von seinem Könige ausersehen worden zu direkten Verhandlungen mit dem österreichischen Kabinett. Unterm 5. Juni 1852 hat ihn Friedrich Wilhelm mit einem eigenhändigen Schreiben an Franz Josef als außerordentlichen Gesandten nach Wien geschickt. Der ordentliche Botschafter dort, Graf Arnim, war krankheithalber abwesend. In dem Schreiben wird Herr von Bismarck-Schönhausen als Angehöriger eines Geschlechts empfohlen, welches „länger als mein Haus in unseren Marken seßhaft". Es wird auf „sein furchtloses und energisches Mühen in den bösen Tagen der jüngst verflossenen Jahre" hingewiesen, auf „seinen ritterlich-freien Gehorsam und seine Unversöhnlichkeit gegen die Revolution bis in ihre Wurzeln hinein". Der König empfiehlt ihn als seinen treuen Freund und Diener: „Er kommt mit dem frischen, lebendigen, sympathischen Eindruck meiner Grundsätze, meiner Handlungsweise, meines Willens und, ich setze hinzu, meiner Liebe zu Österreich und zu Eurer Majestät nach Wien." Zum Schluß die Zollvereinsangelegenheit

berührend, lebt der König „der Gewißheit, daß mein Betragen in diesen Dingen, wenn auch vielleicht nicht das Glück Ihres Beifalls, doch sicher Ihre Achtung erringen wird".

Die Ausführung des Auftrags hat rund einen Monat beansprucht. In Wien haben die Erinnerungen an die Hochzeitsreise, in denen Bismarck in Briefen an die Gattin sich ergeht, kaum weniger beschäftigt als der erhaltene Auftrag. „Ich bin viel mehr aufgelegt, an Dich zu denken als an Geschäfte. Ich lebte ganz in 47, als ich am Prater vorbei, die Jägerzeil entlang beim Lamm vorüberfuhr und in die Stadt hinein und an einer Kolonnade entlang, wo ich mich erinnerte, daß wir zum ersten Male maulten, als wir da gingen, ich weiß nicht mehr warum, aber gewiß durch meine Schuld." Er mußte Franz Josef in Ofen aufsuchen und hat dann noch auf einem Abstecher nach Szolnok an der oberen Theiß Land und Leute kennen gelernt. In gestrecktem Galopp ging es auf einem niedrigen Leiterwagen über die Pusta, mit einem „liebenswürdigen, sonnverbrannten Ulanenunteroffizier" zur Seite, die geladenen Pistolen vor beiden auf dem Heu, seinen getreuen Diener Hildebrand, dem er das Leben gerettet, als Begleiter, die bedeckenden Ulanen mit dem geladenen Karabiner hinter dem Gefährt, der „Petyaren" (Räuber) wegen. „Ich hatte eigentlich etwas Kitzel, diese Räuber zu Pferde in großen Pelzen, mit Doppelflinten in der Hand und Pistolen im Gurt, deren Anführer schwarze Masken tragen und dem angesessenen Landadel angehören sollen, näher kennen zu lernen."

Der Kaiser hat ihn auf das freundlichste empfangen, in seiner zwanzigjährigen Jugendlichkeit Eindruck auf ihn gemacht. Bismarck war sein Gast auf der Ofener Burg. Es ist auch an sein Bleiben als Vertreter Preußens an der Donau gedacht worden. Der Zweck der Sendung ward aber nicht erreicht. Bismarck hat zu Beginn an die Gattin geschrieben: „Sie werden so bald nicht wieder einen herschicken, der so geneigt ist, sich zu verständigen und dabei so freie Hand hat wie ich." Ob er wirklich hoffte, daß Österreich die Gelegenheit ergreifen werde? Jedenfalls geschah das nicht; man wollte an der Donau vollen Erfolg. Der aber war ausgeschlossen; denn die preußische Instruktion lautete nur auf Abschluß eines Handelsvertrags, nicht einer Zolleinigung. Da man ziemlich gewiß war, daß Österreich sich damit nicht begnügen werde, lief sie tatsächlich darauf hinaus,

„eigentlichen Verhandlungen zu entschlüpfen, die Ablehnung aber in möglichst milde Formen zu kleiden". Mit einer Depesche aus Berlin, die nichts als das Wort nein enthielt, endeten die Verhandlungen.

Österreich und Deutschland sind noch heute keine einheitlichen Wirtschaftsgebiete und waren es damals noch weniger; auch waren und sind ihre Verwaltungsformen und -grundsätze zu ungleich, als daß ein Zusammenschluß leicht sein würde; damals wäre er der Tod deutscher Zolleinheit gewesen. Da diese aber den süddeutschen Staaten zu große wirtschaftliche Vorteile bot, als daß sie ihrer Abneigung hätten folgen und es zu einer Auflösung hätten kommen lassen mögen, da zudem der schon am 7. September 1851 erfolgte Abschluß mit Hannover und seinem Steuerverein den Süden mit einer Sondervereinigung des Nordens bedrohte, so ist der Verein mit dem 1. Januar 1854 verstärkt aus diesen Schwierigkeiten hervorgegangen. An einem der wichtigsten Punkte, wo Bismarck hervorstechende Eigenschaften seines Wesens zurückdrängen mußte, allein durch Vereinigung von Festigkeit und Geschmeidigkeit wirken konnte, hatte sein Monarch ihn für befähigt gehalten, richtig einzugreifen, und sich nicht getäuscht.

In dieser Angelegenheit handelte es sich um eine Sache von großem Wurf. Am Bunde selbst nahmen die Differenzen und ihre Austragung naturgemäß oft einen kleinlichen Charakter an. Es handelte sich vielfach um unwesentliche Dinge, um Formalien, in Geldfragen um geringfügige Summen. Aber Österreich benutzte jeden, auch den kleinsten Vorteil zur Erweiterung seiner Präsidialmacht, die ihrer Bestimmung nach sachliche Bedeutung doch nicht haben sollte. „Österreich gegenüber ist jede Konzession die Mutter einer neuen Forderung. Je eher man sich wehrt, desto leichter wird man seine Stellung behaupten."

Die Streitigkeiten nahmen einen besonders scharfen Charakter an, als im Februar 1853 Prokesch-Osten, wegen seiner kleinasiatischen Reisen, von denen er gern und wortreich erzählte, mit dem Scherznamen des Orientalisten belegt, an Thuns Stelle trat. Er war seinem Vorgänger an Unwahrhaftigkeit und Neigung zur Intrige noch erheblich überlegen („Thun sagte mitunter die Wahrheit, Prokesch aber nie"), dazu in hohem Grade reizbar und heftig. Bismarck drückte sich milde aus, als er zu Beginn von

Prokeschs Geschäftsführung über ihn berichtete: „Er erschwert die Verhandlungen durch Mangel an Offenheit und Glaubwürdigkeit sehr, verleiht ihnen durch leidenschaftliche Auffassung ohne Not den Charakter der Gereiztheit." Nicht lange nachher sprach er von seiner „über alle Erwartungen maßlosen persönlichen Heftigkeit, die bisweilen alle Schranken der Schicklichkeit durchbricht". Er sah sich schon am 7. März genötigt, Prokesch zu erklären, „daß er nicht das Recht habe, in dieser Art zu ihm zu sprechen", und er „auf keine Weise dulden werde, daß es geschehe". Im Zwiegespräch gestattete „die Seltenheit der Pausen" bei den Ausführungen des Herrn von Prokesch Bismarck nicht, „seiner Auffassung Ausdruck zu geben". Im Jahre 1854 fanden sich in einem von Prokesch verkauften Pulte von diesem herrührende Konzepte von ultrademokratischen, antimonarchischen Zeitungsartikeln, mit persönlichen Beleidigungen Friedrich Wilhelms IV., die in radikalen Blättern zum Abdruck gekommen waren, um am Berliner Hofe erwünschte Wirkung zu tun. Es kennzeichnet die kühle Ruhe Bismarckscher Diplomatenkunst, wenn er auf Anfrage abriet, dieses Vorkommnis zum Sturze Prokesch-Ostens zu benutzen; eine mehr maßvolle und geschickte Persönlichkeit werde sachlich unbequemer sein; wohl könne man versuchen, es zum Zweck einer Änderung des österreichischen Systems zu verwerten.

Dringend wurden, als der Bund wieder zusammengetreten war, vor allen Dingen zwei Fragen, die der Verfassungsrevisionen in den Einzelstaaten und die der deutschen Flotte. Beide begegneten regster Teilnahme in den weitesten Kreisen des deutschen Volkes.

In den Vorberatungen zur Wiedereröffnung der vollen Bundestätigkeit war „die Beseitigung der mit den Grundsätzen des Bundes nicht im Einklang stehenden Verfassungen und Landesgesetze" ins Programm aufgenommen worden, daneben die Einschränkung der antimonarchischen, ultrademokratischen Presse. Ein „politischer Ausschuß" wurde zur Feststellung der betreffenden Maßnahmen am Bunde eingesetzt.

Der Vertreter Preußens hat sich in diesen Fragen nicht ganz auf der Linie seiner bisherigen Bestrebungen gehalten. Ihm kam es auch hier darauf an, seinem Staate volle Selbständigkeit zu bewahren, unabhängig von Bundesbeschlüssen. In Preußen war die Geltung der Krone wieder hergestellt; sie konnte sich abfinden mit der Landesverfassung, die geltendes Recht geworden

war. Das Bestehende war nicht auf dem Wege zustande gekommen, den Bismarck als den richtigen vertreten hatte. Aber es war Recht geworden unter Billigung der Krone, unter deren freier Billigung, und Bismarck hat dann unentwegt die Meinung vertreten, daß es nicht ohne schwerwiegende Gründe, vielleicht wenn es sich etwa um die Existenz des Staates handele, angetastet werden dürfe. Er hat in diesem Sinne auch von Frankfurt aus seinen Einfluß in Berlin eingesetzt und gegenüber anderen Strömungen betont, daß die dem preußischen Volke gestattete Mitwirkung an der Regierung des Staates es fester mit diesem verknüpfen und das Gefühl der Einheit, die Liebe zum gemeinsamen Vaterlande stärken werde. So konnte er sich denn für eine Reaktion im Sinne Österreichs und der Mehrzahl der Bundesregierungen nicht begeistern; er fand nicht, daß Preußen Anlaß habe, sie zu fördern. Er hat zu vermitteln, die betreffenden Regierungen zu vernünftigem Einlenken zu bewegen gesucht. Deutlich tritt das besonders in der kurhessischen und Lippe-Detmolder Verfassungsfrage hervor. So wurde er gewissermaßen selbst ein „Gothaer", lenkte unwillkürlich hinüber zum „deutschen Beruf" Preußens und zu „moralischen Eroberungen", die er gelegentlich als Phrase verhöhnt hatte. Die Verhältnisse erforderten doch auch von ihm ihr Recht. War Preußens Macht in sich gefestigt, so mußte jeder gute Bürger des Staates hinausstreben auf den deutschen Boden.

Ein Lieblingstraum der achtundvierziger Bewegung war die Errichtung einer deutschen Flotte; es ist das eins der stärksten Zeugnisse für ihre nationale Grundstimmung. Soweit das Geschwader, das unter schwarzrotgoldener Flagge die Nordseeküste belebte, nicht aus freiwilligen Gaben zusammengebracht war, hatte es sein Dasein den vom Frankfurter Parlament verfügten Matrikularbeiträgen der deutschen Regierungen zu verdanken. Österreich hatte sich stets geweigert, den betreffenden Beschlüssen Folge zu geben, ebenso Bayern und Sachsen. Um so geschäftiger waren jetzt gerade sie, das Denkmal der verhaßten Zeit zu beseitigen. Vergebens hat Preußen Einzahlung der rückständigen Beiträge zur weiteren Erhaltung der Flotte beantragt. Österreich wollte keinerlei Bundeshandlungen aus jener Zeit anerkennen. Auf seinen Antrag wurde am 7. Juli 1851 eine neue Vorschußumlage von 532000 Gulden zur Deckung des laufenden Bedarfs beschlossen;

Preußen protestierte; es sei nicht verpflichtet, da für einen solchen Beschluß Einstimmigkeit erforderlich sei. Dem ward entgegengesetzt, daß in streitigen Fällen die Mehrheit berufen sei, über Zuständigkeit des Bundes zu entscheiden, sonst könnte ja der kleinste Staat Bundesbeschlüsse hindern. Darauf Preußen: Wenn das richtig sei, so könnten ja die neun unteren Stimmen mit 5—6 Millionen Volksangehörigen die oberen acht mit 34—35 Millionen überstimmen. So war hier, wie in anderen Fällen, der Prinzipienstreit fertig.

Bismarck hat ihn folgerichtig durchgefochten. Er wies hin auf den Widersinn, daß Österreich ein Bundeseigentum nicht anerkenne und doch von Bundes wegen über die Flotte verfügen lassen wolle; er verlangte solche Anerkennung und Zahlung der österreichischen Rückstände. Er protestierte, als das Erforderliche aus Bundesgeldern bezahlt werden sollte, die Rothschild in Verwahrung hatte, und ließ auf Preußens Anteil an diesen Geldern Beschlag legen. Eine in hohem Grade charakteristische Zuschrift Thuns, die mit hochtönenden Worten im Namen von Rechtlichkeit und Sittlichkeit zur Nachgiebigkeit mahnte, erwiderte er mit gleich gleisnerischer Höflichkeit, doch mit klarster und festester Betonung der Rechtsfrage. Preußen hatte rund die Hälfte der eingezahlten Beträge geleistet, zwei Millionen Taler; es erklärte sich bereit, einen Teil der Flotte dafür zu übernehmen, fand aber keine Zustimmung. Die Meinungen über die weitere Gestaltung deutscher Seerüstung gingen dabei weit aus einander. Die Mittelstaaten dachten sich eine österreichische Flotte in der Adria, eine preußische in der Ostsee, für die Nordsee eine Vereinigung der Küstenstaaten zu gemeinsamem Handeln. Preußen wollte hier nicht unvertreten sein; es hat 1853 von Oldenburg das Gelände bei Heppens erworben, auf dem Wilhelmshaven begründet worden ist. Bismarck erklärte eine Verständigung mit Hannover, mit dem es im allgemeinen am Bunde nicht schlecht stand, für erwünscht, Preußen dürfe sie aber nicht vorschlagen, „sonst möge das weiße Roß der Welfen stutzen und Sattel und Zaum wittern". Von sich aus brachte Hannover die Nordseestaaten natürlich nicht zusammen. Inzwischen litt die Flotte Mangel an allem; die Schiffe faulten in Bremerhaven. So kam es 1852 zum Verkauf durch den oldenburgischen Staatsrat und Detmolder Konfliktsminister Hannibal Fischer, dessen aufdringliche Bereitwilligkeit, sich mit dem schmutzi-

gen Geschäft zu befassen, in milderem Licht erscheinen zu lassen neuerdings ohne genügenden Grund versucht worden ist. Preußen erwarb die Gefion, den Siegespreis von Eckernförde, und die Barbarossa.

Seit der Begründung des Bundes ist Preußen um dessen Wehrkraft bemüht gewesen; daß die im zweiten Pariser Frieden für Deutschland bestimmten Summen, nach langem Brachliegen zu Rothschilds Nutzen, für den Bau der Bundesfestungen Mainz und Luxemburg verwendet wurden, hat es mit besonderem Nachdruck betrieben. Die französische Gefahr zu Anfang der vierziger Jahre hatte zu dem Beschlusse geführt, auch Ulm und Rastatt von Bundes wegen zu starken Festungen auszubauen; es waren dafür 27,5 Millionen Gulden bewilligt worden. Jetzt verlangte Österreich Nachzahlungen, um beide Plätze zu verschanzten Lagern auszubauen. Preußen bestritt die Nützlichkeit und Notwendigkeit. 1857 schloß Österreich mit Baden einen Vertrag, nach welchem die österreichische Garnison von Rastatt auf das Dreifache ihrer bisherigen Stärke gebracht werden sollte. Bis dahin war die Festung von Österreichern und Badenern zu gleichen Teilen besetzt gewesen, so daß der Vertrag eine Auslieferung der Festung an Österreich bedeutete. Preußen verlangte gleiche Beteiligung an der Besatzung mit Österreich; seine Truppen hatten den Platz den badischen Insurgenten 1849 durch eine längere Belagerung abnehmen müssen.

In beiden Streitfällen tauchte wieder die Zuständigkeitsfrage auf; es gab scharfe Zusammenstöße nicht nur mit Österreich, sondern auch mit Baden und Württemberg. Der württembergische Gesandte von Reinhard meinte im Mai 1858 in einem Privatgespräche mit Bismarck, die Klage über die Wichtigkeit, die dem Widerstande Preußens beigelegt werde, sei allgemein; an der Berücksichtigung dieses Partikularismus müsse der Bund zugrunde gehen. Bismarck entgegnete, daß willkürliche Mehrheitsbeschlüsse den Bund sprengen müßten. Das Gespräch schloß mit der Erklärung des Württembergers, daß es für die Eventualität fortgesetzten Widerspruchs sehr gut sei, die Bundesfestungen in guten Händen zu wissen.

Es war fortgesetzt der Gegensatz der Anschauungen, der auch in der öffentlichen Meinung Deutschlands eine so ungeheure Rolle gespielt hat, über die Frage, ob das Bundesverhältnis ein rein formell-juristisches sei, so daß ein Staat von 16 bis 18 Millionen in derselben Weise in die Ge-

meinschaft eingefügt, nötigenfalls gezwungen werden könne, wie ein solcher von einem halben oder ganzen Hunderttausend. Dem gegenüber vertrat Bismarck die politische Auffassung, das Gewicht der tatsächlichen Macht. So wenig sich Österreich Mehrheitsbeschlüssen des Bundes gefügt hätte, die seinen Interessen zuwiderliefen, so wenig sollte und konnte das Preußen tun. Er wollte keine andere Beteiligung Preußens am Bunde als in tatsächlicher Gleichberechtigung mit Österreich und hat diesen Grundsatz unentwegt vertreten.

Einen schweren Stand hatte Bismarck gegenüber Österreich in der orientalischen Frage. Sie gab ihm aber Gelegenheit, seine Staatsmannschaft zu voller Entfaltung zu bringen und in glänzendem Lichte zu zeigen.

Das Haus Habsburg hatte zu lange an der Spitze der deutschen Dinge gestanden, um nicht an der Überlieferung fast unwillkürlich festzuhalten, die darauf hinauslief, in den Fragen der großen Politik die deutschen Staaten als Mittel und Werkzeuge der eigenen Macht anzusehen. Die gemeinsame napoleonische Not hatte dieses Verhältnis wieder aufgefrischt und gefestigt im Vergleich zu den Zuständen im alten Reiche. Die Haltung Friedrich Wilhelms IV. konnte an der Donau in der Meinung bestärken, daß es auch von Preußen anerkannt werde. So trat Österreich an den neuen Bund heran mit dem Anspruch, daß seine Erfolge in Ungarn und Italien in den Jahren 1848 und 1849 als ein Verdienst um Deutschland anzusehen seien, das seine Nichtbeteiligung am schleswig-holsteinischen Kriege und an der Flottengründung aufwiege. Seine Herrschaft bedeute ja Deutschlands Macht. Es war nur ein weiterer Schritt auf dem gewohnten Wege, wenn es versuchte, seine Politik in der orientalischen Frage auf Preußen und den Bund zu stützen.

Indem die Westmächte gegen Zar Nikolaus für die Türkei eintraten, wurde Österreichs Stellung für sie von entscheidender Wichtigkeit. Die Donaumacht konnte Rußland sehr viel leichter gefährlich werden als Frankreich und England, schon als Mitbeteiligte an der polnischen Frage. Da die Russen ihre Feindseligkeiten gegen die Türkei mit dem Einmarsch in die Donaufürstentümer eröffnet hatten, lag auch ein Zwang für Österreich vor. Es durfte eine Umfassung seines Besitzes im Süden, einen Übergang der unteren Donaugebiete aus türkischem in russischen Besitz nicht



Napoleon III.
Kaiser der Franzosen
Nach einer Photographie.

dulden; es ist entsprechenden Versuchen früher wie später entgegengetreten. Fraglich war nur, ob es Anlaß hatte, an Feindseligkeiten gegen Rußland noch teilzunehmen, wenn dieses seinem Verlangen, die Fürstentümer zu räumen, nachgab. Es hat in allen Stadien der Frage versucht, Preußen und den Bund an dem eigenen Vorgehen zu beteiligen.

Die preußische Politik ist diesem Bemühen nicht in gleichmäßig fester Haltung begegnet. Wechselnde Erwägungen kamen in ihr zur Geltung, beide von gut preußischem Standpunkt aus. Gegner Manteuffels waren die „Bethmänner", auch „Fraktion Bethmann-Hollweg" benannt nach dem Juristen und späteren Minister der „Neuen Ära", der einer ihrer leitenden Männer war. Robert von der Goltz, nach den Gedanken und Erinnerungen „ein Mann von ungewöhnlicher Befähigung und Tätigkeit", von Manteuffel aus Ungeschick schlecht behandelt, und der Neuenburger Albert von Pourtalès, Gesandter in Konstantinopel, zählten dazu, auch Usedom, Bismarcks Nachfolger am Bundestage. Im Gegensatz zur Kreuzzeitung hatten sie das Preußische Wochenblatt begründet, daher „Wochenblattspartei". Sie waren weniger konservativ als die Regierung; vor allem aber erschien es ihnen richtig, in den deutschen Angelegenheiten zur Unionspolitik zurückzulenken. In der orientalischen Frage vertraten sie den Anschluß an die Westmächte, rechneten mit deren, besonders Englands, Unterstützung für die deutschen Pläne. Preußen laufe Gefahr, „aus dem europäischen Konzert herausgedrängt zu werden" und „die Stellung einer Großmacht zu verlieren". Sie befanden sich im Einklang mit der den Westen und die Mitte Europas beherrschenden Auffassung eines allgemeinen Gegensatzes gegen das absolutistische Rußland. Auch Vorstellungen von der inneren Ungleichheit des Zarenreiches, von der Möglichkeit, ja Leichtigkeit, es in seine nationalen Bestandteile aufzulösen, haben mitgewirkt. Entsprechende Pläne wurden besonders in England ausgeheckt.

Der gleichen Haltung neigte der Prinz von Preußen selber zu. In ihm war „die militärische Ader und das preußische Offiziersgefühl vorwiegend"; er hat das russische Eingreifen im Oktober 1850 schwer verwunden. Er wünschte Preußens Ansehen wieder zur Geltung zu bringen, glaubte, durch ein festes Auftreten im Sinne der Westmächte Rußland zur Nachgiebigkeit veranlassen zu können, hielt also ein Mittel für wirksam, dem er selbst

nie gewichen wäre, den „Appell an die Furcht". Nicht ohne Einfluß war dabei die Gesinnung der Prinzessin, die von der Überlegenheit westeuropäischen Wesens durchdrungen war. „Ihr Spezialpolitiker", Herr von Schleinitz, war wegen seiner Abberufung von dem Gesandtenposten in Hannover mit Manteuffel persönlich verfeindet.

Andere Ansichten vertrat die „Camarilla", deren Mitglieder dem Könige besonders nahe standen, vor allem Leopold von Gerlach, neben ihm die Generale Graf Dohna und von der Gröben, dann der Kabinettsrat Niebuhr, ein Sohn des Historikers, und Oberst Edwin von Manteuffel, Flügeladjutant des Königs und Vetter des Ministers. Sie waren für Aufrechterhaltung der überlieferten guten Beziehungen zu Rußland; sie standen dabei im Banne der Vorstellung, daß es vor allem gelte, der Revolution und ihrem Vertreter Bonaparte entgegenzutreten. In beiden Kreisen wurde das Urteil über Fragen der auswärtigen Politik in bedenklichster Weise beeinflußt vom Parteistandpunkte.

Friedrich Wilhelm IV. ist es nicht leicht geworden, in diesem Widerstreit der Meinungen seine Entschließungen zu fassen. Seine Neigung zu schwanken, seine „Unberechenbarkeit", fand reiche Gelegenheit, wirksam zu werden. Manteuffel war ihr nicht völlig gewachsen, da er selbst nicht ganz fest in seiner Auffassung war. In den folgenden Krisen hat Bismarck wiederholt entscheidend einzugreifen vermocht; er hat von ihrem ersten Beginn bis zum Ende des Krieges unentwegt die gleiche Politik festgehalten und in allen Lagen festhalten können. Ihr oberster Grundsatz lautete: Keinen Dienst für Österreich ohne volle Gegenleistung. „Die großen Krisen bilden das Wetter, welches Preußens Wachstum fördert, indem sie furchtlos, vielleicht auch sehr rücksichtslos von uns benutzt werden müssen; wir müssen uns nicht fürchten, mit 400000 Mann allein zu stehen. Frühe und unbedingte Allianz mit einem so wenig kampffähigen Genossen wie Österreich ist das schlechteste Geschäft." Innere und äußere Politik schieden sich bei ihm säuberlich. Er ist dem Ministerpräsidenten eine Stütze gewesen, die nicht immer herbeigewünscht, die aber benutzt wurde.

Die Mächte hatten sich zu einer letzten Aufforderung an Rußland entschlossen, die Donaufürstentümer zu räumen und seinen Ansprüchen auf ein

Einmischungsrecht in der Türkei zu entsagen. Dem Drängen Englands und Österreichs, sich diesem Schritte anzuschließen, haben der König und Manteuffel Anfang März 1854 glücklich widerstanden; Bismarck, wohl auf eigene Veranlassung nach Berlin gerufen, hat an den Verhandlungen, die in seinem Sinne entschieden wurden, teilgenommen. Er hat zugestimmt, daß man Österreich wenigstens insofern entgegenkomme, als man sich bereit erkläre zu einem Schutz- und Trutzbündnis. Ein solches ist am 20. April 1854 zum Abschluß gekommen; aber es hat in den zwischen Manteuffel und dem Feldmarschall-Leutnant Heß geführten Verhandlungen eine andere Gestalt bekommen, als in Aussicht genommen war. Es war preußischerseits gedacht als gegen Frankreich gerichtet. Jetzt verbürgten sich die beiden Staaten für die Dauer des Krieges ihren außerdeutschen Besitz auch für den Fall, daß Rußland die Räumung der Donaufürstentümer weigern und es darüber zum Einmarsch russischer Truppen in österreichisches Gebiet komme. Im Anschluß an das Bündnis war eine Militärkonvention vereinbart, nach welcher Preußen eventuell 100 000 Mann, der Bund, dessen Beitritt in Aussicht genommen wurde, die Hälfte seiner Kontingente aufzustellen habe.

Bismarck hat sich diesen Zugeständnissen entschieden widersetzt. Er hat von einer „Bedienten-", von einer „feigen Politik" gesprochen, die „noch immer Unglück gebracht habe". Er vertrat die Ansicht, daß ein preußisch-österreichisches Bündnis Preußen vor allen Dingen ein wirksames Veto in der gemeinsamen Politik sichern müsse, sonst werde Österreich Preußen nur ausnutzen. Er hielt dafür, daß Preußen sich mit allen Mitteln einem kriegerischen Vorgehen gegen Rußland entziehen müsse, sonst werde es mit dem ersten Kanonenschuß abhängig von den Chancen einer Verständigung zwischen Paris und Petersburg. Er war überzeugt, daß die Bundesstaaten bei einer russisch-französischen Allianz fahnenflüchtig werden, daß dann jeder von ihnen, so gut er eben könne, seinen Frieden mit Frankreich oder Rußland machen werde. Zum Bunde würden sie nur halten, wenn neben Preußen und Österreich auch Rußland stände wie bisher. „Es kostet den Franzosen nur ein Wort der Annäherung an Rußland, und die sämtlichen deutschen Regierungen fallen ihnen zu; wir und Österreich aber sind die dupes in der Falle, und England zuckt die Achseln." Preußen dürfe es daher zu einem russisch-französischen Bündnisse nicht kommen lassen; wenn ein solches nicht

zu verhindern sei, müsse es selbst als Gleichberechtigter eintreten. Der Vertrag vom 20. April diskreditiere Preußen bei den Bundesstaaten; er zeige, daß Österreich Preußens Herr sei. Er hat aber den Antrag auf Anschluß mit einbringen müssen. Am 24. Juli ist der Bund, allerdings nicht ohne Widerstreben, dem preußisch-österreichischen Abkommen beigetreten. Deutlich wird doch erkennbar, wie in den großen politischen Fragen der Blick des Mannes die Gesamtlage erfaßte.

Schon 12 Tage früher hatte Österreich Preußen aufgefordert, die verabredete Truppenaufstellung vorzunehmen. Die Russen hatten die Donaufürstentümer geräumt; aber ihre Antwort auf eine Note der Westmächte war unbefriedigend ausgefallen. Deutlich trat zutage, daß Österreich an einen Angriffskrieg dachte und auch für einen solchen gedeckt sein wollte. Dem widersetzte man sich doch in Berlin; man müsse sich vorbehalten zu bestimmen, wann der Augenblick für militärische Maßnahmen gekommen sei. Bismarck widersprach der Meinung des Prinzen, daß man Rußland durch Drohung oder gar Kriegserklärung veranlassen könne, ohne Schwertstreich nachzugeben, und daß man darnach mit Österreich und Rußland gegen Frankreich stehen werde. „Ich meine", schrieb er an Gerlach, „Rußland wird uns was — —, wenn wir soeben seine Demütigung herbeigeführt haben. Außerdem ist sie nicht so schnell gemacht, wie Seine Kgl. Hoheit annimmt." Er wies auf das dauernde Rachegefühl Rußlands und auf das Aufrollen der polnischen Frage hin, das bei einem russischen Kriege unvermeidlich sei.

Man ließ sich in Berlin auf der betretenen Bahn doch weiter führen. Am 26. November 1854 übernahm Preußen in einem Zusatzvertrage die Verpflichtung, die österreichischen Truppen auch in den Donaufürstentümern zu schützen, wenn sie dort angegriffen würden. Österreich bereitete sich damit den Boden für die Konvention, die es dann am 2. Dezember mit Frankreich und England abschloß, nach welcher die drei Mächte nur nach gemeinsamer Beratung auf Friedensverhandlungen eingehen und für den Fall eines Krieges zwischen Österreich und Rußland in ein Schutz- und Trutzbündnis gegen letzteres zusammentreten wollten. Der Schritt ward getan, ohne daß Preußen verständigt war. Man dachte es als willenlosen Trabanten mitzuschleppen. Erst zwei Wochen nach dem Abschluß des

Vertrages wurde es von den Mächten in Kenntnis gesetzt und aufgefordert, beizutreten. Es lehnte ab, war aber durch das Abkommen vom 26. November schon bedenklich gebunden.

Bismarck hat es während dieser ganzen Zeit an Widerspruch von Frankfurt her und in persönlicher Gegenwart nicht fehlen lassen, hat darzulegen versucht, daß Preußen in Deutschland notwendig sinken müsse, wenn Österreichs Macht sich durch die Erwerbung der Donaufürstentümer mehre, daß Preußen Österreich vom Kriege zurückhalten könne, daß dieses nicht Krieg führen werde, wenn es auf Preußens und Deutschlands Beistand nicht rechnen könne. Als die Sache entschieden war, mußte er sich wiederum fügen. „Ich bescheide mich und nehme die Situation, wie sie ist, nicht, wie ich wünschte, daß sie wäre. Dazu hilft mir in diesem Falle nicht nur die Vorstellung, die ich von dem Verhältnis zu meinem König und Herrn habe, sondern auch die Überzeugung, daß der König persönlich in diesen und vielen anderen Dingen weiser ist als ich und außerdem die Reife des Urteils vor mir voraus hat, welche eine langjährige und unmittelbare Beteiligung an der großen Politik Europas verleihen muß. Ich beschwichtige mit dieser Betrachtung die Sorgen, die in mir aufsteigen, und welche ich nicht tilgen kann, wenn ich auch als Diener und Untertan den Willen Seiner Majestät nicht zu beurteilen, sondern ohne Rückhalt auszuführen habe." Hier spricht die Selbstbescheidung des pflichtbewußten Beamten, der auf seinem Posten bleibt, weil Ausscheiden die Lage nur verschlimmern kann. Bismarck hat seinem Verdruß doch auch in scharfen und derben Worten Luft gemacht. Besonders schwer hat ihn die Besorgnis gedrückt, daß sein Land in einen Krieg mit Rußland getrieben werden könne, bei dem es den weitaus größten Teil der ganzen Last auf sich nehmen müsse, Vorteil aber nicht haben werde: „Und das im Dienste Österreichs, für dessen Sünden der König so viel Nachsicht hat, wie ich mir von unserem Herrgott im Himmel für die meinigen wünsche. Wenn nur in Österreich der Glaube an die Möglichkeit zu wecken wäre, daß unsere Geduld und Bruderliebe nicht unerschöpflich ist und wir den Weg nach Mähren noch nicht vergessen haben!" Ließ sich Preußen zum Angriff auf Rußland treiben, so wurde es dessen Basis, hatte Frankreichs Heere auf seinem Boden zu erwarten.

Österreich verfolgte seine diplomatischen Siege weiter. Es richtete am 14. Januar 1855 an die einzelnen deutschen Regierungen die Anfrage, ob sie sich ihm freiwillig anschließen würden, wenn am Bunde keine Beschlüsse zustande kämen. Es versprach Garantie des Besitzstandes und Teilnahme an den Vorteilen, wollte aber die Oberleitung der Kontingente für sich. Am 22. Januar stellte es am Bunde den Antrag auf Mobilmachung, erhielt am 9. Februar aber nur Hannovers und Braunschweigs Stimmen. Es ward, recht nach Bundesart, beschlossen, daß man „zum Schutze der Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit Deutschlands die Vorbereitungen treffe, die notwendig, um eine eventuelle Mobilmachung durchzuführen". Österreichs und Frankreichs Drohungen, der Bund werde zerfallen, hatten die Ablehnung nicht verhindern können. Als Vertreter Preußens war Bismarck der Führer der Mehrheit gewesen. Er riet, einem französischen Durchmarsch zwecks Angriff auf Rußland sich zu widersetzen, und besonders, schon jetzt keinen Zweifel darüber zu lassen, daß man sich widersetzen werde. Seine Haltung, von Prokesch noch entstellt, hat ihm Anklagen und Beschwerden Österreichs und Frankreichs bei seiner Regierung zugezogen. Dem französischen Gesandten am Bunde, Marquis de Moustier, hatte er auf seine Äußerung: „Cette politique va vous conduire à Iéna" geantwortet: „Pourquoi pas à Leipzic ou à Waterloo?"

Die Friedenspolitik war durchaus im Sinne der großen Mehrzahl der deutschen Regierungen. Graf Buol, seit Schwarzenbergs Tode (1852) Ministerpräsident und Leiter des Auswärtigen, hat dem sächsischen Gesandten von Könneritz in Wien gedroht: „Wir werden auf die kleinen Staaten drücken, bis dem Herrn von Beust der Atem zum Widerspruch ausgeht", und ziemlich gleichzeitig dem württembergischen Bevollmächtigten von Hügel bemerkt: „Sie müssen sich daran gewöhnen, daß in Deutschland nur Österreich das Recht zu einer eigenen Politik hat; je früher Sie das lernen, desto besser für Württemberg." Österreich hat geradezu mit einem Einmarsch französischer Truppen gedroht, und diese Drohung hat Eindruck gemacht. „In vertraulicher Audienz am Kamin in Stuttgart" hat König Wilhelm von Württemberg Bismarck gesagt: „Wir deutschen Südstaaten können nicht gleichzeitig die Feindschaft Österreichs und Frankreichs auf uns nehmen; wir sind zu nahe unter der Ausfallpforte Straßburg und vom

Westen her okkupiert, bevor uns von Berlin Hilfe kommen kann. Württemberg wird überfallen, und wenn ich mich ehrlich in das preußische Lager zurückziehe, so werden die Klagen meiner vom Feinde bedrückten Untertanen mich zurückrufen; das württembergische Hemd ist mir näher als der Rock des Bundes." Immerhin war es den Staaten in diesen Jahren erwünscht, für ihre Friedenspolitik an Preußen einen Halt zu haben. Zu einer dauernden Änderung ihrer Stellung gegenüber dieser Macht hat das doch nicht geführt; sie blieb der Unions- oder gar Kaiserbestrebungen fortgesetzt verdächtig.

3. Beziehungen zu Napoleon III.



Im August 1855 ist Bismarck auf Einladung des preußischen Gesandten Grafen Hatzfeldt zur ersten französischen Weltausstellung nach Paris gereist. Die englisch-französische Vertrautheit erhielt ihren weithin sichtbaren Ausdruck im Besuche der britischen Königin und des Prinzgemahls bei Napoleon III. Preußens Vertreter am Bundestage ist den Majestäten vorgestellt worden: „Napoleon war sehr aimable; er sieht gescheut aus, wie ein Rattengesicht en face gesehen; sie ist schöner als ihre Bilder, Victoria umgekehrt". Gegenüber Zeitvorstellungen, die Napoleon als außergewöhnlich klug und zugleich als den verschlagenen Anstifter alles Unheils in Europa ansahen — „wenn es in Ostasien zur unrechten Zeit regne, wolle man das aus einer übelwollenden Machination des Kaisers erklären" —, gewann Bismarck die Überzeugung, daß er „nicht so klug sei, wie die Welt ihn schätze", daß man „seinen Verstand auf Kosten seines Herzens überschätze"; er sei „im Grunde gutmütig und ein ungewöhnliches Maß von Dankbarkeit für jeden geleisteten Dienst ihm eigen". Es war ein Urteil, das die Folgezeit in der Hauptsache bestätigt hat. Eindruck machten auf ihn damals wie später Schönheit und Geist der Kaiserin: „Sie ist wirklich eine seltene Frau, nicht bloß äußerlich", schrieb er 1857 von seinem zweiten Pariser Aufenthalt. 1862 fand er sie „noch immer eine der schönsten Frauen, die ich kenne, trotz Petersburg; sie hat sich eher embelliert seit fünf Jahren".

Die englischen Herrschaften behandelten ihn mit einer gewissen Zurückhaltung. Sie wußten um seine Russenfreundschaft. Sie sahen die Beweggründe in „absolutistischer und Junkergesinnung", anstatt sie da zu erblicken, „wo sie lagen, nämlich in dem Interesse an der Unabhängigkeit meines Vaterlandes von fremden Einflüssen, Einflüssen, die in unserer kleinstädti-

schen Verehrung für England und Furcht vor Frankreich einen empfänglichen Boden fanden". Beim Prinzgemahl, der gewohnt war, seinen deutschen Standesgenossen lehrhaft seine politischen Meinungen vorzutragen, glaubte Bismarck in der Unterhaltung einen „Anflug von ironischer Überlegenheit durchzufühlen". Am preußischen Hofe hat sein Pariser Besuch eine gewisse Verstimmung erregt, besonders bei der Königin. Der König nahm sein Urteil mit zweifelnder Heiterkeit auf. Bismarck hatte schon 1853, als die Verbindung Napoleons mit Eugenie bevorstand und die Kreuzzeitung darüber lebhaft schalt und spottete, es für durchaus unpolitisch erklärt, Frankreich auf diese Weise zu provozieren.

Die Verstimmung der drei Mächte über Preußens Politik trat noch einmal scharf hervor gelegentlich der Friedensverhandlungen, die 1856 von Anfang Februar bis über die Mitte des April in Paris abgehalten wurden. Sie führten auch zu einem neuen harten Zusammenstoß am Bunde. England unter Palmerstons Leitung widersetzte sich entschieden der Zulassung Preußens zu dem Kongreß. Österreich unterstützte die Weigerung, drückte aber Preußen gegenüber sein Bedauern aus, daß es ihm den Zutritt nicht verschaffen könne. Es verlangte, ehe die Teilnahme irgendwie gesichert war, Beitritt zu dem Friedensprogramme der Mächte und brachte einen entsprechenden Antrag am Bunde ein. Bismarck hat dort und in Berlin, wo man schwankte, dieses Begehren nachdrücklich und unermüdlich bekämpft. „Es ist ohne Zweifel nicht ratsam, zu drei verdächtigen Individuen in ein dunkles Haus zu gehen, dessen Lokalitäten und Schlupfwinkel jenen genau bekannt sind."

Er ist auf harten Widerstand bei seiner Regierung gestoßen. Am 12. Februar schrieb er an Gerlach, daß er nach Empfang einer „Schamade schlagenden Instruktion unter fortwährenden Anfällen gallichten Erbrechens gelitten und ein mäßiges Fieber ihn keinen Augenblick verlassen habe". Preußen würde „nur noch als Pfeil in Buols Köcher auf der Konferenz in Rechnung kommen."

Er ist am Bunde wieder Sieger geblieben. Aber die Pariser Konferenzen haben ihren Fortgang genommen, ohne daß Preußen vertreten war. Erst als es sich um Abänderung des Meerengenvertrags von 1841 handelte, hat man nicht umhin können, es mit hinzuzuziehen, da auch Preußen diesen Vertrag mit unterzeichnet hatte. Vom 18. März ab haben Manteuffel und Hatz-

feldt teilgenommen. Es war nicht nach Bismarcks Sinn: „Wir antichambrierten, um schließlich zur Unterschrift zugelassen zu werden.“ Die Ausschaltung ist nicht ohne Nachteil geblieben für das Ansehen der jüngsten Großmacht. Aber das war vorübergehend; dauernd blieb der Vorteil, daß Preußen und Deutschland ihre Kräfte nicht eingesetzt hatten in einem Kriege, der allein den Fremden hätte Gewinn bringen können.

Napoleon III. hatte sich bei diesen Hergängen weniger preußenfeindlich gezeigt als Englands Regierung. Er hatte früh angefangen, mit Preußen zu rechnen, hatte dabei aber die entschiedene Abneigung Friedrich Wilhelms IV. und seiner nächsten Ratgeber zu überwinden. Die Aufmerksamkeiten, die er Bismarck 1855 in Paris erwies, sind wohl als ein Schritt auf der betretenen Bahn aufzufassen.

Am 3. September 1856 machte die mißglückte Erhebung der Neuenburger preußischen Patrioten unter Führung eines Pourtalès, eines Vetters von Albert, die seit der Revolutionierung des Fürstentums 1848 zwischen Preußen und der Schweiz schwebende Frage der Zugehörigkeit des Ländchens akut. In Berlin trug man sich ernstlich mit dem Gedanken kriegerischen Eingreifens, unterhandelte mit Baden wegen Durchmarsch. Bismarck hat von solchem Beginnen abgeraten. Er fand, daß die Neuenburger Royalisten, die in Berlin zum Kriege drängten, in der Lage eines Freundes seien, „der einem dienstfertig Feuer zur Zigarre geben will und dabei das Haus ansteckt.“ Bei den Verhandlungen stieß man wieder allerorts auf die Gegnerschaft Österreichs, während Napoleon sich eines gewissen Eingehens auf die preußische Auffassung befleißigte. In Paris begannen im März 1857 Konferenzen zur endgültigen Regelung der Frage. Vom 3. bis 22. April ist auch Bismarck dort gewesen.

Der Kaiser hat damals mit offenbarer Berechnung verfängliche Besprechungen über seine Auffassung der Lage mit ihm gepflogen. Er setzte auseinander, daß er die Rheingrenze nicht erstreben könne; sie würde als eine geographische Notwendigkeit die Erwerbung auch Belgiens, Luxemburgs und der Niederlande fordern, die man auf die Dauer gegen Europa nicht halten könne. „Vielleicht werde er unter Umständen zur Befriedigung des Nationalstolzes une petite rectification des frontières verlangen. Frankreich und Preußen seien auf einander angewiesen“. Er erklärte es für

„wünschenswert, Preußens Gebiet durch die Erwerbung Hannovers und der Elbherzogtümer zu konsolidieren, um damit die Unterlage einer stärkeren preußischen Seemacht zu gewinnen. Es fehle an Seemächten zweiten Ranges, die durch Vereinigung ihrer Streitkräfte mit der französischen das jetzt erdrückende Übergewicht Englands aufhöben". Er wünschte Preußens Neutralität für den Fall eines Krieges mit Österreich wegen Italiens; Bismarck „möge über das alles den König sondieren".

So ins Vertrauen gezogen, antwortete Bismarck, daß er „doppelt erfreut sei, daß der Kaiser diese Andeutungen gerade ihm gemacht habe, erstens, weil er darin einen Beweis seines Vertrauens sehen dürfe, und zweitens, weil er vielleicht der einzige preußische Diplomat sei, der es über sich nehmen würde, diese ganze Eröffnung zu Hause und auch seinem Souverän gegenüber zu verschweigen". Er hat darüber tatsächlich nicht berichtet.

Napoleon hat gewünscht, zu einem Besuch in Berlin aufgefordert zu werden. Seinen Vetter, den Prinzen Napoleon (Plonplon), den zweiten Sohn des Königs von Westfalen aus dessen Ehe mit der württembergischen Katharina, der nach dem Tode seines Bruders Jerome (1847) dessen Namen angenommen hatte, schickte er im Mai nach Berlin, eine Einladung des Kaisers dorthin zu erwirken. Bismarck war am 20. April in Paris Gast des Prinzen gewesen. Er war für die Erfüllung des Wunsches, gegen den sich aber das Legitimitätsgefühl des Hofes auf das heftigste sträubte. Es ist darüber zu einer lebhaften und überaus charakteristischen Auseinandersetzung mit Leopold von Gerlach gekommen, dem ein solches Entgegenkommen als eine sträfliche Nachgiebigkeit gegen die Revolution und ihren Vertreter erschien.

Bismarck bestritt, daß Napoleon ihm imponiere. „Die Fähigkeit, Menschen zu bewundern, ist in mir nur mäßig ausgebildet; es ist vielmehr ein Fehler meines Auges, daß es schärfer für Schwächen als Vorzüge ist." Er opfere diesem Manne kein Prinzip, ordne aber Frankreich und seine Legitimität seinem spezifisch preußischen Patriotismus vollständig unter. „Frankreich interessiert mich nur so weit, als es auf die Lage meines Vaterlandes reagiert; wir können Politik nur mit dem Frankreich treiben, welches vorhanden ist, dieses aber aus den Kombinationen nicht ausschließen." Er setzte auseinander, daß Frankreich Frankreich bleibe ohne Rücksicht darauf,

wer dort regiere. Frankreich, nicht seine Regierung, zählt ihm als ein Stein, und zwar ein unvermeidlicher, in dem Schachspiel der Politik, einem Spiel, „in welchem ich nur meinem Könige und meinem Lande zu dienen Beruf habe. Sympathien und Antipathien in betreff auswärtiger Mächte und Personen vermag ich vor meinem Pflichtgefühl im auswärtigen Dienste meines Landes nicht zu rechtfertigen, weder an mir noch an anderen; es ist darin der Embryo der Untreue gegen den Herrn oder das Land, dem man dient. Insbesondere wenn man seine stehenden diplomatischen Beziehungen und die Unterhaltung des Einvernehmens im Frieden danach zuschneiden will, so hört man meines Erachtens auf, Politik zu treiben und handelt nach persönlicher Willkür. Die Interessen des Vaterlandes dem eigenen Gefühl von Liebe oder Haß gegen Fremde unterzuordnen, dazu hat meiner Ansicht nach selbst der König nicht das Recht, hat es aber vor Gott und nicht vor mir zu verantworten, wenn er es tut, und darum schweige ich über diesen Punkt."

Scharf, ja bitter, geht er mit der ganzen derzeitigen preußischen Politik ins Gericht. Preußen brauche nicht notwendig ein Gegner Frankreichs zu sein. „Gefühlspolitik" bezeichnet er als eine „ausschließlich preußische Eigentümlichkeit"; jede andere Regierung nehme allein ihre Interessen zum Maßstabe ihrer Handlungen, „wie sie dieselben auch mit rechtlichen oder gefühlvollen Deduktionen drapieren möge". „Man akzeptiert unsere Gefühle, beutet sie aus, rechnet darauf, daß sie uns nicht gestatten, uns dieser Ausbeutung zu entziehen, und behandelt uns danach, d. h. man dankt uns nicht einmal dafür und respektiert uns nur als brauchbare dupe. Wir treiben keine auswärtige Politik, d. h. keine aktive, sondern wir beschränken uns darauf, die Steine, die in unsern Garten fallen, aufzusammeln und den Schmutz, der uns anfliegt, abzubürsten, wie wir können. Ob wir Absichten und bewußte Ziele unserer Politik überhaupt jetzt haben, weiß ich nicht." Er fordert Gerlach, der doch au fait der preußischen Politik sei, auf, ihm ein solches zu nennen, oder einen Verbündeten, auf welchen Preußen zählen könne, oder „der für uns etwas täte, weil er auf unsern Beistand rechnet oder unsere Feindschaft fürchtet. Wir sind die gutmütigsten, ungefährlichsten Politiker, und doch traut uns eigentlich niemand; wir gelten als unsichere Genossen und ungefährliche Feinde, ganz als hätten wir uns im Äußern so betragen und wären im Innern so krank wie Österreich."

Er weist hin auf die „schlagenden Beweise von Österreichs Perfidie und Unzuverlässigkeit für Bundesgenossen", auf dessen Interesse, „Preußen nicht stärker werden zu lassen, sondern seinen Einfluß in Deutschland zu mindern", auf die Unmöglichkeit, in einem großen Kriege, in dem man Rußland nicht auf seiner Seite habe, sich auf den Deutschen Bund zu verlassen. Preußen werde „im Kriegsfalle, mit der Bundesverfassung in der Hand, allein im Taxisschen Palast übrig bleiben". Er will kein Bündnis mit Frankreich und nicht gegen Deutschland konspirieren; aber er will „andern Leuten",



d. h. Österreich, „den Glauben nehmen, sie könnten sich verbrüdern, mit wem sie wollten, aber wir würden eher Riemen aus unserer Haut schneiden lassen, als dieselbe mit französischer Hilfe verteidigen. Ich erlebte in Paris, daß ein Graf Soundso gegen seine Frau auf Scheidung klagte, nachdem er sie, eine ehemalige Kunstreiterin, zum 24. Male im flagranten Ehebruch betroffen hatte; er wurde als ein Muster von galantem und nachsichtigem Ehemann von seinem Advokaten vor Gericht gerühmt; aber mit unserm Edelmut gegen Österreich kann er sich doch nicht messen". Es rechne mit einem Beistandsbedürfnis Preußens gegen Frankreich; den Glauben daran müsse man ihm benehmen und habe die Möglichkeit dazu.

So sieht Bismarck nur die realen Mächte; Theorien, Sympathien oder Antipathien beirren ihn nicht in ihrer Einschätzung, die er mit fast untrüglicher Sicherheit und Klarheit vollzieht. Dabei lebt er in seiner Pflicht, kennt keine andere als den Dienst seines Staates und seines Königs. Bei einem solchen Manne versteht man den Stoßseufzer, der sich ihm im August 1854 in einem Briefe an den Bruder entrang: „Ich möchte nur auf sechs Monate das Ruder in der Hand haben, um dem Hangen und Bangen in schwebender Pein ein Ende zu machen.“ Er fühlte, daß er die Last tragen konnte, die keiner zu heben vermochte.

Gerlach hat „seines Zöglings“ politische Darlegungen historisch zu widerlegen versucht. Seine Auseinandersetzungen geben ein geradezu erschreckendes Bild der Vorstellungen von weltgeschichtlicher Entwickelung, die sich in dem Kopfe eines so einflußreichen Mannes hatten gestalten können. Wenn heute Sozialisten und Kommunisten ihre Geschichtskonstruktionen aufbauen, kommt kein tolleres Wahngebilde zustande als hier in der fixen Idee, daß alle abendländische Geschichte ein Kampf zwischen Revolution und Christentum sei. Man steht erstaunt vor einem unermeßlichen Abgrunde geschichtlicher Unwissenheit. Bismarcks Antwort ist ein Musterbeispiel vollbewußter, aber doch taktvoller Überlegenheit. So klar wie richtig bestreitet er, daß Feindschaft gegen Revolution ein politischer Grundsatz sein könne; er stellt dieser Behauptung die Wahrheit entgegen, die in seinem Munde Gerlach besonders in die Ohren klingen mußte, die aber, wenn man sich früherer Äußerungen erinnert, kaum überraschen kann, daß „jeder Absolutismus ein fruchtbares Feld für die Saat der Revolution“ sei. Er wollte auch nicht gelten lassen, daß Louis Napoleon die grundsätzliche Revolution sei; das sei vielmehr „seit einer ziemlichen Reihe von Jahren das Gewerbe Englands“, eine Erkenntnis, die an die bekannten Verse erinnert, mit denen Grillparzer die Briten andichtete:

Ihr schwärmet entzückt, mit begeisterten Blicken
Für die Freiheit der Länder, die ohne Fabriken,

wenn Bismarck auch wohl besonders an die englischen Wühlereien in Italien dachte. Und doch hatte er einige Wochen zuvor, auch an Gerlach, geschrieben: „Ich habe, was das Ausland anbelangt, in meinem Leben nur für England

und seine Bewohner Sympathien gehabt und bin stundenweis noch nicht frei davon; aber die Leute wollen sich von uns ja nicht lieben lassen", hatte aber hinzugefügt: „Ich würde, sobald man mir nachweist, daß es im Interesse einer gesunden und wohldurchdachten preußischen Politik liegt, unsere Truppen mit derselben Genugtuung auf die französischen, russischen, englischen oder österreichischen feuern sehen." Er schließt mit einer nochmaligen scharfen Verurteilung der „passiven Planlosigkeit, die froh ist, wenn sie in Ruhe gelassen wird", die man aber „in der Mitte von Europa nicht durchführen kann. Sie kann uns heute eben so gefährlich werden, wie sie 1805 war, und wir werden Amboß, wenn wir nichts tun, um Hammer zu werden. Den Trost des victa causa Catoni placuit kann ich Ihnen nicht zugestehen, wenn Sie dabei Gefahr laufen, unser gemeinsames Vaterland in eine victa causa hineinzuziehen."

Es sind goldene Worte politischer Weisheit, die dem Gedächtnis der obersten Lenker unseres Volkes nie entschwinden dürfen, die der Greis in seinen Gedanken und Erinnerungen auch nicht absichtslos wiederholt hat.

4. Beziehungen zu Berlin. Familie. Frankfurter Leben.

Der Gegensatz zu Gerlach, der hier klar hervortritt, hatte sich doch schon seit langem angebahnt. Schon 1850 hatte er von Erfurt aus an die Gattin geschrieben: „Der geliebte Stahl, noch hat er Perlen für mich; indes die Zeit, wo unsere Wege aus einander gehen, wird doch wohl mit den Jahren kommen." Der Berliner Staats- und Kirchenrechtslehrer jüdischer Herkunft war der konsequenteste, klarste und kenntnisreichste Vertreter der scharf legitimistischen und streng kirchlichen Doktrinen, die unter den politischen Freunden Bismarcks in der Revolutions- und Unionszeit durchaus vorherrschten. Bismarck ist ihnen entwachsen, nicht weil sie ihm die Wege zum Einfluß versperrten, sondern weil er erkennen mußte, daß sie mit der Förderung von Preußens Wohlfahrt und Macht nicht verträglich waren.

Er war schon bald nach dem Beginn seiner Frankfurter Laufbahn in einer inneren Frage mit ihnen in Widerspruch geraten. Der König wünschte 1852 die Umwandlung der Ersten Kammer in ein Herrenhaus durch Ernennung von Pairs. Bismarck hat sie durchsetzen helfen, hat aber dem Könige gegenüber mit seiner Meinung nicht zurückgehalten, daß ihm die Änderung von zweifelhaftem Wert erscheine. Er hat ihr später die Fassung gegeben, daß das Herrenhaus nicht dasselbe Schwergewicht in der öffentlichen Meinung habe wie eine aus Wahlen und Erblichkeit hervorgegangene „Erste Kammer", da man „geneigt sei, in ihm eine Doublüre der Regierungsgewalt und eine parallele Ausdrucksform des königlichen Willens zu sehen". Der Versuch, in der äußeren Politik allein die Gegnerschaft gegen die Revolution und die Illegitimität der Bonaparte zur Geltung zu bringen, mußte den Führer der „Kamarilla" immer mehr von dem jüngeren Freunde entfernen, so lebhaft ihr Verkehr auch fortgesetzt blieb. Dagegen betonen noch die Gedanken und Erinnerungen das dauernde Einvernehmen mit dem altmärkischen Landsmann Gustav von Alvensleben, dem Kommandanten des 4. Armeekorps im französischen Kriege, der Bismarcks Überzeugung von der Notwendigkeit einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Österreich teilte. Ihn und seinen Bruder Konstantin, den Führer des 3. Armeekorps am

16. August 1870, bezeichnet er als „Musterbilder von Generalen"; ersterer habe ihm auf gelegentliche Fragen nach dem Ausgang einer ersten Hauptschlacht zwischen Preußen und Österreichern immer geantwortet: „Wir laufen sie über, daß sie die Beine gen Himmel kehren."

Wieder und wieder ist während der Frankfurter Jahre von einer Ministerstellung Bismarcks die Rede gewesen. Vom Könige sind Äußerungen überliefert, nach denen er sich in Bismarck einen Minister heranbilden wollte und zwar einen Minister mit diplomatischer Schulung, die Manteuffel fehlte. In diesem Sinne ist der erwogene Wiener Posten gedacht gewesen. Bismarck hat sich dem unter Friedrich Wilhelm IV. doch stets entzogen, jedenfalls nichts zur Förderung solcher Pläne getan. Er erzählt in den Gedanken und Erinnerungen, daß der König über den Grafen Pourtalès, der zu Beginn der orientalischen Wirren gegen Manteuffels Wunsch zu antirussischen Verhandlungen nach London geschickt wurde, einmal geäußert habe: „Der wäre ein Minister für mich, wenn er nicht 30000 Reichstaler Einkommen zuviel hätte; darin steckt die Quelle des Ungehorsams", und fügt hinzu, daß er als Minister „mehr als andere dieser Auffassung ausgesetzt gewesen sein würde", und der König obendrein in seinem „Royalismus als wesentlichstes Element den unbedingten Gehorsam gesehen habe". Er konnte nicht wünschen, „Minister zu werden und dadurch in unhaltbare Beziehungen zum Könige zu geraten, einem Herrn, dem man nur mit Hilfe der Religion gehorchen kann". Dabei blieb es, obgleich der König, wie er erzählt, ihm sagte: „Wenn Sie sich an der Erde winden, es hilft Ihnen nicht, Sie müssen Minister werden". Er fürchtete des Königs Unzuverlässigkeit, der hin und her schwankte, Entwürfe billigte und dann doch anders schrieb, wußte auch, daß er „Gehorsam" im Sinne dieses Herrn nicht leisten könne. Als Manteuffel ihm 1856 die provisorische Übernahme des Finanzministeriums anbot, um ihm später das Auswärtige überlassen zu können, antwortete Bismarck mit dem Scherz des witzigen Dechanten von Westminster über Lord John Russell: „Der Mensch würde auch das Kommando einer Fregatte oder eine Steinoperation übernehmen."

Daß die Beziehungen zum Könige das Verhältnis zu Manteuffel erschwerten, war natürlich; es wäre der Fall gewesen, auch wenn keine Meinungsverschiedenheiten bestanden hätten. Schon die Verbindung mit Ger-

lach, die in einem fast ununterbrochenen Briefwechsel ihren Ausdruck fand, mußte diese Wirkung äußern. Der König wurde doppelt, ja dreifach beraten. Es konnte nicht ausbleiben, daß das gute Vernehmen der aus verschiedenen Stellungen zu Rate Gezogenen gestört wurde. Völlig ausgeschlossen ist doch, daß Bismarck Unstimmigkeiten im Interesse eigenen Fortkommens genährt hätte. Er suchte, soweit es sein vaterländisches Pflichtgefühl erlaubte, zu vermitteln. Im August 1857 schrieb er aus Berlin: „Die großen Leute wollen mich gleich ganz hier behalten; denn sowie meine versöhnende Sanftmut den Rücken dreht, knurren sie mit einander".

Bismarck war bisher noch nicht so lange an einem Orte und in einer Stellung gewesen, wie es die Tätigkeit am Bunde mit sich brachte. Auch später ist ihm nur als Minister und Kanzler eine längere Seßhaftigkeit beschieden gewesen. So ist ihm die Mainstadt zwar keine neue Heimat geworden; aber er hat sich in ihre Verhältnisse doch eingelebt und eine gewisse Zuneigung zu ihr gewonnen. Seine Briefe sind voll von den erhaltenen Eindrücken.

Nach seiner Art würzt der Humor die Mitteilungen; er wird nicht so selten zur Satire. Im Mittelpunkt stehen natürlich der Bundestag und seine Angehörigen. Er charakterisiert schon nach wenigen Wochen die einzelnen und meistens richtig, wenn auch nicht allzu günstig. Er „glaubt nicht, daß wir mit dieser ganzen Gesellschaft Deutschland reformieren und Europa durch die Regeneration unseres Vaterlandes staunende Teilnahme ablocken werden". Er findet „keinen Mann von geistiger Bedeutung" unter ihnen. „Die meisten sind wichtigtuende Kleinigkeitskrämer, die die Bundesvollmacht mit ins Bett nehmen", und „bis in die gleichgültigsten Gespräche hinein diplomatisieren, beobachten und zum Bericht notieren". Der Spott über lächerliches Amtsgebaren kehrt in den verschiedenartigsten Wendungen wieder.

Besaß Preußens Vertreter am Bunde Menschenkenntnis und neigte diese Begabung zu scharfer Kritik, so hat das Urteil über die Kollegen auf das Verhalten gegen sie doch nicht mehr Einfluß gewonnen, als die amtliche Stellung erlaubte. Es kam dienstlich zur Wirksamkeit, nicht gesellig. Daß sich unter den Bundestagsgesandten stets mehrere befunden haben, denen Bismarck persönliche Hochachtung nicht versagte, wie besonders die Hannoveraner Schele, Bothmer, Kielmannsegge, der Mecklenburger Oertzen, der

Oldenburger Eisendecher, der Luxemburger Scherff, hat die Lösung der Aufgabe erleichtert. Die zweite deutsche Großmacht hat auch im Frankfurter Gesellschaftsleben ihre Bundespflichten erfüllt nach allen Richtungen, die das Treiben mit sich brachte. Bismarck hat auch das mit der Lauge seines Spottes übergossen, manches, wie das hohe Spielen in mehreren Salons, auch scharf getadelt. Er spricht vom „maßlosen Geselligkeitsbetrieb des Völkchens der Bundesphäaken". Das Benehmen der einheimischen Damen erhält eine sehr böse Zensur. Aber er bewegte sich zwanglos und überlegen in diesem Gewirr von Vergnügungen und Zerstreuungen, das nicht selten wochen- und monatelang sich Tag um Tag wiederholte, innerlich wenig beteiligt, gelegentlich geradezu abgestoßen, aber immer mittätig, verbindlich, ja liebenswürdig. Seine Fähigkeit, den Staatsmann und den Lebemann völlig mit einander zu verschmelzen, entwickelte sich zur höchsten Kunst. Arbeitslust und Arbeitsfähigkeit haben darunter nicht gelitten. „Heute habe ich von 9—8 geschrieben ohne Unterbrechung, ohne zu essen", schreibt er am 24. Juni 1851 an den Bruder. Ähnlich ist es manchmal gegangen. Die Umständlichkeit der Geschäftsbehandlung tat ihr Teil dazu. So ist die übergroße und „langweilige" Geselligkeit auch als Last empfunden worden.

Bismarck hat bis in den Oktober 1851 allein in Frankfurt gelebt, anfangs im Englischen Hof, dann, der hohen Preise wegen, in einer Junggesellenwohnung Hochstraße 45. Als Frau und Kinder kamen, bezog er ein Haus mit Garten an der Bockenheimer Landstraße (Nr. 40, jetzt 104), gut 1000 Schritte vom Tore, das genügend Raum auch für größere Geselligkeit bot. Er hat es schon ein Jahr danach mit einer großen Mietswohnung im Hause des Bankiers Saufferheldt Gallusstraße 19 vertauschen müssen, weil es verkauft worden war. „Es gibt hier", schreibt er im Oktober 1852 an Leopold von Gerlach, „nur drei oder vier vermietbare, für Gesandte, wie Ihr Freund und Diener einer ist, brauchbare Häuser. Wird mir das jetzige (Kauf bricht hier Miete) wieder über dem Kopfe verkauft, was nicht unmöglich ist, so muß ich Se. Majestät bitten, mir statt der Mietsentschädigung ein Zelt überweisen zu lassen, welches ich auf dem preußischen Exerzierplatz aufschlagen kann; sonst läuft Allerhöchstdero Gesandter Gefahr, wegen Obdachlosigkeit ausgewiesen zu werden." Im April 1858 hat Bismarck noch einmal die Wohnung gewechselt,

weil der Eigentümer, reich geworden, das ganze Haus selbst bewohnen wollte. Er ist in ein großes Haus mit Garten Hochstraße 30 gezogen, das jetzt nicht mehr vorhanden ist.

Die Gattin wurde mit der Übersiedelung vor ganz neue Aufgaben gestellt. Sie war nicht zur Weltdame erzogen, hatte sich entsprechenden Pflichten bisher auch entziehen können; jetzt traten sie unausweichlich an sie heran. Der Gatte suchte sie vorzubereiten. Er empfahl ihr alsbald nach seiner Ankunft, sich fleißig mit dem Französischen zu beschäftigen, empfahl es aber schonend, ohne zu fordern. Sie soll sich nur ja nicht die Augen verderben, seinen Rat nicht anders auffassen, „als ob ich Dich bäte, Dir ein grünes oder ein blaues Kleid zu kaufen. Es hängt das Leben nicht daran; Du bist meine Frau und nicht der Diplomaten ihre, und sie können eben so gut Deutsch lernen wie Du Französisch". Nur wenn sie Muße hat, soll sie einen französischen Roman lesen. „Hast Du aber keine Lust, so sieh dies nicht als geschrieben an; denn ich habe Dich geheiratet, um Dich in Gott und nach dem Bedürfnis meines Herzens zu lieben, und um in der fremden Welt eine Stelle für mein Herz zu haben, die all ihre dürren Winde nicht erkälten, und an der ich die Wärme des heimatlichen Kaminfeuers finde, an das ich mich dränge, wenn es draußen stürmt und friert, nicht aber um eine Gesellschaftsfrau für andere zu haben, und ich will Dein Kaminchen hegen und pflegen und Holz zulegen und pusten und schützen und schirmen gegen alles Böse und Fremde; denn es gibt nichts, was mir nächst Gottes Barmherzigkeit teuerer, lieber und notwendiger ist als Deine Liebe und der heimatliche Herd, der überall, auch in der Fremde, zwischen uns steht, wenn wir bei einander sind".

Als Bismarck so schrieb, war noch nicht entschieden, daß er dauernd in Frankfurt bleiben werde. Er wußte, daß die Gesellschaft sein „geliebtes Herz nicht sehr anziehe". „Es ist mir, als täte ich Dir schlimm, daß ich Dich da hinein bringe, aber wie soll ich's vermeiden?" Er malt ihr aus, wie er nun von seinem großen Gehalt (es wurden 18000 Taler an Stelle der bisherigen 21000 bewilligt) „einen großen Train und Hausstand" führen müsse: „Und Du, mein armes Kind, mußt steif und ehrbar im Salon sitzen, Exzellenz heißen und mit Exzellenzen klug und weise sein". Als er nach

einem Hause mit Garten sucht, schreibt er: „Da wird mein Mädchen sehr steif geschnittene Hecke spielen müssen, viel langweilige Gesellschaft sehen, Diners und Bälle geben und erschrecklich vornehm tun", und in Anspielung auf die überkommene Kirchlichkeit: „Was macht Dir das für Eindruck, daß Du bis in die Nacht in Deinem Hause selbst tanzen lassen mußt? Es wird nicht zu vermeiden sein, mein geliebtes Herz; das gehört zum Dienst". Er sieht sich aber auch nach Stützen für sie um, wenn sie „in das kalte Bad der diplomatischen Gesellschaft steigt".

Er hat die Freude und die Befriedigung gehabt, die Gattin völlig in die neue Stellung hineinwachsen, deren Erfordernissen durchaus gerecht werden zu sehen. Auf seinen starken Arm gestützt, bewegte sie sich bald sicher auf dem neuen, glatten Boden; er trat für sie ein; sie war eben „seine Frau". Als Bismarck Anfang Oktober 1855 seine Gemahlin auf Stolzenfels zum ersten Male der Königin vorgestellt hatte und sie im unmittelbaren Anschluß daran von dieser und der Prinzessin von Preußen empfindlich vernachlässigt worden war, aus welcher „Probe ihr unverdorbener hinterpommerscher Royalismus etwas tränenschwer zurückkam", schrieb er an Leopold von Gerlach: „Ihr ritterlicher Sinn wird es natürlich finden, daß ich eine Demütigung meiner Frau schärfer fühle als alles, was mir selbst passieren könnte." Frau von Bismarck ist in der Frankfurter Zeit die anerkannt vollgültige Leiterin und Vertreterin der vornehmen Lebensführung geworden, die von der Stellung ihres Gemahls unzertrennlich bleiben sollte. Die alte patriarchalische Grundstimmung der Bismarckschen Haushaltung hat übrigens der Glanz, der pflichtgemäß entfaltet werden mußte, nicht zu tilgen vermocht. Sie blieb erhalten, obgleich der Herr des Hauses das unter den zwölf „halb männlichen, halb weiblichen Domestiken" nicht so leicht fand wie unter den Leuten von Kniephof oder Schönhausen; sie blieb erhalten insbesondere auch gegenüber den amtlichen, standesgleichen Gehilfen, die fast ausnahmslos Hausfreunde geworden und geblieben sind.

Wenn so in einem Treiben und einer Tätigkeit, die zu Schein und Täuschung geradezu nötigten, das echt Menschliche und tief Sittliche immer wieder zu Geltung und Herrschaft gelangten, so lag das gewiß zum Teil in ererbter wie anerzogener Tüchtigkeit und Gediegenheit, doch aber auch in

dem frommen ungezwungenen Christenglauben, der Bismarck eigen geworden war. Die Mühen des Tages hat oft ein Kapitel aus der Bibel beschlossen. Als im September 1851 sein Mariechen in Reinfeld erkrankt war, schlägt er sich zum Trost einen Psalm auf. Als er im Juli dieses Jahres Wiesbaden besuchte und die Bekenntnisse niederschrieb, die uns ein Hauptzeugnis für seinen dortigen Aufenthalt im Jahre 1837 geworden sind, setzte er hinzu: „Ich begreife nicht, wie ein Mensch, der über sich nachdenkt und doch von Gott nichts weiß oder wissen will, sein Leben vor Verachtung und Langeweile tragen kann, ein Leben, das dahinfährt wie ein Strom, wie ein Schlaf, gleich wie ein Gras, das bald welk wird. Wir bringen unsere Jahre zu wie ein Geschwätz. Ich weiß nicht, wie ich das früher ausgehalten habe. Sollte ich jetzt leben wie damals, ohne Gott, ohne Dich, ohne Kinder — ich wüßte doch in der Tat nicht, warum ich dies Leben nicht ablegen sollte wie ein schmutziges Hemd". Aus Wien tröstet er im Juni 1852 die Gattin, die „mit Angst und Weh an die Erscheinung des neuen Kleinen denkt", mit der liebevollen und glaubenssicheren Mahnung: „Ich habe das feste Vertrauen, daß der Herr unsere Gebete erhören und uns nicht trennen wird, und ich hoffe auch Dich davon zu durchdringen, wenn ich nur erst wieder bei Dir bin, mein Liebling. Mir ist die glückliche Ehe und die Kinder, die mir Gott geschenkt hat, wie der Regenbogen, der mir die Bürgschaft der Versöhnung nach der Sündflut von Verwilderung und Liebesmangel gibt, die meine Seele in früheren Jahren bedeckte. Schon wenn ich einsam bin wie hier, tritt der alte trübe und trostlose Geist der Vergangenheit an mich heran, und ich fühle, wie wenig ich reif bin, ein äußerlich ödes Leben zu tragen. Die Gnade Gottes wird meine Seele nicht fahren lassen, die Er einmal angerührt hat, und das Band nicht zerschneiden, an dem Er mich vorzugsweise gehalten und geleitet hat auf dem glatten Boden der Welt, in die ich ohne mein Begehren gestellt bin. Vertraue freudig, mein Liebling, und bete gläubig; ich habe die Gewißheit, daß ich Dich nicht missen kann, noch lange, lange nicht, und deshalb die Zuversicht, daß Gott Dich mir läßt. Sei nicht bloß still und warte, sondern flehe in dringendem Gebet und vertraue auf Christi Verheißung der Erhörung".

Die christliche Ehe ist Bismarcks Lebensanker geworden und geblieben. Zum Preise seiner Gattin kann Höheres nicht gesagt werden.

Der Erwartete war der zweite Sohn, nach dem Prinzen von Preußen Wilhelm genannt. Ob er am 1. oder 2. August 1852 geboren wurde, „darüber muß abgestimmt werden; er schrie in den Uhrschlag".

Bismarck hat in der Frankfurter Zeit zahlreiche Reisen gemacht. Er ist mehrmals in Reinfeld gewesen. Wiederholt hat er mit der Familie Erholung in einer Sommerfrische gesucht, so 1853 am Genfer See, welchen Aufenthalt er benutzte, Piemont kennen zu lernen. Er staunte über die traurigen Verkehrsverhältnisse in diesem italienischen Musterstaate und über die Presse, die „von uns wie von nordischen Barbaren und Sklaven sultanischer Herrscher spricht", über den „Grad von Dummheit und Unkultur, dessen man bei seinen Lesern sicher sein muß, um so etwas schreiben zu können; alles im rohesten Stil rotester Demokratie" und fügte hinzu: „Die Rodomontaden in der liberalen Partei über die Vortrefflichkeit der hiesigen Staatsmaschine und die Höhe der materiellen Entwicklung sind in unverschämter Weise aus der Luft gegriffen".

Gelegenheit zur Jagd hat er auch als Bundestagsgesandter kaum je vorübergehen lassen; wiederholt war er auch in diesen Jahren in Letzlingen. Hauptanlaß zu den Reisen aber gab die Politik. Überaus zahlreich sind die Besuche an den benachbarten Höfen gewesen; Bismarck hat sich die Gelegenheit, Fürsten und Minister kennen zu lernen, in ausgiebigster Weise zunutze gemacht. Auch ist er in vielen deutschen einzelstaatlichen Fragen tätig gewesen, so besonders 1852 in der hannoverschen Verfassungsfrage. Vor allem aber hat er den Verkehr mit der eigenen Hauptstadt gepflegt.

In den „Gedanken und Erinnerungen" sagt Bismarck, daß er in einem Jahre zwischen Frankfurt und Berlin über Guntershausen 2000 Meilen zurückgelegt habe, „damals stets die neue Zigarre an der vorhergehenden entzündend oder gut schlafend". Die Zahl ist für dieses besondere Hin und Her vielleicht zu hoch gegriffen, ist aber insgesamt gelegentlich in Jahresfrist übertroffen worden. Der österreichisch-ungarischen Reise 1852 folgte im nächsten Jahre eine solche nach Ostende und Norderney, die diplomatische und Erholungszwecke mit einander verband; im voraufgegangenen Winter war er achtmal von Frankfurt nach Berlin und zurück gefahren, was er auf 1400 Meilen berechnete, hatte „außerdem drei Reisen nach Hannover, viele

nach Karlsruhe, Mannheim, Koblenz, Kassel" gemacht; 1854 war Bismarck anläßlich des Krimkrieges besonders häufig in Berlin, 1855, wie erwähnt, in Paris.

Besonders umfassend waren die Reisen des Jahres 1857, wo der Neuenburger Streit zur Entscheidung stand, das „unselige Holstein" wieder die deutschen Kabinette zu beschäftigen anfing und des Königs Krankheit bedenkliche Formen annahm. Bismarck war vom 25. Januar bis 4. März in Berlin, vom 3. bis 23. April in Paris. Am 27. Juli hatte er, eben wieder in Berlin angekommen, beim Exerzieren neben dem Könige reitend, „Anlaß, in die Lenkung des Pferdes im Schritt einzugreifen", weil der König die Besinnung zu verlieren schien. Vom 1. bis 13. August war er bei der Schwester in Kröchlendorf, reiste von dort nach Kopenhagen, wo er Audienz beim Könige hatte. Dann machte er einen zweimaligen Jagdausflug nach Schweden, das zweitemal als Gast des Prinzen Friedrich von Hessen, bis tief in die smaaländischen Wälder-, Klippen- und Seenregion. Am 26. kam er nach Berlin zurück, wohnte am 3. September einer Truppenbesichtigung bei, zu der er „zum ersten Male die eben eingeführte weiße Uniform des Schweren Reiterregiments trug", und brach dann zu einer Elenjagd nach Kurland auf. Er erlegte dort fünf solcher Tiere, darunter einen besonders starken Hirsch. Am 14. war er in Berlin zurück, am 20. aber schon wieder in Darmstadt, wo er, bei der Großherzogin zum Tee geladen, den russischen Kaiser, dem er am 12. Juli beim russischen Gesandten in Frankfurt vorgestellt und von dem er Anfang September durch den St. Annen-Orden I. Klasse mit der Krone ausgezeichnet worden war, zum zweiten Male traf. Er begleitete in den folgenden Tagen den Prinzen von Preußen zu dessen Zusammenkunft mit Napoleon in Baden-Baden, begab sich aber am 1. Oktober schon wieder über Berlin nach Reinfeld. Am 18. nach Berlin zurückgekehrt, hatte er am folgenden Tage auf einem Spaziergange in den Potsdamer neuen Anlagen die Unterredung mit dem Prinzen, über die er in den „Gedanken und Erinnerungen" berichtet. Am 21. reiste er wieder nach Frankfurt.

Die Unterredung bezog sich auf den unvermeidlich gewordenen Regierungswechsel. Der Prinz wollte wissen, ob Bismarck eine Änderung der Verfassung aus diesem Anlaß für angezeigt erachte; der Gefragte riet ab. Am 23. Oktober 1857 ist Prinz Wilhelm durch Allerhöchsten Erlaß auf drei Mo-

nate mit der Vertretung des königlichen Bruders betraut worden. Der Auftrag wurde noch dreimal auf je drei Monate verlängert, bis nach Jahresfrist aus der Vertretung eine Regentschaft wurde. Für Bismarcks weitere Stellung und Wirksamkeit ward jetzt das Verhältnis zum Thronfolger entscheidend.

Es hatte Wandlungen erfahren, seitdem die ersten Beziehungen sich knüpften.

Am 3. Juli 1851 hatte der Prinz in Frankfurt an Herrn von Rochow die Frage gerichtet: „Und dieser Landwehrleutnant soll Bundestagsgesandter werden?" Bismarck war also nicht ganz zutreffend unterrichtet, wenn er am 24. Juni in einem Briefe an den Bruder meinte, der Prinz sei „schon überzeugt, daß seine erste Ansicht, meine Ernennung sei eine Mediatisierung unter Österreich, nicht richtig gewesen", und sei „mit meiner Person ganz ausgesöhnt". Doch mußte gerade dieses Bedenken bald dahinschwinden, und der Prinz war zu sehr an sachliches Urteilen gewöhnt, als daß er nicht ruhig hätte beobachten sollen. Im August fand ihn Bismarck auf gemeinsamer Fahrt von Darmstadt nach Frankfurt „sehr wohlwollend" für sich, „was mir viel Freude macht, denn er ist, abgesehen von allem Äußerlichen, eine edel denkende Seele". Die Begegnungen sind in den nächsten Jahren zahlreich gewesen, in Frankfurt, in Berlin, an dritten Orten; besonders in Fragen der inneren Politik hat Bismarck den Prinzen mehrfach beraten. Zu einem sehr scharfen Zusammenstoß ist es noch einmal aus Anlaß der orientalischen Wirren gekommen. In einer Audienz, zu welcher der Gesandte am 4. März 1854 befohlen war, stellte er der prinzlichen Auffassung die seine in voller Schroffheit entgegen, sprach von Furcht vor Frankreich und Vasallendienst für Österreich und erregte dadurch den Zorn des Prinzen, der mit gutem Grunde solche Redewendungen auf seine Politik nicht angewandt wissen wollte. Er hat in einer Zuschrift an Bismarcks Vorgesetzten dessen Politik als die eines Gymnasiasten bezeichnet. Aber die beiden Männer mußten sich doch wieder finden. In ihrer Grundrichtung waren sie zu sehr einig, und keiner wollte etwas anderes als die Sache.

So ist denn auch Bismarck wie in der Frage der Stellvertretung, so in der weiteren der Regentschaft zur Beratung herangezogen worden. Die Umwandlung stieß auf Schwierigkeiten in der Umgebung des Königs, insbe-

sondere auch bei der Königin. Man suchte Friedrich Wilhelm IV. im Sommer 1858 zu bewegen, sich in einer brieflichen Mitteilung an den Bruder, für die nichts als seine Unterschrift begehrt wurde, für genügend hergestellt zu erklären, die Regierung wieder zu übernehmen. Bismarck, um seine Meinung gefragt, hat sie nach seiner eigenen Erzählung mit den Worten gegeben: „Das würde eine Haremsregierung werden". Als der Prinz am 15. Juli in Baden-Baden durch ihn von dieser Absicht hörte, erklärte er: „Dann würde ich meinen Abschied nehmen". Er war entschlossen, nur als Regent die Geschäfte weiter zu führen, und wurde von Bismarck, der vom 13. August bis 8. September wieder in Berlin war, in diesem Entschlusse bestärkt. Als dann am 7. Oktober die Ernennung des Prinzen erfolgt war, tauchten bei einem Teil der Konservativen Zweifel auf, ob ein Landtagsvotum über die Notwendigkeit einer Regentschaft einzuholen sei; man verneinte das und wollte sich entsprechend verhalten. Da ist Bismarck vom 19. bis zum 26. Oktober wieder in Berlin gewesen und hat als Mitglied des Herrenhauses seine Fraktionsgenossen bewogen, von ihrem Vorhaben abzustehen. Am 26. Oktober 1858 hat der Prinz die Regentschaft angetreten.

Es ist der Beginn der „Neuen Ära". Ein liberales Ministerium unter der Leitung des Fürsten Karl Anton von Hohenzollern trat an die Stelle des Manteuffelschen. Damit verschob sich Preußens deutsche Stellung. Man fing auch in liberalen Kreisen wieder an, mit dem Führerberuf dieses Staates zu rechnen. Sein Beispiel hatte ähnliche innere Wandlungen bei mehreren anderen Regierungen zur Folge. Der politische Puls begann in deutschen Landen wieder rascher zu schlagen, und treibend in ihm blieben die alten Gedanken: Einheit und Freiheit. Entscheidend für die weitere Entwicklung mußte werden, ob und wie der Urheber der „Neuen Ära" und sein Frankfurter Bundestagsgesandte, der für Preußens deutsche Politik in den letzten acht Jahren auf der Schanze gestanden hatte, sich zu planmäßiger Arbeit zusammenfanden.

Beide wollten die Macht und Größe ihres Staates. Beide waren auch konservative Männer, huldigten der Anschauung, daß das, was sie erstrebten, nicht durch die liberalen Neuerungen der letzten Jahre bedingt, etwa ohne sie nicht erreichbar sei. Beide nahmen aber das Gegebene hin. Auch der

Prinz hat nie an eine Rückkehr zur Verfassungslosigkeit gedacht. Doch gingen ihre Ansichten über die Wege, auf denen Preußen zu größerer Macht, zu einer deutschen Führerrolle gelangen könne, auseinander, obgleich beiden dieses Ziel als letztes und höchstes vorschwebte.

Von Bismarck war bekannt, daß er, es zu erreichen, nötigenfalls auch den Krieg mit Österreich nicht scheute. Wenn er 1850 für friedlichen Ausgleich mit dem Kaiserstaat eingetreten war, so war das nur geschehen, weil er in einer Abhängigkeit von einem Unions- oder kleindeutschen Parlament die größere Gefahr für Preußen erblickte, eine Verständigung mit Österreich über die deutschen Angelegenheiten ihm damals im Bereich der Möglichkeit zu liegen schien. Diese Auffassung hatte er in Frankfurt bald aufgeben müssen. Es war ihm klar geworden, daß man Österreich Zugeständnisse in Deutschland nur abzwingen könne. Er schreckte auch nicht vor dem Gedanken zurück, zu diesem Zweck durch Annäherung an Frankreich einen Druck auf Österreich auszuüben.

Eben dadurch aber hatte sich langsam, doch sicher in den Fragen der auswärtigen Politik ein Gegensatz zu den bisherigen Gesinnungsgenossen und nicht nur zu ihnen, sondern auch zu Grundstimmungen weiter liberaler Kreise, ja zum herrschenden nationalen Empfinden Deutschlands herausgebildet. Hier war die Abneigung gegen Frankreich, das Mißtrauen gegen diesen unruhigen Nachbar alles in allem genommen doch die stärkste, die allgemeinste politische Empfindung; das Emporkommen des dritten Napoleon hatte sie neu belebt. In regierenden und streng konservativen Kreisen kam dazu der feste Glaube an Wert und Bedeutung der Legitimität, in deren Interesse man den Usurpator und sein Geschlecht, die Revolution und ihr Geschöpf nicht dulden dürfe. So erschien Schutz vor den Franzosen und ihrem Kaiser als die vornehmste, ja die einzige Aufgabe deutscher Politik. Wie leicht konnte ihre Lösung durch preußisch-österreichischen Streit unmöglich werden!

Im Prinzen waren solche Überzeugungen um so stärker, als sie den Idealen seiner Jugend entsprachen. Er war zwar nicht blind für die Hinterhaltigkeit der österreichischen Politik gegenüber Preußen, hat sie mehrfach betont; doch hatte 1850, als er Preußens Ehre durch Österreich nicht kränken lassen wollte, mehr der Soldat als der Staatsmann gesprochen. Das Mißtrauen der Kleinen gegen Preußen suchte er durch ausgesuchte Loyalität zu

überwinden. Er sah in ihrem ungeschmälerten Bestande auch eine Frage der Legitimität, hoffte sie zu gewinnen durch die Einsicht, daß dieses Prinzip von keinem Staat fester und nachhaltiger vertreten werde als von Preußen. So band er sich in demselben Augenblicke, wo die „Neue Ära" unwillkürlich die Untertanen anzog, den Regierungen gegenüber gleichsam die Hände.

Dem entgegen war Bismarck der Meinung, daß man nicht daheim liberal, nach außen aber starr konservativ regieren könne. Er hielt unentwegt fest an der durchschlagenden Bedeutung einer starken auswärtigen Politik, sah in der Mehrung preußischer Macht die unerläßliche Vorbedingung alles Weiteren. Erfolge draußen erschienen ihm auch als das beste Mittel, inneren Schwierigkeiten zu begegnen. Er baute auf das Vorhandensein und die weitere Entwickelung eines beherrschenden preußischen Staats- und Volksgefühls. Mit wunderbarer Klarheit und Sicherheit hat dieser Mann von seinen ersten politischen Anfängen an die überwältigende Bedeutung der Macht für Bestand und Wohlfahrt eines Volkes erkannt und unentwegt zur Richtschnur seines Handelns genommen, die Einsicht, die, wenn ein Staat bestehen soll, seinen Angehörigen in Fleisch und Blut übergehen muß. Wenn sie heute im deutschen Volke Wurzel zu fassen beginnt, umfassender und fester als je zuvor in unserer Geschichte, so verdanken wir das Bismarck.

Es ist verständlich, daß Bismarcks Auffassung sich nicht alsbald durchsetzte. Es waren die „Bethmänner", die im Ministerium Hohenzollern das Heft in Händen hatten. Der Leiter des Auswärtigen, Schleinitz, stand unter dem Einfluß der Prinzessin von Preußen. Mit Schwerin, der an des alten Flottwell Stelle bald das Ministerium des Innern übernahm, und mit Rudolf von Auerswald hatte er vor zehn Jahren wiederholt die parlamentarischen Klingen gekreuzt. Es konnte nicht ausbleiben, daß Bismarck an der Zentralstelle der deutschen Politik, in Frankfurt, als unbequem empfunden wurde. Es wurde ihm klar, daß seine Stellung schwanke; mochte der Regent auch noch so gern seinen Rat hören, in den deutschen Angelegenheiten, die Bismarck vor allen andern am Herzen lagen, konnte er von ihm zur Zeit keinen Gebrauch machen.

Bismarck hat der Entwickelung der Dinge mit kühler Ruhe zugesehen. „Es ist mir kein Bedürfnis, von vielen Leuten geliebt zu werden", hatte er im Dezember 1857 inmitten des Ringens um Einfluß in der Stellvertretungszeit an Leopold von Gerlach geschrieben; „ich leide nicht an der Zeitkrankheit, der love of approbation, und die Gunst des Hofes wie der Menschen, mit denen ich in Berührung komme, fasse ich mehr vom Standpunkte anthropologischer Naturkunde als von dem des Gefühls auf". Daß die Schwenkung sich nach links vollzog, berührte ihn nicht tiefer. Friede im Innern konnte ja möglicherweise Wirkung nach außen mit sich führen; auf die aber kam es ihm an. Wenn er auch nicht übersah, daß Auerswald die Seele des Ministeriums war, so war er doch geneigt, in der Wahl des Fürsten von Hohenzollern zum Ministerpräsidenten eine Bürgschaft gegen Parteiregierung und „gegen Rutschen nach links" zu erblicken. „Irre ich auch darin, oder will man über mich lediglich aus Gefälligkeit für Stellenjäger disponieren, so werde ich mich unter die Kanonen von Schönhausen zurückziehen und zusehen, wie man in Preußen auf linke Majoritäten gestützt regiert, mich auch im Herrenhause bestreben, meine Schuldigkeit zu tun. Abwechslung ist die Seele des Lebens, und hoffentlich werde ich mich um zehn Jahre verjüngt fühlen, wenn ich mich wieder in derselben Gefechtsposition befinde wie 48 bis 49. Wenn ich die Rollen des Gentleman und des Diplomaten nicht mehr mit einander verträglich finde, so wird mich das Vergnügen oder die Last, ein hohes Gehalt mit Anstand zu depensieren, keine Minute in der Wahl beirren. Zu leben habe ich nach meinen Bedürfnissen, und wenn mir Gott Frau und Kind gesund erhält wie bisher, so sage ich: ‚Vogue la galère', in welchem Fahrwasser es auch sein mag. Nach 30 Jahren wird es mir wohl gleichgültig sein, ob ich jetzt Diplomat oder Landjunker spiele, und bisher hat die Aussicht auf frischen, ehrlichen Kampf, ohne durch irgend eine amtliche Fessel geniert zu sein, gewissermaßen in politischen Schwimmhosen, fast eben so viel Reiz für mich als die Aussicht auf ein fortgesetztes Regime von Trüffeln, Depeschen und Großkreuzen. Nach neune ist alles vorbei, sagt der Schauspieler".

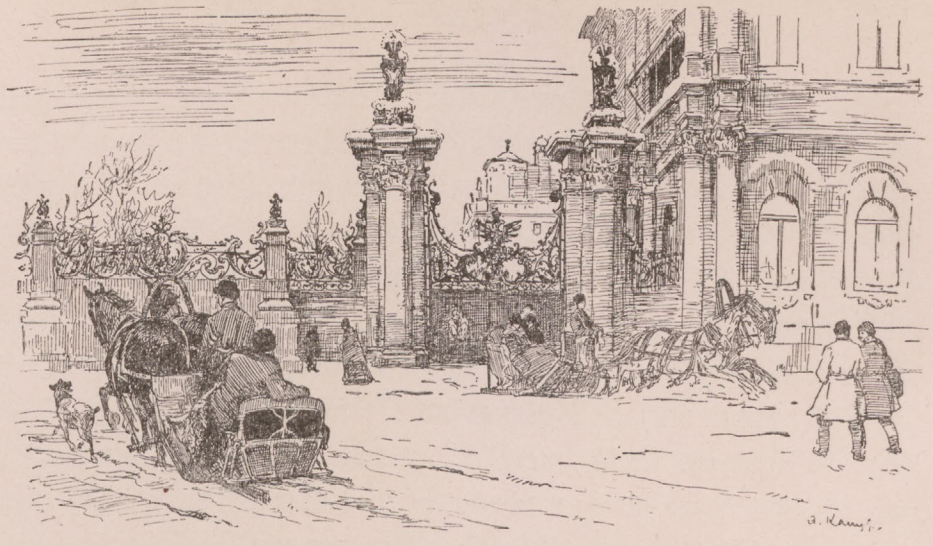
So schrieb er am 12. November 1858 an die Schwester, der gegenüber Gedanken und Worte ihm lebhafter als sonst hervorsprudelten, die „Oberpräsident" sein würde, wenn ihr Mann Präsident wäre. Es war an dem-

selben Tage, an dem er einen Immediatbericht an den König über einen erfreulichen Erfolg in der schleswig-holsteinischen Sache aufsetzen und Glückwünsche entgegennehmen konnte.

Man wird dem Schreiber dieses Ergusses nicht zu nahe treten, wenn man zwischen den Zeilen liest, daß der Wunsch, im Dienst, im Staatsschiff, mit am Ruder zu bleiben, der stärkere war. Im Januar 1859 haben seine Freunde es für möglich gehalten, doch noch ein Ministerium Bismarck, dem auch Roon angehören sollte, zustande zu bringen; er ist auch selbst in Anspruch genommen worden, das durchsetzen zu helfen. Ernstlich hat ihn der Gedanke doch nicht beschäftigt. „Zum Minister hier wäre ich gar nicht zu gebrauchen; ich würde melancholisch über all die Menschenköpfe, die man ansehen und hören muß," schrieb er am 24. seiner Gattin aus Berlin. Es entging ihm nicht, daß der Regent für einen derartigen Versuch zur Zeit nicht zu haben war. Man hat sich nicht rasch entschließen können, was mit dem Frankfurter Bundestagsgesandten anzufangen sei. „Bismarck soll, will aber nicht nach Brüssel oder Madrid," vermerkt Leopold von Gerlach in seinem Tagebuch. Hätte man so entschieden, so wäre wohl der „Rückzug unter die Kanonen von Schönhausen" erfolgt. Der Prinz entschloß sich doch anders. „Jedesmal, wenn ich fort will, handelt man mit mir, ob ich nicht noch zwei Tage bleiben könne. Ich weiß nicht warum; denn es ist hier nichts zu tun, nur daß ich vorbaue, damit wir nicht nach Paris oder Petersburg kommen". Gerade mit der Übertragung des Petersburger Postens aber fand dieser Berliner Aufenthalt am 26. in einer Audienz beim Regenten seinen Abschluß. Drei Tage später erfolgte die amtliche Ernennung zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am kaiserlich russischen Hofe.

Nach des Prinzen eigener Aussage hat „Petersburg immer für den obersten Posten der preußischen Diplomatie gegolten". An Bismarck war wie für Wien, so auch für die Newastadt schon früher gedacht worden. Die Sache kam ihm auch jetzt nicht so ganz unerwartet. Am 10. Dezember 1858 fordert er Schwester und Schwager zu einem Besuche in Frankfurt auf, „ehe ich an der Newa kaltgestellt werde". In den „Gedanken und Erinnerungen" erzählt er, wie er geltend gemacht habe, daß es kaum richtig sei, ihn von Frankfurt weg zu versetzen. Eine mühsam gesammelte Erfahrung in verwickelten, weit verzweigten und zugleich wichtigen Geschäften gehe damit

verloren, da sie an keiner anderen Stelle verwendbar sei. Es war auch nicht nach seinem Sinn, daß zu seinem Nachfolger Herr von Usedom ausersehen war; „er wirkt als Schreckbild 48er Reminiszenz". Bismarck schätzte ihn überhaupt niedrig ein und war noch schlechter auf die ehrgeizige und unruhige Gemahlin, die Olympia, zu sprechen. Es ist auch nicht zu zweifeln, daß ihm die Versetzung mißfiel. „Unsere Gegner hatten ihre besten Bundesgenossen in Berlin und setzten es auch durch, daß ich zur Freude aller Feinde Preußens das Feld räumen mußte," schrieb er drei Jahre später an seinen Chef, den Grafen Bernstorff. Er ist „zuerst in Berlin vor Ärger krank geworden, daß man alles so hinterrücks abgemacht hatte", meldet die Gattin am 26. Februar an Keudell. Trotz allem sind aber die „Kanonen von Schönhausen" nicht in Aktion getreten. Bismarck konnte eines guten Empfanges beim Zaren gewiß sein, und er mußte sich sagen, daß sein Herr nicht so unrecht hatte, wenn er wünschte, bei seinem mächtigen Neffen durch einen Mann vertreten zu sein, an dessen monarchischer Gesinnung nicht gezweifelt werden konnte, und der Potentaten zu begegnen verstand.



5. Petersburg. Der italienische Krieg.

Am 28. Februar 1859 hat Bismarck die Frankfurter Geschäfte an Herrn von Usedom übergeben. Am 23. März brach er von Berlin auf, am nächsten Tage von Königsberg. Bis dahin führte damals die Eisenbahn. Es folgten 96 Stunden Kurierfahrt, nur zweimal von vier bzw. drei Stunden Schlaf unterbrochen, Bismarck, der Enge des Wagens wegen, fast immer auf dem Vordersitz. „Die Werste bekamen Junge". Von Pleskau nach Petersburg ging wieder Eisenbahn. Überall lag tiefer Schnee. „Seit Königsberg sah ich die Erde nicht. Mit sechs und acht Pferden blieben wir buchstäblich stecken und mußten aussteigen. Noch schlimmer waren die glatten Berge, besonders hinunter. Auf 20 Schritt brauchten wir eine Stunde, weil viermal die Pferde stürzten und sich acht unter einander verwickelten". Die Düna ging mit Eis. „Mit vier Stunden Warten und drei Stunden Arbeit kamen wir hinüber". Am 29. März wurde Petersburg erreicht; das Hotel Demidoff nahm den Reisemüden auf. Er ist nach einiger Zeit ins Hotel Demuth übergesiedelt.

Es folgten die Mühen und Sorgen des Umzugs. Die Möbel gingen den Rhein hinab nach Amsterdam, von dort, umgeladen, nach Petersburg. Es mußte erwogen werden, was den Transport lohnte, was besser an der Newa neu angeschafft würde. Die Gattin bewährte Tatkraft und richtigen



Johanna von Bismarck
geborene von Puttkamer
Nach einem Gemälde von Professor Jakob Becker im Schlosse zu Friedrichsruh

Blick. Bismarck hat das Haus Stenbock, das fünfte an der Newa abwärts der Brücke nach Wassili Ostrow, das zum Teil möbliert war, um 7000 Rubel gemietet. Der eigene Hausstand kam endlich auch an. Bismarck erhielt Urlaub, die Seinigen, die inzwischen in Reinfeld gewesen waren, hinüber zu führen. Am 22. Juli war er wieder in Berlin.

Bismarcks Briefe aus dieser Zeit spiegeln nach seiner Art die neuen Eindrücke, die ihn umgaben, mit großer Lebenswahrheit wider. Die hellen Nächte, der rasche Übergang vom Winter zum Sommer, das dann eintretende rasche Wachstum, überhaupt der plötzliche Wechsel der Temperatur fallen ihm auf. Am 6. Juni reist er bei drückender Hitze von Petersburg und gerät auf der Fahrt nach Moskau bei Twer in den Schnee. Er schildert das schnelle, waghalsige Fahren der russischen Kutscher, ihre und der Pferdeknechte Art, beobachtet überhaupt scharfen Auges den gemeinen Mann, in dem sich die nationalen Züge am deutlichsten widerspiegeln. Er ist nicht blind für die Schwächen, besonders die Trunkfälligkeit, sieht aber auch die starken Seiten. In den „Gedanken und Erinnerungen" hat er sich mit einer gewissen Breite über russische Bestechlichkeit ausgelassen; sie spielt in den früheren Äußerungen keine Rolle. Den günstigsten Eindruck gewinnt er von der russischen Gesellschaft. In den „Gedanken und Erinnerungen" hat er sie für die Zeit, zu der er sich in ihr bewegte, in drei Generationen geteilt, deren oberste nach seinem Urteil der „crême europäischer Gesittung angehörte". Mit ihr ist Bismarck vorzugsweise in Berührung gekommen und hat sich gern in ihr bewegt; er rühmt den „vollendeten guten Ton" in Hofkreisen und in der Gesellschaft, besonders bei den Damen. Sie sind dem Greise noch in angenehmer Erinnerung. Gortschakow, den Leiter des Auswärtigen, der den 17 Jahre jüngeren Kollegen zugleich wohlwollend und mit einer gewissen Herablassung als jüngeren Freund behandelte, schließt er ausdrücklich in diesen ausgezeichneten Kreis ein. Die Selbstgefälligkeit des Mächtigen, mit dem er noch so viel zusammenarbeiten sollte, ist Bismarck indes nicht entgangen.

Vor allem aber mußte die kaiserliche Gunst, von der er bald unverkennbare Beweise erhielt, ihm die neue Stellung angenehm machen. Alexander II. hat ihn auf das freundlichste empfangen, ihn überaus zuvorkommend behandelt. Der Gesandte hat genügend Russisch gelernt, um sich mit dem Kaiser auch in dieser Sprache unterhalten zu können; keiner der diplomatischen Kollegen

vermochte das. Über eine Parade am 6. Mai schreibt Bismarck der Gattin: „Der Kaiser widmete sich mir so ausschließlich, als ob er mir die Parade veranstaltete. Bei dem Vorbeimarsch nahm er mich mit vorne neben sich und erklärte mir jede einzelne Truppe, und wo sie ständen und rekrutierten, und wer sie kommandierte". Der Zar nimmt ihn auf der Bahnfahrt mit in seinen Abteil. Am 1. Juli kann Bismarck berichten: „Der Kaiser zeichnet mich in einer Weise aus, die mir die Stellung eines Familiengesandten, wie zur Zeit seines Vaters, gewährt; ich bin der einzige Diplomat, der intimeren Zutritt zu seiner Person hat".

Die Stellung eines Familiengesandten offenbarte sich ganz besonders in der Aufnahme, die Bismarck bei der Kaiserin-Mutter Charlotte, der Schwester seines Königs und des Prinzregenten, fand. Die hohe Frau, eine stattliche, stolze Erscheinung gleich der Mutter und den Brüdern, damals eine angehende Sechzigerin, machte kein Hehl aus der Freude, die sie am Verkehr mit dem Gesandten ihrer Heimat hatte. „Ssudarina Mátuschka, Kaiserin Mutsch, hat für mich in ihrer liebenswürdigen Natürlichkeit wirklich etwas Mütterliches, und ich kann mich zu ihr ausreden, als hätte ich sie von Kind auf gekannt. Sie sprach heute" (28. Juni 1859) „lange und viel mit mir; auf einem Balkon mit Aussicht ins Grüne" (es war in Peterhof), „strickend an einem weiß und roten wollenen Schal mit langen hölzernen Stäben, lag sie schwarz angezogen in einer Chaiselongue, und ich hätte ihrer tiefen Stimme und ihrem ehrlichen Lachen und Schelten gern noch stundenlang zuhören mögen, so heimatlich war mir's. Ich war nur auf zwei Stunden im Frack gekommen, da sie aber schließlich sagte, sie hätte noch nicht Lust, von mir Abschied zu nehmen, ich aber wahrscheinlich schrecklich viel zu tun, so erklärte ich ‚nicht das Mindeste', und sie: ‚Dann bleiben sie doch, bis ich morgen fahre'". Es „verkehrt sich leicht mit ihr trotz dem imposanten Aussehen". Es ist verständlich, daß die Gattin aus seinen Briefen den Eindruck erhielt: „Er wird geliebt von Kaiser und Kaiserin wie ein verwandtes Wesen". Schon in den ersten Tagen hatte Bismarck den Eindruck, daß er als Vertreter seines Staates wohl gelitten sei. „Wenn beim Nachhausefahren in das wartevolle Treppenhaus prusku passlannika (Wagen) hineingeschrien wird, so sehen sich alle russischen Gesichter mit wohlwollendem Lächeln um, als hätten sie eben einen 90gradigen Schnaps hinuntergeschnalzt". Dem

so anziehenden Verkehr mit der Kaiserin-Mutter hat deren Tod (1. November 1860) bald ein Ende gemacht.

Es ist verständlich, daß Bismarck fand: „Alle amtlichen Beziehungen sind im Vergleich zu Frankfurt aus Dornen zu Rosen geworden; ob sie immer blühen werden, ist freilich ungewiß".

Die Blüten konnten sich entfalten unter der Gunst der politischen Lage. Am Neujahrstage hatte der Kaiser der Franzosen beim Empfange des diplomatischen Korps dem österreichischen Gesandten mit dem Ausdruck des Bedauerns eröffnet, daß die Beziehungen seiner Regierung zu der österreichischen nicht so gut wie früher seien. Die hinzugefügte Bitte, seinem Monarchen zu sagen, daß Napoleon unverändert die gleiche persönliche Gesinnung gegen ihn hege, konnte den Ernst der Worte kaum mildern; es war klar, daß die italienische Frage aufgerollt wurde, daß Österreich um seine Stellung auf der Halbinsel werde kämpfen müssen. Zwischen Frankreich und Sardinien war das Nötige verabredet. Viktor Emanuel und Cavour standen bereit, die Lösung der Aufgabe wieder aufzunehmen, an der Karl Albert gescheitert war. Die „Pandorabüchse Italien" war geöffnet.

Es zeigte sich bald, daß Österreichs diplomatische Lage schwierig war. Ein englischer Vermittlungsversuch lief auf Zugeständnisse hinaus, die man in Wien nicht machen wollte, auch nicht machen konnte, ohne sich von vornherein aufzugeben. Seinem Einfluß in den kleinen italienischen Staaten hätte Österreich allenfalls entsagen können; aber eine nationale Reorganisation Lombardo-Venetiens wäre gleichbedeutend gewesen mit der Loslösung dieser Landesteile von der Habsburgischen Monarchie. Rußland war völlig beherrscht von der Mißstimmung über Österreichs Haltung im Krimkriege. Bismarck schildert sie am 6. April: „Wie die Österreicher hier drunter durch sind, davon hat man gar keine Idee; kein räudiger Hund nimmt ein Stück Fleisch von ihnen. Man wird es von hier doch dazu treiben oder kommen lassen, daß der Krieg ausbricht, und ihnen dann das Bajonett in den Rücken rennen. So sehr man auch friedlich spricht, und so sehr ich pflichtschuldigst begütige, der Haß ist ohne Maßen und übersteigt alle meine Vermutungen. Erst seit ich hier bin, glaube ich an Krieg; die ganze russische Politik scheint keinem anderen Gedanken Raum zu geben als dem, wie man Österreich ans Leben

kommt. Selbst der ruhige, sanfte Kaiser gerät in Zorn und Feuer, wenn er davon spricht, auch die Kaiserin, die doch Darmstädter Prinzessin ist, und die Kaiserin-Mutter hat etwas Ergreifendes, wenn sie von dem gebrochenen Herzen ihres Mannes spricht und von Franz Joseph, den er als Sohn geliebt, ohne Zorn eigentlich, aber als wie von einem der Rache Gottes Verfallenen".

Nach dem Scheitern des englischen Versuchs hat trotzdem auch Rußland eine Vermittelung angeboten. Sie war schon gegenstandslos geworden, als Bismarck nach Petersburg kam. Österreich hat am 22. März verlangt, daß Sardinien vorher abrüste, was natürlich nicht zugestanden wurde. Am 19. April forderte es in einem Ultimatum eine bestimmte Erklärung über die Abrüstung. Da Sardinien sie nicht gab, gingen die Österreicher in der Nacht vom 29. zum 30. April über den Tessin und eröffneten den Krieg. Einen Monat konnten sie sich im feindlichen Lande halten. Als die französischen Streitkräfte herangerückt waren, mußten sie sich „rückwärts konzentrieren", eine Redewendung, die infolge ihres damaligen Gebrauchs durch den Kommandierenden Gyulay ein geflügeltes Wort geworden ist. Links vom Tessin, auf österreichischem Boden, erlitten sie dann am 3. Juni die Niederlage von Magenta, der drei Wochen später, am 24., der große Sieg der Franzosen und Piemontesen rechts vom Mincio bei Solferino folgte.

Es konnte nicht anders sein, als daß diese Hergänge in Deutschland unter heftigster Erregung miterlebt wurden. Die jedermann, auch dem letzten im Volke, zugängliche Grundanschauung war doch die des unausgleichbaren Gegensatzes zu einem napoleonischen Frankreich. Wie konnte es anders sein, als daß seine Erfolge Deutschlands Selbständigkeit und Bestand bedrohten? Dazu kamen die alten Sympathien für Österreich, „an Ehren und an Siegen reich", für die „Kaiserlichen", die doch so oft für Deutschland gegen Frankreich gestritten hatten. Besonders im Süden unseres Vaterlandes waren diese Überlieferungen lebendig; was katholisch war, empfand naturgemäß für die alte Vormacht Deutschlands. Der Gedanke, daß es sich in diesem Kriege doch auch um Italiens nationale Selbständigkeit handele, und daß die Lösung dieser Frage mit Deutschlands festerer Einigung in engem Zusammenhange stehe, gewann diesen Strömungen gegenüber nur in kleine-

ren Kreisen Raum. Er wurde zudem auch zurückgedrängt durch die offenkundige Tatsache, daß Napoleon einen geeinigten italienischen Staat gar nicht wollte, daß es ihm nur auf Schwächung Österreichs und Mehrung der eigenen Macht, vor allem durch Verdrängung des österreichischen Einflusses aus der Halbinsel, ankam.

Es war natürlich, daß sich in dieser Lage alle Blicke auf Preußen richteten. Seine Haltung mußte entscheidend werden für die Deutschlands. Die öffentliche Meinung des Landes entsprach weit überwiegend der allgemein deutschen; in den leitenden Kreisen waren die Ansichten geteilt. Zu den Erinnerungen an Preußens Not und Befreiung, die unverlöscht waren, kam die Vorstellung vom pflichtgemäßen Kampfe gegen die Revolution und alles, was aus ihr hervorgegangen, wie sie die Kreise um Friedrich Wilhelm IV. fortgesetzt beherrschte. Es bedurfte einer gewissen kühlen Ruhe, um dem gegenüber daran festzuhalten, daß man Preußens Kräfte nicht allein für Österreich und Deutschland, sondern auch für den eigenen Staat einzusetzen habe, daß der Kampf für die Legitimität sich zu einer Art Donquixotterie gestalten würde, wenn er nicht zu einer Stärkung Preußens führe.

Wie Bismarck sich zu dieser Frage stellte, liegt auf der Hand. Es war die Lehre, die er von jeher gepredigt hatte: „Wir sind nicht reich genug, um unsere Kräfte in Kriegen aufzureiben, die uns nichts einbringen". Er war aber „in großer Sorge, daß wir uns schließlich mit dem nachgemachten 1813 von Österreich besoffen machen lassen und Torheiten begehen. Sobald wir uns einmischen, wird natürlich für Frankreich der deutsche Krieg Haupt- und der italienische Nebensache und die Parteinahme Rußlands für Frankreich unvermeidlich." Gegenüber einem russisch-französischen Bündnis gegen Preußen und Österreich vergegenwärtigte er sich fortgesetzt die Gefahr des sauve qui peut der deutschen Mittel- und Kleinstaaten. Sie würden ihre Stellung nehmen, wie der Trieb der Selbsterhaltung sie anweise. Halte man zurück, so habe man es in der Hand, den Krieg auf Italien zu beschränken und Österreichs deutsche Besitzungen davor zu sichern.

Daß Bismarck als Vertreter Preußens am Zarenhofe der österreichischen Politik im höchsten Grade unbequem war, versteht sich von selbst. Sie hat das Mögliche versucht, ihn einerseits zu beeinflussen, anderseits anzuschwärzen. In den „Gedanken und Erinnerungen" erzählt Bismarck von einem öster-

reichischen Bestechungsversuch, dessen Werkzeug Levinstein er erst zum Rückzug aus seiner Wohnung bewegen konnte, als er es „auf die Steilheit der Treppe und auf seine körperliche Überlegenheit aufmerksam machte". Ehe er noch seine Stellung angetreten hatte, suchte man ihn in Berlin selbst in Mißkredit zu bringen, weil er in Frankfurt lebhaften Verkehr mit den Gesandten Napoleons und Viktor Emanuels gepflogen habe; man verdächtigte ihn als Verfasser eines österreichfeindlichen Pamphlets „Preußen und die italienische Politik". Die übliche Zeitungsfehde gegen den „Junker" wurde mit gesteigerter Lebhaftigkeit geführt. Es war bei der herrschenden Stimmung so leicht, ihn als Vaterlandsverräter zu brandmarken. Müller und Schulze ließen ihn im Kladderadatsch bei seinem Frankfurter Abschiedsessen einen Toast auf die Allianz Preußens mit Frankreich ausbringen, was Bismarck veranlaßte, in einem launigen Briefe an den Redakteur Ernst Dohm, sich „vor dem Forum eines Instituts, dem ich so viele angenehme Momente verdanke wie dem Ihrigen, von dem Verdachte einer so groben Geschmacklosigkeit zu reinigen". Seine deutschen Kollegen „verpetzten und verklatschten" ihn am russischen Hofe. „Der König von Hannover hat neulich seinen Minister mit der Spezialmission nach Berlin geschickt, meine Abberufung als europäisches Bedürfnis zu verlangen". Dort „intrigieren Österreich und alle lieben Bundesgenossen, um mich von hier wegzubringen, und ich bin doch so artig". Verschärft wurde der Gegensatz, als Herr von Rechberg, mit dem Bismarck am Bundestage so manchen scharfen Zusammenstoß gehabt hatte, am 17. Mai 1859 an Stelle Buols die Leitung des Auswärtigen in Österreich übernahm. Bismarcks Frankfurter Legationsrat Wentzel schrieb ihm: „Es gibt keinen verbisseneren Preußenfeind, schon beim Nennen Ihres Namens soll er die Lippen krampfhaft zusammenziehen".

Noch ehe die italienische Wetterwolke allen sichtbar am Horizont emporstieg, hatte Österreich sich zu decken gesucht. Es hatte im Juni 1858 in Berlin einen Garantievertrag zwischen Österreich, Preußen und dem Deutschen Bunde beantragt; er würde Österreichs italienische Stellung gesichert haben. Das ist doch von Manteuffel wie vom stellvertretenden Prinzen als eine Zumutung empfunden worden. Der Prinz fand diesen „letzten Versuch wahrhaft unverschämt". Bismarck aber, noch in Frankfurt, meinte: „Wenn sich jemand

lange besänne auf den dümmsten Streich, so müßte er, wenn ein klarer Kopf, auf einen solchen Garantievertrag kommen". Noch vor Beginn des Krieges sind aber in Deutschland auf Preußens Anregung militärische Maßnahmen getroffen worden. Es hat selbst drei Armeekorps mobilisiert und am 23. April in Frankfurt Marschbereitschaft für die gesamte Bundesarmee beantragt. Als Österreich den Krieg eröffnete, rechnete es mit einem preußisch-deutschen Vorstoß am Rhein, um so „gleich von zwei Seiten auf Paris zu gehen". Die von Hannover auf Österreichs Betreiben beantragte Aufstellung eines Bundeskorps am Oberrhein, das die Franzosen nach Deutschland gezogen haben würde, hat Preußen aber verhindert.

Nach der Schlacht bei Magenta ging man doch weiter. Am 14. Juni erfolgte die volle Mobilmachung; in Frankfurt wurde sie für das Bundesheer beantragt. Der Prinzregent hatte sich zu einer bewaffneten Vermittlung entschlossen. Er dachte an eine Autonomie Lombardo-Venetiens unter einem Erzherzog; Rechte außerhalb dieses Gebietes sollte Österreich in Italien nicht mehr ausüben. Für den Kriegsfall verlangte er aber die Führung der Bundesarmee; die wollten Österreich und die Mehrheit der Bundesfürsten doch nur zugestehen nach Maßgabe der Bundeskriegsverfassung, also in Abhängigkeit von Frankfurt. Es ward erstrebt, was Bismarck befürchtet hatte, daß „eine Frankfurter Majorität über die preußische Armee disponiere". An demselben Tage, an dem Österreich in diesem Sinne einen Antrag am Bunde einbrachte, 7. Juli, hat sein Kaiser sich mit einem Waffenstillstand einverstanden erklärt. Vier Tage später ist der Friede von Villafranca geschlossen worden. Franz Joseph hat lieber die Lombardei geopfert, als Preußen Zugeständnisse gemacht, die dessen Stellung in Deutschland hätten stärken müssen.

Bismarck ist dieser Entwicklung der Dinge mit lebhaftester Sorge gefolgt, die sich durch die Entfernung und die Unsicherheit des Briefverkehrs noch steigern mußte. „Unsere Politik verstimmt mich", schreibt er am 19. April, „wir bleiben Treibholz, auf unseren eigenen Gewässern planlos umhergeblasen von fremden Winden. Wie selten sind doch Leute von eigenem Willen in einer so achtbaren Nation wie die unsrige! Wir lieben die Leporellorolle und Österreich die des Don Juan", und am 24. Mai: „Wir werfen das Brot mit dem Rockschoß auf die Butterseite und merken's noch kaum, wenn's

liegt". Besonders eindringlich hat er seinem Vorgesetzten, dem Minister des Auswärtigen von Schleinitz, darzulegen versucht, daß es durchaus nötig sei, die Gelegenheit zu benutzen, um Preußens Stellung in Deutschland zu verbessern. Er verhehlte nicht, daß er in Preußens Bundesverhältnis ein Gebrechen sehe, „welches wir früher oder später ferro et igni werden heilen müssen, wenn wir nicht beizeiten in günstiger Jahreszeit eine Kur dagegen vornehmen". Er ist überzeugt von Preußens Recht und vertraut auf Preußens Kraft: „Wenn heute lediglich der Bund aufgehoben würde, ohne daß man etwas an seine Stelle setzte, so glaube ich, daß schon auf Grund dieser negativen Errungenschaft sich bald bessere und natürlichere Beziehungen Preußens zu seinen deutschen Nachbarn ausbilden würden als die bisherigen. Das Wort deutsch für preußisch möchte ich erst dann auf unsere Fahne geschrieben sehen, wenn wir enger und zweckmäßiger mit unsern übrigen Landsleuten verbunden wären als bisher; es verliert von seinem Zauber, wenn man es schon jetzt, in Anwendung auf den bundestäglichen Nexus, abnützt". Nach Solferino bedauert er die österreichischen Soldaten: „Sie tun mir ehrlich leid mit ihrem Unglück; aber für das Kabinett wird die Lektion kaum stark genug sein, um es zu einer ehrlicheren Politik gegen uns zu vermögen". Er meint: „Wir hätten ihnen wohl beigestanden, wenn wir zu ihnen auch nur so viel Zutrauen hätten haben können, daß sie uns nicht, während wir für sie kämpften, verraten haben würden. Weniger Frankreich als Österreich würde ich von dem Augenblicke an fürchten, wo wir den Krieg auf uns nähmen".

Außerordentlich nahe liegt auch hier wieder die Frage, ob Bismarck in diesem Zeitpunkte preußisch oder deutsch dachte, ob ihm nur ein vergrößertes Preußen oder auch ein geeinigtes Deutschland vorschwebte. Die Antwort lautet weder ja noch nein, doch aber klar genug. Er war Preuße und wollte seinen Staat groß und stark. Aber dieses nähere Ziel verschmolz ihm völlig mit dem ferneren. Es war für ihn nicht erreicht, wenn mit Preußens nicht auch Deutschlands Bestand gesichert war. Mit seinem untrüglichen Blick für das Wirkliche erkannte er, daß ein starkes Deutschland nur unter Preußens Führung, gestützt und gehalten von diesem Staate, möglich war. Sollte österreichische Führung je Leben gewinnen, so müßte ihr Preußens Zertrümmerung vorausgehen. Das hatte die Geschichte so gewollt; die Mon-

archie Friedrichs des Großen und der Befreiungskriege war nur mit Blut aufzulösen, wie sie mit Blut gekittet war. Wer den unseligen Dualismus beseitigte, sicherte Frieden und Wohlfahrt der Nation. Der Mann, der Preußens Kräfte dieser Aufgabe dienstbar machte, mußte Deutschlands Einiger werden. Auf anderem Wege war zu diesem Ziele nicht zu gelangen.

6. Krankheit. Die deutsche Frage.

Inmitten der italienischen Wirren schreibt Bismarck der Gattin einmal: „Die Arbeit in Frankfurt war Kinderspiel gegen hier." Zu den Pflichten des Gesandten gehörte auch die Vertretung der „40000 Preußen", die Rußland barg. Nach seiner Art hat Bismarck seiner Arbeitskraft das Äußerste zugemutet. Im Juni 1859 erkrankte er ernstlich.

Als ersten Anlaß der Krankheit hat Bismarck selbst einen Unfall angesehen, der ihm im August 1857 auf der Jagd in Schweden zugestoßen war. Er war gefallen und hatte das linke Schienbein und Knie nicht unerheblich verletzt, dem Schaden aber in seinem Tätigkeitsdrange wenig Sorgfalt gewidmet, so daß die Stelle „der locus minoris resistentiae wurde". Infolge eines Anfalles von Rheumatismus, den Bismarck sich im Juni 1859 in dem gefährlichen Petersburger Klima zuzog, schmerzte sie erneut. Bismarck stand im Begriff, nach Deutschland zu reisen, seine Familie herüber zu holen. Ein deutscher aus Heidelberg stammender Arzt, der in Petersburg ansässig geworden war, riet ihm, das Übel vorher zu beseitigen; das Mittel sei ein ganz leichtes; er werde ein Pflaster in die Kniekehle legen, welches in keiner Weise belästige, nach einigen Tagen von selbst abfalle und nur eine Röte hinterlassen werde. „Vier Stunden, nachdem ich das Pflaster aufgelegt und fest geschlafen hatte, wachte ich über heftige Schmerzen auf, riß das Pflaster ab, ohne seine Bestandteile von der schon wund gefressenen Kniekehle entfernen zu können. Walz kam einige Stunden später und versuchte mit irgend einer metallischen Klinge die schwarze Pflastermasse aus der handgroßen Wunde durch Schaben zu entfernen. Der Schmerz war unerträglich und der Erfolg unvollkommen. Die korrosive Wirkung des Giftes dauerte fort".

So erzählt Bismarck in den „Gedanken und Erinnerungen". Er fügt hinzu, der Arzt habe „mit entschuldigendem Lächeln versichert, die Salbe sei wohl etwas zu stark gepfeffert worden; es sei ein Versehen des Apothekers". Dieser erklärte, „der Hauptbestandteil der Salbe sei der Stoff ge-

wesen, den man zur Herstellung von sogenannten immerwährenden spanischen Fliegen verwende". Das Rezept, das von ihm eingefordert wurde, hatte er dem Arzt auf dessen Verlangen zurückgegeben, dieser es aber nicht mehr im Besitz. „Seine Salbe hatte eine Vene zerstört, und ich habe viele Jahre lang schwer daran gelitten".

Diese Erzählung ist nicht ganz in Einklang zu bringen mit dem, was der Erkrankte am 25. Juni 1859 an die Gattin, am 29. an die Schwester berichtete; sie erfährt eine starke Einschränkung bzw. Ergänzung, was doch wohl aus der Entstehungsart der Selbstbiographie zu erklären ist. Bismarck schrieb der Gattin am erstgenannten Tage: „Hexenschüsse in seltener Vollkommenheit bemächtigten sich meiner Glieder von verschiedenen Seiten her, und nachdem ich sie anfangs nicht hatte anerkennen wollen, wußten sie sich schließlich so bemerklich zu machen, daß ich bald fest lag oder vielmehr saß; denn mit dem Liegen war es nicht immer leicht, je nachdem diese nomadisierenden Peiniger gerade ihren Sitz im Rücken statt in Beinen und Rippen wählten. Ich bin von den sanfteren Mitteln des Senfes zu denen des Schröpfens und der spanischen Fliege gestiegen und habe die Russen in der Handhabung dieser Operationen nicht ganz frei von der Roheit gefunden, die von meiner politischen Sympathie so gern in das Register tendenziöser Erfindungen verwiesen wurde. Ich glaube jetzt auch an Knute, obschon ich noch keine gesehen habe. Jetzt freue ich mich wieder des freien Gebrauchs meiner Glieder; aber ich bin von Wunden und Schwären bedeckt wie Lazarus", und im Briefe an die Schwester vom 29. Juni heißt es: „Ärger, Klima und Erkältung trieben ein ursprünglich unscheinbares Gliederreißen vor etwa zehn Tagen auf die Höhe, daß mir der übliche Atem nicht mehr ausreichend zufloß und nur unter sehr schmerzhaften Anstrengungen einzuziehen war. Das Übel, rheumatisch-gastrisch-nervös, hatte sich in der Lebergegend eingenistet und wurde mit massenhaften Schröpfköpfen wie Untertassen und spanischen Fliegen und Senf über den ganzen Leib bekämpft, bis es mir gelang, nachdem ich schon halb für eine bessere Welt gewonnen war, die Ärzte zu überzeugen, daß meine Nerven durch achtjährigen ununterbrochenen Ärger und stete Aufregung geschwächt wären und weiteres Blutabzapfen mich mutmaßlich typhös oder blödsinnig machen würde. Gestern vor acht Tagen (21. Juni) war's am schlimmsten; meine gute Natur hat

sich aber rasch geholfen, seitdem man mir Sekt in mäßigen Quantitäten verordnet hat".

Die gedrückte Stimmung dieser Tage, die wesentlich mitbestimmt wurde durch die Sorge um die heimische Politik, spiegelt sich deutlich wider im Briefe an die Gattin vom 2. Juli: „Ich sehe sehr trübe in die Zukunft; unsere Truppen sind nicht besser als die österreichischen, weil sie nicht halb so lange dienen als diese; und die deutschen Truppen, auf deren Beistand wir rechnen, sind meistens ganz erbärmlich, und ihre Regierungen fallen, wenn es uns schlecht geht, ab wie dürre Blätter im Winde. Aber Gott, der Preußen und die Welt halten und zerschlagen kann, weiß, warum es so sein muß, und wir wollen uns nicht verbittern gegen das Land, in welchem wir geboren sind, und gegen die Obrigkeit, um deren Erleuchtung wir beten. Nach 30 Jahren, vielleicht viel früher, wird es uns eine geringe Sorge sein, wie es um Preußen und Österreich steht, wenn nur Gottes Erbarmen und Christi Verdienst unsern Seelen bleibt. Ich schlug mir gestern Abend beliebig die Schrift auf, um die Politik aus dem sorgenvollen Herzen los zu werden, und stieß mit dem Auge zunächst auf den 5. Vers des 110. Psalms[1]. Wie Gott will, es ist ja alles doch nur eine Zeitfrage, Völker und Menschen, Torheit und Weisheit, Krieg und Frieden; sie kommen und gehen wie Wasserwogen, und das Meer bleibt. Was sind unsere Staaten und ihre Macht und Ehre vor Gott anders als Ameisenhaufen und Bienenstöcke, die der Huf eines Ochsen zertritt oder das Geschick in Gestalt eines Honigbauern ereilt. . . . . Leb' wohl, mein süßes Herz, und lerne des Lebens Unverstand mit Wehmut genießen; es ist ja nichts auf dieser Erde als Heuchelei und Gaukelspiel, und ob uns das Fieber oder die Kartätsche diese Maske von Fleisch abreißt, fallen muß sie doch über kurz oder lang, und dann wird zwischen einem Preußen und einem Österreicher, wenn sie gleich groß sind wie etwa Schreck und Rechberg, doch eine Ähnlichkeit eintreten, die das Unterscheiden schwierig macht; auch die Dummen und die Klugen sehen, proper skelettiert, ziemlich einer wie der andere aus. Den spezifischen Patriotismus wird man allerdings mit dieser Betrachtung los; aber es wäre auch jetzt zum Verzweifeln, wenn wir auf den mit unserer Seligkeit angewiesen wären".

[1] Der Herr zu Deiner Rechten wird zerschmeißen die Könige zur Zeit seines Zorns.

Ergreifender kann der Starke, der zur Ohnmacht verdammt den Dingen zusehen muß, nicht zum Ausdruck bringen, was ihn bewegt, ergreifender nicht, aber auch kaum gefaßter. Auch im tiefen Schmerz verläßt diesen Mann nicht der Humor; die Tränen rinnen über lächelnde Züge.

Die Anstrengungen der Reise hat Bismarck überstanden; am 22. Juli war er in Berlin, konnte dort aber erst am 31. zum ersten Male ausfahren. Als er in diesen Tagen „dringend nach Musik verlangte und die Gattin ihn eines Morgens, nachdem er aufgewacht war, auf einem heimlich beschafften Klavierchen mit einem Choral überraschte, brach er in helle Tränen aus vor Freude und Wehmut". In dem Briefe, in dem seine Johanna dies Keudell mitteilte, fügt sie hinzu: „Daran können Sie abmessen, wie furchtbar elend er durch und durch gewesen". Am 3. August schreibt er dem Bruder: „Ich fahre heute nach Wiesbaden, wo ich vier Wochen bleiben soll. Wie die Reise gehen wird, weiß ich noch nicht. Das Gehen wird mir noch sehr sauer, und im Kopf bin ich benommen, nervös aufgeregt; ich habe mich zu viel geärgert und manchmal drei Tage nicht geschlafen und kaum gegessen". In Wiesbaden und dann in Nauheim blieb er mit der Gattin bis zum 7. September; nach Berlin zurückgekehrt, mußte er aber schon am 10. wieder zum Prinzregenten nach Baden-Baden. Am 24. schreibt er aus Berlin, wo er Tags zuvor wieder angekommen war, an den Bruder: „Ich bin in den Nerven noch sehr der Schonung bedürftig, die man mir mit Opium und Jod vollständig ruiniert hat. Ich bin z. B. jetzt über alle die Leute, die seit Anfang dieses Briefes" (bis dahin 14 Druckzeilen) „bei mir geklopft und mich mit Fragen und Rechnungen geärgert haben, in solcher Wut, daß ich in den Tisch beißen könnte", und an demselben Tage an die Schwester: „Je suis à bout de mes forces. Das linke Bein ist noch schwach, wird vom Gehen dick; die Nerven sind von der Jodvergiftung noch nicht erholt; ich schlafe noch schlecht, und nach den vielen Leuten und Dingen, die ich heute ge- und besprochen habe, bin ich matt und erbittert, ich weiß nicht worauf. Aber ich habe doch wieder andere Weltanschauungen wie vor sechs Wochen, wo mir am Weiterleben wenig gelegen war, und die Leute, die mich damals hier gesehen haben, sagen, daß sie nicht geglaubt haben, dieses Vergnügen heute noch zu haben".

Am 27. war des Schwiegervaters Geburtstag; er war in Reinfeld — „sonst kratzt mir Johanna die Augen aus" —, konnte dort auch bis zum 14. Oktober bleiben; Johanna befiel ein schweres Halsleiden, so schlimm, wie es noch nie gewesen war. Der Gatte hatte am 17. Oktober wieder in Berlin zu sein, um von dort den Prinzregenten zur Zusammenkunft mit Kaiser Alexander II. nach Warschau und weiter beide Fürsten nach Breslau zu begleiten. Am 25. war er zurück in Berlin, am 29. wieder in Reinfeld. Er rüstete zur Rückkehr nach Petersburg. „Ich werde mich in den Bärenpelz wickeln und einschneien lassen und sehen, was nächsten Mai beim Tauwetter von mir und den Meinigen übrig geblieben ist". Von Warschau hatte er schon geschrieben: „Ich ruiniere mich in Pelzwerk".

Er hat die Reise nicht machen können. Nach der zweiten Nacht, die er in Hohendorf, einem Gute des ihm lebenslänglich politisch treu befreundeten Herrn von Below nicht weit von Preußisch-Holland, zubrachte, mußte er liegen bleiben. Der Besitzer war mit der Puttkamerschen Familie nahe befreundet. Eine Lungenentzündung warf den noch Geschwächten nieder und fesselte ihn und die Seinigen bei den Gastfreunden durch den ganzen Winter. Aus den nächsten drei Monaten haben wir keine Äußerung von ihm selber. In einem Briefe vom 30. Januar schreibt die Gattin an Keudell: „Zwölf Wochen sind wir nun hier, und was Liebe und Güte irgend auf der Welt zu leisten vermögen, das haben wir hier in überreichem Maße von der ersten Stunde an jeden Augenblick erfahren, so daß kein Mund genug davon rühmen, kein Herz genug dafür danken kann. Aber ebenso ist's auch nimmer zu beschreiben, was wir ausgestanden in namenloser Todesangst und Sorge, Verzagtheit — ach fast Verzweiflung — alle die schreckliche Krankheitszeit der ersten gefährlichsten Wochen wie nachher, als die Genesung wohl eintrat nach Doktors Worten, er aber stets zurückfiel in die alten Zustände und ich mich fast aufrieb in unaufhörlicher Todesbetrübnis". Mit „5 Minuten, 10 Minuten, nach und nach bis zur halben Stunde" hat er sich wieder an Bewegung und Luft gewöhnen müssen. Erst am 5. März 1860 konnte er den erzwungenen Aufenthalt wieder mit Berlin vertauschen. Schönhausen und Kniephof hatten in der letzten Zeit auch mancherlei Mühe gemacht.

Ihrem Bericht über die langsame Besserung fügt Frau von Bismarck aber auch hinzu: „Was wird nun? Ja, wer weiß es? Ich nicht! Kein Mensch

kann's sagen. Bismarck spricht entschieden von Rückkehr nach dem gräßlichen Petersburg, wogegen Ärzte predigen und Freunde warnen. Wenn er alles aufgeben möchte, was mit Politik und Diplomatie zusammenhängt, wenn wir, sobald er ganz gesund wäre, schnurstracks nach Schönhausen gingen, uns um nichts kümmernd als um uns selbst, um unsere Kinder, Eltern und die wirklichen wahrhaften Freunde, das wäre meine Wonne. Dann würde er gewiß bald wieder so stark und frisch werden wie vor zehn Jahren, als er eintrat in diese unleidliche stürmische Diplomatenwelt, die ihm gar nichts Gutes gebracht — nur Krankheit, Ärger, Feindschaft, Mißgunst, Undankbarkeit und — Verbannung; wenn er den Staub seiner lieben Füße über den ganzen nichtsnutzigen Schwindel schütteln und all dem Unsinn entrinnen wollte, in den er mit seinem ehrlichen, anständigen, grundedlen Charakter nie hinein paßt, dann wäre ich vollkommen glücklich und zufrieden. Aber er wird's leider wohl nicht tun, weil er sich einbildet, dem ‚teuren Vaterland' seine Dienste schuldig zu sein, was ich vollkommen übrig finde".

Der erste Brief, den wir aus dieser Krankheitszeit wieder von ihm haben, vom 3. Februar 1860 an seinen Geheimen Legationsrat von Wentzel in Frankfurt, ist doch wieder voll von der deutschen Frage. Preußen hatte einen Antrag auf Reform der Bundeskriegsverfassung gestellt. Er mahnt, „im Bunde, in der Presse und vor allem in unsern Kammern offen darzulegen, was wir in Deutschland vorstellen wollen, und was der Bund bisher für Preußen gewesen ist, ein Alp und eine Schlinge um unsern Hals mit dem Ende in ultramontanen Händen, die nur auf Gelegenheit zum Zuschnüren warten. Doch genug Politik! Ich kann uns doch nicht mehr Mut schaffen, als wir haben, und die Krankheit der Franzosenangst nicht heilen. Die Hoffnung, daß uns die Würzburger" (in Würzburg hatten Minister der Mittelstaaten im November 1859 ein Reformprogramm zur Stärkung des Bundes vereinbart) „vor Napoleon schützen werden, ist in vielen Berliner Köpfen unzerstörbar, und daß Österreich Arm in Arm mit einem starken Preußen den Teufel aus der Hölle jagen werde, um ihn als Konvertiten in der Staatskanzlei anzustellen".

Bis zum 23. Mai ist der Petersburger Gesandte in Berlin festgehalten worden; die Familie weilte, auf die Reise nach Petersburg harrend, den

größten Teil der Zeit in Hohendorf; zeitweise waren dort auch die Schwiegereltern. Bismarck hat seinen Sitz im Herrenhause eingenommen, wo er für die Rüstungsforderungen der Regierung eingetreten ist. Ursache des langen Bleibens war doch eine andere Frage.

Leiter des Auswärtigen war Herr von Schleinitz, der schon 1848 im Ministerium Camphausen und dann wieder unter Brandenburg die gleiche Stellung inne gehabt hatte und in nahen Beziehungen nicht nur zum Prinzen, sondern mehr noch zur Prinzessin von Preußen stand. Bismarck hat sich später mehrmals abfällig über ihn ausgesprochen, bezeichnet ihn als das „Geschöpf" der Prinzessin, als einen „von ihr abhängigen Höfling ohne eigene politische Überzeugung"; er hat ihm aber in der Zeit der italienischen Krisis und auch in der deutschen Frage ein gewisses Vertrauen entgegengebracht. Daß von Schleinitz aber nicht der Nachdruck erwartet werden konnte, mit dem gerade die deutschen Angelegenheiten betrieben und gefördert sein wollten, war nicht zu verkennen. Im April hatte Bismarck den Eindruck, daß er „nach Wien gravitiere". Seit dem Januar ist erwogen worden, ihn durch Bismarck zu ersetzen. Im Frühling hat sich der Prinzregent besonders lebhaft mit diesem Gedanken beschäftigt. Bismarck mußte die Entscheidung abwarten.

Am 25. April schrieb er der Gattin: „So eben komme ich aus der Abschiedsaudienz Nr. 4; sie ist aber nicht die letzte. Die Spatzen sitzen plustrig auf dem Balkonrand und denken: Wo ist Nanne mit dem Zwieback". Seine Geduld wurde auf eine harte Probe gestellt. Am 7. Mai berichtet er: „Ich sitze hier auf dem Balkonfelsen wie die Loreley und sehe den Spreeschiffer durch die Schleuse ziehen; aber ich singe nicht, und mit dem Kämmen habe ich auch nicht viel Mühe. Ich denke mir, daß ich hier im Hotel uralt werde, die Jahreszeiten und die Geschlechter der Reisenden und Kellner ziehen an mir vorüber, und ich bleibe immer im grünen Stübchen, füttere die Spatzen und verliere täglich mehr Haare. Jagow" (damals Landrat des Kreises Kreuznach und Mitglied des Hauses der Abgeordneten, März 1862 Minister des Innern), „der auf den Tod lag, ist längst gesund abgereist; von der singenden Schwerin hat man nur noch verschollene Sagen, und der dritte Kellner hat jetzt schon den zweiten ersetzt; ich aber bin vom Rad der Zeit hier vergessen wie der Rotbart im Kyffhäuser, warte und warte auf

Dinge, die nimmer kommen." Er trifft dann Schleinitz nach dreitägigem vergeblichen Bemühen zufällig auf einem Diner. „Mein Verlangen, die Perponcher" (Gattin des einstweiligen Geschäftsträgers in Petersburg) „und mich entweder aus der Schwebe zu erlösen oder von Amts wegen zu besorgen, daß wir für die fernere Wartezeit interimistisch verheiratet würden, schien ihm billig"; er bat aber, doch nur „noch einige Tage zu warten". Dabei wurde „von kompetenter Stelle kein Wort wegen Übernahme des Ministeriums mit mir gesprochen, und man kann doch nicht annehmen, daß ich gar keine Bedingungen machen würde, wenn ich in dieses Kabinett eintreten sollte. Wollte ich bereitwillig in diese Galeere hineingehen, so müßte ich ein ehrgeiziger Narr sein. Wenn mir aber die Pistole auf die Brust gesetzt wird mit ja und nein, so habe ich das Gefühl, eine Feigheit zu begehen, wenn ich in der heutigen, wirklich schwierigen und verantwortungsvollen Situation nein sage. Kurz, ich tue ehrlich, was ich kann, um unbehelligt nach Petersburg zu gelangen und von dort der Entwickelung in Ergebenheit zuzusehen; wird mir aber der ministerielle Gaul dennoch vorgeführt, so kann mich die Sorge um den Zustand meiner Beine nicht abhalten, aufzusitzen."

Nach den „Gedanken und Erinnerungen" ist die Entscheidung in einer Beratung gefallen, die der Prinzregent mit dem Fürsten von Hohenzollern, Auerswald, Schleinitz und Bismarck abhielt. Nachdem die beiden letzteren ihre Ansichten über das Verhältnis zu Österreich dargelegt hatten, erklärte sich der Prinz für Schleinitz.

Am 5. Juni 1860 war Bismarck wieder in Petersburg, diesmal mit der Familie, die er in Hohendorf abgeholt hatte. Er hat die Reise nur mit Vorsicht machen, täglich nicht mehr als 7—8 Stunden fahren können. Auch weiterhin hat sich sein Befinden nur langsam gebessert; er mußte abermals eine Kur gebrauchen und vorsichtig leben. „Als ich das erstemal zu Pferde saß, war ich so matt, daß ich nach einer halben Stunde die Zügel nicht mehr halten konnte." Auch in der Familie und unter den Hausgenossen folgte eine Erkrankung der andern. „Der Doktor bleibt Stammgast", schreibt er in den ersten Oktobertagen.

Es kann aber kaum zweifelhaft sein, daß er sonst mit dem Ausgange des Berliner Hangens und Bangens nicht haderte. Nach Frankfurt wäre er

allenfalls wieder gegangen; daß für Berlin seine Zeit noch nicht gekommen war, konnte ihm nicht verborgen bleiben. In Petersburg konnte er am ruhigsten der weiteren Entwickelung zusehen. „Der Kaiser war sehr herzlich beim Wiedersehen, umarmte mich und hatte eine unverkennbare, aufrichtige Freude, daß ich wieder da war." Gortschakow blieb der Liebenswürdige. Der Zar sah in Preußen „seinen intimsten, wenn nicht alleinigen Freund".

Den deutschen Dingen folgte Bismarck weiter mit gespanntester Aufmerksamkeit. Der Ausgang der Ministerfrage hatte in Deutschland alles, was an Preußens Haltung während des italienischen Krieges Anstoß genommen hatte, mit Befriedigung erfüllt. Man verdächtigte Bismarck „bonapartistisch-russischer Gesinnungen". Er konnte das über sich ergehen lassen, denn „meine politischen Liebhabereien sind im Frühjahr bei Hofe und Ministern so genau gesiebt worden, daß man klar weiß, was daran ist, und wie ich gerade in nationalem Aufschwunge Abwehr und Kraft gegen Frankreich zu finden glaube. Wenn ich einem Teufel verschrieben bin, so ist es ein teutonischer und kein gallischer" . . . . . „Ich sollte russisch-französische Zumutungen wegen einer Abtretung der Rheinlande gegen Arrondierung im Innern offen unterstützt haben. Ich habe in der ganzen Zeit meines deutschen Aufenthalts nie etwas anderes geraten, als uns auf die eigene und die im Fall des Krieges von uns aufzubietende nationale Kraft Deutschlands zu verlassen. Dieses einfältige Federvieh der deutschen Presse merkt gar nicht, daß es gegen das bessere Teil seiner eigenen Bestrebungen arbeitet, wenn es mich angreift". Die Zusammenkunft seines Herrn mit Kaiser Franz Joseph in Teplitz am 26. Juli 1860 macht ihm Besorgnis. Er glaubt mit Sicherheit zu wissen, daß „wir uns zu nichts verpflichtet haben, daß wir aber geneigt sind, freiwillig ziemlich viel zu tun, kaum aus Liebe zu Österreich, aber aus Sorge vor und Abneigung gegen Paris".

In den Tagen vom 21. bis 26. Oktober 1860 waren der Prinzregent und Österreichs Kaiser mit Alexander II. in Warschau zusammen. Bismarck ist am 14. Oktober von Petersburg über Stettin und Berlin dorthin gereist und am 30. von Berlin auf demselben Wege zurückgekehrt. Es folgte ein ruhiger Winter. Er bittet die Schwester, ihm zu Weihnachten Bilderbücher zu schicken: Düsseldorfer Monatshefte, Düsseldorfer Künstler-

album, Münchener Fliegende Blätter und Münchener Bilderbogen, auch Kladderadatschkalender „und dergleichen Unsinn", und dann zum 11. April, „wo die Basis meines häuslichen Glücks geboren", brillantene Ringe „als Zierde für die ehelichen Ohrmuscheln". Er war auch einmal wieder auf der Jagd, „fand zwar die Wölfe klüger als die Jäger, hat sich aber doch gefreut, daß er es wieder leisten konnte". Die Gattin klagt allerdings noch am 21. April 1861: „Seine Nerven sind immer in einem so erbärmlichen Zustande, daß man ihn nur mit Bangigkeit ansehen kann".

Der folgende Sommer riß ihn doch wieder mitten hinein in den Strudel der großen Politik. Am 2. Januar 1861 war der Prinzregent dem Bruder auf dem Throne gefolgt. Unterm 3. Juli gab er den Erlaß hinaus, nach welchem er, bewogen durch die Verfassungsänderung unter dem letzten Könige, an Stelle der herkömmlichen Erbhuldigung die feierliche Krönung erneuern, sie aber in Gegenwart beider Häuser des Landtages vornehmen wollte. Die Ankündigung stieß auf Widerspruch bei der Mehrheit des Landtages, auch im Ministerium. Der König mußte an andere Ratgeber denken. Da ward mit Bismarck als Minister des Innern gerechnet; er sollte Nachfolger seines alten Landtagsgegners Schwerin werden.

Er stand gerade im Begriff, einen Erholungsurlaub nach Deutschland anzutreten, als ihn die Nachricht traf. Er war bereit, ein zweifelloses Recht des Königs zu verteidigen, fühlte sich aber im unklaren über „die Vermögenslage, das Programm, auf dessen Boden man zu wirtschaften haben würde". Auch sein „augenblickliches Gesundheitskapital" schien ihm nicht ausreichend, die Erbschaft Schwerins zu übernehmen. Keinen Zweifel aber ließ er gegenüber seinem Freunde Roon, der besonders Bismarcks Ernennung betrieb und selbst in das geplante neue Ministerium eintreten sollte, darüber, daß er auch als Minister des Innern auf Änderung der auswärtigen Politik dringen werde. „Nur durch eine Schwenkung in unserer auswärtigen Haltung kann, wie ich glaube, die Stellung der Krone im Innern von dem Andrang degagiert werden, dem sie auf die Dauer sonst tatsächlich nicht widerstehen wird, obschon ich an der Zulänglichkeit der Mittel dazu nicht zweifle. Die Pression der Dämpfe im Innern muß ziemlich hoch gespannt sein; sonst ist es gar nicht verständlich, wie das öffentliche Leben bei uns von Lappalien wie Stieber, Schwark, Macdonald, Patzke, Twesten" (Polizei-

und politische Sensationsfälle der Zeit) „und dergleichen so aufgeregt werden konnte, und im Auslande wird man nicht begreifen, wie die Huldigungsfrage das Kabinett sprengen konnte. Man sollte glauben, daß eine lange und schwere Mißregierung das Volk gegen seine Obrigkeit so erbittert hätte, daß bei jedem Luftzug die Flamme aufschlägt. Politische Unreife hat viel Anteil an diesem Stolpern über Zwirnsfäden; aber seit 14 Jahren haben wir der Nation Geschmack an Politik beigebracht, ihr aber den Appetit nicht befriedigt, und sie sucht die Nahrung in den Gossen. Wir sind fast so eitel wie die Franzosen. Können wir uns einreden, daß wir auswärts Ansehen haben, so lassen wir uns im Hause viel gefallen; haben wir das Gefühl, daß jeder kleine Würzburger uns hänselt und geringschätzt, und daß wir es dulden aus Angst, weil wir hoffen, daß die Reichsarmee uns vor Frankreich schützen wird, so sehen wir immer Schäden an allen Ecken, und jeder Preßbengel, der den Mund gegen die Regierung aufreißt, hat recht".

Daß Sinnen und Trachten des Mannes auf die Lösung der deutschen Frage, auf ihre Lösung durch Preußen gerichtet waren, wird hier unwiderleglich erkennbar. Der Streit ist müßig, ob Bismarck mehr Preuße, mehr Deutscher gewesen, wann er etwa aus dem einen das andere geworden ist. Er war und blieb Deutscher, aber ein Deutscher, der klarer als irgend einer seiner Zeitgenossen erkannte, daß nur ein starkes Preußen ein mächtiges und einiges Deutschland begründen könne, dabei ein Deutscher, der trotz allem den Glauben nicht verlor, daß auch das deutsche Volk kein anderes Verlangen stärker empfinde als das nach einem solchen Deutschland. In diesem Glauben hat er schon 1859 gesagt: „Preußen hat nur einen Bundesgenossen, das deutsche Volk".

Am 9. Juli ist Bismarck über Lübeck in Berlin angekommen und am nächsten Tage nach Baden-Baden weiter gefahren, sich dem Könige vorzustellen. Hier entstand eine Denkschrift, in der Bismarck dem Prinzen abermals seine Auffassung der deutschen Frage vortrug. Es sind die bekannten Anschauungen, die er darlegt: Preußen darf sich nicht in untertäniger Unterwerfung unter den Buchstaben der Bundesverfassung in Frankfurt majorisieren lassen. Aber da in jedem Bundesstaate eine Volksvertretung besteht, ist auch für das ganze Deutschland eine solche angezeigt, etwa durch Wahl der Einzellandtage. Auch den Fortbestand des Zollvereins meint er

durch Errichtung eines Zollparlaments besser sichern zu können. Mit einer entsprechenden offenen Erklärung am Bundestage würde Preußen seine deutsche Stellung wesentlich verbessern, auch die inneren Schwierigkeiten mildern. Die am Bunde zu erstrebenden Reformen seien zunächst auf die gemeinschaftlichen Heereseinrichtungen und die Vertretung der materiellen Interessen zu beschränken.

Wie wenig ist doch Bismarcks politischer Standpunkt allein mit dem Worte konservativ oder gar reaktionär zu decken! Sein Auge erkennt die lebendigen Kräfte und rechnet mit ihnen. Aber nur einem Zwecke will er sie zunächst dienstbar machen, der Größe seines Staates, seines Volkes, seines engeren, seines weiteren „teuren Vaterlandes".

In die Tage dieses Badener Aufenthalts fällt das Attentat des Studenten Oskar Becker auf den König (14. Juli 1861).

7. Ministerposten. Paris.

Bis zur Krönung, die am 18. Oktober 1861 in Königsberg stattfand, ist Bismarck in Deutschland geblieben, zumeist in Reinfeld und im nahen Stolpmünde, was seiner weiteren Kräftigung diente, ist dazwischen aber auch in Koblenz und Berlin, in Schönhausen, Kröchlendorf, Külz und Zimmerhausen gewesen. In Koblenz wohnte er zwischen dem 20. und 26. September einem großen Ministerrat unter Vorsitz des Königs bei, der durch eine Bundesreformvorlage des badischen Ministers von Roggenbach veranlaßt war. Bismarck ward beauftragt, seine Badener Denkschrift weiter auszuführen und hat das in Reinfeld getan. „Johanna schrieb sie ab, und ihre Handschrift ziert jetzt die Akten des Ministeriums."

In welchem Sinne diese Ausführungen sich ergangen haben werden, erhellt aus einem Briefe, den Bismarck am 18. September an den Freund Below-Hohendorf geschrieben hat. Er zweifelt, „ob der Verfasser des Programms" (der Reformvorlage) „nicht auf dem reinen Würzburger Standpunkte steht. Wir haben unter unsern besten Freunden so viele Doktrinäre, welche von Preußen die ganz gleiche Verpflichtung zum Rechtsschutze in betreff fremder Fürsten und Länder wie in betreff der eigenen Untertanen verlangen. Dieses System der Solidarität der konservativen Interessen aller Länder ist eine gefährliche Fiktion, so lange nicht die vollste, ehrlichste Gegenseitigkeit in aller Herren Länder obwaltet. Isoliert von Preußen durchgeführt wird es zur Donquixotterie, welche unsern König und seine Regierung nur schwächt für die Durchführung der eigensten Aufgabe, den der Krone Preußen von Gott übertragenen Schutz Preußens gegen Unrecht, von außen oder von innen kommend, zu handhaben. Wir kommen dahin, den ganz unhistorischen, gott- und rechtlosen Souveränitätsschwindel der deutschen Fürsten, welche unser Bundesverhältnis als Piedestal benutzen, von dem herab sie europäische Macht spielen, zum Schoßkind der konservativen Partei Preußens zu machen. Unsere Regierung ist ohnehin in Preußen liberal, im Auslande legitimistisch; wir schützen fremde Kronrechte mit mehr Beharrlichkeit als die eigenen und begeistern uns für die von Napoleon geschaffenen, von Metternich sanktio-

nierten kleinstaatlichen Souveränitäten bis zur Blindheit gegen alle Gefahren, mit denen Preußen und Deutschlands Unabhängigkeit für die Zukunft bedroht ist, so lange der Unsinn der jetzigen Bundesverfassung besteht, der nichts ist als ein Treib- und Konservierhaus gefährlicher und revolutionärer Partikularbestrebungen."

Während der ganzen Zeit schwebte Ungewißheit über die äußere Gestaltung der nächsten Zukunft. Am 18. Juli schreibt Bismarck: „Bald wäre ich Minister des Innern geworden; aber die Sache hat doch sehr ihre Haken, besonders wegen der vielen schlimmen Landräte, in die man einen ganz neuen Zug bringen müßte," und am 15. Oktober die Gattin an Keudell: „Man hat ihm plötzlich London angedeutet, aber nur interimistisch für einige Monate, was mich in verbissene Wut bringt, weil wir natürlich für die Zeit getrennt bleiben müßten, und wie weit getrennt! Dann ist's mit der Wilhelmstraße auch wieder mal nicht geheuer; dann tänzelt Paris vor uns auf und nieder, und dann ist auch Petersburg wieder ziemlich sicher. So geht's her und hin den ganzen Sommer, und ich möchte mitunter vor innerer Ungeduld in alle Tische beißen."

Von der Krönung ist Bismarck mit der Familie nach Petersburg zurückgekehrt. Er war Wirklicher Geheimer Rat mit dem Titel Exzellenz geworden, hatte aber die Teilnahme an der Feier als eine Last empfunden. „Das dreimalige Anziehen täglich, der Zugwind in allen Sälen und Korridoren liegen mir noch in allen Gliedern", schreibt er drei Wochen nachher. „Am 18. auf dem Schloßhof im Freien hatte ich vorsichtigerweise eine dicke Militäruniform an und eine Perücke auf, gegen die Bernhards" (er schreibt an dessen Frau) „nur den Namen einer Locke verdient; sonst wären mir die zwei Stunden barhäuptig im Freien schlecht bekommen."

Der Winter verlief ruhig, wenn auch die Unsicherheit über die nächste Zukunft blieb und kaum ein Tag zu verzeichnen war, „wo alles im Hause gesund gewesen wäre". Es war ein besonders strenger Winter. „Ich würde kaum den Mut haben, dem nächsten hier zu trotzen. Wenn Klima und Kinderkrankheit nicht wären, bliebe ich am liebsten hier." Erfrischung suchte und fand er auf der Jagd. Am 6. Januar „kehrte er", wie die Gattin schreibt, „mit einem Bären und einem riesengroßen Elch heim und gottlob recht munter trotz aller Strapazen". Zwei kleine Bären wurden Haus-

genossen; Bismarck hat sie nach der Rückkehr dem Frankfurter Zoologischen Garten geschenkt.

Im März 1862 ist das Ministerium der „Neuen Ära" zurückgetreten. Der schroffen Haltung des Abgeordnetenhauses gegenüber glaubte es die Geschäfte nicht weiter führen zu können. An Stelle des Fürsten von Hohenzollern übernahm der Präsident des Herrenhauses, Fürst von Hohenlohe-Ingelfingen, den Vorsitz. Von den bisherigen Mitgliedern des Kabinetts traten nur Roon, Graf Bernstorff, der schon im Oktober vor der Krönung nach Schleinitz die Leitung des Auswärtigen übernommen hatte, und von der Heydt in das neue hinüber. Die zweite Kammer ist am 11. März, an demselben Tage, an dem Hohenlohe-Ingelfingen ernannt wurde, aufgelöst worden.

Am 12. erhielt Bismarck die telegraphische Nachricht, daß seine Abberufung bevorstehe; er erfuhr aber erst zu Beginn des April bestimmt, daß er Petersburg mit London oder Paris vertauschen werde. Als er am 10. Mai in Berlin ankam, zeigte sich jedoch bald, daß seine „Zukunft noch immer unklar war". Es handelte sich wieder um einen Ministerposten, diesmal auch um das Präsidium. In dem Übergang Hohenzollern — Hohenlohe sah Bismarck nur „eine Art ministerieller Wechselreiterei, die auf kurze Verfallzeit berechnet war". Hohenlohe hatte den Vorsitz nur interimistisch übernommen, hat auch eine wirkliche Leitung der Geschäfte nicht angestrebt und selbst gewünscht, daß Bismarck ihn „von seinem Martyrium erlöse". Dieser war aber nicht allzu geneigt, das Präsidium zu übernehmen, wenn er nicht zugleich das Auswärtige erhielt. Sich von Bernstorff zu trennen, war der König doch wenig bereit. Die Leitung des Auswärtigen hätte Bismarck übernommen, auch ohne Ministerpräsident zu sein. Es fehlte ihm auch „der Glaube an dauernde Festigkeit Seiner Majestät häuslichen Einflüssen gegenüber". Er glaubte vorauszusehen, daß es schwerlich länger als einige Monate dauern werde. Er betrachtete es für diesen Fall „als eine günstige Fügung, daß wir möglichst viele Sachen nach Schönhausen bestimmt haben".

So wurde es zunächst Paris, zur großen Überraschung auch seiner nächsten Vertrauten. Am Tage der Ernennung, am 22. Mai, war die große Frühjahrsparade auf dem Tempelhofer Felde. Bismarck wohnte ihr bei als neu

ernannter Major und ward sehr bemerkt wegen seines lebhaften Verkehrs mit maßgebenden Personen. Nach Beendigung des militärischen Schauspiels näherte er sich dem Wagen der Damen des Kriegsministers. Frau von Roon fragte gespannt: „Nun, ist es entschieden?" Zu ihrer großen Enttäuschung erhielt sie die Antwort: „Jawohl, Se. Majestät haben mich zum Gesandten in Paris ernannt; ich reise morgen ab und komme, um Ihnen Lebewohl zu sagen".

„Der Schatten blieb aber im Hintergrunde". In der Abschiedsaudienz hat er dem Könige versprechen müssen, „au qui vive zu bleiben". An entscheidender Stelle fand Roon, wie er am 4. Juni schrieb, fortgesetzt „die alte Hinneigung zu Ihnen neben der alten Unentschlossenheit". In der Antwort leugnete Bismarck, daß er sich sträube: „Ich habe im Gegenteil lebhafte Anwandlungen von dem Unternehmungsgeist jenes Tieres, welches auf dem Eise tanzen geht, wenn es ihm zu wohl wird".

Am 29. Mai ist Bismarck in Paris eingetroffen. Er ward vom Kaiser mit der alten Zuvorkommenheit empfangen, hatte am 1. Juni die erste Audienz und wurde am 5. zum Essen geladen. Im übrigen gefiel er sich wenig genug. Er entwirft eine lebhafte Schilderung der Unbequemlichkeiten und Unzuträglichkeiten des preußischen Gesandtschaftshauses am Quai d'Orsay und spricht nicht allzu freundlich über französische Art, in welche die Gattin sich schwer hineinfinden werde: „Der Franzose hat einen Fonds von Formalismus in sich, an den wir uns schwer gewöhnen. Die Furcht, irgend eine Blöße zu geben, das Bedürfnis, stets außen und innen sonntäglich angetan zu erscheinen, la manie de poser, macht den Umgang ungemütlich. Man wird niemals näher bekannt, und wenn man es sucht, so glauben die Leute, man will sie anpumpen oder heiraten oder den ehelichen Frieden stören. Es steckt unglaublich viel Chinesentum, viel Pariser Provinzialismus in den Leuten; der Russe, Deutsche, Engländer hat in seinen zivilisierten Spitzen einen vornehmeren universellen Zuschnitt, weil er die ‚Form' zu lüften und abzuwerfen versteht."

Der Ungewißheit wegen konnte er die Familie nicht nachkommen lassen und durchlebte so unbefriedigt und gelangweilt Tage und Wochen. Ein Urlaubsgesuch stieß auf Schwierigkeiten, weil es der Entscheidung der Prä-

sidentschaftsfrage vorgriff. Der König konnte sich auch nicht entschließen, Bismarck das Ministerium des Auswärtigen zu übertragen. Statt des Urlaubs kam zunächst die Aufforderung, nach Berlin zu kommen. Bismarck folgte nicht; er fürchtete den Schein, „ein Ministerhotel zu belagern", auch die Gefahr „wieder im Gasthof festzuwachsen; das Geschäft kenne ich". Er antwortete, daß ihm Berg- und Seeluft empfohlen seien, und erhielt dann am 17. Juli sechs Wochen Urlaub nach Bagnères de Luchon in den Westpyrenäen. Zu Anfang des Monats hatte er London einen kurzen Besuch abgestattet und gefunden, daß „die englischen Minister über Preußen weniger wissen als über Japan und die Mongolei und auch nicht klüger sind als unsere".

Den Urlaub benutzte er, um nach einem Abstecher nach Trouville den Südwesten Frankreichs kennen zu lernen. Sein Urteil über Land und Volk hat sich dort nicht gebessert; er hat Eindrücke empfangen, wie sie schon mancher seiner Landsleute heimgebracht hat, besonders auch von Hauseinrichtungen. „Das Sprechen verlernt man ganz unter diesen trübseligen Franzosen, von denen jeder fürchtet, für weniger gehalten zu werden, als er gern möchte, und in der Idee sieht jeder seine Nase an und läßt sich mit niemand ein." . . . „Ein sonderbares Gemisch von äußerlichem Luxus und innerer Dürftigkeit ist so eine französische Provinzialstadt. Ich sitze" (in Blois) „vor einem Marmorkamin mit goldenem Spiegel, davor eine elegante Stutzuhr, die nicht geht, schreibe auf einem zerbrochenen alten Spieltisch, als Tintenfaß eine irdene Flasche mit engem Halse, ein Zimmer 10 Fuß im Quadrat, Selterwasser (siphon) mit sirop de groseilles trinkend. An Wohlhabenheit ist so eine Stadt einer gleich großen bei uns überlegen; aber leben könnte ich hier nicht. Der Abstand an Bildung nicht bloß, sondern an äußeren Manieren und guter Erziehung ist sehr empfindlich im Vergleich mit unsern Gewohnheiten. Schon in Paris sind höfliche Formen nur in den höheren gesellschaftlichen Kreisen üblich; sobald man die banlieue hinter sich hat, stößt man auf eine bäuerliche Ungeschliffenheit der Verkehrsformen, welche den guten Ton der bourgeoisie von Rummelsburg oder Schlawe in glänzendem Lichte erscheinen läßt. Auch die Offiziere, deren flüchtige Bekanntschaft ich im Café machte, stören durch ihre schlechten Manieren das Gefühl der aufrichtigen Anerkennung, welches ich für diese wahrhaft aus-

gezeichnete Armee habe. Militäriſch können wir viel von ihnen lernen, und Du kennſt meine Vorliebe für alle Soldaten, aber c'est étonnant, comme on est mal élevé et inhospitalier".

Nach einem kurzen Ausflug ins Medoc, wo er Lafitte uſw. „in der Urſprache und an der Kelter" trank, und über die ſpaniſche Grenze nach San Sebaſtian hat Bismarck vom 3. Auguſt bis 1. September Biarritz zum feſten Aufenthalt genommen. Er ſchreibt an die Gattin entzückt über ſein dortiges Leben. Petersburger Freunde, die Orlows (der Fürſt war damals Geſandter in Brüſſel), trafen am 8. Auguſt dort ein. Am 14. Auguſt neckt er Johanna: „Du erinnerſt Dich Deiner Vorliebe für ihn, und ich räche mich jetzt ein wenig mit ihr, indem ich ſie recht niedlich und ſehr liebenswürdig finde". Die Wochen in dieſem Seebade haben ihn ganz außerordentlich erfriſcht. Prächtige Schilderungen entwirft er von der Natur; er iſt voll von Lebensfreude. „Ich bin lächerlich geſund und ſo glücklich, als ich fern von Euch Lieben ſein kann. Außer der Heimat, ich will ſagen außer ſechs Perſonen in Reinfeld, fehlt mir geiſtig und körperlich nicht ein Mückenſtich. Die Politik habe ich ganz vergeſſen, leſe keine Zeitungen. Ich vergeſſe alle Beſchwerden der Welt, wenn ich ſechs Fuß unter Waſſer und ebenſo hoch über dem Meeresgrunde ſchwebe und auf letzterem meinen Schatten betrachte, den die Sonne durch 12 Fuß Waſſer auf den weißen Sand mit bunten Kieſeln wirft. Ich bin ganz Seeſalz und Sonne". Er ſchämt ſich, des Hochzeitstages nicht gedacht zu haben. „Die Orlow nennt mich un monstre sans entrailles deshalb. Du weißt aber, daß mein Herz zwar ſchwach im Punkte des Datums, aber nicht undankbar weder gegen Gottes Barmherzigkeit noch gegen Deine Liebe und Treue iſt. Es iſt eben mit uns ſo geblieben wie am Hochzeitstag, und ich habe nie gedacht, daß es ſchon ſo lange her iſt, 5 oder 6000 gute Tage; der Herr wolle nicht anſehen, wie unwert ich ihrer war, und fortfahren, Seines Segens Fülle ohne Anſehen unſeres Verdienſtes auf uns auszugießen. Ich komme jedes Jahr auf den Irrtum zurück, daß wir im Auguſt geheiratet haben. Laß es auch Juli ſein; es war jedenfalls ein guter Monat".

Die Briefe aus dieſer Zeit gehören zu den ſchönſten, die wir von Bismarck beſitzen.

Auf der Rückreise, die ihn über Luchon, Toulouse und Avignon führte, bestieg er am 5. September noch den Pic du Midi. In Paris erhielt er eine Depesche: Periculum in mora. Depêchez vous. L'oncle de Maurice Henning. Sie war am 18. September in Berlin aufgegeben worden. Moritz Henning waren die Vornamen Blanckenburgs, Roon dessen Onkel. Am 20. früh war Bismarck in Berlin. Am 23. ist er zum Staatsminister mit interimistischem Vorsitz im Staatsministerium ernannt worden. Endlich hatte der Kriegsminister erreicht, was ihm seit Beginn des Konflikts als einzige Rettung vorgeschwebt hatte.

Es ist schwer, ja unmöglich, Neigung und Zurückhaltung, Bereitschaft und Bedenken nicht nur beim Könige, sondern auch bei Bismarck klar und zweifelsfrei gegen einander abzuwägen. Der Gedanke, Bismarck, insbesondere zur Bekämpfung der sich steigernden inneren Schwierigkeiten, in leitender Stellung zu verwenden, war wiederholt an den Monarchen herangetreten, seit dem Frühling immer dringender und überzeugender. Aber würde dieser willensstarke, tatendurstige und tatenfähige Mann den Staatswagen nicht allzu plötzlich in eine neue Bahn herumzuwerfen, der verschriene Konservative das liberale Regiment nicht in ein reaktionäres zu verwandeln suchen? Über seine Auffassung der auswärtigen Politik konnten Zweifel nicht bestehen. Würde er Preußen nicht in Deutschland und in Europa isolieren, oder es in gefahrvolle, deutschem und preußischem Empfinden widerstrebende Bündnisse verstricken? Es waren Bedenken, die sich von selbst ergaben, die in der Umgebung des Königs und hier — das kann wohl als historisch festgehalten werden — nicht zuletzt von der Königin noch fleißig genährt worden sind.

Aber auch Bismarck war keineswegs bereit, unter allen Umständen und in jedem gegebenen Augenblick die hingehaltene Hand zu ergreifen. Er hätte es getan auf Befehl des Königs; so lange ein solcher aber nicht vorlag, hatte er das natürliche Verlangen, die Möglichkeit, die Wahrscheinlichkeit eines Erfolges klar zu sehen. Im Mai war es zu einem Ausgleich der beiderseitigen Bedenken nicht gekommen. Bismarck hatte den Verhandlungen ein Ende gemacht, indem er eine bestimmte Erklärung verlangte. In drei Stunden war dann seine Ernennung nach Paris erfolgt, ohne daß allerdings die Ministerfrage damit beseitigt war.

Bismarck hat es selbst als seine Ansicht erklärt, daß es besser sei, wenn er „noch einige Monate hinter dem Busch gehalten werde". Dann könne man durch seine Ernennung zeigen, daß „man den Kampf nicht aufgebe, sondern ihn mit frischen Kräften aufnehme. Das Zeigen eines neuen Bataillons in der ministeriellen Schlachtordnung macht dann vielleicht einen Eindruck, der jetzt nicht erreicht würde. Besonders wenn vorher etwas mit Redensarten von Oktroyieren und Staatsstreichen gerasselt wird, so hilft mir meine alte Reputation von leichtfertiger Gewalttätigkeit, und man denkt, nun geht's los". Die lange Ungewißheit hat er doch peinlich empfunden. Seine Ungeduld steigerte sich bis zur Klage, daß er weniger rücksichtsvoll behandelt werde als andere Diener Seiner Majestät. Mit Roon, dem alten pommerschen Freunde und häufigen Jagdgefährten, der schon im Dezember 1859 an Stelle Bonins das Kriegsministerium übernommen hatte, blieb er in steter Fühlung oder vielmehr dieser mit ihm. Der fachmännische Vertreter der Heeresreorganisation bedurfte durchaus eines festen, entschlossenen Leiters der Regierung. Roon vor allem ist es gewesen, der auf Bismarcks Berufung gedrängt hat.

Als Bismarck in Berlin ankam, war sein Sinn auf volle Entscheidung gestellt. Von Toulouse hatte er am 12. September an Roon geschrieben: „Meine Sachen liegen noch in Petersburg und werden dort einfrieren; meine Wagen sind in Stettin, meine Pferde bei Berlin auf dem Lande, meine Familie in Pommern, ich selbst auf der Landstraße". Er wollte nicht länger ohne Haus und Herd sein. „Schaffen Sie mir Gewißheit", schreibt er an Roon, „und ich male Engelsflügel an Ihre Photographie". Sollte er wieder nach Paris zurück, so wollte er „Kind und Kegel dort hinkommen lassen und sich einrichten. Ist das geschehen, so kann Seine Majestät mich des Dienstes entlassen, aber nicht mehr zwingen, sofort wieder umzuziehen. Lieber gehe ich nach Hause aufs Land; dann weiß ich, wo ich wohne".

Einen Tag vor Bismarck war der Kronprinz in Berlin angekommen, vom Könige aus Reinhardsbrunn, wo er mit der Familie weilte, herbeigerufen. Es war mit ihm wegen Übernahme der Regierung verhandelt worden. Bismarck ist zunächst zu Roon gegangen, hat dann mit mehreren Ministern Unterredungen gehabt. Nachmittags wurde er zum Kronprinzen beschieden, der wenig geneigt war, in diesem Augenblicke an des Vaters

Stelle zu treten; er hat abends Berlin wieder verlassen. Auf die vorgelegte Frage, wie er die Dinge ansehe, konnte Bismarck „nur sehr zurückhaltend antworten". Er war in den verflossenen Wochen der Politik fern geblieben, „hielt sich auch nicht für berechtigt, gegen den Kronprinzen sich früher zu äußern als gegen den König".

Diese Unterredung ist nicht vom Könige veranlaßt, auch nicht von ihm gewünscht worden. Als dieser von ihr erfuhr, hat er vermutet, Bismarck, unterrichtet darüber, daß der König Abdankungsgedanken hege, habe sich mit dem Nachfolger stellen wollen. Er hat in dieser Auffassung zu Roon die Äußerung getan: „Mit dem ist es auch nichts; er ist ja schon bei meinem Sohne gewesen". Eben in der Unterredung, in der diese Äußerung fiel, ist Roon nochmals für den Freund, in dessen Berufung er die einzige Rettung sah, eingetreten.

Erst als Bismarck am 22. September in Babelsberg zur Audienz kam, erhielt er volle Klarheit über die Sachlage. Der König äußerte sich „ungefähr mit den Worten: Ich will nicht regieren, wenn ich es nicht so vermag, wie ich es vor Gott, meinem Gewissen und meinen Untertanen verantworten kann. Das kann ich aber nicht, wenn ich nach dem Willen der heutigen Majorität des Landtags regieren soll, und ich finde keine Minister mehr, die bereit wären, meine Regierung zu führen, ohne sich und mich der parlamentarischen Mehrheit zu unterwerfen. Ich habe mich deshalb entschlossen, die Regierung niederzulegen, und meine Abdikationsurkunde, durch die angeführten Gründe motiviert, bereits entworfen". Der König zeigte auf das auf dem Tische liegende Aktenstück in seiner Handschrift. Es waren Gedankengänge, die den König schon mehrfach beschäftigt hatten, und deren Berechtigung vor allem Roon zu bekämpfen versucht hatte.

Bismarcks Bemerkungen über die Möglichkeit einer neuen Kabinettsbildung bewogen den König, zu fragen, „ob er bereit sei, als Minister für die Militärreorganisation einzutreten", und nach erfolgter Bejahung weiter, „ob auch gegen die Majorität des Landtages und deren Beschlüsse". Als auch das bejaht wurde, erklärte er: „Dann ist es meine Pflicht, mit Ihnen die Weiterführung des Kampfes zu versuchen, und ich abdiziere nicht." Bismarck fühlte nach seiner eigenen Mitteilung „wie ein kurbrandenburgischer

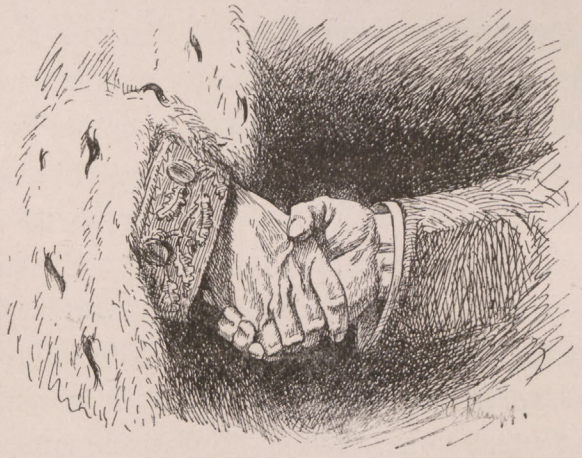
Vasall, der seinen Lehnsherrn in Gefahr sieht; was ich vermag, steht Eurer Majestät zur Verfügung". Er war sicher, von König Wilhelm nach gefaßtem Entschluß „in keiner Gefahr im Stiche gelassen zu werden".

Auf dem anschließenden Spaziergang durch den herrlichen Park, der Wilhelms I. Lieblingssitz umgibt, gab der König Bismarck „ein Programm zu lesen, das in seiner engen Schrift acht Folioseiten füllte". Bismarck hat für möglich gehalten, daß es „zur Sicherstellung gegen eine ihm zugetraute konservative Durchgängerei dienen sollte". Er ist überzeugt gewesen, daß eine Befürchtung der Art im Könige „von seiner Gemahlin geweckt worden sei, von deren politischer Begabung er ursprünglich eine hohe Meinung hatte" aus der Zeit her, „wo Seiner Majestät nur eine kronprinzliche Kritik der Regierung des Bruders ohne Pflicht zu eigener besserer Leistung zugestanden hatte". Er setzt hinzu, daß „der gesunde Verstand des Königs begonnen habe, sich allmählich von der schlagfertigen weiblichen Beredsamkeit mehr zu emanzipieren, sobald die Aufgaben beider Herrschaften praktisch wurden".

In betreff des Programms gelang es Bismarck, den König „zu überzeugen, daß es sich nicht um konservativ und liberal in dieser oder jener Schattierung, sondern um Königliches Regiment oder Parlamentsherrschaft handele, und daß die letztere unbedingt und auch durch eine Periode der Diktatur abzuwenden sei". Er erklärte: „In dieser Lage werde ich, selbst wenn Eure Majestät mir Dinge befehlen sollten, die ich nicht für richtig hielte, Ihnen zwar diese meine Meinung offen entwickeln, aber wenn Sie auf der Ihrigen schließlich beharren, lieber mit meinem Könige untergehen, als Eure Majestät im Kampfe mit der Parlamentsherrschaft im Stiche lassen". Bismarck fügt seiner Erzählung hinzu: „Diese Auffassung war damals durchaus lebendig und maßgebend in mir, weil ich die Negation und die Phrase der damaligen Opposition für politisch verderblich hielt im Angesicht der nationalen Aufgaben Preußens, und weil ich für Wilhelm I. persönlich so starke Gefühle der Hingebung und Anhänglichkeit hegte, daß mir der Gedanke, in Gemeinschaft mit ihm zugrunde zu gehen, als ein nach Umständen natürlicher und sympathischer Abschluß des Lebens erschien."

Der König zerriß sein Programm und vollzog die Ernennung, die am nächsten Tage veröffentlicht wurde. Es waren schicksalsschwere Stunden, in denen diese Entscheidung fiel. Ein Übergang der Krone an den Thron-

folger hätte schwerlich die Heeresreform gebracht, die der König und sein Kriegsminister als die allein richtige erstrebten. Auf die äußere Machtstellung Preußens und damit auf die Lösung der deutschen Frage hätte das nicht ohne nachteiligen Einfluß bleiben können. Für die Stellung der Krone zum Lande wäre es verhängnisvoll gewesen. Der Thronwechsel hätte nicht stattfinden können ohne eine entscheidende Stärkung des parlamentarischen Einflusses. Es wäre doch der Widerstand der Volksvertretung gewesen, vor dem der Regierende gewichen wäre. Diese Lage dem Könige zur festen Grundlage seiner Überzeugung gemacht und ihm zur Befreiung aus ihr die rettende Hand geboten zu haben, ist Bismarcks folgenreiche Tat an diesem 22. September. Über den Ernst des Entschlusses waren sich beide Männer klar; es entsprach ihm aber bei beiden auch dessen Festigkeit.



Ministerpräsident bis zur Auflösung des Deutschen Bundes (1862—1866).



I. Die Heeresreform.

Die Schwierigkeiten, denen die Umformung des Heeres begegnete, hatten zu Bismarcks Berufung geführt; sie vor allem sollte er überwinden helfen. Wie stand es mit diesen Schwierigkeiten?

Die Entschließungen des Jahres 1850 waren nicht unbeeinflußt geblieben von militärischen Erwägungen. Im schleswig-holsteinischen Kriege und bei der Niederwerfung der Aufstände des Jahres 1849 hatte man ganz überwiegend mit bereiten Stämmen operiert, die für eine große kriegerische Aufgabe nicht ausgereicht hätten. Die Mängel der Ausbildung, die damals und bei der Mobilmachung des Jahres 1850 hervorgetreten waren, haben 1852 die Einführung einer $2^1/_2$-und 1856 die Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit veranlaßt, die seit 1833 außer Brauch gewesen war. Das Jahr 1859 bewies neuerdings, wie tief Mobilmachungen in das wirtschaftliche Leben des Staates einschnitten, ohne doch seiner kriegerischen Leistungsfähigkeit volle Entfaltung zu sichern. Nach dem überlieferten Verfahren wurden im mobilen Heere je ein Linien- und ein Landwehrregiment zu einer Brigade zusammengestellt. So wurden die Heerespflichtigen bis zum vollendeten 32. Lebensjahre einberufen; die Folge war, daß sich die Formationen zu großen Teilen, oft ganz überwiegend, aus verheirateten Leuten zusammensetzten, deren Familien erhalten werden mußten, während ihr Ernährer im

Felde stand. Anderseits konnten zahlreiche junge Leute daheim bleiben, da die übliche Rekrutenziffer so gering war, daß sich viele freiloften.

Wilhelms I. Stärke lag auf militärischem Gebiet. Hier hatte er einen scharfen Blick, ein sicheres, auf eingehendste Kenntnis gegründetes Urteil. Auch seine politischen Erfahrungen hatten es ihm zur Überzeugung gemacht, daß ein starkes, schlagfertiges Heer unerläßliche Vorbedingung sei nicht nur für Preußens Ansehen und Macht, sondern auch für Deutschlands Sicherheit. So reifte 1859 der Gedanke der Heeresreform. Die Armee sollte zugleich verstärkt und verjüngt werden.

Zu erreichen war das nur durch die Erhöhung der Rekrutenziffer. Man wollte sie von 40 000 auf 63 000 hinaufsetzen. Zugleich aber sollten Linie und Landwehr von einander getrennt, jener die sieben ersten, dieser die fünf folgenden Jahrgänge zugewiesen werden, während bisher jene fünf, diese sieben umfaßt hatte. So standen im Kriegsfalle über 400 000 Mann Linientruppen zur Verfügung, rund eben so viel wie bisher Linie und Landwehr zusammen ausgemacht hatten, da die Abgänge sich in den späteren Jahren naturgemäß mehren, eben so viele und dazu jüngere und besser abkömmliche Leute. Dahinter hatte man dann noch eine Landwehr ersten Aufgebots von mehr als einer viertel Million verwendungsbereit. Die Steigerung der kriegerischen Kraft Preußens war gar nicht zu leugnen.

Die Neuerung ist begonnen worden im Anschluß an die Mobilmachung des Jahres 1859. Die Landwehrleute wurden entlassen; die betreffenden Kaders ließ man aber bestehen und füllte sie mit Rekruten auf. So sind die Infanterieregimenter 41—72 parallel mit den Regimentern 1—32, das Königin Augusta-Regiment, das 3. und 4. Garderegiment zu Fuß und die dritten Bataillone der Garde-Füsiliere und der Füsilierregimenter 33—40 entstanden. Die erforderlichen Mittel sind, wenn auch nicht ohne Schwierigkeiten und Vorbehalte, nach einander für 1860 und 1861 von der Kammer bewilligt worden. Die Dezemberwahlen des Jahres 1861 haben aber eine starke Verschiebung nach links ergeben; im neuen Abgeordnetenhause verfügte die Fortschrittspartei über eine ansehnliche Mehrheit. Ihre Anhänger gaben den liberal-konservativen Regierungsfreunden an preußisch-deutscher Vaterlandsliebe nichts nach; es erschien ihnen aber als Pflicht, die Rechte der Volksvertretung nicht nur zu wahren, sondern zu erweitern, und vor

allem teilten sie die weithin herrschende Abneigung gegen straff angezogene Wehrpflicht und starke stehende Heere. Preußen war der einzige deutsche Staat, in dem die allgemeine Wehrpflicht in wirklicher Übung war; alle anderen ließen Stellvertretung zu oder behalfen sich gar mit geworbenen Mannschaften. „Soldaten im Frieden sind Öfen im Sommer" war ein beliebtes Schlagwort. So gewann bei den preußischen Abgeordneten die Forderung der Rückkehr zur zweijährigen Dienstzeit durchschlagende Kraft. Sie ermöglichte die Ausbildung einer gleich großen Zahl von Mannschaften, zugleich aber erhebliche Ersparnisse. Die Befugnis des Königs zur Errichtung neuer Truppenkörper wollte man nicht in Abrede stellen, bestand aber auf dem Recht der Bewilligung der erforderlichen Mittel und machte davon am 6. März 1862 in schroffer Weise Gebrauch, indem man das vorgelegte Budget allein schon seiner Form wegen zurückwies, obgleich die Regierung für die Folge sich zur Abänderung bereit erklärte. Es war der Anlaß zur Ministerkrisis, die erst mit Bismarcks Eintritt ihren Abschluß fand. An der dreijährigen Dienstzeit festzuhalten, war dem Könige militärische Gewissenspflicht; Genosse und vornehmste, fast alleinige Stütze in dieser Auffassung war ihm Roon.

Man kann die Frage aufwerfen, ob die Volksvertreter nicht zum Entgegenkommen hätten bewogen werden können, wenn ihnen große politische Ziele gezeigt worden wären. Sie wird kaum ganz übereinstimmende Beantwortung finden. Entscheidend ist, daß solche Ziele in klar umrissener Form nicht vorhanden waren. Die Grundstimmung der Bevölkerung, wie sie in den Wahlen zum Ausdruck kam, war liberal und national. Die Zweite Kammer hat sich für die Anerkennung des Königreichs Italien ausgesprochen. Für die Einheit Deutschlands erwärmte man sich im Sinne der 1849er Reichsverfassung. Nach beiden Richtungen hat die Regierung ein gewisses Entgegenkommen gezeigt. Das Königreich Italien ist am 21. Juli 1862 trotz österreichischen Einspruchs anerkannt, über Bundesreform ist verhandelt worden. Im kurhessischen Verfassungsstreit hat Preußen am Bunde einen Antrag auf Wiederherstellung der freisinnigen Verfassung von 1831 eingebracht, hat ihm durch Marschbereitschaft zweier Armeekorps Nachdruck gegeben und seine Annahme durchgesetzt. Er hat im Juni in

Kassel auch Nachachtung gefunden. Aber Ziele, die eine Landesvertretung zu großen Entschließungen hätten fortreißen können, waren das nicht. Und wenn solche vorhanden gewesen wären, würde die Regierung wohl Bedenken getragen haben, sie vor den Landesboten aufzudecken, hätte das kaum tun können, ohne sie zu gefährden. Das richtige Verhältnis zwischen Regierung und Volksvertretung hatte sich in dem einen Jahrzehnt verfassungsmäßigen Lebens noch nicht herausgebildet, wie die preußischen Verhältnisse lagen, auch noch nicht herausbilden können. So geschah nichts und konnte nichts geschehen über die Betonung der militärischen Unentbehrlichkeit hinaus. Die entschiedene Forderung starker Rüstung und die nicht minder entschiedene Abwehr neuer Lasten standen sich schroff gegenüber.

Wenn Bismarcks Vorwurf, daß im Innern liberal, nach Außen legitimistisch-konservativ regiert werde, in seinem zweiten Teile nicht völlig mehr zutraf, so hatte er im Vordersatz vollends die Berechtigung verloren. Der Auflösung des Abgeordnetenhauses vom 11. März ließ der neue Minister des Innern von Jagow am 22. einen Erlaß an die Oberpräsidenten und Regierungen folgen, der zu nachdrücklichster Wahltätigkeit gegen die Opposition aufforderte. Er ward Anlaß zahlreicher Proteste, unter andern auch von Universitäten. Der Nachlaß eines bisher erhobenen 25prozentigen Steuerzuschlags konnte die Stimmung nicht wesentlich verbessern. Die Neuwahlen brachten am 6. Mai eine weitere erhebliche Verstärkung der entschiedenen Opposition. Die Verhandlungen mit der neuen Zweiten Kammer führten zu keinerlei Annäherung. An dem Tage, an dem Bismarck zum Minister ernannt wurde, verwarf das Abgeordnetenhaus im Budget für 1862 alle Ausgaben, die aus der Heeresreorganisation herrührten.

Bismarck hatte sich bereit erklärt, des Königs Willen durchzuführen. Es bedurfte dazu bei ihm keiner Sinnesänderung, keines Umdenkens. Sein Herz schlug für den Soldatenberuf; das lag im Blute. Seine persönlichen militärischen Pflichten hatte er reichlich und freudig erfüllt. Er war durchdrungen von der Bedeutung mannhaften Kriegergeistes für das Selbstbewußtsein eines Volkes. Als Prinz Adalbert 1856 die marokkanischen Riffpiraten angegriffen hatte, konnte er nicht einstimmen in die „humane Verurteilung des Prinz-Admirals. Einige Tropfen königliches Blut“ (der Prinz war selbst verwundet worden) „befruchten die Ehre der Armee, und

es ist besser, daß unsere jungfräuliche Flagge mit Anstand, wenn auch mit Unglück, Pulver gerochen hat". Die Heeresfrage sah er zudem unter dem Gesichtspunkt der großen Politik. Im April 1862 schrieb er aus Petersburg: „Geben wir in der Militärfrage jetzt nach, ohne Kampf, aus unbestimmter Wahlangst, so sinkt der Respekt vor uns im In- und Auslande in beklagenswerter Dimension. Ich will mich schriftlich nicht stärker ausdrücken". Für Erreichung des Zieles, das ihm vorschwebte, war ein heeresstarkes Preußen eine noch viel größere Notwendigkeit als für das, was im Bereich der königlichen Absichten lag. So konnte er mit voller innerer Freudigkeit die Schulter an die schwere Last legen; hob er sie, so mochte sich sein Lebensideal erfüllen.

Die Aufgabe lag ihm aber auch noch in anderer Beziehung. Seine Stellung zu verfassungsmäßigem Staatsleben ist schon mehrfach berührt worden. Er hat es nicht herbeiführen helfen; aber er stand ihm auch nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber. Er erkannte seine Vorzüge und vor allem, er hatte längst gelernt, daß es unvermeidlich war, eine Zeitforderung, der man sich vergebens entgegenstemme. Er war bereit, sie anzuerkennen und mit ihr zu arbeiten. Aber die Art und Weise, wie sie sich durchgesetzt hatte und fortdauernd durchsetzte, hatte er noch nicht, hat er nie völlig würdigen lernen, obgleich er ihrer selbst nicht hat entraten können. Die Art der Agitation in den breiten Massen durch Reden, Flugblätter, Presse ist von vornherein Gegenstand seines Zornes gewesen und stets geblieben. Die damit verbundene Phrasendrescherei, die Verschiebung und Entstellung, die Unkenntnis des Tatsächlichen, die um so üppiger wucherten, je extremer die Forderungen waren, hat er Zeit seines Lebens gehaßt und unermüdlich und in den verschiedensten Formen bekämpft. Er sah sie in der 48er Bewegung und wieder in der Neuen Ära und der Konfliktszeit ganz besonders am Werke. Der auf diese Weise erzeugten öffentlichen Meinung stand er mit größter Geringschätzung gegenüber. Dem Reden stellte er das Handeln, dem Worte die Tat entgegen. Die öffentliche Meinung konnte auf ihn keinen großen Eindruck machen. Er hat ihren Wert in den „Gedanken und Erinnerungen" gerade im Zusammenhang mit diesen Hergängen trefflich gekennzeichnet: „Der Regent und sein damaliger Minister" (Schleinitz)

„glaubten an die Berechtigung der Redensart: Il y a quelq'un, qui a plus d'esprit que Monsieur de Talleyrand, c'est tout le monde. Tout le monde braucht aber in der Tat zu viel Zeit, um das Richtige zu erkennen, und in der Regel ist der Moment, in dem diese Erkenntnis benutzt werden konnte, schon vorüber, wenn tout le monde dahinter kommt, was eigentlich hätte getan werden sollen". Das ist ein abgeklärtes, ruhiges Urteil. Unter dem unmittelbaren Eindruck der Zeitereignisse hat er sich viel schärfer ausgedrückt. Am 15. Juli 1862 schrieb er aus Paris an Roon: „Ich bin doch erstaunt von der politischen Unfähigkeit unserer Kammern, und wir sind doch ein sehr gebildetes Land, ohne Zweifel zu sehr. Die anderen sind bestimmt auch nicht klüger als die Blüte unserer Klassenwahlen; aber sie haben nicht dieses kindliche Selbstvertrauen . . . Wie sind wir Deutschen doch in den Ruf schüchterner Bescheidenheit gekommen! Es ist keiner unter uns, der nicht vom Kriegführen bis zum Hundeflöhen alles besser verstände als sämtliche gelernte Fachmänner, während es doch in andern Ländern viele gibt, die einräumen, von manchen Dingen weniger zu verstehen als andere und deshalb sich bescheiden und schweigen".

Dazu kam, daß Bismarck in seiner realistischen Denkweise sich schwer überzeugen konnte, daß die politischen Gegner nichts als die Sache wollten. An rein ideale, völlig selbstlose Bestrebungen zu glauben, ward ihm nicht leicht. Er sah zunächst nur Ehrgeiz, Eigennutz, Streberei am Werke und suchte solche Triebfedern aufzudecken, die Krone und deren überlieferte Diener und Anhänger gegen die Wühlarbeit zu sichern. Daß die Zeit neue Stände und Berufsklassen emporhob, ist ihm nicht entgangen; es war auch nicht seine Meinung, sich dieser natürlichen Entwickelung entgegenzusetzen, aber die in diesen Kreisen besonders vertretenen politischen Meinungen wollte er nicht zu schrankenloser Herrschaft gelangen lassen. Er sah richtig, wenn er erklärte, daß es sich in dem schwebenden Streit um die Frage „Königliches Regiment oder Parlamentsherrschaft" handelte. Der tiefere Grund des nachhaltigen Widerstandes gegen die Heeresreform lag doch in dem Wunsche des Liberalismus, den königlichen Händen das Heer zu entwinden, während andererseits der König in der Errichtung neuer Regimenter seine kriegsherrliche Stellung mit bewußter Absichtlichkeit zum Ausdruck gebracht hatte. Bei der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht nach dem

Befreiungskriege hatte der Gedanke eines Volksheeres, des „Volkes in Waffen", Pate gestanden. Man hatte ihn immer in der Landwehr besonders verkörpert gefunden, die jetzt einer bedeutungsvollen Umwandlung unterzogen, hinter das stehende Heer und seine Reserve zurückgestellt werden sollte. In der 48er Bewegung war dieser Gedanke vollauf lebendig. Nach der preußischen Verfassung des Jahres sollte das Heer, wie nach der kurhessischen von 1831, auf die Verfassung vereidigt werden. Zu derartigen Wünschen standen Bismarcks Überzeugungen, alles was politisch und standesmäßig in ihm lebte, in grundsätzlichem Gegensatz. Wäre das auch nicht gewesen, so hätte schon seine Auffassung von Preußens Zukunft und Beruf ihn zwingen müssen, solche Bestrebungen zu bekämpfen. Sie zu erfüllen, mußte das preußische Heer nicht nur stark, sondern auch ausschließlich und allein in der Hand seines Königs sein.

Daß Bismarck versuchen werde, den Gegensatz der Meinungen durch die Art seines Widerspruches zu verdecken, zu mildern, haben wohl wenige erwartet. Roon, der auch zu schroffem Auftreten neigte, hat den Freund vor allen Dingen deshalb zum Kampfgenossen gewünscht, weil er wußte, daß er es an Entschiedenheit, an herausfordernder Entschiedenheit nicht fehlen lassen werde. Es ist Bismarck nicht schwer geworden, die gehegten Erwartungen zu erfüllen. Das Bewußtsein des hohen Zieles, das ihm vorschwebte, erleichterte es ihm, seine Geringschätzung gegen tout le monde in seinen Handlungen zum Ausdruck zu bringen. Er war auch durchdrungen von der Überzeugung, daß ihm reale Macht nicht gegenüber stand.

Das hat den Staatsmann nicht abgehalten, zunächst nach einer Verständigung zu suchen. Die Forderungen für 1862 waren am 23. September abgelehnt. Es war aber auch schon das Budget für 1863 an die Kammer gebracht worden; dessen Beratung sollte am 25. beginnen. Bismarck bat den Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Grabow, die Verhandlungen für drei Tage aussetzen zu wollen. Inzwischen ließ er sich vom Könige zur Zurückziehung dieses Budgets ermächtigen, obgleich es in der Kommission des Hauses schon durchberaten war. Er hoffte, so den neuen Konfliktsstoff aus dem Wege räumen zu können.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 29. September gab er eine entsprechende Erklärung ab, die zugleich wissen ließ, daß es nicht die Absicht

der Regierung sei, den Grundsatz rechtzeitiger Einbringung des Budgets aufzugeben. Die Erklärung wurde der Budgetkommission zur baldigen Beratung und Berichterstattung überwiesen. In ihrer unmittelbar anschließenden Sitzung lehnte der Ministerpräsident eine bestimmte Auskunft über die Zeit der Wiedereinbringung des Budgets ab, versicherte aber, daß man mit der Zurückziehung nur „Frieden und Versöhnung" bezwecke, „eine Art Waffenstillstand". Die Sitzung ward auf den folgenden Nachmittag vertagt.

Die Kommissionsverhandlungen des 30. September haben sich dann folgenschwer gestaltet. Wir kennen ihren Wortlaut nur teilweise, sind aber über die Hauptwendungen in ihrem Verlauf genügend unterrichtet.

Der Berichterstatter der Kommission, von Forckenbeck, beantragte eine Resolution, welche die Vorlegung des Etats für 1863 noch vor dem 1. Januar forderte und es als verfassungswidrig bezeichnete, wenn die Regierung Ausgaben anordne, die vom Hause der Abgeordneten abgelehnt worden seien. Bismarck wollte nicht anerkennen, daß die Kammer berechtigt sei, Ausgabeposten abzusetzen, die durch frühere Bewilligungen und in deren Folge geschaffene Einrichtungen notwendig geworden seien. Es handele sich nicht um ein alleiniges Bewilligungsrecht des Abgeordnetenhauses, sondern um das Zustandekommen eines Gesetzes, bei dem alle drei Faktoren mitzuwirken hätten. Er lehnte es ab, auf das Herrenhaus einzuwirken, es etwa durch einen Pairsschub, wie es bei Einführung der zur Deckung der Heereskosten auferlegten Grundsteuer geschehen war, zum Anschluß an die Zweite Kammer in Sachen des Budgets für 1862 zu bringen. Er verwahrte sich gegen die Verdächtigungen der Presse; er suche nicht nach äußeren Konflikten, die inneren zu beseitigen; eine so frivole Politik wies er weit von sich. Er bestritt, daß die Presse die öffentliche Meinung sei; die Abgeordneten hätten die Aufgabe, ihre Wähler aufzuklären. Was denn geschehen solle, wenn etwa eine Kammermehrheit gegen jedes bestehende Heer sei? Er mahnte: „Wir sind Kinder desselben Landes".

Es ist anerkannt worden, daß Bismarcks „Auftreten ein ganz besonders angenehmes, in der innegehaltenen Form versöhnliches" war. Aber es ist im Lauf der Debatte doch auch zu Äußerungen gekommen, die erregten, so urban sie auch vorgetragen wurden, und die vor allem brauchbaren Agitationsstoff boten. Der neue Leiter des Staates scheute sich nicht, recht offen

über große Politik zu sprechen. Er meinte, äußere Konflikte würden kommen, ohne daß Preußen Händel suche, und es dürfe ihnen dann nicht aus dem Wege gehen; Preußens Stellung werde nicht durch seinen Liberalismus, sondern durch seine Macht bestimmt. Es müsse seine Kraft zusammenfassen und zusammenhalten für den günstigen Augenblick, der schon einige Male verpaßt sei. Preußens Grenzen nach den Wiener Verträgen seien einem gesunden Staatsleben nicht günstig; es trage eine zu große Rüstung für seinen schmalen Leib; nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse würden die großen Fragen der Zeit entschieden — das sei der große Fehler von 1848 und 1849 gewesen —, sondern durch Eisen und Blut. Er wiederholte die oben aus dem Briefe an Roon angezogenen Äußerungen über Lust am Kritisieren in verbindlicherer Form: „Wir sind vielleicht zu gebildet, um eine Verfassung zu tragen; wir sind zu kritisch; die Befähigung, Regierungsmaßregeln, Akte der Volksvertretung zu beurteilen, ist zu allgemein". Er fügte aber auch hinzu: „Im Lande gibt es katilinarische Existenzen, die ein großes Interesse an Umwälzungen haben". Daß er einen Ölzweig, den er in Avignon gepflückt habe, als Friedenszeichen produzierte, konnte den Glauben an seinen Wunsch nach Verständigung nicht stärken, eher Zweifel an seinem Ernst wecken, die Spottlust reizen. Rednerisch hatte er einen gewissen Erfolg. „Er sprach, wenn auch stoßweise und abgebrochen, doch fließend"; aber man fand, daß „der Gegensatz zwischen der ernsten sachlichen Art, mit der bisher gerade die Budgetkommission die Sache des Landes gefördert habe, und zwischen diesem reichlich mit Fremdwörtern gezierten Geplauder — z. B. deraillieren, indulgieren, Kakophonie u. dgl. — scharf hervortrete".

Wenn Bismarck beteuerte, innere Schwierigkeiten nicht durch Herbeiführung äußerer beseitigen zu wollen, sagte er etwas, was er später oft wiederholt hat. Nach napoleonischem System zu handeln oder handeln zu wollen, hat er stets abgeleugnet. Es scheint das nicht völlig zu stimmen mit dem wiederholten und nachdrücklichen Betonen der großen, der entscheidenden Wichtigkeit, die einer starken auswärtigen Politik auch für das innere Gedeihen eines Staatswesens zukomme, und der gelegentlich daran geknüpften Bemerkung, daß eine solche Politik von inneren Schwierigkeiten ablenke. Am 15. Mai 1862 soll Bismarck aus Anlaß der Sendung des Generals Willisen nach Kassel zum Grafen Bernstorff gesagt haben: „Der

Umstand, daß der Kurfürst einen königlichen Brief auf einen Tisch geworfen hat, ist ein wenig geschickter casus belli; wollen Sie aber Krieg, so ernennen Sie mich zu Ihrem Unterstaatssekretär; dann mache ich mich anheischig, Ihnen binnen vier Wochen einen deutschen Bürgerkrieg bester Qualität fertig zu liefern". Der Widerspruch ist scheinbar. Von frivoler Kriegstreiberei kann nicht die Rede sein. Von dem ersten Augenblick an, wo Deutschlands Einigung in Bismarcks Gedanken Raum gewann, ist es aber seine Überzeugung gewesen, daß sie lebensfähig nicht zustande kommen könne ohne Krieg. Ihn in den verschiedenen Etappen jedesmal im richtigen Augenblicke, in erfolgversprechender Lage geführt zu haben, das ist der Hauptinhalt seiner staatsmännischen Größe. Wenn im zweiten Kriege der äußere Erfolg tatsächlich den inneren Schwierigkeiten ein Ende machte, so ist das kein gewollter Zweck, sondern eine unvermeidliche Begleiterscheinung. Die Äußerung vom 15. Mai 1862 gehört zu den keck hingeworfenen Worten, die wohl keinem großen Manne so zahlreich entfahren sind wie dem Begründer unseres Reiches, auf die aber nur, wer verleumden will, versuchen kann, ihn festzunageln.

Die Wendungen, die Bismarck in der Budgetkommission gebraucht hatte, haben Roon veranlaßt, beim Nachhausegehen seine Unzufriedenheit zu äußern; er meinte, daß dergleichen geistreiche Exkurse der Sache nicht förderlich seien. Ein hoher Regierungsbeamter hat gemeint, Bismarck „habe an diesem Tage zu stark gefrühstückt; sonst hätte er wohl so etwas nicht sagen können". Seine Ausführungen waren „zwar nicht stenographiert, aber in den Zeitungen ziemlich genau wiedergegeben". Das bewog Bismarck, „um dem vermutlichen Eindruck der Presse entgegenzuwirken", dem Könige, der am 4. Oktober von der Geburtstagsfeier seiner Gemahlin aus Baden-Baden heimkehrte, bis Jüterbog entgegenzufahren.

Er erwartete dort den Zug „in dem noch unfertigen, von Reisenden dritter Klasse und Handwerkern gefüllten Bahnhofe, im Dunkeln auf einer umgestürzten Schiebkarre sitzend". Er wollte die Erklärungen geben zu Preußens „schmalem Leibe", zu den Rüstungen und zu „Blut und Eisen". Nur „mit einiger Mühe ermittelte er durch Erkundigungen bei kurz angebundenen Schaffnern den Wagen des fahrplanmäßigen Zuges, in dem der

König allein in einem gewöhnlichen Kupee erster Klasse saß". Als er aber um die Erlaubnis bat, die Vorgänge während der Abwesenheit des Königs darzulegen, wurde er mit den Worten unterbrochen: „Ich sehe ganz genau voraus, wie das alles endigen wird. Da vor dem Opernplatz, unter meinen Fenstern, wird man Ihnen den Kopf abschlagen und etwas später mir".

Bismarck, der über diese Begegnung in den „Gedanken und Erinnerungen" erzählt, fügt hinzu: „Ich erriet, und es ist mir später von Zeugen bestätigt worden, daß mein König während des achttägigen Aufenthalts in Baden mit Variationen über das Thema Polignac, Strafford, Ludwig XVI. bearbeitet worden war". Er antwortete nur: „Et après, Sire?", worauf der König sagte: „Ja, après, dann sind wir tot!" was Bismarck mit der Frage beantwortete: „Können wir anständiger umkommen"? Er stellte dann Ludwig XVI. und Karl I. neben einander, der „immer eine anständige, historische Erscheinung bleiben" werde, und verstand es, durch seine Darlegungen den Offizier im Könige rege zu machen, der auf seinem Posten ausharrt, „dem sicheren Tode im Dienste mit dem einfachen Worte ‚zu Befehl' selbstlos und furchtlos entgegengeht". Es sei gleich, ob man auf dem Schaffot oder dem Schlachtfelde sterbe. Die gedrückte Stimmung des Königs machte einer „heiteren, fröhlichen und kampflustigen" Platz, die sich bei der Ankunft in Berlin „den empfangenden Ministern und Beamten gegenüber auf das unzweideutigste erkennbar machte". Bismarck fügt der Erzählung hinzu, daß „die abschreckenden geschichtlichen Reminiszenzen auf unsere Verhältnisse nur eine unehrliche oder phantastische Anwendung finden konnten", daß aber die Lage doch „ernst genug" war. „Einige fortschrittliche Zeitungen hofften schon, mich zum Besten des Staates Wolle spinnen zu sehen".

Die Forckenbeckschen Anträge wurden von der Budgetkommission in der Sitzung vom 30. September so gut wie einstimmig angenommen. Am 7. Oktober erklärte Bismarck, daß diese Resolution „den Vorschlag zum Waffenstillstande mit einer Herausforderung zu schleuniger Fortsetzung des Streites beantworte", daß sich die Regierung dadurch aber „in ihren Entschließungen zur Herstellung des Einvernehmens der verfassungsmäßigen Gewalten nicht beirren lasse". Er erklärte sich einverstanden mit einem Tags zuvor von Vincke-Olbendorf zur Resolution vorgeschlagenen Amende-

ment, nach welchem die Regierung aufgefordert werden sollte, vor Ablauf des Jahres einen vorläufigen außerordentlichen Kredit zu beantragen. Das Amendement ward aber abgelehnt, die Resolution der Kommission mit 251 gegen 36 Stimmen angenommen. Die Annahme des Budgets für 1862 in der Form der Regierungsvorlage durch das Herrenhaus am 11. Oktober erklärte die Zweite Kammer am 13. für null und nichtig, weil gegen die Verfassung verstoßend, da das Herrenhaus sich nur mit der Vorlage des Abgeordnetenhauses zu beschäftigen habe, nicht mit der der Regierung. Dem Beschluß folgte die Ankündigung der Schließung des Landtags auf dem Fuße. Am 8. war Bismarck zum Präsidenten des Staatsministeriums und zum Minister des Auswärtigen ernannt worden.

2. Im Konflikt.

Als der Landtag am 14. Januar 1863 wieder zusammentrat, nahm der Konflikt alsbald schärfste Formen an. Die Eröffnungsrede versprach Einholung nachträglicher Genehmigung für geleistete Ausgaben und die Vorlegung eines Gesetzentwurfs zur Abänderung und Ergänzung des Heeresgesetzes vom 3. September 1814, den die Neuordnung notwendig machte. In der Debatte über die Beantwortung verbiß sich die Kammer auf eine Adresse, in der sie dem Könige darlegen wollte, wie seine Minister die Verfassung verletzten, und die von der Annahme ausging, daß der König deren Handlungen nicht kenne oder nicht billige. Im Juni des verflossenen Jahres hatte Bismarck Roon gegenüber noch gemeint: „Was liegt an einer schlechten Adresse? In einer Adresse führt eine Kammer Manöver mit markiertem Feind und Platzpatronen auf. Nehmen die Leute das Scheingefecht für ernsten Sieg und zerstreuen sich plündernd und marodierend auf königlichem Rechtsboden, so kommt wohl die Zeit, daß der markierte Feind seine Batterie demaskiert und scharf schießt". Diese Zeit schien ihm jetzt gekommen.

Er wies in der Kammer darauf hin, daß es eine Grenze gebe für das, was ein König von Preußen entgegennehmen könne; die Adresse treffe den König; man spreche zu ihm, als wenn er verreist oder lange krank gewesen sei; der Vorhang, mit dem man die Unterscheidung verdecke, sei zu durchsichtig. „Wir, die Minister, nehmen es mit unserem Eide ebenso ernst wie Sie, die Abgeordneten. Durch diese Adresse werden dem Königlichen Hause der Hohenzollern seine verfassungsmäßigen Rechte abgefordert, um sie der Mehrheit dieses Hauses zu übertragen". Er schloß seine Rede am 27. Januar mit den oft zitierten Worten: „Das preußische Königtum hat seine Mission noch nicht erfüllt; es ist noch nicht reif dazu, einen rein ornamentalen Schmuck Ihres Verfassungsgebäudes zu bilden, noch nicht reif, als ein toter Maschinenteil dem Mechanismus des parlamentarischen Regiments eingefügt zu werden". Als Virchow am nächsten Tage meinte, Bismarck „spreche eine preußische Sprache, die man hier nicht verstehe", antwortete

der Ministerpräsident: „Ich bin stolz darauf, eine preußische Sprache zu reden, und Sie werden dieselbe noch oft von mir hören". Der Gegensatz der Anschauungen trat in voller Schärfe hervor: Hie Parlaments- — hie Königsherrschaft.

Die Adresse ward am 29. Januar 1863 mit 255 gegen 68 Stimmen angenommen. Der König lehnte es ab, die Deputation, die sie überreichen sollte, zu empfangen; er stellte anheim, sie schriftlich zu seiner Kenntnis zu bringen. Am 3. Februar wies er in einem Erlaß den Vorwurf der Verfassungsverletzung scharf zurück.

In den Tagen, als in Berlin die Adreßdebatte die Gemüter erhitzte, begann in Russisch-Polen ein neuer Versuch, die Fremdherrschaft abzuschütteln. Wir kennen Bismarck als grundsätzlichen Gegner polnischer Selbständigkeit. Er glaubte nicht daran, daß polnische Freiheitsbestrebungen je ein anderes Ziel haben könnten als die Wiederherstellung eines polnischen Reiches. Er war auch unerschütterlich davon überzeugt, daß dieses Ziel unvereinbar sei mit dem Bestehen des preußischen Staates. Auf dieser Überzeugung, nicht auf einer Abneigung gegen die Polen an sich, beruht seine unversöhnliche Gegnerschaft gegen diese Nachbarn der Deutschen. Er hat ihr in Petersburg einmal in sehr harten, ja grausamen Worten Ausdruck gegeben. Am 26. März 1861 schrieb er von dort an die Schwester: „Haut doch die Polen, daß sie am Leben verzagen. Ich habe alles Mitgefühl für ihre Lage; aber wir können, wenn wir bestehen wollen, nichts anderes tun als sie ausrotten; der Wolf kann auch nichts dafür, daß er von Gott geschaffen ist, wie er ist, und man schießt ihn doch dafür tot, wenn man kann".

Die Worte stammen aus einer Zeit, in der die Aussöhnungsbestrebungen in Rußland einmal wieder stark am Werke waren. Ihr Hauptträger, der Pole Graf Wielopolski, suchte durch grundsätzlichen Anschluß an das Zarenreich eine nationale Organisation, ähnlich jener, die im „Königreich Polen" während der Jahre 1815—1830 bestanden hatte, zu erreichen. Er hatte dafür den Großfürsten Konstantin, den nächstältesten Bruder des Zaren, gewonnen; auch Gortschakow war ihm geneigt. Konstantin wurde im Juni 1862 Statthalter in Polen. Bismarck hat dieser Politik bei Alexander II. nach Kräften entgegengewirkt. Nationales Regiment in Russisch-Polen mußte verlockend über die Grenze wirken; in diesem Sinne war es einst



König Wilhelm I.
Nach der Natur gezeichnet von Feckert.

von Alexander I. gewährt worden. Preußen konnte dem unmöglich gleichgültig zusehen. Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß es in anderer Lage ist als die beiden anderen Teilungsmächte. Rußland und Österreich können ihre polnischen Besitzungen herausgeben (in diesem Sinne sind in Rußland Erwägungen gepflogen worden) und bleiben, was sie sind. Für Preußen bedeutet Verlust der Erwerbungen von 1772 und 1793 Vernichtung seiner Großmachtstellung. Ein Blick auf die Karte belegt das. Sechs Jahrhunderte deutscher Siedlungstätigkeit haben die beiden Völker so in einander gemischt, daß eine staatliche Grenze nicht gezogen werden kann ohne Unterordnung des einen unter das andere. Wiederherstellung des polnischen Reiches ist gleichbedeutend mit dem Verlust preußischer und deutscher Kernlande.

Wielopolskis Bestrebungen sind bei seinen Landsleuten nicht gewürdigt worden. Sie wurden durchkreuzt durch den Aufstand, der übrigens bei der breiten Masse der Landbevölkerung nicht allzuviel Anhang gefunden hat, ja fast von ihr als Plage empfunden worden ist. Preußen konnte dies Feuer im Nachbarhause nicht unbeachtet lassen; Versuche der Teilnahme von seinem Gebiete her blieben natürlich nicht aus. So wurden die vier Armeekorps des Ostens marschbereit gemacht, die Grenze zu sperren. Gustav von Alvensleben, Generaladjutant des Königs, ward in besonderer Mission nach Petersburg geschickt und brachte dort am 8. Februar 1863, unter Widerstreben Gortschakows, auf kaiserlichen Befehl eine Konvention zum Abschluß, die ein militärisches Zusammenwirken beider Mächte vereinbarte; ihre Truppen sollten berechtigt sein, in der Verfolgung von Aufständischen die Grenze zu überschreiten, bis man auf eine zur Entwaffnung der Verfolgten genügende landesangehörige Truppenabteilung stoße.

Das Bekanntwerden des wesentlichen Inhalts dieser Abmachung, das vom Auslande her erfolgte, erregte weithin in Preußen und Deutschland die Gemüter aufs heftigste. Sympathien für das „unterjochte Volk" waren doch noch in weiten Kreisen, Kenntnis der Verhältnisse wenig verbreitet. Vor allem aber beherrschte Abneigung gegen das absolutistische Rußland die öffentliche Meinung. Am 18. Februar wurde in der Zweiten Kammer interpelliert, und das Haus beschäftigte sich dann bis Ende März noch wiederholt und angelegentlich mit dieser Frage. Es verlangte strikte Unparteilichkeit; Waldeck

beschuldigte die Regierung, Rußland Gendarmendienste zu leisten. Ein Zusammengehen aller liberalen Staaten ward empfohlen, auf die drohende Gefahr eines Einschreitens der Westmächte nachdrücklich hingewiesen, Preußen ein zweites Olmütz prophezeit. Es fehlte dabei nicht an heftigen Ausfällen und maßlosen Übertreibungen, selbst von Männern wie dem Historiker Heinrich von Sybel. Simson, der Frankfurter und Erfurter Parlamentspräsident, sprach von der Unfähigkeit des Hauptes der Regierung, verglich es mit einem Seiltänzer und zieh es der Donquixoterie.

Bismarck hat die Beantwortung der Interpellation abgelehnt, ist aber in den anschließenden Diskussionen die Antwort nicht schuldig geblieben. Im sicheren Gefühl unbedingter sachlicher Überlegenheit hat er zwar scharf, aber ruhig gesprochen, wie er denn in allen diesen Debatten, so entschieden und so kampfbereit er sie führte, sich viel weniger zu leidenschaftlichen Äußerungen hinreißen ließ als seine Gegner. Er betonte die Pflicht, des Königs Untertanen vor den Gefahren, denen sie durch Gewalt oder Verführung ausgesetzt seien, möglichst zu schützen. Er ließ sich keinerlei Mitteilungen über den Inhalt der Konvention entlocken und blieb dabei, daß die Kammer über Dinge rede, von denen sie nichts wisse. Dem Tadel der eigenen Person begegnete er mit einer Berufung auf den Ausspruch eines englischen Staatsmannes gelegentlich einer Debatte über Monopole, daß „das gehässigste aller Monopole dasjenige der politischen Einsicht und Tugend sei, welches einzelne Parteien und Parteiführer sich beilegten". Er wies darauf hin, wie unpolitisch es sei, Auskunft zu verlangen über schwebende auswärtige Verhandlungen, wie in jedem andern Parlamente „auch die strengste Opposition davon Abstand genommen haben würde. Geben Sie uns ein englisches Unterhaus, und dann fordern Sie englische Institutionen!" Die Westmächte und Österreich haben wiederholt Vorstellungen an Rußland gerichtet und gedrängt, daß Preußen sich ihnen anschließe. Der Forderung Virchows, dem nachzugeben, erwiderte Bismarck kühl, daß „Ratschläge an fremde Regierungen immer etwas Mißliches haben, weil sie leicht zur Reziprozität führen". Er fand, daß Kaiser Alexander II. ein besserer Nachbar sei als Mieroslawski, der herzugerufen und herbeigeeilt war, den Aufstand zu führen, und „ein propagandistisches Polen". Er machte die bittere, aber

damals und später und zum Teil heute noch nicht unberechtigte Bemerkung: „Die Neigung, sich für fremde Nationalitäten und Nationalbestrebungen zu begeistern, auch dann, wenn dieselben nur auf Kosten des eigenen Vaterlandes verwirklicht werden können, ist eine politische Krankheitsform, deren geographische Verbreitung sich auf Deutschland beschränkt".

Die entscheidenden Gründe, die Bismarcks Haltung bestimmten, kommen aber in diesen Entgegnungen, so schlagend sie sind, nicht zutage. Sie lagen auf dem Gebiet der auswärtigen Politik, über die Bismarck wirkliche Aufklärung nicht geben konnte, ohne sich seine Ziele zu verbauen. In einem Gespräch mit Keudell hat er die Lage mit den Worten gekennzeichnet: „Die Konvention wird vom Publikum falsch beurteilt, weil man die Erdschichten nicht kennt, in welchen die Wurzeln dieses Gewächses liegen". Die Konvention hatte „einen diplomatischen, mehr als einen militärischen Zweck". Es kam darauf an, den russischen Herrscher zu gewinnen. Die Erweiterung Preußens zu einem neuen Deutschland, wie sie dem Ministerpräsidenten vorschwebte, konnte ohne ein wohlwollendes Rußland nicht erreicht werden. Eine Warschauer Zusammenkunft von 1850 durfte nicht abermals stattfinden. Es war ja auch klar, daß jede Stärkung des polnischen Elements in Preußen den Einfluß Frankreichs in Europa mehren, Rußland zur Verständigung mit Frankreich geneigter machen, den Einfluß der dortigen französischen Partei, die von Frankreich Förderung orientalischer Wünsche erhoffte, und deren Hauptvertreter Gortschakow selber war, erhöhen mußte. „Polens Unabhängigkeit ist gleichbedeutend mit einer starken französischen Armee in der Weichselposition". Den Gefahren, die das für Preußen und Deutschland in sich schloß, hat Bismarck am 9. März 1863 mit den Worten Ausdruck gegeben: „Wir können den Rhein nicht halten, wenn wir Polen im Rücken haben".

Es sind völlig durchschlagende Gesichtspunkte, die Bismarcks Haltung gegenüber dem Polenaufstande des Jahres 1863 bestimmten. Vor der Geschichte ist sie gerechtfertigt, wie nur irgend eine staatsmännische Handlung gerechtfertigt sein kann. Die Klarheit und Sicherheit, mit der die Grundlinien der einzuhaltenden Politik erkannt wurden, haben es Bismarck erleichtert, allen von London und Paris her an ihn herantretenden, gelegentlich recht dringlichen Versuchen, Preußen den dortigen Wünschen dienstbar zu machen,

unerschütterlichen Widerstand entgegenzusetzen. Als der englische Gesandte Buchanan ihm erklärte, Europa werde die Ausführung der Konvention nicht dulden, erwiderte Bismarck: „Was ist Europa?“ und der Antwort: „Verschiedene große Nationen“ begegnete er mit der Frage: „Sind sie darüber einig?“ Der französische Minister des Auswärtigen hat vergebens gedroht, daß man Bismarcks Entlassung fordern werde. Die gegen Österreich so leicht zu erregende russische Stimmung hat dazu geführt, daß gerade in den Tagen, als Franz Joseph in Gastein König Wilhelm zum Frankfurter Fürstenkongreß einlud, der Zar Preußen zum Bündnis gegen Österreich aufforderte. Man ist darauf nicht eingegangen aus Gründen, die Bismarck noch in den Gedanken und Erinnerungen des längeren dargelegt hat. Man konnte aber ablehnen, ohne zu verstimmen, und in den nächsten Jahren gab es, dank der Politik Bismarcks, keine Macht, die sich näher mit Preußen verbunden fühlte als Rußland.

In einer der Polendebatten hatte sich Bismarck am 26. Februar zu der Erklärung veranlaßt gesehen, daß er nicht „unter der Disziplin des Herrn Präsidenten dieses Hauses stehe“. Am 11. Mai verwahrte sich der Kriegsminister gegen persönliche Angriffe und bezeichnete eine Ermahnung seitens des Abgeordneten von Sybel zum Patriotismus und dessen Vorwurf, daß er den Unfrieden in das Land geschleudert habe, als „eine ganz unberechtigte Anmaßung“. Der Vizepräsident v. Bockum-Dolffs unterbrach ihn; der Kriegsminister wollte aber nicht schweigen. Als er, trotz wiederholter Unterbrechung, dabei beharrte zu reden und unter Berufung auf den Vorgang vom 26. Februar behauptete, die Berechtigung des Präsidiums gehe „bis an diesen Tisch und nicht weiter“, bedeckte sich Bockum-Dolffs und hob damit die Sitzung auf.

Noch an demselben Tage erging eine Erklärung des Gesamtministeriums an das Haus, in der eine Zusage gefordert wurde, daß „eine Wiederholung des heutigen, der gesetzlichen Begründung entbehrenden Verfahrens gegen ein Mitglied des Staatsministeriums nicht in Aussicht stehe“; bis dahin „müsse das Staatsministerium sich der Teilnahme an den Beratungen des Abgeordnetenhauses enthalten“. Als eine solche Zusage abgelehnt wurde, forderte am 20. Mai eine königliche Zuschrift das Haus auf, „unsern Ministern die

verlangte Anerkennung ihrer verfassungsmäßigen Rechte zu gewähren und dadurch das fernere geschäftliche Zusammenwirken zu ermöglichen". Der Empfang einer Deputation, die Sr. Majestät die Auffassung des Hauses darlegen sollte, ward abgelehnt, der Landtag am 27. Mai geschlossen. Regierung und Volksvertretung standen in offener Fehde.

Es war nicht Bismarcks Meinung, entsprach nicht seiner Art und seiner ganzen Lebensauffassung, den Kampf allein mit der ihm verfassungsmäßig gegenüberstehenden Körperschaft zu führen. Er suchte die Wurzeln ihres materiellen Bestandes zu treffen. Schon im Februar hatte er den Entwurf eines Diätengesetzes eingebracht, das den Abgeordneten die Kosten ihrer Stellvertretung auferlegte. Am 1. Juni erließ er eine Preßverordnung von rücksichtsloser, fast brutaler Schärfe. Maßregelungen von Beamten wegen ihrer politischen Haltung erfolgten wieder wie nur je unter Manteuffel und Westphalen. Am 2. September ward das Abgeordnetenhaus aufgelöst, ohne wieder zusammenberufen worden zu sein. Der Konflikt stand neuerdings zur Entscheidung des Landes.

3. Deutsche Fragen.

Es konnte nicht anders sein, als daß die preußischen Vorgänge in ganz Deutschland Widerhall fanden. Die „Neue Ära" und der 59er Krieg hatten den liberalen und nationalen Strömungen neue Kraft gegeben. Mitte September 1859 war in Frankfurt unter Bennigsens Führung der „National-Verein" zusammengetreten, der die Ziele der 48er Bewegung im Sinne der Mehrheit der Frankfurter Reichsversammlung wieder aufnahm. Im November gab Schillers Gedenktag Anlaß zu einer Feier, die vom Geiste nationaler Einheit und Freiheit getragen und durchdrungen war wie nie ein Fest unseres Volkes zuvor. Das neue preußische Verfassungsleben schien den Weg zu ebnen. Die Regierungen verfolgten mit Mißtrauen und Besorgnis das Wachsen der Popularität Preußens gerade in den geistig führenden Schichten des deutschen Volkes. Am 1. Mai 1860 äußerte der hannoversche Minister Borries, der National-Verein „sei geeignet, die deutschen Mittel- und Kleinstaaten in die Arme des Auslandes zu treiben". Er wurde bald darauf von seinem Könige in den Grafenstand erhoben.

In Preußen war man fast ängstlich bemüht, ein Streben nach Mehrung der eigenen Macht nicht sichtbar werden zu lassen. Daheim liberal, nach außen konservativ-legitimistisch blieb die Grundrichtung der Politik. Ein Wandel in der Beurteilung der preußischen Stellung und Verhältnisse mußte sich aber beim deutschen Volke unvermeidlich im Verfolg der Heeresreform vollziehen. Sie verstieß gegen liberale Grundanschauungen, und es konnte ihr nicht zugute kommen, daß sie vom Könige nicht nur im preußischen, sondern auch im deutschen Sinne gedacht war. Die Berufung Bismarcks, sie durchzuführen, erschien nicht nur in Preußen, sondern in ganz Deutschland als ein entschiedenes Zurücklenken in starr konservative Bahnen. Die öffentliche Meinung kannte den Mann doch eigentlich nur als absolutistisch gesinnten „Junker". Bismarck hat selbst später einmal gesagt, „die Leute vom National-Verein würden ihn wohl unterstützt haben, wenn seine Pläne klar vor ihnen gelegen hätten"; aber diese Vorbedingung war eben nicht zu erfüllen, obgleich Bismarck nicht versäumt hat, angesehene Abgeordnete und

Angehörige der Presse zu verständigen, daß die Ziele der liberalen Partei und seine eigenen die gleichen seien.

So wurden Feinde, die dasselbe wollten. Sie konnten sich zunächst nicht finden, da es einen gemeinsamen Boden für sie zur Zeit nicht gab. Daß Macht unentbehrlich sei, in der Mitte Europas einen deutschen Staat aufzurichten, wurde beiderseits anerkannt; aber hier hoffte man sie zu gewinnen auf der Grundlage der öffentlichen Meinung, der Volksströmungen, während dort die unerschütterliche Überzeugung, daß sie nur herauswachsen könne aus den vorhandenen staatlichen Organisationen, vor allem aus der preußischen Monarchie, alleinige Richtschnur aller Handlungen war und blieb. In den „Gedanken und Erinnerungen" hat Bismarck seine Auffassung in die Worte gefaßt: „Niemals, auch in Frankfurt nicht, bin ich darüber im Zweifel gewesen, daß der Schlüssel zur deutschen Politik bei den Fürsten und Dynastien lag und nicht bei der Publizistik in Parlament und Presse oder bei der Barrikade."

Den Fortgang der deutschen Sache mußte dieser Gegensatz außerordentlich erschweren.

Die Neubelebung des nationalen Gedankens in der 48er Form rief auch die Gegner auf den Plan. Am 21. November 1859 traten in Würzburg Minister von neun Mittel- und Kleinstaaten zusammen und einigten sich über einen Bundesreformplan, der Verbesserungen auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiete und im Gerichtswesen ins Auge faßte, alles auf Grund der bestehenden Bundesverfassung. Darüber war man nun, dank der Bismarckschen Tätigkeit, in der preußischen Regierung einig, daß eine Erweiterung der Bundesrechte und des Bundeseinflusses unerträglich sei. Die Stärkung der deutschen Wehrverfassung hielt man für wünschenswert und erreichbar in der Weise, daß die beiden süddeutschen Bundesarmeekorps dem österreichischen, die beiden norddeutschen dem preußischen Heere angegliedert würden, und stellte dementsprechend Anträge in Frankfurt. Sie wurden am 2. Mai 1860 gegen die alleinige Stimme des Antragstellers Preußen abgelehnt. Es hat dann im nächsten Jahre begonnen, durch Militärkonventionen mit norddeutschen Kleinstaaten deren Kontingente in besseren militärischen Stand und zu engerem Anschluß an die eigene Armee zu bringen.

Mittelstaatliche Bundesreformpläne sind aber auch fernerhin aufgetaucht. Während seines 1861er Urlaubs hatte sich Bismarck in Baden-Baden, in

Koblenz und Stolpmünde mit Roggenbachs Projekt zu befassen, und in den Tagen der Königsberger Krönung versandte der sächsische Minister Beust ein Programm, das seiner Wunderlichkeit wegen auf allgemeine Ablehnung stieß, aus dem aber doch der Vorschlag, am Bunde, der zweimal jährlich je einen Monat in Hamburg und in Regensburg tagen sollte, Delegierte aus den Einzellandtagen zu versammeln, Gegenstand der Erwägung blieb.

Die Lage verwickelte sich durch den kurhessischen Verfassungskonflikt und den französischen Handelsvertrag. Die Kasseler Zweite Kammer hatte sich im Februar 1860 beschwerdeführend an den Bundestag gewandt und um Beendigung des seit 1852 währenden gesetzlosen Zustandes, unter einer nicht anerkannten Verfassung, gebeten. Das Ansuchen fand Preußens Unterstützung, und nach zweijährigen Verhandlungen kam es, vor allem dank der Halsstarrigkeit und Böswilligkeit des Kurfürsten, dahin, daß selbst der Bund sich für Wiederherstellung der Verfassung von 1831 erklärte. Um dieselbe Zeit (Mai 1862) mußte der General von Willisen, der ein Handschreiben seines Königs an den Kurfürsten überbrachte, es mit ansehen, wie dieser das Papier verächtlich auf den Tisch warf. Preußen antwortete mit der Marschbereitschaft zweier Armeekorps. In diesem Stande fand Bismarck die Frage, als er die Leitung der Geschäfte übernahm.

Der Kurfürst hatte die Weisung des Bundestags befolgt; er machte sie aber wirkungslos durch passiven Widerstand; er ließ dem neuen Landtage keine Vorlagen zugehen. Bismarck hat am 24. November 1862 durch einen Feldjäger mit Zwangsmaßregeln drohen lassen. Da bald darauf ein österreichischer Generalmajor mit ähnlichem Auftrage erschien, hat sich der Kurfürst gefügt.

Wie in diesem Falle Bismarck von seinen Vorgängern begonnene Politik weiterführen konnte, so auch in der Frage des Handelsvertrags mit Frankreich. Schon unterm Ministerium Hohenzollern hatten die Verhandlungen angefangen; am 22. März 1862 waren sie zum Abschluß gebracht worden. Bis zum Ausgange des Jahres 1865 liefen die Verträge, auf denen der Zollverein sich gründete. Österreich erneuerte die Versuche, die Bismarck zehn Jahre früher nach Wien und Ofen geführt hatten; es begehrte Eintritt in den Verein mit seinem gesamten Länderbesitz. Die politische Lage war

nicht weniger günstig als damals; die Befürchtungen, daß Preußens wirtschaftliche Führung die politische und militärische nach sich ziehen würde, waren wieder rege. Dazu herrschte im Süden Mißstimmung über die Tendenz des neuen Vertrages. Sein Inhalt war von freihändlerischen Anschauungen bestimmt, die im Frankreich Napoleons III. die Oberhand hatten, die sich auch mit den damaligen preußischen Verhältnissen vertrugen, weniger aber mit denen des Südens. So lehnten Bayern und Württemberg den vereinbarten Vertrag ab. An ihm festzuhalten, waren in Preußen Regierung und Kammern gleich entschlossen. Man ließ keinen Zweifel darüber, daß man den Zollverein kündigen werde, wenn der Vertrag nicht allgemeine Billigung finde. Darauf konnten es die Widerstrebenden nicht ankommen lassen. Der Handelsvertrag ist rechtskräftig, später sogar durch Artikel 11 des Frankfurter Friedens unkündbar geworden.

Wenn Bismarck so Erfolge verzeichnen konnte, die seinen Vorgängern wohl auch zugefallen wären, so lag es anders in der entscheidenden, der deutschen Frage. Hier mußte er neue, besondere Arbeit leisten.

Das Mißgeschick von 1859 war nicht ohne Folge geblieben für Österreichs innere Entwicklung. Im Februar 1861 ist es zu einer Gesamtstaatsverfassung gekommen, die im „Reichsrat" den Völkern des Kaiserstaates eine Art parlamentarischer Vertretung gab. Ihr Urheber, Ritter von Schmerling, wußte der Donaumonarchie einen liberalen Anstrich zu geben, der ihrer deutschen Stellung um so förderlicher war, je mehr Preußens Regierung in den Ruf der Reaktion geriet. So konnte man in Wien versuchen, den Wind in die eigenen Segel zu fangen, indem man selbst die Bundesreform übernahm. Seit Juli 1862 ward in Wien unter Beteiligung führender Mittelstaaten ein neues Reformprojekt ausgearbeitet. Bernstorff stand noch an der Spitze des Auswärtigen, als es Preußen bekannt gegeben wurde. Er lehnte es rundweg ab. Preußen könne irgend welcher Mehrung der Bundesrechte nicht zustimmen; es werde versuchen, die Verhältnisse durch Einzelverträge von Staat zu Staat zu bessern. Trotzdem ward ein Antrag in Frankfurt eingebracht. Dem preußischerseits so oft ausgesprochenen Wunsche vorheriger Verständigung der Großmächte über Anträge am Bunde wurde keine Rechnung getragen.

In dieser Lage fand Bismarck die Dinge. Unterm 24. Januar 1863 hat er, veranlaßt durch Veröffentlichungen in der Presse, ein Rundschreiben an Preußens Vertreter bei den Bundesstaaten gerichtet, in dem er Mitteilung machte über zwei Gespräche, die er am 4. und 13. Dezember 1862 mit dem österreichischen Gesandten in Berlin, Grafen Karolyi, mit dem Bismarck übrigens stets beste persönliche Beziehungen unterhalten hat, und einige Tage nachher mit seinem durch Berlin reisenden früheren Bundestagskollegen, jetzigem österreichischen Gesandten in Petersburg, Grafen Thun, gehabt bzw. herbeigeführt hatte. Die österreichisch-preußischen Beziehungen müßten, hatte er in diesen Gesprächen ausgeführt, entweder besser oder schlechter werden; seine Regierung wünsche das erstere, müsse sich aber, wenn sie kein Entgegenkommen finde, auch auf den zweiten Fall einrichten. Vor 1848 habe Österreich Preußen in Deutschland nicht beirrt und habe dafür dessen Unterstützung in europäischen Fragen genossen; jetzt sehe der Kaiserstaat es als seine Aufgabe an, sich preußischem Einfluß hemmend in den Weg zu stellen, sogar in Staaten, die, wie Hannover und Hessen, im natürlichen Wirkungsbereich Preußens gelegen, seit langem zu diesem Staate in nahen Beziehungen gestanden hätten. Es sei ein Irrtum, zu glauben, daß Preußen seine Interessen nicht geltend machen, Verlegenheiten Österreichs nicht ausnutzen könne oder werde. Ein Bündnis Preußens mit einem Gegner Österreichs sei ebenso wenig ausgeschlossen wie bei angemessenem Entgegenkommen eine treue und feste Verbindung beider deutschen Großmächte gegen gemeinsame Feinde.

In der österreichischen Antwort, die diesem Rundschreiben erteilt wurde, ist noch gesagt, daß Bismarck geraten habe, den Schwerpunkt der Monarchie nach Ofen zu verlegen, sonst werde man beim nächsten europäischen Konflikt Preußen auf der Seite der Gegner finden. Österreichs Vormachtstellung wird in dieser Antwort für ein Ergebnis der Geschichte erklärt, auf das man nicht verzichten könne; Bismarcks Forderungen und Vorwürfe werden als unberechtigt und unbegründet zurückgewiesen, als Vorwände bezeichnet, die man sich für einen Bruch zurecht zu legen scheine.

Alsbald nach Bismarcks Gespräch mit Karolyi (am 18. Dezember) ist das Reformprojekt am Bundestage verhandelt worden. Am 11. hatte Bismarck dort Herrn von Sydow an Usedoms Stelle gesetzt. Im Auf-

trage seiner Regierung erklärte dieser, daß Preußen in der Vorlage eine Annäherung an die höheren Ziele staatlicher Einheit und Stärkung nicht erblicken könne, auch keinen Fortschritt der nationalen Bewegung, eher eine Ablenkung. Eine Delegiertenvertretung am Bunde trage die Gefahr in sich, „daß eine große Mehrheit an Volkszahl und staatlicher Kraft einer Kombination von Stimmen unterliege, welche tatsächlich eine Minderheit an Zahl und Macht vertrete", worin sich keine der beiden Großmächte fügen werde. Er schloß mit der Mahnung, daß die Fortsetzung des bei diesem Vorgehen beliebten Verfahrens „zu einem Punkte führen könne, wo die dissentierende Regierung außerstand gesetzt wäre, in einer im Widerspruch mit den Bundesgrundgesetzen verfahrenden Versammlung noch das Organ des Bundes zu erkennen, an dessen Schließung sie sich beteiligt habe".

Bei der Abstimmung am 22. Januar 1863 ist das Reformprojekt dann auch abgelehnt worden; die Mehrzahl der Kleinstaaten stimmte mit Preußen gegen Österreich und die vier Königreiche. Unmittelbar nachher hat Bismarck das Rundschreiben ergehen lassen. Er hat Preußens Vertreter am Bundestage aber beauftragt, über die Erklärung vom 18. Dezember hinaus nicht nur zu verneinen, sondern auch zu bejahen. Seine motivierte Abstimmung lehnte Delegierte der Einzellandtage ab, empfahl aber eine Volksvertretung auf Grund direkter Wahlen. Eine solche Neuerung sei aber nur in einem engeren Kreise von Staaten durchführbar; undeutsche Stämme könnten nicht mit herangezogen werden. Preußen werde entsprechende Vereinbarungen zu schließen suchen.

Es war ein offenes Eintreten für das kleindeutsche Programm, für die Gedanken von 1848.

In Österreichs Antwort auf das Rundschreiben ist auch von „wohlgemeinten Bestrebungen" die Rede, „dem Verlangen der deutschen Nation nach freisinniger Entwickelung der Bundesverfassung, so viel an uns ist, Genüge zu tun!" Die inneren Zustände Preußens konnten nur ermuntern, diese Bestrebungen trotz der in Frankfurt erlittenen Niederlage fortzusetzen. Kaiser Franz Joseph hat versucht, sie persönlich in die Hand zu nehmen. Auf einem Fürstentage dachte er die deutschen Regenten und die Bürgermeister der freien Städte für ein neues in Wien ausgearbeitetes Reformprojekt zu gewinnen,

das, wie die früheren, Erweiterung der Bundesbefugnisse anstrebte. Dem „Nationalverein" war schon im Herbst des vergangenen Jahres ein „Reformverein" mit großdeutschen Zielen entgegengesetzt worden, diesen Gedanken in der Bevölkerung populär zu machen.

König Wilhelm hat im Sommer 1863 vom 19. Juni an in Karlsbad, vom 21. Juli bis 15. August in Gastein zur Kur geweilt. An beiden Orten hat Bismarck zu seiner Umgebung gehört, bei Karlsbad „als Leinwandgespenst" Berge und Wälder durchstreift und bei Gastein „7000 Fuß hoch" Gemsen geschossen. Am 2. August traf dort der Kaiser zu kurzem Besuch ein. Er hat noch an demselben Tage dem Könige, völlig überraschend, Mitteilung von der beabsichtigten Fürstenkonferenz gemacht. Ihrer ersten Begegnung beizuwohnen, hat Bismarck verpaßt, indem er in den Anlagen gerade „mit der Uhr in der Hand beobachtete, wie oft in der Minute eine Meise ihre Jungen fütterte". Vor der zweiten Besprechung am nächsten Tage hatte der König mit ihm beraten; eine ablehnende Antwort ist das Ergebnis gewesen.

Aber Franz Joseph hat seine Bemühungen nicht aufgegeben. „Österreich macht Bocksprünge" schreibt Bismarck der Gemahlin am 8. und am 12.: „Ich kann wegen der Frankfurter Windbeuteleien nicht vom Könige fort". An Herrn von Sydow schrieb er: „Ich betrachte das österreichische Reformprojekt als eine Schaumwelle, mit welcher Schmerling mehr noch ein Manöver der innern österreichischen Politik als einen Schachzug antipreußischer Diplomatie beabsichtigt. Er arrangiert dem Kaiser eine glänzende Geburtstagsfeier" (18. August) „mit weißgekleideten Fürsten und fingiert ihm Erfolge der konstitutionellen Ära Österreichs. Von dem Dampf der Phrasen entkleidet, ist des Pudels Kern ein so dürftiger, daß man dem Volke lieber nicht praktisch vordemonstrieren sollte, wie nicht einmal das zustande kommt".

König Wilhelm ist von Gastein nach Baden-Baden gereist. Am 19. August traf er dort ein, mit ihm Bismarck. Am 17. hatte der Fürstentag in Frankfurt begonnen. Die Versammelten machten einen letzten Versuch. Sie richteten eine gemeinsame Einladung an den preußischen König; der ihm persönlich nahestehende König Johann von Sachsen und sein Minister Beust brachten sie nach Baden-Baden. Sie mußten am 21. unverrichteter Dinge

nach Frankfurt zurückkehren. Der König blieb fest bei der schon in Gastein ausgesprochenen Ablehnung; er könne nicht teilnehmen an Beratungen über Anträge, von denen er amtliche Kenntnis bisher noch nicht erhalten habe; vorherige Prüfung durch seine Räte sei unerläßlich. Aber es war Bismarck nicht leicht geworden, den König vor Nachgiebigkeit zu bewahren. Bis Mitternacht hat die entscheidende Verhandlung gedauert. „Dreißig regierende Herren und ein König als Kurier! Wie kann man da ablehnen?" hatte der König gemeint. „In Bismarck kochte der Zorn über die lange Spannung; als hinter den Sachsen sich die Türe geschlossen, zerschlug er einen auf dem Tisch stehenden Teller mit Gläsern. Ich mußte etwas zerstören, sagte er, jetzt habe ich wieder Atem". In München hat er bei der Durchfahrt der Königin Elisabeth, die ihn für den Fürstentag gewinnen wollte, erklärt, daß er nach Frankfurt gehen werde, wenn der König befehle, dann aber nicht mehr als Minister nach Berlin.

Der Fürstentag „in Hemdsärmeln" — man hatte bei großer Hitze formlos mit einander verkehrt — ist ergebnislos verlaufen. Am 15. September hat ein Ministerialbericht an den König, der dann an alle deutschen Regierungen ging, noch einmal ausgeführt, was Bismarck schon vor zwei Jahren in Baden-Baden in seiner Denkschrift dargelegt hatte, nur noch klarer und offener. Preußen widersetzte sich einer Umgestaltung des bestehenden Bundes. Damit war den österreichischen und mittelstaatlichen Reformplänen ein Ende gemacht, zugleich aber auch das Schicksal des Deutschen Bundes entschieden. Unseres Volkes Zukunft hing jetzt an Preußen und an Bismarcks und seines Königs Kraft und Glück.

Am 28. Oktober haben die Neuwahlen zum preußischen Abgeordnetenhause stattgefunden; sie brachten trotz kräftigsten Eingreifens aller der Regierung zur Verfügung stehenden Organe nur eine belanglose Verschiebung zu ihren Gunsten. Die Stimmung der Wähler stand fest.

Die Thronrede, mit welcher der Landtag am 11. November eröffnet wurde, betonte den Wunsch nach Verständigung, zugleich aber auch die Notwendigkeit der Heeresreform, die ohne Erhaltung der jetzt bestehenden Heereseinrichtung nicht möglich sei. Ein Entwurf eines neuen Heeresgesetzes ward angekündigt und auch das Ziel der deutschen Politik deutlich genug ge-

kennzeichnet; nur „Reformen, die in gerechter Verteilung des Einflusses nach dem Verhältnis der Macht und der Leistungen dem preußischen Staate die ihm in Deutschland gebührende Stellung sicherten", könnten in Frage kommen. Dieses Ziel zu erreichen, müsse aber „die für die preußische Monarchie unentbehrliche Macht des Königlichen Regiments ungeschwächt erhalten werden".

4. Schleswig-Holsteins Befreiung.

Ehe der Landtag noch in nennenswerte Verhandlungen eintreten konnte, vollzog sich das Ereignis, das die deutschen Dinge in raschen Fluß brachte und dem Staatsmann an Preußens Spitze den Kampfplatz öffnete, auf dem er sein Können glänzend bewähren sollte. Am 15. November 1863 starb unerwartet König Friedrich VII. von Dänemark. Die Zukunft Schleswig-Holsteins mußte sich entscheiden.

Keine Frage der großen Politik hat im 19. Jahrhundert die Gemüter weithin in Deutschland so tief und so anhaltend erregt wie die schleswig-holsteinische. Die Herzogtümer waren seit dem unglücklichen Ausgang der Erhebung der Jahre 1848 bis 1850 die Schmerzenskinder des deutschen Volkes, und nichts ist insbesondere der preußischen Politik so oft und so nachdrücklich zum Vorwurf gemacht worden als ihr Versagen gegenüber den Hoffnungen, die man auf sie gesetzt hatte. Als die Nachricht vom Ableben des dänischen Königs kam, durchzuckte alle der eine Gedanke, daß jetzt die Stunde gekommen sei, Versäumtes nachzuholen und dem kleinen Dänemark zu zeigen, daß es nicht in der Lage sei, dem deutschen Volke dauernd seinen Willen aufzuzwingen.

Im Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852 hatten die Großmächte und Schweden die zukünftigen Beziehungen Dänemarks und der Herzogtümer festzulegen versucht. Sie hatten den Bestand der dänischen Monarchie als ein europäisches Interesse anerkannt und die Erbansprüche des Herzogs Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, der mit einer Schwestertochter König Christians VIII. von Dänemark (gestorben 1848) verheiratet war, für gültig erklärt; sie hatten aber zugleich den Herzogtümern alle ihre überlieferten Rechte vorbehalten.

Das Londoner Protokoll ist weder vom Bunde, noch auch von den Augustenburgern, welche als die nächsten männlichen Erben die Nachfolge in den Herzogtümern beanspruchten, auch nicht von den schleswig-holsteinischen Ständen anerkannt worden. So sind Klagen an den Bund gekommen, als die Dänen, zunächst am 26. Juli 1854, dann in veränderter Form am

2. Oktober 1855 eine Gesamtstaatsverfassung einführten. Fortgesetzte Bedrückung der deutschen Bevölkerung Schleswigs hat gereizt. So hat der Bund am 11. Februar 1858 die Gesamtstaatsverfassung für Holstein und Lauenburg, die zum Bunde gehörten, außer Kraft erklärt und über Exekution in diesen beiden Landesteilen verhandelt.

Die Dänen gaben nach, regierten aber jetzt das Bundesgebiet so gut wie ohne Verfassung. Das führte zu neuen Vorstellungen, die nachdrücklicher wurden, als die Neue Ära einsetzte und in Dänemark die Bestrebungen der Eiderdänen an Kraft gewannen, die völlige Trennung Schleswigs von Holstein und seine Einverleibung in Dänemark verlangten. Sie bestritten die dauernde Rechtsbeständigkeit der Verbindung der Herzogtümer und brachten es dahin, daß ein Königlicher Erlaß am 30. März 1863 in diesem Sinne entschied. Die dänische Regierung setzte sich damit in offenen Widerspruch zu den Wünschen der Großmächte. England hatte im September 1862 aufgefordert, die vier Teile der Monarchie, das Königreich und die drei Herzogtümer, gesondert zu regieren, und Rußland hatte dem zugestimmt. Der deutsche Widerstand konnte dadurch nur gestärkt werden. Unterm 17. April 1863 erhoben Österreich und Preußen in Kopenhagen Einspruch gegen den Erlaß vom 30. März, und am 9. Juli verlangte der Bund dessen Zurücknahme und eine gesonderte Verfassung für die Herzogtümer. Als der Aufforderung nicht Folge gegeben wurde, beschloß er am 1. Oktober, für Holstein und Lauenburg die Exekution einzuleiten. Trotzdem ist der Gesamtverfassungsentwurf durch Beschluß des dänischen Reichstages am 13. November, zwei Tage vor Friedrichs VII. Tode, Gesetz geworden.

Bismarck ist früh mit diesen Angelegenheiten beschäftigt gewesen. Er hat sich für die 1848er Erhebung der Herzogtümer nicht erwärmt, ihre Räumung im Jahre 1850 gebilligt. Im ersten Jahre seiner Frankfurter Bundestätigkeit hat er dann im Auftrag seines Königs wesentlichen Anteil genommen an den Verhandlungen, die Herzog Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, der Erbe der Herzogtümer, mit der dänischen Regierung führte. 1852 haben sie mit einem Abkommen geendigt, nach welchem der Herzog als Entschädigung für seine in Dänemark beschlagnahmten Güter 3 Millionen dänische Taler erhalten sollte, dafür aber zu versprechen hatte, nichts gegen das Londoner Protokoll zu unternehmen. Das Geld ist zeitweise in Bismarcks

Verwahrung gewesen; er hatte es einmal, wie er Keudell erzählte, ganz vergessen und fand es „wohl verpackt unter alten Akten begraben" wieder.

Als Bismarck 1857 in Paris über Neuenburg verhandelte, hat er mit dem Kaiser auch über Schleswig-Holstein gesprochen. Er hat betont, daß man die deutsche Bevölkerung nicht vergewaltigen lassen könne, aber zugleich Sorge getragen, daß den europäischen Mächten nicht der Gedanke komme, Preußen wolle den Bestand der dänischen Monarchie antasten. Seine Reise nach Kopenhagen im August dieses Jahres und der anschließende schwedische Jagdausflug mit dem Prinzen Friedrich von Hessen bezweckten, wie er an Leopold von Gerlach schreibt, teils Vergnügen, teils informatio in rebus Danicis. Der Prinz war der Bruder der Gemahlin des destinierten Thronfolgers und hat durch Verzicht auf seine Erbansprüche diesem die Bahn frei gemacht. Auch in den folgenden Jahren ist Bismarck wiederholt in der schleswig-holsteinischen Frage tätig gewesen, besonders auch in Petersburg.

Ihm war klar, daß ein Erfolg im deutschen Sinne nicht zu erringen war gegen einen Widerstand der Großmächte, wie jener, der 1850 den Weg versperrt hatte. Solchen hintan halten konnte man aber nur, wenn man sich auf den Boden ihrer Abmachungen stellte, also am Londoner Protokoll festhielt. Es war zwar von Dänemark verletzt worden, aber daraufhin völlige Trennung der Herzogtümer vom Königreich zu verlangen, wäre ebenfalls eine Verletzung des Protokolls gewesen, das ja das Bestehen einer dänischen Gesamtmonarchie für ein europäisches Interesse erklärte. Man konnte zunächst nur für das eintreten, was das Protokoll den Herzogtümern gewahrt wissen wollte, für ihre historischen Sonderrechte.

Solche Haltung führte aber zur schärfsten Gegnerschaft mit der deutschen öffentlichen Meinung. Sie sah allein die Gelegenheit, Deutschlands Ansprüche an die Herzogtümer zur vollen Geltung zu bringen, sie von Dänemark loszureißen. Herzog Christian waren zwar die Hände gebunden durch sein Versprechen, nichts gegen das Londoner Protokoll zu unternehmen; aber seine Angehörigen hatten nicht auf ihr Erbrecht verzichtet. So ward Christians Sohn Friedrich als rechtmäßiger Erbe von Schleswig und Holstein von der öffentlichen Meinung Deutschlands, der sich auch nicht wenige

Regierungen anschlossen, auf den Schild erhoben. Sachsen stellte am Bunde den Antrag, die Exekution, die nur einen Sinn haben konnte, wenn man über das Objekt noch nicht verfügen wollte, in eine Besitzergreifung, eine Okkupation, umzuwandeln. Der Antrag wurde am 7. Dezember mit 8 gegen 7 Stimmen abgelehnt; zu den Ablehnenden gehörten Österreich und Preußen. Bismarck hatte am 4. Dezember in einem Rundschreiben hervorgehoben, daß Festhalten am Londoner Protokoll allein die Möglichkeit biete, auch für Schleswig einzutreten. Personalunion der Herzogtümer mit dem Königreich ward als erreichbares und auch erstrebenswertes Ziel gezeigt.

Es war der Weg, auf dem allein Österreich mitgezogen werden konnte. Wenn auch von Rußland kein Einspruch zu erwarten war, so war Bismarck doch überzeugt, daß allein ein österreichisch-preußisches Zusammengehen die Einmischung Europas ausschließen könne, die „sonst unter englischer Führung erfolgt wäre". Er hat es in allen Lagen für erforderlich gehalten, den Krieg auf das gewissenhafteste staatsmännisch vorzubereiten, und steht wohl unübertroffen da in der Erfüllung dieser Pflicht eines Staatenlenkers. Der Frankfurter Fürstentag hat zu dauernder Entfremdung der beiden deutschen Vormächte nicht geführt, eher zu einer Verstimmung des Kaisers gegen die deutschen Mittel- und Kleinstaaten, die seinem Verlangen, auch ohne Preußen abzuschließen, nicht nachgaben. Rechberg war zwar als Leiter des Auswärtigen so wenig ein Freund Bismarcks wie einst als Bundestagskollege; aber er war doch sachlichen Erwägungen zugänglich, und die europäische Lage Österreichs war nicht mehr die vom Sommer. Der Versuch, sich an Deutschlands Spitze zu stellen, hatte an der Seine verstimmt; man hatte dort die Polenfreundlichkeit einstweilen zurückgestellt und versucht, sich Rußland zu nähern. Die preußische Erklärung vom 15. September aber nahm am Schluß den schon früher geäußerten Gedanken einer Teilung des deutschen Einflusses, einer gemeinsamen Leitung durch beide Großmächte, zurück. War es nicht etwa doch möglich, Preußen als Stütze für die italienische und die orientalische Stellung des Kaiserstaates zu gewinnen? Auch die Erwägung spielte mit, ob Preußen in Deutschland nicht zu einflußreich werden würde, wenn es diese Sache allein zum Austrag brächte. So hat Bismarck Österreich mit sich ziehen können. Mit Recht bezeichnete er das am 24. Dezember in einem langen Briefe an

Robert von der Goltz, den Gesandten in Paris, der die Bundespolitik vertrat, als „den vollständigsten Sieg, den wir erringen konnten." Ob er dabei schon vorhergesehen hat, daß dieses Zusammengehen zu der gewünschten Auseinandersetzung mit Österreich führen könne, oder es gar mit solcher Absicht begonnen hat, wird sich schwerlich jemals mit Sicherheit voraussagen lassen. Sein Handeln faßte jedenfalls nur das nächste Ziel ins Auge.

Am 28. Dezember stellten beide Mächte am Bunde den Antrag, man möge auch Schleswig pfandweise besetzen. Am 23. hatten Sachsen und Hannoveraner in der Stärke von je 6000 Mann die holsteinische Grenze überschritten; am 30. kam Herzog Friedrich nach Kiel. Am folgenden Tage beantragten Preußen und Österreich am Bunde, den Herzog zum Verlassen des Landes aufzufordern. Indem sie auf Grund des Protokolls die Personalunion vertraten, vermieden sie ernsten Widerstand der Westmächte.

Ihr Verhalten ward von der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes als Verrat an der vaterländischen Sache empfunden. Die Entwaffnung Schleswig-Holsteins im Jahre 1850 war noch nicht vergessen. In der preußischen Volksvertretung kam das alsbald zu scharfem Ausdruck.

Am 1. Dezember hat dort Virchow den Antrag gestellt, den Erbprinzen von Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein anzuerkennen; er warf Bismarck vor, russische Politik zu treiben. Am 9. brachte die Regierung einen Antrag auf Bewilligung einer Anleihe von 12 Millionen Talern ein; das Geld sollte zur Erfüllung von Bundespflichten dienen, der Exekution den nötigen Rückhalt zu geben. In der Debatte meinte Virchow, der Ministerpräsident habe eigentlich gar keine Politik, von nationaler Politik habe er keine Ahnung; der Abgeordnete Loewe sprach von „fortgesetztem Stürzen und Stolpern des Ministeriums", wobei er, wie Bismarck hinzusetzte, mit sichtlichem Bedauern das schließliche Fallen vermißte. Der Abgeordnete erklärte, nicht zu wissen, „welche besonderen Studien Herr von Bismarck in der Diplomatie gemacht habe, und wie er in die diplomatische Karriere hineingekommen sei".

Mit überlegener Ruhe hat der Angegriffene bemerkt: „Diese Auffassung erklärt sich dadurch, daß dem Auge des ‚unzünftigen Politikers' (diesen Ausdruck hatte Loewe, Bismarck verhöhnend, gebraucht) jeder einzelne Schachzug im Spiel wie das Ende der Partie erscheint und daraus die

Täuschung hervorgeht, daß das Ziel wechsele. Die Politik ist keine exakte Wissenschaft; mit der Position, die man vor sich hat, wechselt auch die Benutzungsart der Positionen". Virchows Wunsch, daß Bismarck sich in seinem Fache derselben Anerkennung erfreuen möge wie er in dem seinen, beantwortete Bismarck mit einer Verbeugung vor der Bedeutung des Vorredners als Mediziner, aber auch mit den Worten: „Wenn der Herr Vorredner sich aus seinem Gebiete entfernt und auf mein Feld unzünftig übergeht, so muß ich ihm sagen, daß über Politik sein Urteil ziemlich leicht für mich wiegt. Ich glaube wirklich, meine Herren, ohne Überhebung, die Dinge verstehe ich besser". Die Kammer beantwortete das höhnend mit „großer Heiterkeit".

Die Geschichte hat ihr Urteil gesprochen.

Eine Adresse, die diesmal allerdings nur mit 207 gegen 107 Stimmen angenommen wurde, von einer Deputation entgegenzunehmen, hat der König wiederum abgelehnt.

Im Herrenhaus erwiderte Bismarck auf einen Angriff des Nationalökonomen Tellkampf am 21. Dezember: „Die Auffassungen des Herrn Vorredners über die europäische Politik erinnern mich an diejenigen eines Bewohners der Ebene, welcher zum ersten Male eine Bergreise macht. Wenn er einen Gipfel vor sich sieht, so scheint ihm nichts leichter, als ihn zu ersteigen. Er glaubt nicht einmal eines Führers zu bedürfen, denn der Berg liegt unmittelbar vor ihm, und der Weg dorthin ist anscheinend ohne Hindernis. Macht er sich nun auf den Weg, so stößt er bald auf Schluchten und Abhänge, über welche die beste Rede nicht hinweghilft". — „Es ist ein gefährlicher Irrtum, aber heute weit verbreitet, daß in der Politik dasjenige, was kein Verstand der Verständigen sieht, dem politischen Dilettanten durch naive Intuition offenbar wird".

Schon vor Jahresfrist, im Dezember 1862, hatte Bismarck in einem Privatschreiben die Bemerkung gemacht: „Es ist gewiß, daß die dänische Angelegenheit nur durch den Krieg in einer für uns erwünschten Weise gelöst werden kann. Der Anlaß zu diesem Kriege läßt sich in jedem Augenblick finden, welchen man für einen günstigen zur Kriegführung hält". Jetzt war der Augenblick gekommen, der als günstig zur Kriegführung er-

scheinen konnte. Es ließ sich versuchen, ob Dänemark einer Besetzung Schleswigs Widerstand leisten werde oder nicht. Davon war alles Weitere abhängig, wie Bismarck am 21. Januar 1864 dem englischen Gesandten erklärte. Die beiden Großmächte erneuerten am 11. Januar ihren Antrag vom 28. Dezember. Da er am 14. abgelehnt wurde, rückten ihre als Rückhalt für die Sachsen und Hannoveraner bereitgestellten Truppen unter Wrangels Oberbefehl in Holstein ein. Am nächsten Tage äußerte Bismarck in der Anleihekommission des Abgeordnetenhauses, „es sei nicht zuzugeben, daß über die Gesamtkraft Preußens und Österreichs, also derjenigen Mächte, welche das Glashaus des deutschen Staatenwesens vor europäischer Zugluft schützen, durch eine Majorität verfügt werde, die möglicherweise noch keine $2^1/_2$ Millionen Einwohner repräsentiere". Sein Standpunkt war klar: Nur Macht kann Deutschlands berechtigte Forderungen durchsetzen; sie muß genommen werden, wo sie zu finden ist.

An diesem und dem folgenden Tage hat der Ministerpräsident, gereizt durch Ausführungen, die seinem klaren und festen Wollen als inhaltleeres Gerede erscheinen mußten, noch einmal den Abgeordneten gegenüber seine Auffassung, man kann sagen, so schroff wie nur möglich, dargelegt. Er hat ihnen vorgeworfen, daß sie die Partei über das Vaterland setzten, hat sie aus ihren eigenen Äußerungen für überführt erklärt, daß sie einen Kampf mit dem Hause Hohenzollern über die Herrschaft in Preußen führten, daß „sie sich als diplomatischen Hofkriegsrat einsetzten"; sie sind ihm „vorgekommen wie Archimedes mit seinem Zirkel, der es nicht merkte, daß die Stadt erobert war". Erschüttert hat das die gegnerischen Anschauungen nicht. Die Anleihe ist am 22. mit 275 gegen 51 Stimmen abgelehnt und im Anschluß daran eine Resolution angenommen worden, in welcher das Haus der Abgeordneten gegen das Vorgehen der Königlichen Staatsregierung feierlichst Verwahrung einlegte und erklärte, daß es ihm mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegentreten werde. Auch der preußische Beitrag zu den vom Bund für die Herzogtümer aufgewandten Kosten ist abgelehnt worden, obgleich man ja gerade verlangte, daß die schleswig-holsteinische Sache als Bundes-, als deutsche, nicht als europäische Angelegenheit behandelt werden sollte. Der eingebrachte Etat für 1863 und das vorgelegte Heeresgesetz sind gar nicht beraten, im Etat für 1864 sind die 1862 abgelehnten Posten ge-

strichen worden. Am 25. Januar wurde der Landtag geschlossen; erst nach Jahresfrist ist er wieder berufen worden. So mußte der Krieg gegen den Willen der Volksvertretung geführt werden; Bismarck sah sich gezwungen zu tun, wozu er erklärt hatte entschlossen zu sein, „die Mittel zu nehmen, wo er sie finde", für beides, für die neue Heeresorganisation und den Krieg.

Man kann auch rückschauend die Lage nicht überblicken ohne ein Gefühl der Spannung und Beklommenheit. Der Begründer der deutschen Einheit wandelte auf schwindelnder Höhe einen schmalen, gefährlichen Pfad. Er hat in seinem Alter dankbar der ganzen vornehmen Treue seines Königs gedacht, die dazu gehörte, im Kampfe mit den umgebenden Gegeneinflüssen seinem Minister das Zutrauen zu bewahren. Dem rückschauenden Blick erschien diese Seite der Hergänge als die deutlichste, die bleibende; in deren wirklichem Verlaufe sind andere schärfer, bestimmender hervorgetreten. König Wilhelm war und blieb der Herrscher. Er fühlte sich in dieser ihm von Gott anvertrauten Stellung fest genug, um auch große und größte Männer als Ratgeber neben sich dulden zu können; die letzte Entscheidung blieb stets in seiner Hand. Es war aber natürlich, daß auf sie auch andere als die berufenen Berater der Krone Einfluß zu gewinnen suchten. Gemahlin, Sohn und Tochter, Schwiegersohn und Schwiegertochter, befreundete und verwandtschaftlich nahestehende deutsche Fürsten vertraten andere politische Überzeugungen, auch Interessen, als Preußens leitender Minister.

Schon im Sommer des Jahres war das vor ganz Deutschland offenbar geworden. Die Preßordnung vom 1. Juni 1863 hat der Kronprinz nicht nur in einer Zuschrift an den Vater, sondern am 5. Juni in Danzig auch öffentlich gemißbilligt. Es hat das zu einem scharfen Zerwürfnis zwischen beiden geführt; noch in Gastein „nagte dem Könige die kronprinzliche Geschichte am Herzen". Die Haltung, die Bismarck in diesem Konflikt einnahm, zeigt deutlich, daß es ihm allein um die Sache zu tun war, und daß bei wichtigen Entscheidungen ruhige Überlegung Leidenschaft und Empfindlichkeit in ihm völlig meisterte. Er tat das Seine, den König zu begütigen: „Fahren Sie säuberlich mit dem Knaben Absalom!" Er hat den König bewogen, von jedem öffentlichen Verweise abzusehen, und hat sich in seinem Bemühen, den Gegensatz auszugleichen, auch nicht irremachen lassen durch ein Schreiben des Kronprinzen vom 30. Juni, in dem dieser

„seine ganze Politik in starken Ausdrücken verurteilte". Der Thronfolger hat längere Zeit an den Ministersitzungen nicht mehr teilgenommen und nach der Septemberauflösung auch in einer Denkschrift an den König die Regierungspolitik heftig angegriffen. Mit Recht weist Bismarck in diesem Zusammenhange auf die englischen Beziehungen hin. Englischer Auffassung mußten ja die Berliner parlamentarischen Vorgänge und Bismarcks innere Politik unverständlich bleiben, und für seine Behandlung der polnischen, dänischen und auch der Bundesangelegenheiten hatte man jenseits des Kanals erst recht keine Sympathie. Wenn die Äußerung, die Bismarck in einem Gespräch mit dem Kronprinzen einmal getan haben soll: „Was liegt daran, wenn man mich aufhängt, wenn nur der Strick um meinen Hals Ihren Thron fest an dieses neue Deutschland knüpft", wirklich gefallen ist, so mag es in dieser Zeit gewesen sein.

Aber wenn auch die Opferwilligkeit des Mannes, der die Aufgabe, Preußen und Deutschland einer großen Zukunft entgegenzuführen, auf seine Schultern nahm, unbegrenzt war, so mußten doch Augenblicke des Zweifels kommen, ob er die Last über all die Hindernisse des eingeschlagenen langen Weges werde tragen können. Man muß sich gegenwärtig halten, daß es nur ein festes Band gab, das Bismarck mit seinem Herrn verknüpfte, die Durchführung der vom Herrscher als eine Lebensfrage seines Staates erkannten Heeresreform. In keiner anderen wichtigen Sache gingen sie ganz einig. Vor allem mußte die Zustimmung zu Bismarcks auswärtiger Politik dem Könige Schritt um Schritt abgerungen werden. Sich seinen fürstlichen Brüdern auf Deutschlands Thronen zu entfremden, ward ihm außerordentlich schwer; seine Legitimitätsempfindungen, sein Rechtsgefühl sträubten sich dagegen. Den Gegensatz zu Österreich so offen aufgedeckt zu sehen, wie Bismarck es in der Frage der Bundesreform tat, widerstrebte ihm durchaus. Nur das peinliche Pflichtgefühl, das König Wilhelm eigen war, hat ihm in mehr als einem Falle zu notwendigen Entschließungen die Kraft gegeben. Seines Dieners Ausdauer ist aber auch mehr als einmal nahezu erschöpft gewesen, jetzt zu Beginn der schleswig-holsteinischen Schwierigkeiten und in ihrem weiteren Verlauf.

Daß die allgemeine Volksstimmung gegen Bismarck war, kann nur gerade berührt werden. Anerkennung blieb ja nicht ganz aus. „Es kommen Adressen

und Depeschen, Säbel, Kuchen, Lorbeerkränze und Gedichte", schreibt die Gemahlin im März 1863. „Er freut sich, daß man ihn liebt". Aus Karlsbad schreibt Bismarck nach Hause: „Sind noch Photo von mir, so schicke; sie reißen mir die Rockschöße danach ab". Jedenfalls war er bekannt geworden: „Es ist sehr lästig, auf jeder Station wie ein Japanese angegafft zu werden". Auch an voller Anerkennung, ja Hingebung, fehlte es nicht. Graf Limburg-Stirum äußerte gegen Keudell: „Es muß schön sein, der Fahne eines Mannes wie Bismarck zu folgen, wenn sie auch in den Tod führen mag". Aber Abneigung, ja Haß überwogen weitaus, gelegentlich ausgedrückt in Form von Zweifeln an genügender Zurechnungsfähigkeit oder durch verächtliche Geringschätzung. Damals wurde er der „bestgehaßte" deutsche Mann. Des jugendlichen Treitschke flammende Begeisterung für deutsche Größe hat dem Widerwillen leidenschaftlichen Ausdruck gegeben. An Todesdrohungen hat es nicht gefehlt, aus deutschen Landen, aus Polen, ja aus Barcelona: Der Polen Erbfeind, Todfeind aller Freiheit, Verräter am deutschen Vaterlande!

Bismarck hatte aus Biarritz ein ansehnliches „Kapital an Gesundheit ins Geschäft gebracht". Aber Arbeitslast und Gemütsbewegungen zehrten es bald auf. Im Oktober 1863 äußerte er zu Keudell: „Es kommt mir vor, als wäre ich in diesem einen Jahre um 15 Jahre älter geworden" und fügte bitter hinzu: „Die Leute sind doch noch viel dümmer, als ich sie mir gedacht hatte". Schon im Januar hatte die Gemahlin geschrieben: „Diesen Schwirr von früh bis spät jeden und jeden Tag vertrage ich kaum. Ich werde allgemach unausstehlich dabei, und die Sorge um Bismarck seufzt ununterbrochen in den kläglichsten Mollauten durch mein Herz. Man sieht ihn nie und nie — morgens beim Frühstück fünf Minuten während Zeitungsdurchfliegens — also ganz stumme Szene. Darauf verschwindet er in sein Kabinett, nachher zum König, Ministerrat, Kammerscheusal — bis gegen fünf Uhr, wo er gewöhnlich bei irgend einem Diplomaten speist, bis 8 Uhr, wo er nur en passant guten Abend sagt, sich wieder in seine gräßlichen Schreibereien vertieft, bis er um halb zehn zu irgend einer Soiree gerufen wird, nach welcher er wieder arbeitet bis gegen ein Uhr und dann natürlich schlecht schläft. Und so geht's Tag für Tag! Soll man dabei nicht elend werden vor Angst und

Sorge um seine armen Nerven? — Wie sich das Demokratenvolk gegen ihn benimmt, lesen Sie hinlänglich in allen Zeitungen. Er sagt, es sei ihm nitschewo, aber ganz kalt läßt es ihn doch nicht". Im März heißt es: „Sein Befinden ist leidlich, aber blaß und unermeßlich beschäftigt ist er von 10 Uhr morgens bis 1 Uhr nachts, trotz Bitten und Lampenauslöschen". Attentatsfurcht bereitete ihr manche sorgenvolle Stunde. Als Keudell am 1. April von morgens 10 bis abends 10 Uhr im Hause war, litt Bismarck an starken Kopfschmerzen und lag den ganzen Vormittag auf dem Sofa, ohne ein Wort zu sagen; erst gegen Abend wurde es besser; Besuch wurde nicht angenommen.

Es kann nicht wundernehmen, daß die müden, die verzweifelnden Stimmungen, die ja dem Starken nicht fremd waren, wiederkehrten. Nach dem Erfolge in Baden-Baden schrieb er an die Gattin: „Ich wollte, irgend eine Intrigue bestimmte den König, ein anderes Ministerium zu nehmen, daß ich mit Ehren diesem ununterbrochenen Tintenstrom den Rücken drehte und still auf dem Lande leben könnte; die Ruhelosigkeit der Existenz ist unerträglich; seit zehn Wochen im Wirtshaus Schreiberdienste und in Berlin wieder; es ist kein Leben für einen rechtschaffenen Landedelmann, und ich sehe einen Wohltäter in jedem, der mich zu stürzen sucht. Dabei brummen und kitzeln und stechen die Fliegen hier im Zimmer, daß ich dringend Änderung meiner Lage wünsche, die mir allerdings in wenig Minuten mit dem Berliner Zuge ein Feldjäger mit 50 inhaltlosen Depeschen bringen wird", und eine Woche später von Berlin aus: „Ich hatte gehofft, auf einige Tage mich in Kröchlendorf wenigstens zu erholen, aber es ist wieder ganz die alte Tretmühle, gestern nacht bis 1 Uhr Arbeit, und dann goß ich die Tinte statt Sand darüber, daß sie mir auf die Knie floß. Heut um 9 Uhr schon die Minister hier, um 1 zum zweitenmal und mit ihnen der König. Das Ergebnis aller Beratung ist die Auflösung der Kammer gewesen, zu der ich kein Herz hatte. Aber es ging nicht anders; Gott weiß, wozu es gut ist. Nun geht der Wahlschwindel los. Gesund bin ich dabei mit Gottes Hilfe; aber es gehört ein demütiges Vertrauen auf Gott dazu, um an der Zukunft unseres Landes nicht zu verzweifeln. Möge Er vor allem dem Könige langes Leben und Gesundheit schenken."

Am folgenden Tage (5. September 1863) starb in Reinfeld die Schwiegermutter. Bismarck mußte sich auf einige Tage den Geschäften entreißen.

Aus den Herbstmanövern in der „Märkischen Schweiz", an denen er im Gefolge des Königs teilzunehmen hatte, schrieb er: „Mir ist immer, als müßte die liebe Mutter diesen Brief zu sehen bekommen und sich freuen, daß es mir wohl geht; aber ihre großen blauen Augen sind geschlossen, und ihr kurzes Ärmchen wird nicht das Papier dicht davor halten".

Unmittelbar nachdem die Entscheidung gefallen war, am 21. Januar 1864, während des Kampfes mit der Kammer, hat Bismarck den schweren Bedenken, die ihn gegenüber den sich auftürmenden Hindernissen erfüllten, in einem Briefe an Freund Roon einen geradezu erschütternden Ausdruck gegeben: „Ich bin weit entfernt von übereilten oder selbstischen Entschlüssen; aber ich habe das Vorgefühl, daß die Partie der Krone gegen die Revolution verloren ist, weil das Herz des Königs im andern Lager und sein Vertrauen mehr seinen Gegnern als seinen Dienern zugewandt ist. Wie Gott will! Nach 20—30 Jahren ist es für uns gleichgültig, für unsere Kinder nicht. Der König hat befohlen, daß ich vor der Sitzung zu ihm komme, um zu bereden, was gesagt werden soll. Ich werde nicht viel sagen; einmal habe ich die Nacht kein Auge zugetan und bin elend, und dann weiß ich eigentlich nicht, was man den Leuten, die ja jedenfalls die Anleihe verwerfen, sagen soll, nachdem so gut wie klar ist, daß Se. Majestät doch auf die Gefahr hin, mit Europa zu brechen und ein schlimmeres Olmütz zu erleben, sich schließlich der Demokratie und den Würzburgern fügen will, um Augustenburg einzusetzen und einen neuen Mittelstaat zu schaffen. Was soll man da noch reden und schimpfen? Ohne Gottes Wunder ist das Spiel verloren, und auf uns wird die Schuld von Mit- und Nachwelt geworfen. Wie Gott will! Er wird wissen, wie lange Preußen bestehen soll. Aber leid ist mir's sehr, wenn es aufhört, das weiß Gott!"

Es war nicht zutreffend, was in Berlin über das Verhältnis zum König gesagt worden ist: „Bismarck muß jeden Morgen den Uhrmacher spielen, der die abgelaufene Uhr wieder aufzieht"; aber ein Körnchen Wahrheit enthielt das kecke Wort.

Bismarck hatte mit der „Halsstarrigkeit der Dänen" gerechnet, die es zum Kriege kommen lassen würden. Man hatte sich dort in die eiderdänischen Anschauungen so hineingearbeitet, daß man entschlossen war, sie auch mit

den Waffen zu vertreten; Hoffnung auf europäische Unterstützung bestärkte in der Festigkeit des Entschlusses. So stießen die Einrückenden alsbald auf Widerstand. Am 1. Februar hatten sie Schleswigs Grenzen überschritten; am 2. und 3. mußten sie an der Schlei und am Dänenwerk kämpfen. Am 7. standen sie aber schon in Flensburg; die Dänen waren hinter die Förde und in die Düppelstellung zurückgewichen. Einige Tage später war das ganze Herzogtum bis auf die Inseln in deutschen Händen.

Da ergab sich die erste Schwierigkeit im Zusammenwirken der beiden Großmächte. Wrangel, berauscht von den Erfolgen, deren Verdienst ihm alle urteilsfähigen Mitwirkenden mit Recht abgesprochen haben, brannte vor Begier, über den erhaltenen Auftrag hinaus in Jütland einzurücken. Als er in Berlin auf Widerstand stieß, telegraphierte er an den König: „Diese Diplomaten, welche die schönsten Operationen stören, verdienen den Galgen", während Bismarck sich bei Roon über die „einerseits unfähige, andererseits anspruchsvolle Oberleitung Wrangels" beklagte, die „stark beeinflußt" sei von „seiner Eitelkeit und seiner kindischen Popularitätshascherei". Er ließ am 8. in der Tat durch die Garde Kolding besetzen. Nur mit Mühe ist Österreich dann bewogen worden, sich diesem Vorgehen anzuschließen. Manteuffel mußte in besonderer Mission nach Wien. Am 7. März durfte Gablenz mit seinen Österreichern nordwärts folgen. „Es war schwer zu erreichen; Edwin hat sich mit Ruhm bedeckt", äußerte bald nachher Bismarck; „wir haben bis jetzt den Bundesgenossen an einem dünnen Faden mitgezogen; aber der Faden kann auch reißen". Wrangels Depesche hatte eine jahrelange „persönliche Verstimmung" mit Bismarck zur Folge. Beide „gingen am Hofe schweigend neben einander her, bis bei einer der vielen Gelegenheiten, wo sie Tischnachbarn waren, der Feldmarschall Bismarck lächelnd anredete: ‚Mein Sohn, kannst Du gar nicht vergessen?' Antwort: ‚Wie sollte ich es anfangen zu vergessen, was ich erlebt habe?' Darauf Wrangel nach längerem Schweigen: ‚Kannst Du auch nicht vergeben?' Bismarck: ‚Von ganzem Herzen.' Sie schüttelten einander die Hände und waren wieder Freunde wie in früheren Zeiten".

Am 18. April ward Düppel erstürmt. Eine Woche später begannen die Londoner Konferenzen.

Die Westmächte hatten den Hergängen in unruhiger Spannung zugesehen. An Mahnungen, Warnungen, Einspruch hatte es nicht gefehlt,

besonders von London her und von dort auch amtlich und nicht amtlich in anmaßender, verletzender Form. Während der Konferenzen hat Lord Palmerston die Äußerung getan, Preußen werde regiert „von einem der schwächsten Könige und einem der törichtsten Minister". Der Gedanke, die Herzogtümerfrage an demselben Orte zu regeln, wo sie vor 12 Jahren geordnet worden war, lag nahe; alsbald nach Beginn des Krieges mußten die beiden Großmächte zu solchem Vorschlage Stellung nehmen. Sie haben nicht abgelehnt, Waffenstillstand aber nicht bewilligt und den Verhandlungen sofort eine Grenze gesetzt. Die Berliner „Punktation vom 6. März" besagt, daß durch den Ausbruch der Feindseligkeiten die früheren Verträge hinfällig geworden, die künftigen Friedensbedingungen also unabhängig seien von den Abmachungen von 1851/52. Österreich hat sich dem angeschlossen. Die Mächte haben nachgegeben: Konferenz ohne Waffenstillstand und ohne bestimmte Basis. Eine erste Frucht hatte der Krieg getragen, die Außerkraftsetzung des Londoner Protokolls.

Zwei Monate, vom 25. April bis 25. Juni 1864, haben Vertreter derselben Mächte, die 1852 beteiligt gewesen waren, an der Themse getagt; dazu war diesmal als Bevollmächtigter des Bundes Sachsens leitender Minister Beust zur Stelle. Wenn die Verhandlungen völlig erfolglos blieben, so hatte das seinen Grund vor allem in der zähen Hartnäckigkeit der Dänen. Die Personalunion hätten sie wohl auch jetzt noch erlangen können; aber sie wollten von einem Verzicht auf Schleswig nichts wissen. Sie ließen sich auch nicht auf Teilungsvorschläge ein, die von den Vermittlern, besonders Napoleon, gemacht wurden. Bismarck hat einer Scheidung nach Nationalitäten nicht völlig ablehnend gegenüber gestanden; er hatte diese Frage schon im Juli 1862 in Paris erörtert. Am 12. Mai, als auch Jütland bis zum Lijmfjord besetzt war, wurde den Dänen ein vierwöchiger Waffenstillstand bewilligt, der dann noch um 14 Tage verlängert worden ist.

Sofort nach Schluß der Konferenz begannen die Feindseligkeiten von neuem. „Die Freunde wollen nicht mit auf die Inseln, um nicht den englischen Löwen zu reizen, der doch gar nicht blutgierig ist", schrieb Bismarck. Prinz Friedrich Karl nahm aber drei Tage nachher, am 29. Juni, Alsen durch einen plötzlichen Überfall; der Rest von Jütland ward besetzt. Die

Dänen fühlten sich auch auf Fünen nicht mehr sicher; sie baten am 12. Juli um Friedensverhandlungen. So hörten die Feindseligkeiten am 18. auf. In Wien hat man sich dann am 1. August über die Friedenspräliminarien geeinigt, die am 30. Oktober bestätigt worden sind. Dänemark überließ die Herzogtümer, deren Grenzen im Norden etwas zu seinen Gunsten geändert wurden, an Österreich und Preußen.

Besseren Erfolg hätte die Politik, für die sich das deutsche Volk begeisterte, auch nicht erringen können; es wurden auch Stimmen laut, die das anerkannten.

5. Die schleswig-holsteinische Besitzfrage.

Aber es blieb noch die weitere Frage zu lösen: Für wen waren die Herzogtümer erobert? Die Volksstimme kannte keine andere Antwort als: Für den berechtigten Erben, den Herzog von Augustenburg. Man wollte sich die Sache nicht anders denken, als daß es dort im Norden zwischen den beiden Meeren einen neuen deutschen Bundesstaat geben müsse. Für Befreiung Schleswig-Holsteins schwärmte ganz Deutschland. Der Leiter der preußischen Politik hat diese Stimmung während der Londoner Konferenzen auch gut zu benutzen verstanden: „Laßt alle Hunde bellen!"

Daß Bismarck von vornherein gewünscht hat, die Herzogtümer für Preußen zu gewinnen, jedenfalls entschlossen war, ihre Befreiung zur Erweiterung preußischer Macht zu benutzen, ist mehrfach und einwandfrei belegt. In einem alsbald nach Friedrichs VII. Ableben gehaltenen Staatsrat, dem auch der Kronprinz beiwohnte, hat er den König daran erinnert, daß alle seine Vorgänger bis zurück auf den Großen Kurfürsten dem Staat einen Zuwachs gewonnen hätten. Seine Ausführungen fehlten in dem über die Sitzung aufgenommenen Protokoll. Dessen Verfasser, zur Rede gestellt, erklärte, der König habe gemeint, es würde Bismarck lieber sein, wenn seine Auslassungen nicht protokollarisch festgelegt würden. „Seine Majestät schien geglaubt zu haben, daß ich unter bacchischen Eindrücken eines Frühstücks gesprochen hätte und froh sein würde, nichts weiter davon zu hören. Ich bestand aber auf der Einschaltung, die auch erfolgte. Der Kronprinz hatte, während ich sprach, die Hände zum Himmel erhoben, als wenn er an meinen gesunden Sinnen zweifelte; meine Kollegen verhielten sich schweigend."

Wenn Bismarck an die Erwerbung der Herzogtümer für Preußen dachte, so trat hier zunächst und vor allem sein Staatsgefühl in Wirksamkeit. Er konnte es sich nicht anders vorstellen, auch nicht anders empfinden, als daß es unnatürlich, unerlaubt sei, die Kraft seines Volkes und Staates einzusetzen für Zwecke, durch die sie nicht selbst gefördert würden, ja, die zu ihrem Nachteile ausschlagen konnten und nach seiner Überzeugung ausschlagen mußten. „Ich konnte nicht verantworten, preußisches Blut vergießen zu

lassen", um ein „neues Großherzogtum herzustellen mit Stimmberechtigung am Bundestage und dem sich von selbst ergebenden Berufe, sich vor Preußen zu fürchten und es mit seinen Gegnern zu halten". Er hat von den Herzogtümern als dem „Geburtstagskind in der deutschen Familie" gesprochen, das sich „an den Gedanken gewöhnt habe, daß wir uns auf dem Altare seiner Partikularinteressen willig zu opfern und für jeden einzelnen Deutschen im Norden von Schleswig die Existenz Preußens einzusetzen" hätten. Dazu kam die naheliegende Erwägung, daß der Krieg gegen Dänemark einen unversöhnten Gegner hinterließ, der die erste europäische Verwickelung benutzen würde zu einem Versuche, das Verlorene wieder zu gewinnen. Daß die Herzogtümer dem aus eigener Kraft würden widerstehen können, war nach den Erfahrungen des Jahres 1850 nicht anzunehmen. Die Last der Verteidigung, der Erhaltung des neuen Staatswesens wäre wieder auf Preußens Schultern gefallen. Es war also nicht mehr als billig, daß die Herzogtümer an diesen Lasten teilnahmen, daß sie, auch unter einem besonderen Fürstenhause, die gleichen militärischen Pflichten auf sich nahmen, sich der gleichen politischen Leitung unterstellten. Auf eine brauchbare Flotte, die man in diesem Kriege so schmerzlich entbehrt hatte, konnte Preußen ja nur auf Grund beherrschender Stellung in den Herzogtümern hoffen.

In diesem Sinne sind Unterhandlungen mit dem Augustenburger geführt worden. Der Herzog war schon gleich nach dem Tode Friedrichs VII. an den Ministerpräsidenten herangetreten. Erst als das Londoner Protokoll gegenstandslos geworden war, konnte aber die Neuordnung ernstlich erörtert werden. Am 1. Juni 1864 hat der Herzog eine dreistündige Unterredung mit Bismarck gehabt. Zu einer Verständigung konnte es nicht kommen, weil die Marschroute des Herzogs gebunden war. Unmittelbar vor Beginn der Aktion, am 14. Januar, hatten Österreich und Preußen vereinbart, daß sie nur gemeinsam über die Herzogtümer verfügen würden. Zugeständnissen von Bundesfürsten an Preußen hatte sich Österreich immer widersetzt und wollte sie auch von Schleswig-Holstein nicht dulden; es hatte Herzog Friedrich davon unterrichtet. So war er nicht in der Lage, die Zugeständnisse, die Bismarck forderte, rückhaltlos zu machen. Daß die Unterredung ergebnislos verlief — sie begann nach Bismarcks Erzählung mit einer ge-

wissen Herzlichkeit, endete aber kühl genug — ist entscheidend geworden für den ferneren Gang der Dinge.

Die Ansprüche Preußens sind auch weiterhin fortgesetzt auf Österreichs und des Bundes Widerstand gestoßen. Zunächst kam es aber darauf an, offenen Bruch mit Österreich zu vermeiden. Im Juni sind sich die Monarchen in Karlsbad, im August in Wien begegnet. Nach Karlsbad kam die Nachricht von der Einnahme Alsens. Bismarck schrieb am 1. Juli: „Dem König geht es sehr gut; der Alsener Schluck aus dem Siegesbecher bekommt ihm noch besser als der Sprudel". Am 20. vertauschte der König Karlsbad mit Marienbad. Bismarck schreibt: „Er dankte mir beim Abschied sehr bewegt und mir alles Verdienst zuweisend von dem, was Gottes Beistand Preußen wohlgetan hat. Unberufen, Gott wolle uns ferner in Gnaden leiten und uns nicht der eigenen Blindheit überlassen. Das lernt sich in diesem Gewerbe recht, daß man so klug sein kann wie die Klugen dieser Welt und doch jederzeit in der nächsten Minute geht wie ein Kind ins Dunkle".

Am 22. August konnte Bismarck in Schönbrunn in Gegenwart seines Königs dem Kaiser die Vorteile eines Zusammengehens mit Preußen auseinandersetzen, daß es für Österreich noch kein Nachteil sei, wenn Preußen jetzt allein einen unmittelbaren Gewinn davontrage. Der Kaiser hat im Verlauf des Gesprächs die Frage gestellt, ob Preußen entschlossen sei, die Herzogtümer zu erwerben, und Bismarck, als sein König schwieg, erwidert: „Es ist mir sehr erwünscht, daß Eure Majestät mir die Frage in Gegenwart meines allergnädigsten Herrn vorlegen; ich hoffe, bei dieser Gelegenheit seine Ansicht zu erfahren". Er hatte „bis dahin keine unumwundene Erklärung des Königs weder schriftlich noch mündlich über Sr. Majestät definitive Willensmeinung bezüglich der Herzogtümer erhalten". Der König schwankte noch zwischen seinen preußischen Pflichten und den legitimistischen Gefühlen und persönlichen Beziehungen, die zum Augustenburger standen.

In Wien bekam Bismarck die Kehrseite der Berühmtheit zu fühlen. Er fand „diese Existenz auf der Schaubühne recht unbehaglich, wenn man in Ruhe ein Bier trinken will". Im Volksgarten wurde er „von den Leuten betrachtet wie ein neues Nilpferd für den zoologischen Garten, wofür ich

Trost in sehr gutem Biere suchte". Der Sommer führte ihn auch wieder mit dem König nach Gastein und Baden, überall verfolgt vom Drange der Geschäfte und zugleich in Sorge um die Gattin, die in Reinfeld beim Vater nicht unbedenklich erkrankt war. In der zweiten Hälfte des September hat Bismarck 14 Tage dort zugebracht, dann doch über Baden und Paris wieder Biarritz aufsuchen können, hier aber nicht die Ruhe gefunden wie zwei Jahre zuvor. „In Berlin machen sie Torheiten", schrieb er am 17. Oktober der Gattin. Er legte fortgesetzt das größte Gewicht darauf, im Einvernehmen mit Österreich zu bleiben. Das schien ihm aber gefährdet durch die Weigerung Delbrücks, des Ministerialdirektors im Handelsministerium unter Itzenplitz, in den neuen, vor dem Abschluß stehenden Handelsvertrag die Klausel des bisher gültigen von 1853 zu übernehmen, nach welcher in 12 Jahren (nach Ablauf des neuen Vertrages) über eine vollständige Zolleinigung mit Österreich verhandelt werden sollte, eine Klausel, die ja zu nichts verpflichte. Bismarck hoffte besonders, durch solches Entgegenkommen Rechberg im Amte zu halten, der in Österreich bisher der Hauptvertreter eines Zusammengehens mit Preußen gewesen war. Die „Torheit" ist aber in Berlin begangen worden, Rechberg hat am 27. Oktober seine Entlassung eingereicht. Zwei Tage später ist Bismarck nach Berlin zurückgekehrt.

Rechbergs Nachfolger Mensdorff-Pouilly lenkte bald in andere Bahnen. Österreichs Wünschen nach Entschädigungen in Schlesien oder nach einer Bürgschaft für seinen Gesamtbesitz war preußischerseits Berücksichtigung bestimmt versagt worden. Am 1. Dezember 1864 haben beide Mächte noch gemeinsam am Bunde den Antrag gestellt, der Exekution in Holstein ein Ende zu machen. Sie war sinnlos geworden, seitdem Österreich und Preußen Besitzer der Herzogtümer waren. Es war auch zu Reibereien der Bundesbesatzung mit preußischen Truppen gekommen, und die Landesbevölkerung war durch die Anwesenheit von Bundestruppen und Bundeskommissaren zu augustenburgischen Demonstrationen ermuntert worden. Der Antrag ward schon am 5. angenommen, allerdings nur mit 9 gegen 6 Stimmen; Preußen hatte wissen lassen, daß es nach drei Tagen zur Selbsthilfe greifen werde.

Weiterhin ward aber immer deutlicher, daß Österreich den preußischen Wünschen nicht nachgeben werde. Um diese Zeit hat sich vor Bismarcks

Augen doch wohl klarer und klarer die Möglichkeit enthüllt, in Verbindung mit der schleswig-holsteinischen Frage auch die deutsche zu lösen. Zum Weihnachtsfeste 1864 hat der König ihm einen Stab geschenkt. Bismarck dankte mit dem Wunsche, „daß Euer Majestät Stab im deutschen Lande blühen werde wie der Stecken Aarons laut dem 4. Buch Mosis im 17. Kapitel, und daß er zur Not sich auch in die Schlange verwandeln werde, welche die übrigen Stäbe verschlingt, wie es im 7. Kapitel des 2. Buches erzählt ist". So hat er zur Entscheidung gedrängt. „Wenn es einmal Sturm gibt," meinte er am 20. Februar 1865, „wird es sich zeigen, daß wir auf hohen Wellen besser schwimmen können als andere Leute". Unterm 22. Februar 1865 ward der preußische Gesandte in Wien angewiesen, die Forderungen, unter denen man in eine Zulassung des Herzogs Friedrich willigen könne, der österreichischen Regierung amtlich kundzugeben. Sie waren: Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in den Herzogtümern nach preußischem Muster, Eingliederung ihrer Streitkräfte in die preußische Armee, Verfügung über die Festungen Rendsburg und Düppel-Sonderburg, über Friedrichsort und den Hafen von Kiel als Kriegshafen, das Recht, einen Nordostseekanal zu bauen, voller Anschluß in Zoll-, Post- und Telegraphensachen. Sie gingen über die Bedingungen hinaus, unter denen sich Prinz Friedrich am 1. Juni 1864 mit Preußen hätte verständigen können. Schon am 27. wurden sie in Wien abgelehnt.

Am 27. März ward dann unter Bayerns Führung ein mit Österreich vereinbarter Antrag am Bunde eingebracht, nach welchem den beiden Mächten „die vertrauensvolle Erwartung" ausgesprochen werden sollte, daß sie Holstein dem Prinzen von Augustenburg übergeben und ihre Entschließungen über Lauenburg dem Bunde mitteilen würden. Als Karolyi diesen Antrag zu Bismarcks Kenntnis brachte, hat dieser bemerkt: „Wir sind leider an einen Scheideweg gelangt. Unsere Fahrbillets lauten auf divergierende Linien; ich wünsche nur, daß wir nicht zu weit aus einander kommen". Am Bunde hat Herr von Savigny, als am 27. März beschlossen wurde, den Antrag nicht, wie Preußen forderte, an einen Ausschuß zu verweisen, sondern nach acht Tagen über ihn abzustimmen, im Auftrage seiner Regierung die Erklärung abgegeben, daß sie die vertrauensvolle Erwartung nicht erfülle, und hat zugleich brandenburgische Erbansprüche auf bedeutende Teile der Herzog-

tümer angemeldet. Man griff dabei zurück auf den Heiratsvertrag, durch den am 6. Februar 1500 die Ehe Joachims I. mit Elisabeth, der Tochter des Königs Hans von Dänemark, vereinbart worden war. Auch die Ansprüche des Oldenburger Hauses, zu dessen Gunsten Rußland 1773 auf seine Gottorper Rechte verzichtet hatte, zog man heran. Die preußischen Kronjuristen erklärten das Recht des Augustenburgers durch den 1852 von Herzog Christian ausgesprochenen Verzicht überhaupt für erloschen, jetzt gelte das durch den Krieg erworbene Recht. Durch die Verlegung der Marinestation von Danzig nach Kiel bekundete der König Preußens festen Entschluß, nicht wieder aus den Herzogtümern zu weichen.

Während die Dinge sich so zuspitzten, ist — von Mitte Januar bis Mitte Juni 1865 — noch einmal der Landtag versammelt gewesen. Die Verhandlungen standen, wie Bismarck es später ausgedrückt hat, auf der Höhe des Satzes: „Nein, er gefällt mir nicht, der neue Bürgermeister". Eine Anleihe von 10 Millionen Talern für den Ausbau der preußischen Marine, für Kiel und den Jadebusen ward abgelehnt trotz der noch in frischester Erinnerung stehenden Schwärmerei für eine deutsche Flotte. Vorarbeiten für einen Nordostseekanal wollte man nicht bewilligen. Notwendige Gehaltserhöhungen für den auswärtigen Dienst konnte dessen Leiter nicht erlangen. Die geschehene Deckung der Kriegskosten aus den Überschüssen der Jahre 1863 und 1864 genehmigte man nicht. Alle Beschlüsse wurden von einer erdrückenden Mehrheit gefaßt: „Diesem Ministerium keinen Groschen!" Die errungenen Kriegserfolge zeigten sich zwar nicht ganz wirkungslos, vermochten aber doch den Staatsgedanken nicht zur Herrschaft über die Parteianschauungen zu bringen. Vergebens setzte Bismarck auseinander, daß er über die auswärtige Politik nicht mehr sagen könne, als er tue, daß die russische Konvention richtig, seine Haltung in der Herzogtümerfrage stets die gleiche gewesen sei. Erfolglos bemerkte er, „daß die impotente Negation nicht die Waffe sei, mit der man dem Königtum das Zepter aus der Hand winden könne". Er bewies in der Debatte wiederum volle Überlegenheit, insbesondere über Virchow, der ihm den seltsamen Vorwurf machte, „das Steuerruder gedreht zu haben, je nachdem der Wind gewechselt hätte". Als der berühmte Mediziner sich am 2. Juni hinreißen ließ, Bismarcks Wahrhaftigkeit zu ver-

dächtigen, erging eine Pistolenforderung, die aber im Abgeordnetenhause für unzulässig erklärt wurde. Der Ministerpräsident hat darauf in der Provinzialkorrespondenz auseinandersetzen lassen, daß „die von ihm verlangte Ehrenerklärung und ebenso jede andere Genugtuung, wie die Sitte unter Männern von Ehre sie erfordere, von Herrn Virchow verweigert worden sei".

Während diese Hergänge im eigenen Staate hinderten, schien es kaum noch möglich, die „Ehe mit Österreich fortzusetzen". „Mit dem Frieden sieht es faul aus; in Gastein muß es sich entscheiden", schrieb Bismarck am 12. Juli von Karlsbad an die Schwester. Auf der Reise von dort nach Gastein versammelte der König am 21. Juli in Regensburg einen Kabinettsrat, dem die Botschafter in Paris und Wien, v. d. Goltz und v. Werthern, beiwohnten. Ein letzter Vergleichsvorschlag wurde vereinbart, Usedom beauftragt, festzustellen, wie Italien sich bei einem preußisch-österreichischen Kriege verhalten werde; v. d. Goltz sollte versuchen, zu einem Einvernehmen mit Napoleon zu gelangen. Doch sind die „Risse im Bau verklebt" worden.

Am 27. Juli mußte Österreichs Ministerpräsident Ritter von Schmerling seine Entlassung nehmen. Von seinen Frankfurter Parlamentstagen an hatte er sich unentwegt dem Gedanken preußischer Führung in Deutschland widersetzt und in diesem Sinne Österreichs Politik geleitet, seitdem er im Dezember 1860 dort an die Spitze der Regierung getreten war. Selbst liberal, hatte er mit dem deutschen Liberalismus stets Fühlung behalten und vertrat dessen Auffassung der schleswig-holsteinischen Frage durchaus. Das zeitweise Zusammengehen mit Preußen hatte Rechberg nur mit Mühe gegen ihn durchsetzen können. Jetzt trat der mährische Graf Belcredi, Statthalter Böhmens, an seine Stelle, der, unterstützt vom Ungarn Graf Moritz Esterhazy, eine feudal-klerikale Politik erstrebte. Das machte geneigt, Bismarcks Regierungssystem mit anderen Augen zu betrachten; die schweren finanziellen Bedenken, die Österreichs Eintritt in einen Krieg entgegenstanden, glaubte man auch nicht übersehen zu sollen. So wurde der Holsteiner Graf Blome, der dem österreichischen auswärtigen Dienst angehörte und wie die meisten seiner Standesgenossen dem Augustenburger wenig geneigt war, zu Verhandlungen nach Gastein geschickt.

Wenn er hier Entgegenkommen fand, so hatte das zum Teil seinen Grund in der Abneigung des Königs gegen einen Krieg mit Österreich, doch aber

auch in den Ergebnissen der Anfragen in Paris und Florenz. Man konnte weder dort mit einiger Sicherheit auf wohlwollende, zurückhaltende Neutralität, noch hier auf kriegerische Unterstützung rechnen. So ist am 14. August der Gasteiner Vertrag zustande gekommen. Die „up ewig ungedeelten" Herzogtümer wurden unter ihre derzeitigen Inhaber geteilt, Schleswig Preußen, Holstein Österreich zugewiesen, doch so, daß ein gemeinsames Besitzrecht am Ganzen bestehen bleiben sollte. Auf sein Anrecht an Lauenburg, das ja mit den beiden Herzogtümern in irgend welchem geschichtlichen Zusammenhange nicht stand, bei dem also augustenburgische Ansprüche oder auch überlieferte Rechte der Bevölkerung auf ein Selbstregiment nicht in Frage kamen, verzichtete Österreich gegen Zahlung von $2^1/_2$ Millionen Talern zugunsten seines Mitbesitzers; es ging auf Preußens König über. Preußen sollte auch das holsteinische Rendsburg und den Kieler Hafen besetzen. Am 19. August begrüßten sich die beiden Monarchen in Salzburg; am folgenden Tage ward der Vertrag vollzogen.

Nach Moritz Busch hat Bismarck im Januar 1871 in Versailles erzählt, daß er gewußt habe, Graf Blome habe die Vorstellung, man könne die Art der Menschen am besten beim Quinzespielen erkennen. Er habe, nachdem er schon lange nicht mehr Quinze gespielt, es zum letztenmal in seinem Leben mit Blome in Gastein getan und zwar leichtsinnig drauflosgespielt, so daß er ein paar hundert Taler verloren, seinen Zweck aber erreicht habe, nämlich in Blomes Augen als waghalsig zu gelten. Alle hätten sich gewundert; er aber hätte gedacht: „Sollst mich schon kennen lernen"; Blome hätte nachgegeben.

Am 15. September 1865, alsbald nach der Besitzergreifung Lauenburgs, mit der Bismarcks Wort von dem Gebietszuwachs, der zu jedem preußischen König gehöre, eingelöst war, hat sein Monarch ihn in den Grafenstand erhoben. Eine besondere Freude hat das nach Keudells Zeugnis bei dem so Geehrten nicht ausgelöst; nach derartigem stand des Mannes Sinn nicht. Aber die Ehrung zerstreute doch jeden Zweifel darüber, ob die Politik des Ministers auch wirklich die des Königs sei. Der Vertrag galt auch allgemein als ein Erfolg, den Preußen über Österreich davongetragen habe. Die Befriedigung der augustenburgischen Wünsche war noch weiter hinausgeschoben, Preußen aber durch Anerkennung seines Anspruchs auf den Kieler Hafen

der Erfüllung seiner Wünsche näher gerückt. Der Verdruß in allen Kreisen, die der Bundespolitik anhingen, das will sagen bei der erdrückenden Mehrheit des deutschen Volkes, war groß. Enttäuscht und unwillig über die neue Wendung war aber auch der Machthaber an der Seine.

Napoleon hatte unentwegt die gleiche Politik verfolgt. Ihre Ziele waren gar nicht zu verkennen, und am wenigsten hat sich Bismarck je über sie getäuscht. Sie erstrebte Mehrung des französischen Einflusses in Deutschland und Erweiterung der Grenzen ostwärts. Napoleon glaubte beides ungefähr auf demselben Wege erreichen zu können, den er in Italien eingeschlagen hatte; Preußen hätte er als Deutschlands Piemont gebrauchen mögen. Daher seine wiederholten Versuche zu einer politischen Verständigung, zu einem Bündnis mit Preußen zu gelangen! Während der kurzen Pariser Gesandtentätigkeit Bismarcks hatte Napoleon diese Anträge besonders deutlich erneuert. Bismarck berichtet darüber am 28. Juni 1862 an seinen Chef Bernstorff: „Vorgestern beim Kaiser kam ich etwas in die Lage Josephs bei der Frau von Potiphar. Er hatte die unzüchtigsten Bündnisvorschläge auf der Zunge; wenn ich etwas entgegengekommen wäre, so hätte er sich deutlicher ausgesprochen. Er ist ein eifriger Verfechter deutscher Einheitspläne, d. h. kleindeutscher, nur kein Österreich darin; wie schon einmal vor fünf Jahren mir gegenüber wollte er, daß Preußen eine Seemacht wenigstens zweiten Ranges werden und die dazu nötigen Häfen besitzen müsse. Er ließ sich von mir den Jadebusen auf der Karte zeigen und fand die Einschachtelung in Oldenburg und dann in Hannover eine Absurdität". Am folgenden Tage hatte der Kaiser dann seinen Wünschen noch mehr Nachdruck zu geben versucht durch Eröffnungen über österreichische dringende Bemühungen um ein Bündnis mit Frankreich, Eröffnungen, an deren Richtigkeit Bismarck nicht glaubte zweifeln zu sollen. Schon bei der ersten Begegnung mit dem neuen Gesandten hatte Napoleon „gehofft, daß Preußen die große ihm gestellte Aufgabe, die deutsche nämlich, mit Erfolg lösen werde".

So wenig wie Italiens, wollte Frankreichs Herrscher aber auch Deutschlands volle Einheit. Preußen mochte sein Gebiet mehren; eine Anzahl selbständiger Mittel- und Kleinstaaten sollte doch neben ihm bestehen bleiben, Frankreich selbst einen ansehnlichen Ländergewinn davontragen. Nur wenn

der Gegensatz zwischen Preußen und Österreich fortbestand, konnten diese Ziele erreicht werden. Ihrem Zusammenschlusse gegenüber hätten die kleineren Mächte Anlehnung an Frankreich nicht gesucht. Es war im Grunde genommen die alte Politik, die Frankreich seit Jahrhunderten betrieben hatte, in den Tagen des alten Reichs als Beschützer der „deutschen Libertät", unter dem ersten Napoleon durch Errichtung des Rheinbundes, zu Bundeszeiten als Vertreter des Triasgedankens, nur daß Napoleon III., durch seine Lage angewiesen auf augenfällige Erfolge, sie nachhaltiger und entschiedener verfolgte als, abgesehen von Ludwig XIV. und dem ersten Napoleon, alle seine Vorgänger an der Herrschaft.

Man würde dem Leiter des zweiten Kaiserreichs nicht gerecht werden, wenn man bei der Beurteilung seiner Politik nicht berücksichtigte, daß er sie als ein Freund des Nationalitätsgedankens betrieb. Er hat stets Fühlung behalten mit dem Pulsschlag des Jahrhunderts und war bemüht, dieser Zeitforderung tunlichst gerecht zu werden. Schwierig war nur, sie mit seinem und Frankreichs Interesse in vollen Einklang zu bringen. Die Wiederherstellung eines unabhängigen Polens konnte nur fördern, und auch die Teilung Schleswigs nach Nationalitäten stand nicht im Wege. Aber die Besitzergreifung des weitaus größten Teiles von Italien, weit über die Bestimmungen des Züricher Friedens hinaus, durch das Haus Savoyen entsprach weder Napoleons noch seines Volkes Wünschen. Trotz dieser peinlichen Erfahrung glaubte der Kaiser von seinen deutschen Versuchen nicht lassen zu sollen. Fortdauernd ermunterte er Preußen, sich in Deutschland neben Österreich zur Geltung zu bringen, obgleich ihm nicht entging, daß die Nationalgesinnten in Preußen den Führer zur Einigung des Vaterlandes sahen. Hatte er die beiden deutschen Vormächte gegen einander ins Feld gebracht, so hoffte er den Schiedsrichter spielen und die Neuordnung in seinem Sinne durchsetzen zu können.

Die Verstimmung über Preußens Haltung gegenüber dem polnischen Aufstande schwand daher bald, als die schleswig-holsteinische Frage Aussicht eröffnete, zum erwünschten Konflikt zu führen. Napoleon hat Preußen und Österreich kein Hindernis in den Weg gelegt. Frankreich war weit entfernt, Dänemarks Sache mit Englands Eifer zu vertreten, besonders auch nicht auf der Londoner Konferenz. Gerade daran zerschlugen sich die Kopen-

hagener Hoffnungen. Nur im Bunde mit Frankreich hätte England hindernd eingreifen können. Napoleon glaubte mit Sicherheit vorauszusehen, daß Österreich und Preußen die übernommene Aufgabe nicht in Einigkeit durchführen würden, und er hat sich darin ja nicht getäuscht. Er hat auch das Seine getan, sie mit einem Zerwürfnis enden zu lassen. Er ermunterte Preußen in seinen Wünschen; noch ehe Düppel fiel, hat er dem preußischen Gesandten in Paris die Annexion der Herzogtümer empfohlen. Er hat dann alle gegenseitigen Verstimmungen nach Kräften zu schüren gesucht. Die Gasteiner Abkunft war ihm ein Strich durch die Rechnung; sie schob die Erfüllung seiner Wünsche mindestens hinaus. Ein Rundschreiben, das der französische Minister des Auswärtigen am 29. August 1865 an alle Gesandten Frankreichs richtete, tadelte den Vertrag scharf. Napoleon hat behauptet, es nicht zu kennen, hatte es aber gebilligt.

Diese Lage hat Bismarck veranlaßt, Anfang Oktober 1865 zum dritten Male Biarritz aufzusuchen, wo der Kaiser damals weilte. Er wollte aus eigener Kenntnis, nicht allein durch die Mitteilungen von der Goltz' und Benedettis, der seit dem Oktober des vorigen Jahres Frankreichs Vertreter in Berlin war, klar werden über Napoleons Auffassung. Die französische Politik richtig zu beurteilen, ward nicht unerheblich erschwert durch die Doppelseitigkeit, die sie infolge der Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kaiser und seinem Minister des Auswärtigen erhielt. Drouyn de l'Huys war weniger geneigt, Preußen ein freundliches Gesicht zu zeigen als sein Herr; er hat den preußischen Staatsmann zunächst für eine „scherzhafte Figur" gehalten. Auch wußte er nicht immer, was sein Kaiser wollte. Bismarck hat den ganzen Oktober in Biarritz zugebracht, diesmal begleitet von „seinem achtzehnjährigen Herz", wie er die Gattin in einem Briefe aus Gastein vom 1. August in Erinnerung an die Dauer ihrer Ehe nannte. Bei seiner Freude am täglichen Verkehr mit den Nächststehenden bedeutete das eine wertvolle Erleichterung der ernsten Pflicht; auch „schwelgte er in dem ungewohnten Genuß, keine Briefe zu bekommen". Mit dem Kaiser, der bis zum 13. in Biarritz blieb, hat er dort zweimal, auf der Rückreise am 3. November in St. Cloud ein drittes Mal längere Unterredungen gehabt. Er fand ihn „äußerst günstig" für Preußen gestimmt, „mit einer Erwerbung Holsteins, etwa um Geld, ganz einverstanden".

Die Entwickelung der deutschen Dinge hatte ihm bald klar gemacht, daß er die Hoffnung auf den gewünschten Zusammenstoß nicht aufzugeben brauchte. Der geschlossene Vertrag machte dem Streit über die Herzogtümer kaum zeitweise ein Ende. In Frankfurt betrieben führende Mittelstaaten die Berufung der schleswig-holsteinischen Stände und die Einverleibung Schleswigs in den Bund. Der preußische und der österreichische Statthalter, Edwin Manteuffel in Schleswig, Feldmarschall-Leutnant Freiherr von Gablenz in Holstein, begegneten sich zwar mit ritterlicher Artigkeit, faßten ihre Aufgabe aber recht verschieden auf. Erbprinz Friedrich hatte seinen Sitz in Kiel aufgeschlagen. Gablenz duldete für Holstein eine „herzogliche" Landesregierung, duldete die Agitation für den „rechtmäßigen Landesherrn" in Vereinen, in Versammlungen, in der Presse. Vergebens wurde das preußischerseits für eine Verletzung der gemeinsamen Rechte beider Mächte erklärt; Österreich gestand dem Mitbesitzer ein Aufsichtsrecht über die holsteinische Verwaltung nicht zu. Es wollte nur nachgeben, sofern es durch eigenen Landerwerb schadlos gehalten werde. Eine große Volksversammlung, die am 23. Januar 1866 in Altona die Berufung der Stände forderte und mit einem Hoch auf den „rechtmäßigen, geliebten Herzog Friedrich" aus einander ging, ward für Preußen Anlaß zu ernsteren Erwägungen, da eine scharfe an Österreich gerichtete Vorstellung nicht minder scharf zurückgewiesen wurde. Die Beratungen eines unter dem Vorsitz des Königs am 28. Februar tagenden Ministerrats faßte Se. Majestät dahin zusammen, daß die Erwerbung Schleswig-Holsteins einen Krieg wert sei, daß aber friedliche Verständigung noch nicht unversucht bleiben solle.

Drei Tage später hat der König selbst in einem eigenhändigen Schreiben an den Kaiser der Franzosen nach dessen Verhalten im Falle eines preußisch-österreichischen Krieges gefragt. Seit dem Beginn der Verhandlungen über Preußens „deutsche Aufgabe" hatte Napoleon von Kompensationen entweder geredet oder reden lassen, die Frankreich erlangen müsse, wenn andere Mächte ihr Gebiet erweiterten. Auch mit Bismarck hat er solche Gespräche gepflogen. Es ist dabei preußischerseits immer und immer wieder betont worden, daß Abtretung deutschen Gebietes auf große Schwierigkeiten stoßen werde; der König werde sie nicht zugestehen, die Nation sie sich nicht bieten lassen. Wiederholt und zum Teil eingehend ist Entschädi-

gung durch belgisches, Luxemburger, Schweizer Gebiet erörtert worden. Bismarck hat es stets vermieden, irgend welche Zusagen zu machen, weder auf deutsche, noch auf fremde Kosten, hat es aber gleichwohl verstanden, Napoleons Hoffnungen lebendig zu erhalten. Möglich wurde diese Politik, weil der Kaiser überzeugt war, im gegebenen Augenblick erzwingen zu können, was ihm gutwillig etwa nicht zugestanden werden würde. So blieb er dabei, zum Kriege zu treiben. Da er von der Vorstellung beherrscht war, daß Preußen allein Österreich nicht gewachsen war, hat er sich bemüht, ihm Italien als Bundesgenossen zuzuführen.

Es ist Bismarck nicht leicht geworden, das Bündnis mit Italien zustande zu bringen. Als Gewinne des Krieges erschienen zunächst einerseits Schleswig-Holstein, andererseits Venetien. Doch wie, wenn eine der beiden Regierungen abfiel, sobald sie ihren Zweck erreicht hatte? Italiens politischer Leiter Lamarmora neigte in besonderem Maße zu Mißtrauen. Bismarck hat die Schwierigkeit überwunden, indem er die deutsche Frage hereinzog. Anfang März war eine Spezialmission Moltkes nach Florenz in Aussicht genommen, da Bismarck in Usedoms Tätigkeit nur begrenztes Vertrauen setzte. Sie kam nicht zur Ausführung, weil am 14. des Monats der italienische General Govone in Lamarmoras Auftrag in Berlin erschien. Am 8. April hat Bismarck mit ihm ein Bündnis vereinbaren können, das Italien zur Kriegserklärung an Österreich verpflichtete, wenn Preußen innerhalb der nächsten drei Monate wegen der deutschen Frage sich genötigt sehe, zu den Waffen zu greifen. Die zeitliche Begrenzung hat Italien verlangt, nur auf Bismarcks Wunsch drei Monate statt der zunächst bewilligten zwei zugestanden.

Am folgenden Tage brachte Herr von Savigny in Frankfurt den „Schelmenantrag" auf Berufung eines deutschen Parlaments auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen und direkten Stimmrechts ein. Die deutsche Frage war aufgerollt.

Den „Schelmenantrag"! Denn wer hätte an ehrliche Meinung geglaubt bei diesem reaktionären „Junker", diesem „Virtuosen der Maßregelung". Die badische zweite Kammer empfahl fast einstimmig Eingehen auf den Antrag; die erdrückende Mehrzahl des deutschen Volkes aber sah ihn als politischen Gimpelfang an. Daß kein Verfassungsentwurf vorgelegt wurde,

war für den Bund ein genügender Grund, sich mit dem Antrag gar nicht ernstlich zu beschäftigen. Er sollte erst weiterhin Bedeutung gewinnen. Zunächst wurde er von den Ereignissen völlig zur Seite gedrängt.

Mitte März hatte Österreich begonnen zu rüsten. Am 7. April richtete es eine Depesche an Preußen, als rede, wie der russische Gesandte Oubril meinte, der Römische Kaiser zum Markgrafen von Brandenburg. Es begannen Verhandlungen über beiderseitige Abrüstung, die alles wieder in Frage stellten. Preußen hat, im Vertrauen auf die größere Schlagfertigkeit seines Heeres und auf das besser entwickelte Verkehrsnetz, langsamer gewappnet; erst am 3. Mai, als auch schon mehrere Mittelstaaten mit Kriegsvorbereitungen begonnen hatten, wurden fünf von seinen neun Armeekorps mobil gemacht. Weitere Verhandlungen über allseitige Abrüstung sind zum Teil von falschen Meldungen durchkreuzt worden. Die Dinge schienen noch einmal eine andere Wendung zu nehmen, als Österreich sich bereit erklärte, Venetien abzutreten. Das hat in Paris und in Florenz Eindruck gemacht, dort, weil erwogen wurde, ob nicht Preußen als alleiniger Gegner Österreichs vielleicht noch eher abhängig von Frankreich werde, hier, weil der Bündnisvertrag nicht ausdrücklich den Fall vorsah, daß Italien mit Österreich in Krieg gerate, man sich also nicht völlig sicher fühlte. Beruhigende Zusicherungen von Berlin her haben für Festhalten am Bündnis entschieden. Napoleon hat es dann noch mit einer europäischen Konferenz versucht. Da er Englands und Rußlands Zustimmung fand, hat er am 24. Mai amtlich dazu eingeladen. Er dachte sowohl die deutsche wie die italienische Frage vor das Forum Europas zu bringen, sie dort zu entscheiden ungefähr in dem Sinne, daß Österreich für den Verlust Venetiens durch Schlesien, Preußen dafür durch die Annexion norddeutscher Staaten, die so Deposseedierten durch rheinpreußisches Gebiet entschädigt, der gesamte nichtpreußische und nichtösterreichische Rest Deutschlands zu einer neuen Art Rheinbund unter französischem Einfluß vereinigt werden sollte.

Die Weigerung Österreichs brachte den Kongreßgedanken zum Scheitern; es knüpfte seine Zustimmung an die Bedingung, daß keine der streitenden Mächte einen Gebietszuwachs erlangen dürfe. Damit war die Angelegenheit für Napoleon erledigt. Es ist aber doch bezeichnend für seine wie auch für

Österreichs Politik, daß am 12. Juni ein Vertrag zwischen Frankreich und Österreich zustande kam, der ersterem die Rheingrenze in Aussicht stellte, während letzteres zwar Venetien aufgeben, dafür aber durch preußisches Gebiet und durch Wiederherstellung des österreichischen Einflusses in Mittelitalien schadlos gehalten werden sollte.

Inzwischen hatte die Entwickelung der deutschen Dinge den Krieg unabwendbar gemacht. Am 1. Juni hat Österreich am Bunde die Erklärung abgegeben, daß die Herstellung eines rechts- und verfassungsmäßigen Zustandes in den Herzogtümern Sache des Bundes sei, und daß es seinen Statthalter beauftragt habe, die holsteinischen Stände einzuberufen. Zwei Tage danach hat Preußen den Gasteiner Vertrag für gebrochen erklärt und daraus das Recht zu erneuter gemeinsamer Besetzung hergeleitet. Die holsteinischen Stände waren auf den 11. geladen; am 7. aber ließ Manteuffel seine Truppen über die holsteinische Grenze rücken. Es sollten nur Orte belegt werden, an denen keine österreichische Garnison war; aber Gablenz sammelte seine Brigade in Altona und ging, als Manteuffel am 10. auch die Regierung Holsteins in die Hand genommen hatte, in der folgenden Nacht über die Elbe. Herzog Friedrich räumte mit ihm das Land; aus der Ständeversammlung wurde nichts.

Ebenfalls am 10. hat Bismarck allen deutschen Regierungen seinen Bundesreformplan — Einigung Deutschlands unter Ausschluß von Österreich — zur Kenntnis gebracht, Österreich am nächsten Tage in Frankfurt die Mobilmachung der gesamten Bundesarmee unter Ausschluß der drei preußischen Korps beantragt. Als der Bundestag am 14. mit neun gegen sechs Stimmen entsprechend beschloß, obgleich alle Regierungen verständigt waren, daß Preußen einen solchen Beschluß als Kriegserklärung ansehe, hat Herr von Savigny, wie er beauftragt war, die Erklärung abgegeben, daß seine Regierung den Bund als aufgelöst ansehe, und hat zur Teilnahme an Verhandlungen über einen neu zu schließenden eingeladen. Schon zwei Tage vorher hatte Österreich seinen Gesandten in Berlin abberufen, dem preußischen in Wien seine Pässe erteilt. Der „Bruderkrieg" war fertig.



6. Der Krieg von 1866.

Am Morgen des 14. hat Bismarck „in schwerem Zweifel über den Ausgang des von ihm ersehnten Entscheidungskampfes" die Bibel aufgeschlagen und Psalm 9 getroffen, wo Vers 3—5 lauten: „Ich freue mich und bin fröhlich in dir, du Allerhöchster, daß du meine Feinde hinter sich getrieben hast; sie sind gefallen und umgekommen vor dir. Denn du führest mein Recht und Sache aus; du sitzest auf dem Stuhl, ein rechter Richter".

Die Ereignisse liegen ein halbes Jahrhundert zurück. Man kann ihre Entwickelung heute besser übersehen, als da sie sich vollzogen; die lebendige Teilnahme, die sie erwecken, ist dadurch nur noch gesteigert worden.

Nicht die deutsche Frage zu lösen, war Bismarck von seinem Könige berufen worden; die Heeresreform sollte er durchsetzen. Sie war in seinen Händen zur entscheidenden Machtfrage zwischen Königtum und Volksvertretung geworden und weiter durch den einfallenden Tod des dänischen Königs zur Frage der deutschen Einheit. Mochte König Wilhelm Preußens Heer stark wissen wollen im Hinblick auf dessen Pflichten gegen Deutschland; an einen Kampf um Deutschlands Erneuerung, wie er jetzt bevorstand, hatte er nicht gedacht. Schritt um Schritt hatte Bismarck der Sache Schleswig-Holsteins diese Bedeutung erkämpfen müssen, getragen und gestärkt von der festen Überzeugung, daß die Lage sich wenden lasse und gewendet werden müsse zu

dauernder Stärkung Preußens und Deutschlands durch engeren Zusammenschluß. Er hatte seinen Glauben vertreten müssen so ziemlich gegen ganz Deutschland, auch gegen die erdrückende Mehrheit des eigenen preußischen Volkes. Wenn auch der Erfolg der Waffen Eindruck gemacht hatte, in Preußen eine gewisse Stimmung für die Einverleibung der Herzogtümer geweckt war, sie war doch entfernt nicht stark genug, in der Volksvertretung zu kräftigem Ausdruck zu gelangen. Der zum 15. Januar 1866 einberufene Landtag, der schon am 20. Februar wieder heimgeschickt wurde, weil er Streit, nicht Verständigung suche, hatte die Vereinigung Lauenburgs mit der Krone Preußens mit 251 gegen 44 Stimmen für ungültig erklärt. Noch die Wochen der Mobilmachung zeigten die tiefe Mißstimmung, die das Volk gegen den Leiter seiner Geschicke beseelte. Selbst seinen königlichen Herrn hatte Bismarck nur unter peinlichen Mühen mitführen können durch all die Windungen des Weges, der zurückgelegt werden mußte bis zum Ziel, besonders noch während der Abrüstungsverhandlungen im April. Wenn der Streiter am 3. Februar 1864 Freund Roon benachrichtigte: „Der König hat mir in der Nacht geschrieben, will die ganze Sache wieder umwerfen, nachdem sie in Wien angenommen und von dort schon nach London mitgeteilt ist. Darum conseil!", so ist das nur ein Beispiel für den Gang der Dinge. Auch die Nächsten am Throne, Königin, Kronprinz und Kronprinzessin, hatten unentwegt Widerstand geleistet gegen den „waghalsigen und gewissenlosen Minister, der, um Schleswig-Holstein zu rauben, den Bruderkrieg entfesseln und um Preußens Dasein würfeln wollte". Jetzt endlich war es dahin gebracht, daß die weitere Führung der Sache in die Hände Roons, des eben jetzt mit neuen Befugnissen ausgestatteten Generalstabschefs Moltke und des zum Heere umgewandelten preußischen Volkes überging, das, wie sich zeigen sollte, im Waffenrock ein anderes war als an der Wahlurne.

Auch an Bismarcks starker Natur sind die schweren Kämpfe nicht eindruckslos vorübergegangen. Hing doch alles an ihm, „dem Dreihärigen", wie ihn Roon dem Kladderadatsch folgend im spannungsvollen April nannte, „den Gott in Gnaden gesunden und gedeihen lassen möge". Der Wunsch war angebracht. Denn trotz der kaltblütigen Ruhe, mit der das Opfer des Witzblattes sich gewöhnt hatte, Gegner zu bekämpfen, ihren Angriffen zu trotzen, Beleidigun-

gen, Schmähungen und Verleumdungen an sich abgleiten zu lassen, sind seine Nerven zeitweise doch bis zur Erschöpfung überreizt gewesen. Am 26. März 1866 schrieb Roon an Moritz Blankenburg: „Unser Freund Otto Bismarck, in herkulischer Tag- und Nachtarbeit nervös abgenutzt, in seinem grandiosen Bedürfnis nach Erstattung verbrauchter Kräfte voll rücksichtsloser Ansprüche an seine Verdauungsorgane, hat jetzt mit der Rebellion seines bis dahin treuesten und gehorsamsten Untertanen, seines Magens, zu kämpfen. Er litt vorgestern an so heftigen Magenkrämpfen und war gestern infolgedessen so außerordentlich herabgestimmt, so reizbar und verärgert — angeblich um Kleinigkeiten —, daß ich auch heute noch nicht ohne Besorgnis bin, da ich weiß, was auf dem Spiele steht, und daß er gerade jetzt alle Kräfte seiner Seele, ungestört von körperlichen Einflüssen, dringend bedarf". Am 4. April mußte der König bei ihm zum Vortrage erscheinen, eines rheumatisch nervösen Fußleidens wegen, das ihn ans Zimmer fesselte. Durch Wochen konnte der König ihn dann nur so sehen. Als Bismarck am Nachmittage des 7. Mai zum ersten Male wieder ausging, hat ein junger verbildeter Fanatiker, Ferdinand Cohen, Stiefsohn des 48er Demokraten Karl Blind, auf dem Promenadenweg inmitten der Linden nahe der russischen Botschaft ihn zu töten versucht. Er gab von hinten zwei Schüsse auf den Ministerpräsidenten ab, als dieser sich umwandte, einen dritten und weiter, als Bismarck ihn an der rechten Hand und am Kragen packte, mit dem rasch in die linke Hand genommenen und gegen Bismarcks Überzieher gedrückten Revolver nochmals zwei Schüsse. Diese trafen. Bismarck blieb aber wie durch ein Wunder unversehrt und konnte mit Unterstützung des gerade vorübergehenden Buchbindermeisters Bannewitz den Verbrecher der Polizei und einer vorbeimarschierenden Patrouille des 2. Garde-Regiments übergeben. Bismarck ist zu Fuß in seine Wohnung in der Wilhelmstraße gegangen und hat, ehe er die Seinigen irgend etwas merken ließ, an den König berichtet. Als ihm am nächsten Abend eine Ovation dargebracht wurde, enthielt sein Dank die Worte: „Seien Sie versichert, daß ich mein Leben für unsern teuren König und für unser Vaterland stets bereit bin zu geben, sei es im Felde, sei es auf dem Straßenpflaster. Ich verlange nichts Besseres und erflehe es als eine besondere Gnade von Gott, daß mir ein solcher Tod vergönnt sei". Nie sind Worte von größerer Wahrheit gesprochen worden.

Wie die Gegensätze noch im letzten Augenblick unmittelbar an den Stufen des Thrones zum Ausdruck kamen, belegt nichts besser als der Brief, den am 15. Juni Moritz August von Bethmann-Hollweg, der Kultusminister der Neuen Ära, Großvater unseres gegenwärtigen Reichskanzlers, der den „Bethmännern" den Namen hat leihen müssen, von seinem Gute Hohenfinow aus an den König richtete. Er wies auf die von Frankreich drohende Gefahr hin, auf Napoleon, „den allmächtigen Gebieter in Europa", auf das unvermeidliche Erstehen der Trias in Deutschland. Er sah allein Rettung in der Entlassung Bismarcks. Er beteuerte, was gewiß der Wahrheit entsprach, gegen den Urheber der verhängnisvollen Politik „keine feindliche Gesinnung" zu hegen. Er erinnerte daran, daß er bei seinem Abgange im März 1862 dem Könige geraten habe, „einen Steuermann von konservativen Antezedenzien zu wählen, der Ehrgeiz, Kühnheit und Geschick genug besitze, um das Staatsschiff aus den Klippen, in die es geraten, herauszuführen", und fügte hinzu: „Ich würde Herrn von Bismarck genannt haben, hätte ich geglaubt, daß er mit jenen Eigenschaften die Besonnenheit und Folgerichtigkeit des Denkens und Handelns verbände, deren Mangel der Jugend kaum verziehen wird, bei einem Manne aber für den Staat, den er führt, lebensgefährlich ist." Bismarck habe „das Vertrauen zum Könige durch eine ränkevolle Politik zerstört", und „jede Verständigung sei unmöglich, so lange der Mann an Sr. Majestät Seite stehe, deren entschiedenes Vertrauen besitze, der Sr. Majestät solches bei allen Mächten geraubt habe".

Der König hat den Brief erst in Nikolsburg geöffnet und in der Antwort mit Recht gemeint, daß deren Ort und Datum eigentlich als Erwiderung genüge.

Was konnte die Menge denken, wenn ein königstreuer Mann von den Fähigkeiten und den Verdiensten eines Bethmann-Hollweg so über den verantwortlichen Leiter Preußens urteilte?

Am Tage nach der Absendung dieses Briefes begann der Krieg. Er zerstreute sofort alle Zweifel über die Haltung des preußischen Volkes. Kriegsverwaltung und Kriegführung des Staates zeigten sich voll auf der Höhe seiner staatsmännischen Leitung. Hannover und Kurhessen, denen



Friedrich Wilhelm
Kronprinz von Preussen
Nach einem Stich von E. Wagner.

man für Abrüstung vergeblich Bürgschaft ihres Bestandes angeboten hatte, wurden besetzt. Bei Langensalza ward Georg V. am 27. Juni mit seiner Armee zur Ergebung gezwungen. Am nächsten Tage wurden auch schon in Böhmen wichtige Erfolge errungen. Fünf Tage später folgte der Zusammenbruch von Königgrätz. Die preußischen Truppen ergossen sich in den nächsten Wochen bis vor Wien und Preßburg; gegen Süddeutschland war man gleichzeitig bis an und über den Main vorgedrungen.

Bismarck hat Berlin am 30. Juni mit dem Königlichen Hauptquartier verlassen. Abends war es in Reichenberg. Bismarck ist dort besorgt gewesen um die Sicherheit des Königs, da die Stadt nur mit Train belegt war und feindliche Reiterscharen noch in der Nähe standen. Er hat Se. Majestät bewogen, eine stärkere Besatzung des Schlosses, in dem Quartier genommen war, anzuordnen, und damit die Empfindlichkeit der Militärs geweckt. Bismarck hat darin „den Keim zu einer der Ressorteifersucht entspringenden Verstimmung gegen ihn wegen seiner persönlichen Stellung zu Sr. Majestät" gesehen, „die sich im Laufe des Feldzugs und des französischen Krieges weiter entwickelt" habe.

Über Sichrow, wo die nächste Nacht verbracht wurde, gelangte man am 2. Juli nach Gitschin. Bismarck schrieb am Abend an die Gattin: „Auf dem Schlachtfelde hierher lag es noch voll von Leichen, Pferden, Waffen." Er bat: „Schicke mir einen französischen Roman zum Lesen, aber nur einen auf einmal". Gegen Mitternacht traf Kunde ein, daß die Hauptmacht der Österreicher noch diesseits der Elbe stehe; der Angriff ward beschlossen. Im Gefolge des Königs hat Bismarck der Schlacht von Königgrätz beigewohnt. „Wie er auf einem riesengroßen Fuchs im grauen Mantel hoch aufgerichtet dasaß und die großen Augen unter dem Stahlhelm glänzten, gab er ein wunderbares Bild, das mich an kindliche Vorstellungen von Riesen aus der nordischen Urzeit erinnerte", erzählt sein Legationsrat Keudell, der Augenzeuge war.

Am Nachmittage geriet der König, der nicht müde wurde, seine siegreich vordringenden Truppen zu begrüßen, in das Feuer einer feindlichen Batterie. Bismarck ersuchte Roon und Alvensleben, dem Könige die große Gefahr vorzustellen. Beide lehnten das ab mit den Worten: „Der König kann reiten, wo er will". Da galoppierte Bismarck schnell heran und sagte: „Wenn Eure Majestät hier einen Schuß erhielten, wäre ja die ganze

Siegesfreude dahin; bitte inständig, dieses Feld zu verlassen.“ So erzählt Keudell. Bismarck aber schrieb der Gattin am 9.: „Der König exponierte sich am 3. sehr, und es war gut, daß ich mit war, denn alle Mahnungen anderer fruchteten nicht, und niemand hatte gewagt, ihn so hart anzureden, wie ich es mir beim letzten Male, welches half, erlaubte, nachdem ein Knäuel von 10 Kürassieren und 15 Pferden vom 6. Kürassierregiment sich neben uns blutend wälzte und die Granaten den Herrn in unangenehmster Nähe umschwirrten. Die schlimmste sprang zum Glück nicht. Er kann mir noch nicht verzeihen, daß ich ihm das Vergnügen, getroffen zu werden, verkümmerte. ‚An der Stelle, wo ich auf Allerhöchsten Befehl wegreiten mußte‘, sagte er gestern noch mit gereiztem Fingerzeig auf mich. Es ist mir aber doch lieber so, als wenn er die Vorsicht übertriebe. Er war enthusiasmiert über seine Truppen und mit Recht so exaltiert, daß er das Sausen und Einschlagen neben sich gar nicht zu merken schien, ruhig und behaglich wie am Kreuzberg, und fand immer wieder Bataillone, denen er danken und ‚guten Abend, Grenadiere‘ sagen mußte, bis wir dann richtig wieder ins Feuer hineingetändelt waren.“ Im Briefe vom 11. fügte er hinzu: „Die Generale hatten alle den Aberglauben, sie als Soldaten dürften dem Könige von Gefahr nicht reden, und schickten mich, da ich auch Major bin“ — auf dem Schlachtfelde wurde Bismarck zum Generalmajor befördert —, „jedesmal an ihn ab. Sie trauten sich nicht, mit dem ernsten Tone, der schließlich half, zu der verwegenen Majestät zu reden. Schließlich weiß er es mir doch Dank, und die spitzen Reden, ‚wie Sie mich das erstemal wegjagten‘ usw., sind die Anerkennung, daß ich recht hatte“.

In demselben Briefe findet sich auch das herrliche Zeugnis für Bismarcks herzinnige Freude am preußischen Soldaten und sein tiefes Verständnis für ihn: „Unsere Leute sind zum Küssen, jeder so todesmutig, ruhig, folgsam, gesittet, mit leerem Magen, nassen Kleidern, nassem Lager, wenig Schlaf, abfallenden Stiefelsohlen, freundlich gegen alle, kein Plündern und Sengen, bezahlen, was sie können, und essen verschimmeltes Brot. Es muß doch ein tiefer Fond von Gottesfurcht im gemeinen Manne bei uns sitzen, sonst könnte das alles nicht sein“.

Das Hauptquartier verbrachte die Nacht nach dem Schlachttage in Horjitz, eine Meile rückwärts vom Schlachtfelde. Auf dem Ritt dorthin

ſagte Flügeladjutant Freiherr von Steinäcker zu Bismarck: „Exzellenz, jetzt ſind Sie ein großer Mann. Wenn der Kronprinz zu ſpät kam, waren Sie der größte Böſewicht“. Bismarck hat herzlich gelacht. „Doch hat er ſpäter manchmal ernſthaft geäußert, bei unglücklichem Ausgang der Schlacht würde er ſich einer Kavallerieattacke angeſchloſſen und den Tod geſucht haben“. Wenn der Begründer unſeres Reiches Schillers Worte:

Und ſetzet ihr nicht das Leben ein,
Nie wird euch das Leben gewonnen ſein

als ſeine Lieblingsverſe bezeichnet hat, ſo hat er das Richtige getroffen. Er hat es dem Heere auch nie vergeſſen, daß es ihn 1866 und insbeſondere bei Königgrätz herausgehauen hat. Roon fühlte ſich in der gleichen Schuld. Am Nachmittage des 3. Juli rief er Bismarck zu: „Diesmal hat uns der brave Musketier noch einmal herausgeriſſen“.

In Horjitz war größte Quartiernot; jeder mußte ſich ſelber helfen. Die Häuſer waren geſchloſſen. Als Bismarck eine offene Tür fand und eintrat, fiel er nach wenigen Schritten in eine Grube mit Pferdedünger. „Wäre ſie zwanzig Fuß tief und voll geweſen, ſo würden ſie am andern Morgen ihren Miniſter wohl lange geſucht haben“. Bismarck dachte einen Augenblick daran, da zu bleiben; aber dann wurde er anderer Gerüche inne. Er legte ſich in einer Ecke an den Arkaden des Marktplatzes auf das Straßenpflaſter mit einem Wagenkiſſen unter dem Kopf. Dort wurde er von Perponcher, dem Oberhofmarſchall des Königs, geweckt, der ihm ſagte, daß der Großherzog von Mecklenburg noch Platz für ihn habe und ein Bett. Mit dem Prinzen Reuß und zwei Adjutanten nahm ihn der Großherzog in ſein Zimmer, „was mir des Regens wegen ſehr erwünſcht war“. Das Bett war aber nur ein Kinderbett, das ſich durch Anrücken eines Stuhles nicht allzuſehr verbeſſern ließ. Am Morgen konnte Bismarck kaum ſtehen.

Wenn der König im Getöſe der Schlacht nur widerwillig den Mahnungen ſeines Miniſters nachgegeben hatte, ſo ſollte er ſich bald ein weiteres Opfer der Neigung und Überzeugung abringen laſſen.

In der Nacht vom 4. zum 5. — noch in Horjitz — kam ein Telegramm Napoleons, das Vermittelung anbot. Franz Joſef hatte dem Kaiſer Venetien abgetreten in der Hoffnung, Italien ſo zum Frieden zu bewegen. Am

5. morgens verkündete es der Moniteur der Welt. Napoleon glaubte den Staaten Mitteleuropas ihren Anteil an Macht zuwägen zu können. Im ersten Unmut soll Bismarck geäußert haben, das wolle er dem Gallier vergelten, wenn sich die Gelegenheit finde. Seinen Begleitern Abeken und Keudell hat er in ernstem Tone bemerkt: „Nach einigen Jahren wird Louis voraussichtlich diese Parteinahme gegen uns bedauern; sie kann ihm teuer zu stehen kommen". Zunächst hatte er sich aber mit der französischen Einmischung abzufinden.

Als auf dem Schlachtfelde vom 3. Moltke dem Könige gesagt hatte: „Ew. Majestät haben nicht nur die Schlacht, sondern den Feldzug gewonnen", hatte Bismarck bemerkt: „Die Streitfrage ist also entschieden; jetzt gilt es, die alte Freundschaft mit Österreich wieder zu gewinnen". Klar und fest faßte er das ferne Ziel sogleich ins Auge. Die Leute vom Schwert waren aber anderer Meinung, und der König dachte und empfand zunächst mit ihnen.

In dem angezogenen Briefe vom 9. hat Bismarck der Gattin auch geschrieben: „Wie wunderbar sind Gottes Wege. Uns geht es gut, trotz Napoleon; wenn wir nicht übertrieben in unsern Ansprüchen sind und nicht glauben, die Welt erobert zu haben, so werden wir auch einen Frieden erlangen, der der Mühe wert ist. Aber wir sind ebenso schnell berauscht wie verzagt, und ich habe die undankbare Aufgabe, Wasser in den brausenden Wein zu gießen und geltend zu machen, daß wir nicht allein in Europa leben, sondern mit noch drei Mächten, die uns hassen und neiden". Es sollte ihm in den nächsten Wochen schwer werden, seine ruhige Überlegung zur Geltung zu bringen.

Am 5. ist Generalleutnant von Gablenz im preußischen Hauptquartier erschienen, um einen Waffenstillstand anzuhalten. Das Ansuchen konnte nicht gewährt werden, so lange nicht Grundlagen eines Friedensschlusses vereinbart waren. Entsprechend ward Napoleons Anerbieten beantwortet, die Vermittelung zwar nicht abgelehnt, aber Näheres nicht eröffnet. So gewann man Zeit. Italien stellte sich Napoleon hemmend in den Weg. Lamarmora hatte am 24. Juni bei Custozza durch Erzherzog Albrecht eine empfindliche Niederlage erlitten, und es erschien nicht ohne Grund als schimpflich, Venetien jetzt als Geschenk des Kaisers der Franzosen entgegenzunehmen. Bismarck war sich schon am 9. klar darüber, daß Preußen sich

mit einer „Disposition über die Kräfte Norddeutschlands werde begnügen müssen". Es war ein Zurücktreten vom Reformplan des 10. Juni. In diesem Sinne ward die Auffassung Frankreichs erkundet. Es fand einen Norddeutschen Bund erträglich. Napoleons Verlangen, Sachsen frei zu lassen für eine Verbindung mit den süddeutschen Staaten, stieß auf sofortige Ablehnung und ward aufgegeben, ebenso der Vorschlag, den König von Sachsen als Landesherrn in die Rheinprovinz zu versetzen.

Inzwischen hatte Bismarck auch durch den Brünner Bürgermeister Giskra, einen 48er Frankfurter, Verhandlungen mit Österreich angeknüpft. Sie ergaben die gleiche Grundlage: Trennung Nord- und Süddeutschlands, preußische Vorherrschaft nur dort. Hier wurden auch Gebietserwerbungen erörtert. Österreich widersetzte sich jeder Abtretung von Land, bestand auch unerschütterlich auf der Selbständigkeit und Unversehrtheit Sachsens. Auf dieser Grundlage ist es am 21. Juli zum Abschluß eines Waffenstillstandes gekommen, der am Mittage des nächsten Tages beginnen sollte. Weitere Verhandlungen hatten inzwischen ergeben, daß Napoleon gegen Erwerbung von 3 bis 4 Millionen neuer Untertanen für Preußen in Norddeutschland keine ernstlichen Bedenken hege; ein unversehrtes Sachsen forderte auch er.

Auf dem Fürstlich Dietrichsteinschen Schlosse zu N olsburg, das durch seine Gemahlin, eine geborene Dietrichstein, Mensdorff-Pouilly selbst gehörte, ward dann über den Frieden verhandelt. König und Minister sind hier nur schwer einig geworden. Der König wünschte Abtretungen. Die Gegner sollten einzeln getroffen werden, alle größeren: Österreich, Sachsen, Bayern, Hannover, beide Hessen, Württemberg von ihrem Landbesitz hergeben, einzelne die volle Hälfte. Entthronungen, völlige Einverleibungen zog der König nicht in Erwägung. Damit ließ sich weder der österreichische noch der französische Standpunkt vereinigen. Sicher erschwerte Verstümmelung, das „Abknabbern", auch eine spätere Verständigung, nicht nur bei den Landesherren, sondern auch bei der Bevölkerung. In den norddeutschen Staaten, deren volle Annexion Bismarck in Aussicht genommen hatte, seitdem entschieden war, daß eine Einheit zunächst nur für den Norden zustande kommen würde: Hannover, Kurhessen, Nassau, gab die bisherige Haltung der Bevölkerung Hoffnung auf eine leichte Verschmelzung mit Preußen; dazu drängte die europäische Lage zu raschem Abschluß. Am 24.

hat der Zar einen Kongreß vorgeschlagen, Deutschland neu zu ordnen unter Mitwirkung der Garanten des Deutschen Bundes. Das wäre gleichbedeutend gewesen mit der völligen Vereitelung einer Neugestaltung in Bismarcks und auch des deutschen Volkes Sinne.

Er hatte schon vorher den Militärs gegenüber, die Wien nehmen, in Ungarn eindringen und den Kaiserstaat völlig niederwerfen wollten (Roon und Moltke gehörten nicht zu ihnen) gehöhnt, daß, wenn man erst jenseit der Donau sei, es geraten sein würde, ganz drüben zu bleiben und, wenn man so die Verbindungen nach rückwärts verliere, „auf Konstantinopel zu marschieren, ein neues byzantinisches Reich zu gründen und Preußen seinem Schicksal zu überlassen". Er erschien diesen Gegnern als der „Questenberg im Lager". Am 23. Juli ward auf Bismarcks Zimmer „Kriegsrat" gehalten, dort, weil am 15. wieder ein „Nervenbankerott" über ihn gekommen war, „ein Unglück von großer Tragweite", wie Roon am 16. sich äußerte, „wenn der Zustand andauert". Bismarck hatte die Schmerzen im linken Bein nur durch einen Gummistrumpf lindern können.

Bismarck war bei dieser Beratung der einzige anwesende Zivilist. „Ich trug meine Überzeugung dahin vor, daß auf die österreichischen Bedingungen der Friede geschlossen werden müsse, blieb aber damit allein; der König trat der militärischen Mehrheit bei. Meine Nerven widerstanden den mich Tag und Nacht ergreifenden Eindrücken nicht; ich stand schweigend auf, ging in mein anstoßendes Schlafzimmer und wurde dort von einem heftigen Weinkrampf befallen. Während desselben hörte ich, wie im Nebenzimmer der Kriegsrat aufbrach. Ich machte mich nun an die Arbeit, die Gründe zu Papier zu bringen, die meines Erachtens für den Friedensschluß sprachen, und bat den König, wenn er diesen meinen verantwortlichen Rat nicht annehmen wolle, mich meiner Ämter als Minister bei Weiterführung des Krieges zu entheben".

Mit diesem Schriftstück hat sich Bismarck am nächsten Morgen zum Könige begeben. Meldungen über starkes Umsichgreifen der Cholera im Heere, die er im Vorzimmer vernahm („es sind dieser Krankheit während des Feldzuges nicht weniger als 6427 Mann erlegen"), bestärkten ihn in seinem Entschluß. In ruhigster Sachlichkeit entwickelt das Aktenstück die

Gründe: „Es würde nach meinem alleruntertänigsten Dafürhalten ein politischer Fehler sein, durch den Versuch, einige Quadratmeilen mehr Gebietsabtretung oder wenige Millionen mehr an Kriegskosten von Österreich zu gewinnen, das ganze Resultat wieder in Frage zu stellen und es den ungewissen Chancen einer verlängerten Kriegführung oder einer Unterhandlung, bei welcher fremde Einmischung sich nicht ausschließen lassen würde, auszusetzen". Im Zusammenhang damit spricht Bismarck eine Wahrheit aus, die durch die Logik der Tatsachen allmählich zur bestimmenden Kraft für die Richtung unserer auswärtigen Politik geworden ist: „Ich könnte mir keine für uns annehmbare Zukunft der Länder, welche die österreichische Monarchie bilden, denken, falls diese zerstört oder in dauernde Abhängigkeit versetzt werden sollte. Was sollte an die Stelle Europas gesetzt werden, welche der österreichische Staat von Tirol bis zur Bukowina bisher ausfüllt? ..... Deutsch-Österreich könnten wir weder ganz noch teilweise brauchen; eine Verschmelzung des deutschen Österreichs mit Preußen würde nicht erfolgen, Wien als ein Zubehör von Berlin aus nicht zu regieren sein".

Die vorgetragenen Gründe vermochten den König doch nicht zu überzeugen; er beharrte bei seinem Wunsche, die einzelnen Gegner durch Gebietsverluste gestraft zu sehen. Vergebens erwiderte Bismarck, „wir hätten nicht eines Richteramts zu walten, sondern deutsche Politik zu treiben, unsere Aufgabe sei Herstellung oder Anbahnung deutsch-nationaler Einheit unter Leitung des Königs von Preußen". Der Widerstand, den er „seiner Überzeugung gemäß leisten mußte, führte eine so lebhafte Erregung des Königs herbei, daß eine Verlängerung der Erörterung unmöglich war". Er bemerkt: „Unter dem Eindruck, meine Auffassung sei abgelehnt, verließ ich das Zimmer mit dem Gedanken, den König zu bitten, daß er mir erlauben möge, in meiner Eigenschaft als Offizier in mein Regiment einzutreten".

Roon berichtet am folgenden Tage nach Hause: „Die überstandene Arbeitstätigkeit und die Mannigfaltigkeit der Eindrücke haben die maßgebenden Nervensysteme — wie das meinige — dermaßen überreizt, daß es bald hie, bald da lichterloh zum Dachstübchen hinaus brennt und jeder Wohlmeinende mit dem Löscheimer herzueilen muß".

Bismarck setzt seine Erzählung fort: „In mein Zimmer zurückgekehrt, war ich in der Stimmung, daß mir der Gedanke nahe trat, ob es nicht besser

sei, aus dem offen stehenden, vier Stock hohen Fenster zu fallen, und ich sah mich nicht um, als ich die Tür öffnen hörte, obwohl ich vermutete, daß der Eintretende der Kronprinz sei, an dessen Zimmer ich auf dem Korridor vorübergegangen war. Ich fühlte seine Hand auf meiner Schulter, während er sagte: ‚Sie wissen, daß ich gegen den Krieg gewesen bin; Sie haben ihn für notwendig gehalten und tragen die Verantwortung dafür. Wenn Sie nun überzeugt sind, daß der Zweck erreicht ist und jetzt Friede geschlossen werden muß, so bin ich bereit, Ihnen beizustehen und Ihre Meinung bei meinem Vater zu vertreten.' Er begab sich dann zum Könige, kam nach einer kleinen halben Stunde zurück in derselben ruhigen und freundlichen Stimmung, aber mit den Worten: ‚Es hat sehr schwer gehalten, aber mein Vater hat zugestimmt.' Diese Zustimmung hatte ihren Ausdruck gefunden in einem mit Bleistift an den Rand einer meiner letzten Eingaben geschriebenen Marginale ungefähr des Inhalts: ‚Nachdem mein Ministerpräsident mich vor dem Feinde im Stiche läßt und ich hier außerstande bin, ihn zu ersetzen, habe ich die Frage mit meinem Sohne erörtert, und da sich derselbe der Auffassung des Ministerpräsidenten angeschlossen hat, sehe ich mich zu meinem Schmerze gezwungen, nach so glänzenden Siegen der Armee in diesen sauren Apfel zu beißen und einen so schmachvollen Frieden anzunehmen". Bismarck fügt dieser Erzählung in den Gedanken und Erinnerungen hinzu: „Ich glaube mich nicht im Wortlaut zu irren, obschon mir das Aktenstück gegenwärtig nicht zugänglich ist; der Sinn war jedenfalls der angegebene und mir damals trotz der Schärfe der Ausdrücke eine erfreuliche Lösung der für mich unerträglichen Spannung". Er setzt aber auch weiter hinzu: „Von dem erwähnten Marginale des Königs, das mir der Kronprinz überbrachte, blieb mir als einziges Residuum die Erinnerung an die heftige Gemütsbewegung, in die ich meinen alten Herrn hatte versetzen müssen, um zu erlangen, was ich im Interesse des Vaterlandes für geboten hielt, wenn ich verantwortlich bleiben sollte. Noch heut haben diese und analoge Vorgänge bei mir keinen andern Eindruck hinterlassen als die schmerzliche Erinnerung, daß ich einen Herrn, den ich persönlich liebte wie diesen, so habe verstimmen müssen".

Daß auch beim Könige keine dauernde Verstimmung zurückgeblieben ist, wissen wir aus Roons Brief vom 28.: „Die Friedens-Präliminarien sind heute unterzeichnet worden in unserer Gegenwart. Als er dies vollbracht,

sprang der Herr auf, umarmte und küßte dankend und weinend mit viel beweglichen Worten zuerst Bismarck, dann mich und Moltke, indem er diesem und mir den Schwarzen Adler-Orden, Bismarck das Großkreuz der Hohenzollern verlieh".

In den weiteren Verhandlungen mit den österreichischen Bevollmächtigten hat Bismarck die Kriegskostenentschädigung von 50 auf 20 Millionen Taler herabhandeln lassen. Als aber Karolyi, auf Napoleons Verlangen zurückkommend, die Verbindung Sachsens mit Süddeutschland vorbrachte, „warf Bismarck seinen Sessel zurück und gab hoch aufgerichtet die Erklärung, die Aufrechthaltung dieses Begehrens sei die Erneuerung des Krieges; selbst wenn Se. Majestät der König es annehme, würde er sein Amt aufgeben, um einen solchen Vertrag nicht zeichnen zu müssen".

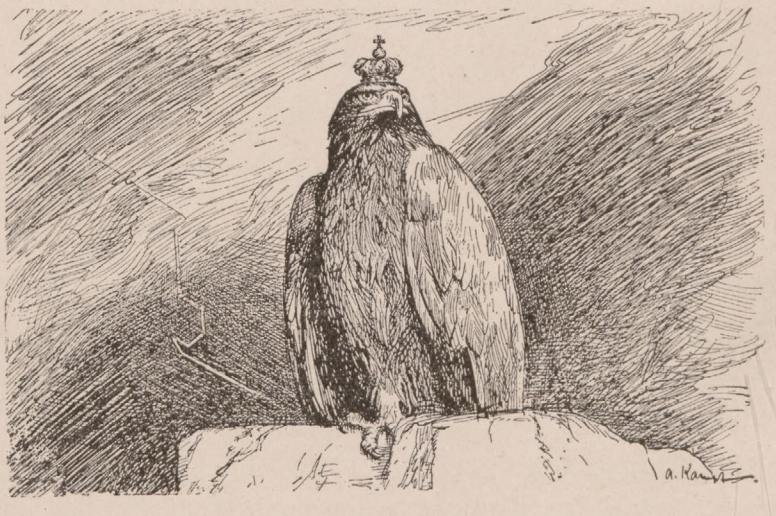
Die Friedenspräliminarien kamen am 26. Juli zustande, wie Bismarck sie wollte: Norddeutscher Bund mit Sachsen als Mitglied, Vereinigung der süddeutschen Staaten, deren nationale Verbindung mit dem Norddeutschen Bunde der näheren Verständigung zwischen beiden vorbehalten blieb, Verzicht Österreichs auf Schleswig-Holstein, allerdings mit der Klausel, daß „die Bevölkerungen der nördlichen Distrikte von Schleswig, wenn sie durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen geben, mit Dänemark vereinigt zu werden, an Dänemark abgetreten werden sollen", Anerkennung der von Preußen in Norddeutschland vorzunehmenden Territorialveränderungen. Der Prager Friede vom 29. August hat sie bestätigt. Die Friedensschlüsse mit Österreichs Bundesgenossen sind bald gefolgt. Auch hier hat man, von einigen bayerischen und hessischen Grenzstrichen abgesehen, auf Landabtretungen verzichtet.

Die Klausel über Nordschleswig hatte, im Verfolg seiner Nationalitätenidee, Napoleon in den Vertrag gebracht. Er war durch Benedetti, seinen Botschafter in Berlin, bei den Verhandlungen vertreten. Noch im letzten Augenblick hatte Benedetti begonnen, im Auftrage seines Herrn mit Bismarck von einer billigen Entschädigung zu reden, die der Kaiser für seine Zustimmung zu den preußischen Annexionen erwarte. Bismarck hatte freundlich geantwortet, daß er zu einer Besprechung bereit sei. Als dann der Botschafter aber vom linken Rheinufer zu sprechen anfing, „fiel ihm Bismarck

in das Wort: Machen Sie mir heute keine amtliche Mitteilung dieser Art" und vollzog die Präliminarien.

Im Auftrage seines Kaisers verlangte Benedetti am 6. August, als König und Minister schon wieder in Berlin waren, Rheinbayern, Rheinhessen mit Mainz und an der Saar die Grenze von 1814 (Saarbrücken und Saarlouis), wurde aber mit dieser Forderung so ruhig wie entschieden abgewiesen. Bismarck setzte ihm auseinander, daß „Abtretung deutscher Erde eine Unmöglichkeit" sei, daß ein solches Ansinnen die volle Einigung Deutschlands bedeute, warnte auch, daß „gegenüber einer revolutionären Gefahr die deutschen Dynastien sich fester begründet zeigen würden als jene des Kaisers Napoleon". Übrigens hat Benedetti die französische Zumutung zunächst Tags zuvor schriftlich zu Bismarcks Kenntnis gebracht, „um nicht bei dem ersten Eindruck der Sache auf das reizbare Temperament des Ministers selbst anwesend zu sein". Napoleon hat am 11. August den Antrag für ein durch seine Krankheit veranlaßtes Mißverständnis erklärt. Russische Versuche zugunsten verwandter Höfe und die von Petersburg her ergehende Mahnung, keine Dynastien zu entthronen, hat Bismarck ebenfalls mit entschiedener Ablehnung ausländischer Einmischung in deutsche Dinge beantwortet; er müsse sonst auf die Verfassung von 1849 zurückgreifen, wolle „lieber Revolution machen als sie dulden".

Die Ernte war unter Dach gebracht.



Bildtafeln.

Bismarck als Minister. Titelbild
Nach einer Lithographie von G. Engelbach.

Der 11jährige Bismarck. Seite 32
Nach einem Gemälde von Franz Krueger.

König Friedrich Wilhelm IV. Seite 96
Nach einem Gemälde von Franz Krueger.

Bismarck als Bundestagsgesandter. Seite 128
Nach einem Gemälde von Professor Jakob Becker im Schloß zu Friedrichsruh.

Napoleon III., Kaiser der Franzosen. Seite 144
Nach einer Photographie aus den sechziger Jahren.

Johanna von Bismarck, geb. von Puttkamer. Seite 176
Nach einem Gemälde von Professor Jakob Becker im Schloß zu Friedrichsruh.

König Wilhelm I. Seite 224
Nach der Natur gezeichnet von Feckert. Lithographie des Lüderitzschen Kunstverlags, München.

Friedrich Wilhelm Kronprinz von Preußen. Seite 272
Stich von G. Wagner nach einer Photographie.

Die Bilder „Bismarck als Bundestagsgesandter“ und „Johanna von Bismarck“ sind mit Genehmigung Ihrer Durchlaucht der Fürstin von Bismarck veröffentlicht, die Bilder des 11jährigen Bismarck und Friedrich Wilhelms IV. entstammen dem Corpus Imaginum der Photographischen Gesellschaft in Berlin-Charlottenburg.

Inhaltsverzeichnis des I. Bandes.

Seite

Einleitung 1

Der Werdegang (1815—1847).

1. Herkommen und Jugend (1815—1832) 15
2. Der Student (1832—1835) 27
3. Auskultator und Referendar (1835—1839) 34
4. Landwirt auf Kniephof (1839—1845) 43
5. Innere Festigung. Verbindung mit Johanna von Puttkamer (1843—1847) 51

Der Parlamentarier (1847—1851).

1. Deutschland und Preußen 1815—1847 61
2. Öffentliche Tätigkeit vor dem Landtage 68
3. Im Vereinigten Landtag 77
4. 1848 86
5. In den Landtagen von 1849 98
6. Unionsparlament. Olmütz. Landtag 1850/51 108

Gesandter (1851—1862).

1. Die Verhältnisse am Bundestage 127
2. Einzelfragen 137
3. Beziehungen zu Napoleon III. 152
4. Beziehungen zu Berlin. Familie. Frankfurter Leben 160
5. Petersburg. Der italienische Krieg 176
6. Krankheit. Die deutsche Frage 186
7. Ministerposten. Paris 198

Ministerpräsident bis zur Auflösung des Deutschen Bundes (1862—1866).

1. Die Heeresreform 211
2. Im Konflikt 223
3. Deutsche Fragen 230
4. Schleswig-Holsteins Befreiung 239
5. Die schleswig-holsteinische Besitzfrage 254
6. Der Krieg von 1866 269

57/127

Gedruckt in der Reichsdruckerei.

BIBLIOTEKA UNIWERSYTECKA W GDAŃSKU

ROTANOX
oczyszczanie
styczeń 2008

KD.45.1
nr inw. 48